

Postvertriebsstück D 2841 F Gebühr bezahlt

Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

Es kommt mehr denn je darauf an, in der politischen Debatte den sozialökonomischen Kern jener Widerspruchskonstellationen herauszustellen, die schließlich - in extremer Weise - explodieren. Ein Sicherheitsbegriff, der sich nur auf die klassischen Instrumente des Sicherheitsstaates à la Schily und auf die Instrumente der militärischen Gewalt stützt, kann immer nur krisenverschärfend wirken. Es gibt keine Sicherheit ohne eine neue Weltordnung, in der soziale und ökonomische Fragen, Fragen der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit an der Spitze der politischen Agenda - auch in internationalen Organisationen - stehen.“

Hank Deppe, Vortrag bei der Gewerkschaftslinken am 13. Oktober 2002

Korrespondenzanschrift:

Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Postfach 50 09 36, 60397 Frankfurt/M., Tel/Fax: 069/53 05 44 05
Internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

ISSN 0940-0648



Nr. 48, Dezember 2001

Globalisierung in der Kritik

Krieg gegen den Terrorismus?

Baraki - **Afghanistan-Konflikt: Hintergründe und Perspektiven**

Globalisierung: Theorie und Realität

Fuchs/Hofkirchner - **Theorien über Globalisierung**
Krüger/Helfen - **Zur Krise am neuen Markt**
Boris/Malcher - **Argentinien am Ende der neoliberalen Sackgasse**

Die Globalisierung und ihre Kritiker

Gill - **Ein postmoderner Fürst?**/Mosebach - **ATTAC-Kongress**/Seibert - „**Politfacharbeiter**“ und **Spaßgesellschaft**/Lötzer/Huffschmid - **Globalisierung im Bundestag**/Dräger - **Alternative Netzwerke**

Und: Hahn - **Georg Lukács**/Tjaden - **Materialismus**/Bock - **Russische Revolution**

Sowie: Berichte (Luxemburg; Politikwechsel; Demokratie), Zuschriften, Buchbesprechungen

www.sozialismus.de

Sozialismus

2001
© 12232 E

Terror - Krieg - Widerstand
Stichwort: Völkerrecht

Forum
Gewerkschaften Supplement: Jenseits von
Modernisierung und Utopie

Rot-grüner Atomausstieg?
Norwegen: Breites Bündnis für den Wohlfahrtsstaat

November 2001
Einzelheft DM 12,-



Redaktion Sozialismus: Stoppt den Krieg! Arno Klönne: Die »wehrhafte Demokratie« und die »Enttabuisierung des Militärischen«; Joachim Bischoff: Terror, Krieg und kapitalistische Ökonomie; Peter Lock: Ökonomien des Krieges; Dieter Prokop: Highwaybau in Richtung Öl

Hasko Hüning: Wahlen in Berlin; Dierk Hirschel: Das Ende der SPD-Regentschaft in Hamburg; Winfried Wessolleck: Atomausstieg - Rot-Grün verspielte den Primat der Politik; Kai Burmeister: EU-Liberalisierung im

Öffentlichen Personennahverkehr

Supplement: Jenseits von Modernisierung und Utopie - Zur Zukunfts- und Programmdebatte in den Gewerkschaften

Joachim Bischoff/Christoph Lieber: Eine neue Ideologietheorie?

Informationstechnologien als Triebkräfte der weltweiten Integration? Interview mit Sid Shniad (Canada); Dag Seierstad: Parlamentswahlen in Norwegen; Asbjørn Wahl: Breites Bündnis für den Wohlfahrtsstaat;

Norman Paech/Gerhard Stuby: Stichwort Völkerrecht; Marion Fisch: »Bread and roses« (Filmkritik)

Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,-, Probeheft: Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Fax 040/280 505 68
e-mail: redaktion@sozialismus.de

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
12. Jahrgang
Heft 48 (Dezember 2001)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heining
Prof. Dr. Jörg Huffs Schmid
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Wolfram Burkhardt, Dr. André Leisewitz, Kai Michelsen,
Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher, Gerd Wiegel

5 Editorial

- 8 *Matin Baraki*
**Der Afghanistan-Konflikt und die Taleban:
Hintergründe und Perspektiven**
-

Theorie und Realität der Globalisierung

- 21 *Christian Fuchs/Wolfgang Hofkirchner*
Theorien der Globalisierung
Über ein sowohl neues, als auch altbekanntes Phänomen des Kapitalismus und der Menschheitsgeschichte
- 35 *Lydia Krüger/Markus Helfen*
Von der Krise der „emergin markets“ zur Krise am neuen Markt
- 47 *Dieter Boris/Ingo Malcher*
Argentinien am Ende der neoliberalen Sackgasse

Die Globalisierung und ihre Gegner

- 60 *Stephen Gill*
Auf dem Weg zu einem postmodernen Fürsten?
Die Schlacht um Seattle als Moment in der neuen Politik der Globalisierung
- 72 *Kai Mosebach*
„Eine andere Welt ist möglich“
Zum Berliner Kongress von ATTAC-Deutschland
- 80 *Mark Seibert*
„Politikfacharbeiter“ und Spaßgesellschaft
Zur neuen Qualität einer linken Bewegung
- 88 *Ulla Lötzer/Jörg Huffs Schmid*
Globalisierung im Bundestag
Aktuelle politische Debatten und alternative Forderungen
- 101 *Klaus Dräger*
Gemeinsam oder getrennt?
Alternative Netzwerke zur Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik in der EU

Weitere Beiträge

- 112 *Erich Hahn*
Georg Lucács – eine marxistische Ontologie
- 128 *Karl Hermann Tjaden*
Vom wissenschaftlichen Wert des Materialismus, oder: Wozu taugt die Marxsche Theorie?
- 140 *Helmut Bock*
Die Russische Revolution
„Kriegskind“ des 20. Jahrhunderts (1997)
-

Berichte

- 164 *Florian Weis*
Grenzübertretungen – Umgang mit Anderen
Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, 7.-9. September 2001
- 166 *Horst Schmitthenner*
Bewegung für Politikwechsel
Tagung der Initiative für einen Politikwechsel in Frankfurt, 20. Oktober 2001
- 168 *Rainer Butenschön*
Demokratie – wo und wie?
Kongress in Hamburg, 26.-28. Oktober 2001
-

Diskussion, Kritik, Zuschriften

- 173 *Kay Müller*
Der Kampf um die überlegene Arbeitsproduktivität
Lehren aus der Geschichte
-

Buchbesprechungen

- Kapital braucht Kontrolle (Lydia Krüger)
- Globalisierung und soziale Bewegungen. Hinweise auf einige Neuerscheinungen (Dieter Boris)
- Globalisierung von unten (Reinhard Schweicher)
- Der Kapitalismus als Weltreich (Jörg Goldberg)
- Der Kolbenfresser der Kapitalmaschine und das revolutionäre Subjekt des 21. Jahrhunderts (Jörg Goldberg)
- Der russische-sowjetische Sozialismus: Entwicklung und Scheitern (Hansgeorg Conert)
- Stalin auf dem Höhepunkt der Macht (Jörg Roesler)

Die Gauck-Behörde aus Insidersicht (Jörg Roesler)
 Notwendig, auch hinreichend? (George Fülberth)
 Rechtsextremismus als Produkt der Gesellschaft (Michael Klundt)
 „Arbeiten ohne Ende!“ (Klaus Priester)
 Mißachtung der in der Weiterbildung Beschäftigten (Friedrich Sendelbeck)

4 Impressum
219 Autoren

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heining, Prof. Dr. Jörg Huffschild, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion:

Wolfram Burkhardt, Dr. André Leisewitz, Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher, Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 32,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 38,-. Das Einzelheft kostet Euro 9,50. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.10.2001

Editorial

Der 11. September und die Terroranschläge von New York und Washington haben die politische Tagesordnung rasant verändert. „Nichts ist mehr wie zuvor“ – dieser allseits nach dem 11. September geäußerte Satz erweist sich zwar als Unsinn, dennoch wird offensichtlich, dass sich mit der hysterischen Suche nach innerer und äußerer Sicherheit in den kapitalistischen Metropolen die Bedingungen für linke Politik komplizierter gestalten. In Zeiten des Krieges kennt die offizielle Politik keine Parteien mehr, sondern nur noch das Bekenntnis zur uneingeschränkten Solidarität. Kritische Fragen sind weniger denn je erwünscht, dafür um so wichtiger. Je länger jedoch der Krieg gegen Afghanistan dauert, je undurchsichtiger Strategie und Ziel der USA werden, um so mehr Fragen ergeben sich, um so wichtiger ist es, sich ein eigenes Bild der Lage zu erarbeiten.

Angesichts dieser Art von Gewalteskalation kann es nicht Aufgabe der Linken sein, Partei für eine der am Konflikt beteiligten Seiten zu ergreifen. Das Engagement der Linken gilt offenbar vielmehr der militärischen Deeskalation. Es geht darum, der um sich greifenden Militarisierung der Politik politische Lösungskonzepte entgegen zu setzen. „Krieg ist keine Lösung“ – so heißt es vielerorts zu Recht. Denn der Blick ist auf die Schattenseiten der Globalisierung zu richten. Die Linke ist deswegen gut beraten, die Ursachen und Zusammenhänge zu verdeutlichen, die zur aktuellen Situation geführt haben. Im vorliegenden Heft untersucht *Matin Baraki* die Genese des Afghanistan-Konfliktes und die Rolle der Taleban. Der Artikel wurde vor dem 11. September geschrieben, angesichts der Ereignisse jedoch aktualisiert.

Die Kritik an der Globalisierung als Kristallisationspunkt einer neuen Kapitalismuskritik: So hatten wir angesichts der Ereignisse von Genua im Juli dieses Jahres die Schwerpunktsetzung für Z 48 begründet. Gerade der Terror des 11. September und die Frage nach den Gründen hat verdeutlicht, dass die mit der Globalisierung einhergehenden Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnisse ein gewalttätiges Potential beinhalten, das sich, vermittelt und ideologisch drapiert, seinen Weg bis in die Zentren des westlichen Kapitalismus bahnt. Die Frage nach diesem Zusammenhang erscheint heute der offiziellen Politik verdächtig. So sieht der italienische Ministerpräsident Berlusconi, selbst politisch verantwortlich für die Gewaltexzesse der Sicherheitskräfte in Genua, „merkwürdige Übereinstimmungen“ zwischen den Globalisierungskritikern und den islamischen Terroristen. Beide seien Gegner der westlichen Zivilisation.

Sieht man sich die Globalisierung und ihre Auswirkungen an, dann wird dagegen deutlich, dass der Kern der Krise genau in der konkreten Ausgestaltung dieser Globalisierung liegt. *Christian Fuchs* und *Wolfgang Hofkirchner* stellen verschiedene Globalisierungstheorien vor. Kriesenerscheinungen stehen in den

Artikeln von *Lydia Krüger/Markus Helfen* und *Dieter Boris/Ingo Malcher* im Mittelpunkt. Während *Krüger/Helfen* die Ursachen der Krise des neuen Marktes in den Blick nehmen und dabei von einer Überproduktionskrise ausgehen, die ihren Ursprung in den asiatischen „Tigerstaaten“ hat, gehen *Boris/Malcher* der aktuellen Krise Argentiniens nach und zeigen auf, wie die neoliberalen Rezepte den Weg in den Staatsbankrott bereiteten.

Der zweite Teil des Schwerpunkts ist der globalisierungskritischen Bewegung und den möglichen Alternativen zur gegenwärtigen Form dieser Globalisierung gewidmet. *Stephen Gill* versucht eine an Machiavelli und Gramsci anschließende Deutung dieser neuen dezentralen und vernetzten Bewegung als „postmodernen Fürsten“. ATTAC, eine der größten Organisationen dieser Bewegung, wird von *Kai Mosebach* gerade im Hinblick auf die hier diskutierten Inhalte und Alternativen untersucht, wogegen *Mark Seibert* der Frage nachgeht, was eigentlich die Motivation der zumeist jungen Protagonisten dieser Bewegung ist. Hier stellt sich die Frage nach Stand und Möglichkeiten der Politisierung. *Ulla Lötzer* und *Jörg Huffschmid* zeichnen die Diskussion zum Thema Globalisierung nach, wie sie im Rahmen der Enquete-Kommission des Bundestages geführt wurde und gehen hier vor allem auf die Diagnosen des Minderheitenvotums der PDS-Fraktion ein. *Klaus Dräger* schließlich nimmt die Netzwerke und Organisationen in den Blick, die jenseits von Parlament und Gipfelsturm die negativen Seiten der Globalisierung zu ihrem Anliegen machen.

Neben den Artikeln des Schwerpunktes liegt auch bei den Buchbesprechungen dieses Heftes der Akzent auf Veröffentlichungen zum Thema Globalisierung und Globalisierungskritik.

Die weiteren Beiträge des Heftes beschäftigen sich mit marxistischer Theorie und Geschichte. So betrachtet *Erich Hahn* anlässlich des 30. Todesjahrs von Georg Lukács dessen Alterswerk, die Prolegomena des gesellschaftlichen Seins, nicht nur im biographischen Kontext seiner Parteinahme in den Kämpfen der Epoche, sondern auch im größeren Zusammenhang marxistischer Theoriegeschichte des 20. Jahrhunderts. *Karl Hermann Tjaden* fragt auf der Grundlage des gegenwärtigen Stands gesellschafts- und geschichtswissenschaftlicher Forschung nach dem wirklichen und möglichen wissenschaftlichen Wert historisch-materialistischer Theorie bei Marx und Engels. *Helmut Bock* geht auf den im nächsten Jahr anstehenden 85. Jahrestag der russischen Revolution ein und unterzieht die für den Realsozialismus verbindliche Lesart und Wertung von Februar und Oktober einer Revision.

Z 49 wird sich in mehreren Beiträgen mit der aktuellen Entwicklung von Krieg und Terror befassen. Den Schwerpunkt des Heftes soll unverändert das Thema „Wissensgesellschaft“ bilden.

Dank der Arbeit und Hilfe von Ngo-Khac Tri ist Z. seit einigen Wochen auch mit einer Homepage im Netz vertreten, die die Redaktion unter einigen Druck setzt, eine ähnliche Professionalität auch für die optische Gestaltung des Heftes zu gewährleisten. Unter der Adresse: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de können alle Informationen zu Z., zu aktuellen und älteren Heften, sämtliche Inhaltsverzeichnisse und Editorials und bald auch ausgewählte Artikel älterer Hefte eingesehen werden. Auch der Kontakt zur Redaktion und die Bestellung von Heften ist hier möglich.

Angesichts der Umstellung auf den Euro haben auch wir unsere Preise angepasst. Ab dem 1.1.2002 kostet das Einzelheft 9,50 Euro, der Abo-Preis beträgt 32,00 Euro. Das Auslandsabo kostet 38,00 Euro.

Der Afghanistan-Konflikt und die Taleban: Hintergründe und Perspektiven*

Seit den Anschlägen von Washington und New York vom 11. September steht Afghanistan wieder auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Nach der Beendigung des sowjetischen Militärengagements und vor allem seit der Machtübertragung an die Modjahedin-Banden war Afghanistan aus den Spalten der internationalen Presseorgane verschwunden, außer wenn in und um Afghanistan spektakuläre Ereignisse stattfanden, die die Aufmerksamkeit für einen kurzen Moment auf sich lenkten. Die Ursache lag darin, daß Afghanistan mit dem Wegfall der Sowjetunion seine frühere strategische Bedeutung in Mittelasien und vor allem in unmittelbarer Nachbarschaft zur UdSSR verloren hatte. Afghanistan war stets Opfer seiner geostrategischen Lage. Obwohl die Modjahedin, die jahrelang auch von der BRD und anderen kapitalistischen Ländern finanziell, logistisch, politisch und propagandistisch unterstützt worden waren, im Jahre 1992 in Afghanistan mit unvorstellbarer Brutalität die Herrschaft übernommen und in der Folgezeit in Kabul ein wahres Blutbad anrichtet hatten, wobei die afghanische Hauptstadt in Schutt und Asche versank,¹ gratulierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker den neuen Machthabern in Kabul zum afghanischen Nationalfeiertag.² Auch die Medien der BRD verstummten plötzlich, was Afghanistan betraf. Sie zeigten sich augenfällig uninteressiert am Schicksal des afghanischen Volkes, für das sie sich jahrelang so begeistert eingesetzt hatten. Noch im Jahre 1986 hatte Außenminister Genscher vor dem Bundestag erklärt, Afghanistan „darf nicht in Vergessenheit geraten“ und: „Wir alle werden zu Afghanistan nicht schweigen“.³ Tatsächlich gehörte Afghanistan bis zum 11. September zu den *Waisenkindern* der Weltpolitik.⁴ Selbst im „Jahrbuch Menschenrechte 1999“, das in Zusammenarbeit mit Friedens- und Menschenrechtsorganisationen u.a. von Volkmars Deile, Generalsekretär der BRD-Sektion von AI, mitherausgegeben wurde, beschäftigte sich kein einziger Beitrag mit der Lage in Afghanistan, die von AI selbst als „Menschenrechtskatastrophe“⁵ eingeschätzt worden war.

* Dr. Friedrich-Martin Balzer zum 60. Geburtstag gewidmet.

¹ Vgl. A. Matin Baraki, Nacht über Afghanistan, in: Marxistische Blätter, 1993, H. 4, S. 14-23.

² Vgl. Richard von Weizsäcker, Telegramm an den Interimspräsidenten des Islamischen Staates Afghanistan, Herrn Burhanuddin Rabbani zum 19.8.1992.

³ Hans-Diedrich Genscher, Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung: Lage in Afghanistan, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode, Sitzung 207, 20.3.1986, S. 15894 und 15896.

⁴ Vgl. Butros Ghali, „Die Aufgabe des Sisyphus“, in: Der Spiegel, Nr. 31/96, 29.7.1996, S. 116.

⁵ Amnesty International (Hrsg.), Afghanistan. Internationale Verantwortung für die Menschenrechtskatastrophe, Bonn 1995.

I. Die sozialen Verhältnisse in Afghanistan vor 1978

Nach der UNO-Definition von 1971 gehörte Afghanistan zu den 25 am wenigsten entwickelten Ländern (least developed countries). Auf eine Fläche von 652.660 qkm (das zweieinhalbfache der alten BRD) lebten ca. 17 Mio. Menschen unter feudalen bzw. vorfeudalen Verhältnissen. Die Besitzverhältnisse an Grund und Boden verteilten sich so, daß ca. 5% Großgrundbesitzer über ca. 50% des Bodens, im Norden des Landes sogar 2% über 70% des Bodens verfügten. Annähernd 85% der Menschen lebten auf dem Land als Bauern, Landarbeiter, Tagelöhner, Viehzüchter usw.; es existierte teilweise Leibeigenschaft. Die Großgrundbesitzer verfügten über eigene Gefängnisse.

Eines der größten Probleme des Landes stellte der Analphabetismus dar. Etwa 97% der Menschen – bei Frauen lag die Quote noch darüber – konnten weder lesen noch schreiben. Von einer Stellung der Frau im öffentlichen Leben konnte daher – wie in allen traditionellen islamischen Gesellschaften – überhaupt keine Rede sein. Erst mit der April-Revolution 1978 änderte sich die Stellung der Frauen sichtbar. Desgleichen konnte in Afghanistan vom Bestehen einer Arbeiterklasse im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden. Im Jahre 1966/67 wurden landesweit lediglich 88 Industriebetriebe mit 23.436 Beschäftigten registriert. Die Gesamtzahl aller arbeitenden Menschen betrug im Vergleich dazu ca. 3,8 Mio. Nur 0,6% der Erwerbstätigen waren in der industriellen Produktion beschäftigt, deren Zahl bis 1978 auf 40.000 angewachsen war.⁶ Präsident Hafisullah Amin sprach nach der Revolution von 5% Werkstätigen in der afghanischen Industrie. Wegen der großen Analphabetenrate und der Herkunft der Werkstätigen, die der eng mit dörflichen Traditionen und der Religion verbundenen Schicht der von Landflucht betroffenen Handwerker und Bauern entstammten, kann von einem Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft nicht ausgegangen werden.

Die Hauptursachen für die Stagnation der Produktivkräfte waren die ökonomische und politische Herrschaft der Feudalherren, die Raffgier der Großschieber, der Kompradorenbourgeoisie, die durchweg korrupte Bürokratie und die Aktivitäten der internationalen Monopole, deren Interessen im Widerspruch zu denen der Volksmassen Afghanistans standen.⁷ Festzustellen bleibt noch, daß keine Regierung Afghanistans bis zum April 1978 auch nur annähernd die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen konnte. „Aufeinander folgende Regierungen waren daran gescheitert, die Völker Afghanistans zu alphabetisieren, hatten nicht vermocht, Respekt und eine bessere Lage für Frauen durchzusetzen, oder versäumt, dem Land irgend eine substanzielle

⁶ Vgl. Matin Baraki, Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978, dargestellt anhand der wichtigsten entwicklungspolitischen Projekte der Bundesrepublik in Afghanistan, Frankfurt/M. 1996, S. 444.

⁷ Vgl. Programm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA), dt. Übers.: Wolfram Brönnner, Afghanistan. Revolution und Konterrevolution, Frankfurt/M. 1980, S. 173ff.

Regierungs- oder industrielle Infrastruktur zu geben.“⁸ Hinzu kam noch die Dürreperiode von 1971/72, infolge derer Millionen Menschen verhungerten, und der politische Terror der Islamisten bzw. des Geheimdienstes, dem namhafte Politiker und Repräsentanten der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) zum Opfer fielen. Dies waren die Voraussetzungen der Aprilrevolution von 1978 unter der Führung von Teilen der DVPA.

II. Versuch einer Umgestaltung der afghanischen Gesellschaft

Die aus der volksdemokratischen Bewegung hervorgegangene DVPA wurde am 1.1.1965 in der Illegalität gegründet und hatte vor der Revolution ca. 18.000 Mitglieder. Diese rekrutierten sich hauptsächlich aus städtischen, kleinbürgerlichen Intellektuellen mit vagen Vorstellungen von marxistischer Theorie. Die Partei spaltete sich schon am 4.5.1967 wegen aufgebrochener Rivalitäten in der Führung um Positionen, wegen Meinungsverschiedenheiten über den Charakter einer künftigen Revolution, über die Bündnisfrage in der Etappe der national-demokratischen Revolution und über die nationale Frage – also lauter „Kinderkrankheiten“ – und dies konnte erst am 3.7.1977 mit einer Wiedervereinigungsvereinbarung formal beendet werden.

Im Jahre 1973 hatten die der DVPA angehörigen Militäroffiziere gegen die Monarchie geputscht, die Republik proklamiert und Mohammad Daud, einen Verwandten des Königs, als Präsidenten an die Macht gebracht. Nachdem dieser die linken Kräfte schrittweise von allen wichtigen Positionen ausgeschlossen hatte und im Frühjahr 1978 zur offenen Repression gegen die Parteiführung der DVPA überging – er ließ die gesamte Parteiführung bis auf wenige Ausnahmen verhaften, Mir Akbar Chaibar, Gründungsmitglied der Partei und Mitglied des Politbüros war kurz vorher auf offener Straße erschossen worden –, kam es am 27. April 1978 zum militärischen Aufstand gegen das Daud-Regime. Die Militärs befreiten die Parteiführung und übertrugen ihr die Leitung des Staates. Der Generalsekretär Nur Mohammad Taraki wurde Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident, Babrak Karmal sein Stellvertreter und Hafisullah Amin Außenminister. Die Revolutionsregierung begann 1978 mit der Realisierung von Reformmaßnahmen wie der Bodenreform, der Regelung von Ehe- und Scheidungsangelegenheiten und der Alphabetisierung, um die feudalen und halbfeudalen Strukturen aufzubrechen.⁹ Sie wurden jedoch durchgeführt ohne Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen in Afghanistan. Es kam zur Zwangs-Alphabetisierung. Außerdem wurden Mädchen und Frauen gezwungen, gemeinsam mit Männern an den Kursen teilzunehmen. Bei der Umsetzung der Bodenreform

⁸ Jochen Hippler, Der Krieg geht weiter, in: Blätter des iz3w, Freiburg 1988, Nr. 152, S. 18.

⁹ Vgl. Nur Mohammad Taraki, Grundlinie der revolutionären Aufgaben der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan, 9. Mai 1978, in: W. Brönnner, Afghanistan, Revolution und Konterrevolution, a.a.O., S. 203.

wurden gleichfalls gravierende Fehler gemacht, insbesondere wurden die Bauern weder politisch noch materiell darauf vorbereitet. Die Stammesstrukturen blieben unberücksichtigt. Des öfteren sind die Großgrundbesitzer zugleich auch Stammesführer, von daher ist es wesentlich problematischer, ihr Land an Stammesmitglieder zu verteilen. Sämtliche Regierungsfunktionen wurden an Parteimitglieder vergeben, ohne Rücksicht auf deren Qualifikation. Viele Fachkräfte, die nicht der Partei angehörten, wurden ihrer Funktion enthoben und in die Emigration getrieben. Entgegen den im Parteiprogramm formulierten Grundsätzen wurde ein breites Bündnis der national-demokratischen Kräfte nicht angestrebt. Alle genannten Punkte zusammengenommen und die de facto weiter bestehende Spaltung der Partei führten natürlich zur Stärkung der Konterrevolution und Ende 1979 war die Lage der Regierung so hoffnungslos, daß sowjetische Militärhilfe unumgänglich wurde, um aus Afghanistan nicht ein zweites Chile machen zu lassen.

Obwohl das Ersuchen der afghanischen Führung, zunächst unter Taraki später auch unter seinem Nachfolger H. Amin, um Militärhilfe der Sowjetunion in den bürgerliche Medien als Propaganda der afghanischen und vor allem der sowjetischen Regierung abgetan wurde, wissen wir nun seit Ende des Kalten Krieges, daß insgesamt 21 mal¹⁰ von afghanischer Seite – u.a. in einem Telefongespräch am 18. März 1979 zwischen N. M. Taraki und dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Alexej N. Kossygin – die Sowjetunion um Hilfe gebeten worden ist.¹¹

Mit dem sowjetischen Militärengagement seit dem 27.12.1979, basierend auf Art. 4 des afghanisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom 5.12.1978 und Art. 51 der UN-Charta, gewann der innerafghanische Konflikt eine neue Qualität. Er wurde internationalisiert und *zunächst verdeckt*, später ganz offensichtlich von den meisten westlichen Ländern einschließlich der BRD und ihrer regionalen Verbündeten vor Ort *geschürt*. In seinen unlängst erschienen Memoiren gab der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates, zu: „Die amerikanischen Geheimdienste haben den afghanischen Modjahedin *sechs Monate* vor der sowjetischen Intervention zu helfen begonnen“¹² (Hervorhebung durch den Verfasser). Vom ehemaligen Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, wurde das auf Anfrage eines Journalisten von „Le Nouvel Observateur“ wie folgt bestätigt: „Ja. Nach der offiziellen Version der Geschichte hat die Hilfe der CIA an die Modjahedin angefangen im Laufe des Jahres 1980, d.h. nachdem die sowjetische Armee am 24. [sic!] Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert war. Aber die Realität, bis jetzt geheimgehalten, ist eine ganz andere. Es war *tatsächlich der 3. Juli 1979*, an

¹⁰ Vgl. Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, Münster 1994, S. 68.

¹¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU, 18. März 1979, nach M. Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, a.a.O., S. 385ff.

¹² Les Révélations d'un Ancien Conseiller de Carter, „Oui, la CIA est entrée en Afghanistan avant les Russes ...“, in: Le Nouvel Observateur, Paris 15-21 janvier 1998, S. 76 (eigene Übers.).

dem Präsident Carter die erste Direktive über die geheime Unterstützung für die Opponenten des prosowjetischen Regimes in Kabul unterzeichnet hat. Und an diesem Tag habe ich dem Präsidenten eine Notiz geschrieben, in der ich ihm erklärte, daß meiner Ansicht nach diese Hilfe eine militärische Intervention der Sowjets zur Folge haben würde.“ Er führt weiter aus: „Wir haben die Russen nicht gedrängt zu intervenieren, aber wir haben die Möglichkeit, daß sie es tun, wissentlich erhöht“¹³ (Hervorhebung durch den Verfasser). Ab dieser Zeit wurden unmittelbar unter der Regie des US-Geheimdienstes CIA und dessen pakistanischer Bruderorganisation Inter Service Intelligence (ISI) die Islamisten zu schlagkräftigen, bewaffneten Organisationen umstrukturiert.¹⁴ Der Führer der Islamischen Partei, Gulbuddin Hekmatjar, „der Mann, der für alle wichtigen Geheimdienste dieser Welt arbeitete, der Tausende von Menschenleben auf dem Gewissen hat,“¹⁵ war *der* Favorit von CIA/ISI unter allen sieben aus Pakistan operierenden islamischen Gruppen. Dem „Spiegel“ zu Folge sind die Islamisten in den ersten zehn Jahren des Bürgerkrieges in Afghanistan offiziell mit „mehr als zwei Milliarden US-Dollar hochgerüstet worden.“¹⁶ Der Löwenanteil dieser für das afghanische Volk todbringenden Hilfe, nämlich „60 Prozent der jährlich bis zu 700 Millionen Dollar US-Hilfe für den afghanischen Widerstand“,¹⁷ ging bis Ende 1991 über ISI an G. Hekmatjar.¹⁸

Von der Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik unter Michail Gorbatschow blieb auch der Afghanistan-Konflikt nicht unberührt. Babrak Karmal, der mit dem Eintreffen des sowjetischen Militärkontingentes und mit der Beseitigung des Terrorregimes von H. Amin an die Spitze von Partei und Staat getreten war und als Garant der Einheit der Partei und für die Versöhnung mit dem von Amin verfolgten Teil des Volkes galt, wurde nunmehr als Hemmnis für die Lösung des Konfliktes in und um Afghanistan angesehen. Am 5. Mai 1986 wurde er als Generalsekretär der DVPA und am 21. November desselben Jahres von all seinen anderen Funktionen entbunden. An seiner Stelle wurde Dr. Nadjibullah, zuvor Präsident des Staatlichen Nachrichtendienstes ChAD, zum Vorsitzenden des Revolutionsrates und zum Generalsekretär der DVPA gewählt. In einem zweiten Schritt wurde der Abzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan angeordnet, der am 15.2.1989 abgeschlossen wurde. Aufgrund dieser neu entstandenen Situation glaubten die Modjahedin und ihre internationalen Auftraggeber, ihre Stunde wäre gekommen, die nun allein stehende afghanische Armee zu besiegen und damit die so ungeliebte Regierung in Kabul hinwegzufegen. „Nadjibullah würde sich ohne sowjetische Armee keine vier

¹³ Ebenda.

¹⁴ Vgl. A.M. Baraki, *Nacht über Afghanistan*, a.a.O., S. 17f.

¹⁵ Heinz-Rudolf Othmerding, *Friedenshoffnung in Afghanistan: Taliban rücken nach Kabul vor*, in: Deutsche Presse Agentur (DPA), 15.2.1995.

¹⁶ Absolut blind, in: *Der Spiegel*, Nr. 38, 1989, S. 194.

¹⁷ *Eiserne Faust*, in: *Der Spiegel*, Nr. 38, 1992, S. 204.

¹⁸ Vgl. ebenda.

Wochen an der Macht halten können“, so lauteten die Prognosen der internationalen Presseagenturen. „Die Mudschahedin ‚kontrollieren‘ große Teile des Landes, waren aber bisher nicht in der Lage, auch nur eine einzige bedeutende Stadt in Afghanistan zu erobern. Die im pakistanischen Exil von Peshawar gebildete ‚Afghanische Interims-Regierung‘ der sieben wichtigsten Mudschahedin-Parteien konnte daher nicht ihren Sitz in Afghanistan nehmen. Die Autorität dieser ‚Regierung‘ schwindet von Monat zu Monat. [...] Von den Machenschaften der Politiker in der Etappe zunehmend angewidert, haben viele Mudschahedin-Kommandeure in Afghanistan damit begonnen, in den von ihnen beherrschten Gebieten eigene Verwaltungen aufzubauen und sich um die Exil-Politiker in Peshawar nicht mehr zu scheren.“¹⁹

Hätten die Modjahedin ihren „Regierungssitz“ nach Afghanistan verlegen können, wären sie zumindest von den westlichen Staaten und ihren regionalen Verbündeten international anerkannt worden – mit allen völkerrechtlichen Konsequenzen. Dazu waren sie offensichtlich nicht in der Lage. Die Modjahedin waren bei ihrer groß angelegten Offensive zur Eroberung der ostafghanischen Stadt Djalal Abad im März 1989, an der mindestens 20.000 Mann teilnahmen, obwohl „mit Panzern, schwerer Artillerie und Raketenwerfern“ ausgerüstet und „unterstützt von arabischen Freiwilligen, angeleitet vom pakistanischen Geheimdienst“²⁰, vernichtend geschlagen worden. Die Geduld ihrer Mentoren schien zu Ende zu sein. Nun „müßten möglichst bald alle antikommunistischen afghanischen Gruppen zusammengerufen werden, damit sie sich endlich einigen, was sie eigentlich wollen“, lautete die Forderung eines FAZ-Leitartiklers.²¹ Solche Aufforderungen blieben nicht lange ohne Resonanz. Anfang Oktober 1990 starteten die Modjahedin einen Großangriff gegen Kabul, im März 1991 eine Offensive gegen die Stadt Chost in der Provinz Paktia und Ende Juli 1991 eine neue Offensive gegen die ostafghanische Provinzhauptstadt Djalal Abad.²²

Um dem UN-Plan zur politischen Lösung des Konfliktes zum Erfolg zu verhelfen, stellte Präsident Nadjibullah sein Amt zur Disposition und erklärte seine Bereitschaft, das Land zu verlassen. Als Teile der Partei-, der Staats- und der Armeefunktionäre seine Weisungen nicht mehr befolgten – hier sei die Parteigruppe um Außenminister Abdul Wakil, Mahmud Barialei (Bruder von B. Karmal) und den Milizenführer Abdul Raschid Dostum hervorgehoben – und ihn an der Ausreise hinderten, flüchtete er in die Kabuler UN-Vertretung, wo er bis zu seiner Ermordung durch die Taleban im September 1996 lebte. Die inner-afghanische Ursache des Scheiterns der Politik von Nadji-

¹⁹ Klaus Natorp, „Umgestaltung“ auch in Afghanistan, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, Nr. 21, 25.1.1990.

²⁰ Hermann Denecke, *Ein Faß voll Leben*, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt (DAS)*, Hamburg, 19.5.1989.

²¹ K. Natorp, *Unentschieden in Afghanistan*, in: *FAZ*, Nr. 30, 5.2.1990, S. 1.

²² Vgl. Mudjaheddin nehmen Kabul ins Visier, in: *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, München, 6./7.10.1990, S. 12; Wolfgang Koydl, *Blutiges Patt am Hindukusch*, in: *SZ*, 27.3.1991, S. 4; *Neue Offensive gegen Jalalabad*, in: *Neues Deutschland (ND)*, Berlin, 1.8.1991, S. 4.

bullah lag darin, daß er es nicht vermocht hatte, die verschiedenen Fraktionen der Partei zu einen; ganz im Gegenteil, fast jedes Politbüro-Mitglied der Partei hatte seine eigene Clique bzw. Fraktion gebildet. Dieser Zustand untergrub die Autorität des Präsidenten sowohl bei der Armee als auch bei der Volksmiliz. Der bewaffnete Aufstand des Verteidigungsministers Schah Nawas Tani gegen Nadjibullah am 6. März 1990, der jedoch niedergeschlagen wurde, macht die Qualität der Krise und die Tragik der Politik der DVPA-Führung deutlich.

Die neue Führung um Außenminister A. Wakil und Nadjibullahs Nachfolger Abdul Rahim Hatf hatte beschlossen, die Macht an die Modjahedin zu übertragen,²³ was auch am 27. April 1992, am Tag des Sieges der Aprilrevolution geschah, nachdem ihnen die Stadt Kabul kampfflos und nahezu unzerstört überlassen worden war. Sebghatullah Modjadedi, der Exil-Präsident der Modjahedin, wurde erster Präsident des Islamischen Staates Afghanistan. Der vom Volk heiß ersehnte Frieden kehrte aber mit dieser *Machtübertragung* nicht zurück.

Nach dieser Kapitulation der Führung der DVPA und der Machtübertragung an die Islamisten, gelang es diesen wegen der Priorität eigener politischer und ökonomischer Interessen jedoch nicht, das Land gemeinsam zu regieren. Im Gegenteil, der Krieg wurde im wahrsten Sinne des Wortes gegen das afghanische Volk und unter den Islamisten selbst mit einer nie da gewesenen Brutalität fortgesetzt. Die Weltöffentlichkeit hat dies kaum wahrgenommen, aber „die letzten Nachrichten aus der afghanischen Hauptstadt Kabul lassen selbst den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beinahe als harmlosen Konflikt erscheinen: 3000 bis 4000 Tote, 200.000 Flüchtlinge, eine Stadt ohne Wasser, Strom und Lebensmittel.“²⁴ Die großen Städte, darunter Kabul, wurden in Schutt und Asche gelegt. Beobachter sprachen gar von der Einäscherung Kabuls.²⁵ Was von Kabul noch übrig geblieben war, wurde in sechs Einflußbereiche der verschiedenen Islamisten zerlegt, die Grenzen der Einflußbereiche vermint und die Stadt bombardiert, bis nur noch Ruinen übrig waren.²⁶ Die Bevölkerung stand diesen Geschehnissen macht- und fassungslos gegenüber und konnte nicht verstehen, warum ausgerechnet die glühenden Verteidiger des angeblich zuvor so gefährdeten Islam nun gegen einander Krieg führten, mit allen Folgen für die Zivilbevölkerung.

Die Islamisten registrierten dies und befürchteten, ihren Einfluß und ihre Autorität bei der Bevölkerung ganz zu verlieren und sich somit zu isolieren. Die „Islamische Karte“ stach nicht mehr, was die Modjahedin bewog, jetzt auf die „Nationalitäten-Karte“ zu setzen. Aber sie führte ebenfalls in die Sackgasse,

denn der Krieg ging unvermindert weiter, nun unter der Flagge des Stammes bzw. der Volksgruppe, jedoch ohne Perspektive und ohne der Erfüllung des Auftrages näher zu kommen, der den Modjahedin seitens ihrer internationalen Mentoren übertragen worden war: Die völlige Kontrolle über das Land zu erreichen, und sei es in Form einer „Friedhofsruhe“, die eine Öffnung der Handelswege von Pakistan nach Mittelasien ermöglichen würde. Dieses historische Versagen der Islamisten stand im Widerspruch zu den politisch-ökonomischen Interessen ihrer ausländischen Auftraggeber. Denn nach deren Auffassungen sollte ein mit den USA und Pakistan eng kooperierendes Regime in Afghanistan stabile politische Verhältnisse schaffen, um die Konzeption des US- und des pakistanischen Kapitals in der Region des Mittleren Ostens – insbesondere in den mittelasiatischen Republiken – zu realisieren. Damit war die Geburtsstunde für die Taleban gekommen.

III. Die Taleban und das Öl in Zentralasien – Genese einer Söldner-Truppe

Wenn die Modjahedin ihren oben genannten Auftrag hätten erfüllen können, wären die Taleban *nie* zustande gekommen. Die Taleban sind nichts anderes als das Produkt der ökonomischen Interessen der USA und ihrer Verbündeten. Das historische Versagen der Modjahedin war die Geburtsstunde der Taleban als eigenständige organisierte Kampfeinheit auf dem Kriegsschauplatz Afghanistan.²⁷ Erst als sich in der ersten Hälfte des Jahres 1998 herausgestellt hatte, daß die Taleban nicht in der Lage waren, das ganze Land unter ihre Kontrolle zu bringen und die für eine Pipeline benötigte Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten, änderte sich die Politik der USA gegenüber ihrem Regime. Daraufhin zog die US-Ölfirma UNOCAL Anfang Oktober 1998 auf Empfehlung ihres Beraters Henry Kissinger ihre Pläne für eine Pipeline durch Afghanistan zurück.

Obwohl die Taleban erst im September 1994 öffentlich auftauchten, wurden sie nach Angaben von General Aslam Beg, dem ehemaligen Generalstabschef Pakistans, schon 1985/86 im Nordosten Afghanistans als Kampftruppe aufgestellt. Sie waren zunächst dort an den „Madrasah“ (religiösen Schulen) sowohl religiös-fundamentalistisch wie militärisch ausgebildet worden. Der französische Afghanistanexperte Olivier Roy beobachtete schon im Sommer 1984 die Aktivitäten an den Fronten der Taleban in Afghanistans südlichen Regionen Orusgan, Sabul und Qandahar. Dort „handelte [es] sich im Prinzip um die

²⁷ Vgl. Ahmed Rashid, Taliban: Islam, oil and the new great game in Central Asia, London 2000, S. 170-182, bes. 172-173; Barnett R. Rubin, Women and pipelines: Afghanistan's proxy wars, in: International Affairs, London, Vol. 73, 2, 1997, S. 288; Herbert Kremp, Rohstoffreichtum bestimmt den Kampf der Taleban, in: Die Welt, 14.10.1996; Pierre Simonitsch, Taleban - Schlüssel zu Macht und Öl, in: Tages-Anzeiger (Zürich), 9.10.1996; ders., Die amerikanische Dampfwalze scheint unauffaltam, in: Tages-Anzeiger, 11.1.1997; Andreas Bänziger, Öl und Heroin für den Westen, in: Tages-Anzeiger, 26.5.1997; Ahmad Taheri, Taleban in Bedrängnis, in: Tages-Anzeiger, 24.7.1997; Martin Peter, Grünes Licht für Pipeline-Milliardendeal mit Taliban, in: Die Presse (Wien), 8.11.1997; Gabriele Venzky, Kampf ums Öl: Wirtschaftliche Interessen dominieren in Afghanistan, in: Die Zeit, 15. 10. 1998.

²³ Auf Basis neuer Informationen korrigiere ich mich hier insofern, als ich 1993 von der „Macht-ergreifung“ gesprochen hatte, vgl. A. M. Baraki, Nacht über Afghanistan, a.a.O., S. 14.

²⁴ Peter Sichrovsky, Ein Land zerfleischt sich selbst, in: SZ, 31.8.1992, S. 4.

²⁵ Vgl. Peer Gatter, Hoffnung in Trümmern, in: Mahfel, Berlin 1995, Nr. 5, S. 7. Zuvor war Kabul durch drei Sicherheitsringe der afghanischen bzw. sowjetischen Armee abgesichert.

²⁶ Das Inventar der Ministerien, der Universitäten, der Schulen und alles Wertvolle, das sich im Kabuler Museum befand, wurde geplündert und nach Pakistan verfrachtet; viele Bücher der großen Bibliotheken fielen „Bücherverbrennungen“ zum Opfer.

Umwandlung einer ländlichen Madrasah in eine militärische Front.²⁸ Rekrutiert wurden sie u.a. aus den Reihen der Waisenkinder Afghanistans in den Flüchtlingslagern in Pakistan. Sie wurden unter unmittelbarem Kommando der pakistanischen Armee und des Geheimdienstes ISI je nach Bedarf bei den verschiedenen Modjahedin-Gruppen eingesetzt. General Beg zu Folge sind die Madrasahs „großzügig von den Regierungen Pakistans und Saudi-Arabiens und vielleicht der USA finanziert worden.“²⁹

Für die Entscheidung, die Taleban als selbständige militärische Formation in den afghanischen Bürgerkrieg einzusetzen, waren m.E. folgende Aspekte ausschlaggebend:

1. Im Frühjahr 1994 wurden die Führer der in Afghanistan rivalisierenden Modjahedin vom Auswärtigen Ausschuss des US-Kongresses zu einem Gespräch nach Washington zitiert. Die Modjahedin schickten entweder ihre zweit-rangigen Führungsmitglieder oder folgten dieser „Einladung“ erst gar nicht. Den anwesenden Modjahedinführern wurde zum ersten Mal ein Plan vorgelegt für den Bau einer Pipeline von den Öl- und Gasfeldern in Mittelasien – weltweit die drittgrößte Reserve – durch Afghanistan zum Indischen Ozean, ein Plan, um den seit 1990 die größten westlichen Ölkonzerne einen „gnadenlosen Kampf“³⁰ führen. Sie wurden aufgefordert, sich so bald wie möglich zu verständigen, um die Verwirklichung des Projektes nicht zu verzögern. Die Vertreter der Modjahedin versprachen der US-Seite, den Afghanistan-Konflikt bald friedlich lösen zu wollen, ein Versprechen das bis heute nicht eingelöst ist. Nachdem sich die Unfähigkeit der anderen Modjahedin-Gruppen, die an sie gestellten Aufgaben erfolgreich zu Ende zu bringen, erwiesen hatte, überfielen – scheinbar aus dem Nichts entstandene – gut organisierte militärische Einheiten, nun als Taleban bekannt, von Pakistan aus im September 1994 die afghanische Stadt Qandahar. Dies war der Beginn eines erneuten Versuchs einer militärischen Lösung des Afghanistan-Konfliktes, die von den USA und ihren regionalen Verbündeten bevorzugt wurde. Die historische Mission der Taleban wurde darin gesehen, ganz Afghanistan zu besetzen, um die Bedingungen für die Realisierung der ökonomischen, politischen und ideologischen Projekte der USA, Pakistans und Saudi-Arabiens zu schaffen. Hinzu kam noch das spezifische geostrategische Interesse Pakistans am Nachbarland. „Am liebsten wäre uns eine Marionettenregierung in Kabul, die das ganze Land kontrolliert und die gegenüber Pakistan freundlich eingestellt ist,“³¹ stellte ein pakistanischer Strategie fest.

²⁸ Olivier Roy, Die Taleban-Bewegung in Afghanistan, in: Afghanistan-Info, Neuchâtel, Nr. 36, Februar 1995, zitiert nach: Mahfel, Berlin 1995, H. 2, S. 8.

²⁹ Jang, The News, 3.3.1995, zitiert nach: Taleban schon seit 1985/86?, in: ebenda, S. 5.

³⁰ Newsweek, 17.4.1995; A. Artico, Afghanistans ferngesteuerte Glaubenskrieger, in: Le Monde Diplomatique/ Tageszeitung (TAZ), Berlin, November 1995, S. 15. Hier ging es auch noch um das nördlich von Afghanistan liegende Usbekistan, um die reichsten Goldminen der Welt mit einer Jahreskapazität von ca. 50 Tonnen und um das größte Silbervorkommen der Erde sowie um Uran in Kirgistan.

³¹ Erhard Haubold, In Afghanistan spielen die UN noch eine untergeordnete Rolle, in: FAZ, Nr. 250, 26.10.1996, S. 1.

2. G. Hekmatjar, der Super-Modjahed der USA und ihrer Verbündeten im Afghanistan-Konflikt, fiel wegen seiner zunächst allgemein antiwestlichen Äußerungen und schließlich wegen seiner verbalen Unterstützung des irakischen Diktators Saddam Hussein während des Golfkrieges im Jahre 1991 in Ungnade.

3. Der mittelasiatische Markt wurde als nicht zu vernachlässigendes Exportfeld für pakistanische Produkte angesehen; der einzige Transitweg dahin führt bekanntlich über afghanisches Territorium. Nach einem Treffen mit Vertretern saudiarabischer und US-amerikanischer Ölgesellschaften, forderte der pakistanische Ministerpräsident Nawaz Sharif die Taleban ultimativ auf, die Besetzung ganz Afghanistans bis Ende des Sommers 1997 abzuschließen.³² Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß die Kampfeinsätze der Taleban von pakistanischen Piloten geflogen wurden,³³ um der Aufforderung N. Sharifs Nachdruck zu verleihen. „Auf sich gestellt, könnten die Taliban nicht einmal ein Dorf erobern,“³⁴ wurde festgestellt.

4. Sowohl die USA als auch Saudi-Arabien wollen auf jeden Fall den ideologischen Einfluß ihres Rivalen Iran in Afghanistan eindämmen. Da die Modjahedin-Gruppen sich auch darin als unfähig erwiesen hatten, mußten die Taleban an ihre Stelle treten.

Obwohl die USA jeglichen Kontakt zu den Taleban geleugnet haben,³⁵ sind viele Afghanistan-Experten der Meinung, daß die Vereinigten Staaten engste politische Verbindungen zu den Taleban unterhalten. Nach einer Meldung des „Guardian“ gab es regelmäßig gegenseitige Besuche auf hoher Ebene. Mitte 1996 nahmen hochrangige Talebanführer an einer Konferenz in Washington teil. Kurz bevor die Taleban die ostafghanische Stadt Djalal Abad besetzten, führten hohe Beamte des US-Außenministeriums Gespräche mit ihren Führern in Qandahar, wo sich das Hauptquartier der Taleban befindet.³⁶

Nun, da die Taleban die in sie gesetzten Hoffnungen offensichtlich nicht erfüllen konnten, hat das US-State-Department das heutige Afghanistan „als weltweit wichtigsten Terroristen-Sumpf“³⁷ eingestuft.

IV. Die Taleban und die Perspektive Afghanistans

Ungeachtet ihrer bisherigen, als relativ einzuschätzenden, Erfolge auf dem Kriegsschauplatz Afghanistan sprechen folgende Faktoren für die Perspektivlosigkeit der Taleban:

– Als die Taleban ihren Eroberungsfeldzug in Afghanistan am 27. September

³² Krieg um Bodenschätze, in: Der Spiegel, Nr. 22/1997, 26.5.1997.

³³ Vgl. Michael Lüders, Wo Tugend zum Terror wird, in: Die Zeit, Hamburg, 6.12.1996, S. 11.

³⁴ E. Haubold, In Afghanistan spielen die UN noch eine untergeordnete Rolle, a.a.O., S. 2.

³⁵ Vgl. International Herald Tribune, 5.11.1996; Afghanistan, schwere Übergriffe im Namen der Religion, London, November 1996, S. 6.

³⁶ Vgl. ebenda.

³⁷ Jan Heller, Stiche gegen die Taliban, in: TAZ, 19.1.2001, S. 6.

1996 mit der Einnahme der Hauptstadt Kabul fortsetzen, versprach die US-Administration, ihnen Unterstützung zu geben. Die für Südasiens zuständige Staatssekretärin im US-Außenministerium, Robin L. Raphel, kündigte die Anerkennung des Talebanregimes und die Wiedereröffnung der in der sonst zerstörten Stadt Kabul völlig intakten US-Botschaft an.³⁸ Der Vizepräsident der amerikanischen Ölgesellschaft Unocal Corporation, Chris Taggart, bezeichnete die Eroberung Kabuls durch die Taleban als „positive Entwicklung“³⁹ und forderte die US-Regierung auf, das Talebanregime anzuerkennen. Die politischen Beobachter gingen davon aus, daß sich die Taleban in Afghanistan etablieren werden. Jedoch haben die Taleban unabhängig von der territorialen Ausdehnung ihrer Herrschaft nicht die Bedingungen schaffen können, um die Realisierung der ökonomischen Vorhaben ihrer ausländischen Mentoren abzusichern. Die „wichtigste Funktion der Taleban“, die Absicherung des Weges⁴⁰ für den Bau einer Gas- und Ölpipeline mit einem Investitionsvolumen von 1,9 Mrd. \$ vom turkmenischen Daulat Abad in Mittelasien durch Afghanistan nach Molat in Pakistan bzw. zum Indischen Ozean, ist gescheitert. Die mit 54% am amerikanisch-saudischen Konsortium Centgas beteiligte Unocal Corp., die seit 1996 „aggressiv für ihr Projekt geworben und u. a. Henry Kissinger als Berater eingestellt“⁴¹ und „die Anerkennung einer ‚etablierten Regierung‘ in Afghanistan durch die USA und die Uno“ verlangt hatte, hat inzwischen wegen „Verschlechterung der politischen Bedingungen in Afghanistan“⁴² das Vorhaben einer Pipeline durch Afghanistan verworfen. Damit haben die Taleban ihre zentrale strategische Funktion verloren.

– Die afghanische Bevölkerung hat mit jeder neuen Bewegung Hoffnung auf Frieden in Afghanistan verbunden. Sie ist inzwischen, wie dem Verfasser aus Afghanistan kommende Landsleute während eines Aufenthalts in Peschawar berichteten, davon überzeugt, daß die Taleban Marionetten des pakistanischen Regimes sind. Diese Überzeugung wird u. a. dadurch bestärkt, daß die Kommandanten der Taleban von den beiden Hauptsprachen Dari und Paschto nur einen bestimmten Dialekt des Paschto beherrschen und bei einer Besprechung mit der Bevölkerung einen afghanischen Dolmetscher heranziehen müssen.

– Der politisch-militärische Gegner der Taleban, die Nordallianz unter dem Kommando des inzwischen ermordeten Ahmad Schah Masud, ist nicht geschlagen. Inzwischen hat die Nordallianz sogar Teile der zuvor verlorenen Gebiete im Norden und in Zentralafghanistan zurückerobert. Hinzu kommt, daß auch sie internationale Verbündete hat, wie den Iran und einige mittelasiatische Republiken, die Türkei und Russland, die die Taleban als Gefahr für ihre Län-

³⁸ Vgl. Richard Mackenzie, *The United States and the Taliban*, in: W. Maley (Ed.) *Fundamentalism reborn? Afghanistan and the Taliban*, London 1998, S. 91.

³⁹ M. Lüders, *Wo Tugend zum Terror wird*, a.a.O., S. 11.

⁴⁰ R. Mackenzie, *The United States and the Taliban*, a.a.O., S. 96.

⁴¹ Rückzug der Unocal aus Afghanistan, in: *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)*, 24.12.1998, S. 13.

⁴² Rückschlag für Pipelineprojekt in Westafghanistan, in: *NZZ*, 27.8.1998.

der bzw. ihre eigenen Interessen hinsichtlich der Öl- und Gasreserven Mittelasien ansehen.

– Ungeachtet der territorial erfolgreichen Ausdehnung ihres Herrschaftsbereiches sind die Taleban nicht in der Lage, das Land vollständig zu kontrollieren; wobei selbst bei einer völligen Besetzung Afghanistans der Krieg nicht beendet wäre. Dieser dürfte nur einen anderen Charakter annehmen, nämlich den eines Partisanenkampfes.

– Die Taleban sind international isolierter denn je. Sie haben inzwischen einen ihrer Hauptverbündeten, nämlich die USA verloren. Nicht etwa wegen der Verletzung der Frauenrechte, wie manche naive Kommentatoren immer wieder behaupten, sondern weil sie nicht in der Lage waren, die Realisierung des Pipeline-Projektes der Unocal/Delta Oil abzusichern.

– Die Herrschaftsmethoden der Taleban, die angeblich islamisch begründet sein sollen, sind den Afghanen fremd. Dies gilt auch für ihre extreme Frauenfeindlichkeit, die sich u. a. im Berufsverbot, in der Verstümmelung der Gliedmaßen von Frauen, die Hände oder Fingernägel bemalen, in der Entführung und im Verkauf von Frauen an reiche Araber, in Vergewaltigung und Steinigung zeigt. Dies alles steht in diametralem Widerspruch zu Kultur und Tradition der afghanischen Völker.

– Seit der Besetzung Afghanistans durch die Taleban existiert im Lande keinerlei funktionsfähiger Staatsapparat bzw. funktionsfähige Verwaltung. Das Bildungswesen wird als überflüssig erachtet und das Gesundheitswesen ist faktisch zusammengebrochen. Es ist nur dort einigermaßen intakt, wo internationale Organisationen Regie führen. Wegen der Vorschrift, daß Frauen nur von Frauen behandelt werden dürfen, sind auch dort weibliche Ärzte und weibliche Hilfskräfte „einer brutalen Behandlung auf einer fast alltäglichen Basis ausgesetzt“⁴³. Alles andere sind ad hoc-Maßnahmen, die nach Lust und Laune des jeweiligen Kommandanten umgesetzt werden. Es herrscht eine Gesetzlosigkeit, die in der afghanischen Geschichte einmalig ist.

– Die islamischen Gruppierungen und die Taleban werden in Afghanistan nur dann eine Perspektive haben, wenn sie sich auf einer breiten Basis zusammenschließen würden. Unter der Berücksichtigung der Geschichte und der Gegenwart dieser Gruppierungen spricht aber alles gegen eine solche Möglichkeit.

– Die bis jetzt mehrfach getroffenen Vereinbarungen zwischen den Taleban und ihren Gegnern mit dem Ziel einer friedlichen Lösung des Bürgerkrieges scheiterten kläglich. Obwohl sich seit Mitte März 1999 die Vertreter von Taleban und Nordallianz in der turkmenischen Hauptstadt Aschg Abad mehrfach auf die Grundprinzipien einer vereinten und repräsentativen Regierung geeinigt hatten, setzten sich seit dem 10. April 1999 die bewaffneten Auseinander-

⁴³ A. Faiz, *Health care under the Taliban*, in: *The Lancet*, London, Vol. 349, 26.4.1997, S. 1247. (eigene Übers.)

setzungen weiter fort, denen am 16.4.1999 eine große Offensive der Taleban folgte.⁴⁴

Eine ganz neue Situation ist entstanden, da die USA und Großbritannien seit dem 7. Oktober Krieg gegen Afghanistan führen, mit dem erklärten Ziel einer Beseitigung des Talebanregimes, und damit wiederum einer militärischen statt einer politischen Lösung des Konflikts den Vorzug geben.

Afghanistan hat dann eine Perspektive, wenn es gelingen würde, eine zivile Regierung auf breiter Basis unter der Berücksichtigung der Vielvölkerstaatlichkeit des Landes und der existierenden bewaffneten und zivilen Gruppierungen zu bilden. Dies kann gelingen, wenn die ausländische Einmischung, die den Afghanistan-Konflikt gelenkt hat und immer noch lenkt, aufhört und unter der Federführung der UNO oder – noch besser – der Nichtpaktgebundenen Staaten, deren Mitglied Afghanistan immer noch ist, Bedingungen für einen zivilen Aufbau geschaffen werden könnten. Die Aufgaben, die eine künftige afghanische Regierung vor sich hätte, sind so immens, daß sie ohne beträchtliche internationale Hilfe unmöglich gelöst werden können. Allein die Räumung der 10 bis 11 Mio. Landminen – Afghanistan ist „das größte Minenfeld der Welt“⁴⁵ – kann ohne internationale Unterstützung nicht geleistet werden. Mit der Kapazität der jetzigen Minenräumkommandos brauchte man mehr als 400 Jahre, um Afghanistan von diesen Teufelsprodukten zu befreien. Das wäre u.a. die allererste notwendige entwicklungspolitische Maßnahme, um Afghanistan wieder bewohnbar zu machen. Angesichts der Verantwortung der BRD für die indirekte Mitwirkung an der Zerstörung Afghanistans durch die jahrzehntelange Unterstützung der Modjahedin und für die gescheiterten bundesdeutschen Entwicklungsprojekte in Afghanistan bis 1978⁴⁶ ist die Bundesregierung moralisch wie politisch verpflichtet, an einem Wiederaufbau Afghanistans tatkräftig mitzuwirken. Darum und nicht um eine militärische Beteiligung der Bundeswehr am Krieg gegen Afghanistan sollte die Bundesregierung ringen. Das wäre eine Politik mit nachhaltiger Wirkung zum Nutzen beider Länder.

⁴⁴ Vgl. Thomas Ruttig, Hoffnung für Afghanistan, in: TAZ, Berlin, 15.3.1999, S. 7; Afghanische Bürgerkriegsparteien wollen weiter verhandeln, in: Zeitung vom Lëtzebuurger Vollek, Luxembourg, 16.3.1999, S. 5; Neue Kämpfe in Afghanistan stellen Friedensabkommen in Frage, in: ebenda, 10.4.1999, S. 4; Offenbar wieder schwere Kämpfe in Afghanistan, in: FAZ, 4.5.1999, S. 8; Taliban beginnen große Offensive, in: Oberhessische Presse, Marburg/L., 17.4.1999.

⁴⁵ Thomas Kleine-Brockhoff, Im Land der Krüppel. Afghanistan, das größte Minenfeld der Welt, in: Die Zeit, Nr. 47, 15.11.1991, S. 17. Die genannten Zahlen sind zehn Jahre alt. Inzwischen sind mit Sicherheit noch einige Millionen hinzugekommen.

⁴⁶ Vgl. Matin Baraki, Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978, dargestellt anhand der wichtigsten entwicklungspolitischen Projekte der Bundesrepublik in Afghanistan, Frankfurt/M. 1996, S. 167-548.

Christian Fuchs/Wolfgang Hofkirchner

Theorien der Globalisierung

Über ein sowohl neues, als auch altbekanntes Phänomen des Kapitalismus und der Menschheitsgeschichte¹

„Globalisierung“ ist seit einigen Jahren eines der meistgebrauchten Schlagwörter in Politik und Medien. Verteufelungen und die damit oft verbundenen nationalistischen Ressentiments sind sowohl von links als auch von rechts zu beobachten. Der Rechten kommt die Globalisierungsdiskussion zu Gute, um ihren traditionellen Nationalismus im modernen Gewand wieder auferstehen zu lassen. Teile der Linken merken in ihrem antikapitalistisch motivierten Feldzug gegen die Globalisierung oft nicht, dass sie eben diesen nationalistischen Ressentiments Vorschub leisten und sich zu den besten Helfern der Rechten machen.

Andererseits ist aber vor allem aus neoliberal eingestellten Kreisen, und dazu sind im Westen heute auch große Teile der etablierten sozialdemokratischen und grünen Parteien zu rechnen, eine unkritische, fortschrittsoptimistische und kompromisslose Bejahung der Globalisierung zu hören. Die tradierten politischen Herangehensweisen seien längst überkommen, notwendig sei eine moderne Politik, die sich auf die „New Economy“ einstellt. In politischen Real-kategorien heißt dies zumeist, dass der letzte Rest Sozialstaat zur Disposition gestellt wird, um mit einem schlanken Staat die beste Voraussetzung für die internationale Standortkonkurrenz zu bieten. All dies führt zur Herausbildung des für den heutigen postfordistischen Kapitalismus typischen Nationalen Wettbewerbsstaats (vgl. Hirsch 1995, 103-121, 139-143). Die einzelnen Staaten treten miteinander in Wettbewerb um die günstigsten Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation. Jener Staat, der die Deregulierung und den Sozialabbau am meisten vorantreibt, kann mit dem Wohlwollen des internationalen Kapitals und den sich daraus ergebenden Investitionen und Betriebsansiedlungen rechnen. Die staatliche Politik konzentriert sich „zunehmend darauf, einem global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsvoraussetzungen zu verschaffen“ (Hirsch 1995, 103).

Fragen, die im Diskurs und in der Hysterie über Globalisierungsprozesse oft zu kurz kommen, sind z.B.: Was eigentlich ist unter Globalisierung zu verstehen? In welchem Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung liegen ihre Ursachen? Gibt es nur eine einzige denkmögliche Form der Globalisierung oder auch Alternativen? Handelt es sich bei der Globalisierung um etwas qualitativ Neues oder ist sie ein Prozeß, der der gesellschaftlichen Entwicklung schon seit langem innewohnt? In der Literatur finden sich verschiedene Standpunkte.

¹ Beim hier vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine überarbeitete Version eines Teils einer umfassenderen Arbeit zur Dialektik der Globalisierung (Fuchs/Hofkirchner 2000), die im Internet unter <http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestechn/globalisierung.pdf> zu finden ist.

Technische und ökonomische Globalisierung

Es gibt Globalisierungsbegriffe, die nur eine einzige gesellschaftliche Dimension der Globalisierung betonen, und solche, die mehr als nur eine Dimension betrachten. Ansätze, die sich auf eine Dimension beschränken, konzentrieren sich entweder auf technische oder auf ökologische oder auf ökonomische oder politische oder kulturelle Faktoren.

Was heute im technischen Sinne als Globalisierung angesehen wird, wurde von Schriftstellern und Wissenschaftlern vor langem vorweggenommen. Schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts ließ Nathaniel Hawthorne eine seiner Romanfiguren im „Haus der sieben Giebel“ angesichts des Telegraphen den Vergleich des Globus mit einem Kopf und Gehirn anstellen. Der Paläontologe und Jesuitenpater Teilhard de Chardin betrachtete das „erstaunliche System der Land-, See- und Luftwege, der Postverbindungen, Drähte, Kabel und Ätherschwingungen, die mit jedem Tag mehr das Angesicht der Erde umspannen“ als „Schaffung eines wirklichen Nervensystems der Menschheit; Erarbeitung eines gemeinsamen Bewusstseins, Verkittung der menschlichen Menge“, wie er am 6. Mai 1925 geschrieben hat (Teilhard de Chardin 1964, 61, 62; siehe auch 1961, 117f.). Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs formulierte der russische Begründer der Biogeochemie, Vladimir I. Vernadskij, ein Klassiker des globalen Denkens (zit. nach Hofkirchner 1997, 51): „Das Leben der Menschheit ist, bei all seiner Verschiedenartigkeit, unteilbar geworden. Ein Ereignis, das im abgelegensten Winkel eines beliebigen Kontinents oder Ozeans vonstatten ging, zieht Folgen nach sich und hat an einer Reihe anderer Orte, überall auf der Erdoberfläche, Auswirkungen – große oder kleine. Der Telegraph, das Telefon, das Radio, die Flugzeuge, die Ballone haben die ganze Erdkugel umspannt. Die Verbindungen werden immer einfacher und schneller. Alljährlich steigt ihr Organisationsgrad ... Dieser Prozess der vollständigen Besiedlung der Biosphäre durch den Menschen ist durch den Verlauf der Geschichte des wissenschaftlichen Denkens bedingt, untrennbar verknüpft mit der Geschwindigkeit der Verbindungen, mit den Erfolgen der Fortbewegungstechnik, mit der Möglichkeit der augenblicklichen Übertragung eines Gedankens, seiner gleichzeitigen Erörterung überall auf dem Planeten.“ Und 1964 konstatierte Marshall McLuhan, dass wir, nachdem wir im Zeitalter der mechanischen Technologie unsere Körper in den Raum verlängert hätten, nun mit der elektrischen Technologie unser Zentralnervensystem selbst zu einer globalen Umarmung ausdehnen würden, die nicht nur den Raum, sondern auch die Zeit, soweit es unseren Planeten betrifft, aufhebt (vgl. McLuhan 1997, 3).

Mit dem Bau der Atombombe und danach der Wasserstoffbombe und geeigneten, weitreichenden Trägerwaffen entzündete sich eine Friedensbewegung unter den Intellektuellen und WissenschaftlerInnen, der bewusst wurde, dass die Produktiv- bzw. Destruktivkräfte in Gestalt der Militärtechnik einen Stand erreicht hatten, der die Menschheit in die Lage versetzte, sich selbst mit einem Knopfdruck auszulöschen. Der globale Charakter der Entwicklung von Wissenschaft und Technologie wurde mit den Bildern, die durch die Raumfahrt

von unserem Planeten möglich wurden, ein weiteres Mal unterstrichen. Zugleich entstand das Bild vom Raumschiff Erde.

Ökologische Aspekte wurden seit Anfang der Umweltbewegung – zuerst, was die Ressourcen betrifft, und dann auf den Abfall bezogen – im planetaren Ausmaß gesehen. Es hat sich eingebürgert, Probleme, die in diesem Bereich verortet werden, als „globale“ Probleme anzusprechen. Die Herstellung von Globalität ist den AutorInnen dieser Denkrichtung zufolge ein Vorgang, der der weltweiten Vernutzung und Verschmutzung der Natur geschuldet ist. Erst als im letzten Jahrzehnt das Etikett „Globalisierung“ im öffentlichen Bewusstsein zur Bezeichnung weltweiter Aktivitäten bestimmter gesellschaftlicher Akteure gebräuchlich wurde, wurde auch der Umgang mit der Umwelt in einen Zusammenhang mit diesen Prozessen gebracht und seine Wirkungen als Auswirkungen der Globalisierung fassbar².

Immanuel Wallerstein (1974, 1981, 1988b) betont die ökonomische Dimension und meint dabei, dass eine kapitalistische Gesellschaft niemals national beschränkt ist, sondern dass es sich beim Kapitalismus um ein Weltsystem handelt. Daher sei dieser notwendigerweise ein globales System. Globalisierung kann in diesem Zusammenhang so verstanden werden, dass sich mit der Ausdehnung des Kapitalismus über den Globus eine weltweite Arbeitsteilung durchgesetzt hat. Wallerstein betont die Herausbildung eines Weltmarktes, der den Zweck der Profitrealisierung erfülle. Die kapitalistische Weltökonomie konstituiere sich durch Ausbeutungsverhältnisse. Die Aneignung des Mehrwerts erfolge durch kapitalistische Zentren, die periphere Räume ausbeuten. Wallerstein unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen Zentrum, (starker Staat, Nationalkultur, Aufrechterhaltung von Disparitäten im Weltsystem, Ausbeutung der Peripherie), Semi-Peripherie (frühere Zentral- oder Peripheriegebiete, Sammlungspunkte für politisch unpopuläre Maßnahmen, leiten politischen Druck ab, den in Peripheriegebieten angesiedelte Gruppen sonst direkt gegen die Zentralstaaten und die darin lebenden Gruppen richten würden) und Peripherie. Das kapitalistische Weltsystem erzeuge auf der einen Seite Reichtum und auf der anderen Armut. Kapitalismus sei niemals eine Angelegenheit der Nationalstaaten gewesen, sondern es handle sich um ein Weltsystem. Das Kapital lasse sich nicht national beschränken.

Unter einem Weltsystem versteht Wallerstein (1986) ein soziales System, das Grenzen, Strukturen, Mitgliedsgruppen, Legitimationsgesetze und Kohärenz hat. Wesentlich seien widerstreitende Kräfte, die das System zusammenhalten und auseinanderzerren. Weltsysteme seien selbstgenügsam, denn die dynamischen Kräfte der Entwicklung kämen weitgehend aus dem Inneren des Systems. Bei einer Abschneidung von äußeren Kräften sei das System auch weiterhin funktionsfähig. Weltsysteme seien historische System, d.h., dass sie

² In diesem Aufsatz wollen wir auf die ökologische Seite nicht weiter eingehen und es mit diesen pauschalen Bemerkungen bewenden lassen. Aus systematischen Gründen ist hier jedoch ihre Erwähnung angezeigt.

sich durch drei Charakteristika auszeichnen: Sie sind relativ autonom, sie funktionieren durch ihre inneren Prozesse, und sie haben zeitliche sowie räumliche Grenzen. Ein historisches System weise ein integriertes Netzwerk von ökonomischen, politischen und kulturellen Prozessen auf.

In der bisherigen Geschichte hätten zwei Arten von Weltsystemen bestanden: Weltreiche, in denen sich ein einziges politisches System über den Großteil des Gebietes ausbreitet. Und eine Weltökonomie, in der es nicht ein globales politisches, sondern ein globales ökonomisches System gibt. Der Kapitalismus sei das moderne Weltsystem, das seit dem 16. Jahrhundert eine Weltwirtschaft besitze, die jedoch nicht durch eine globale politische Dimension begleitet sei. Am Ende des 19. Jahrhunderts habe sich die kapitalistische Weltwirtschaft über den gesamten Planeten ausgedehnt gehabt. Die Weltwirtschaft enthalte in ihren Grenzen viele politische Systeme. Ein alternatives Weltsystem sei vorstellbar, bei dem eine Reintegration von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsebenen stattfindet. Dies wäre ein sozialistisches Weltsystem. Das qualitativ Neue an der kapitalistischen Weltökonomie sei ihre weltweite Ausdehnung und die Dominanz der ökonomischen Dimension im Gegensatz zur Dominanz der politischen Macht früherer Weltsysteme³.

Globalisierung bei Marx und Engels

Ökonomische Globalisierung als ein grundsätzlicher Aspekt des Kapitalismus wurde auch bereits von Karl Marx und Friedrich Engels beschrieben. Im Kommunistischen Manifest etwa sprachen sie davon, dass sich über den Weltmarkt eine Abhängigkeit der Nationen voneinander einstellt und dass dieser den Kapitalismus zu einem globalen System macht:

„Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat [...] den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien [...] werden verdrängt durch neue Industrien, [...] die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und

³ Anthony Giddens und Ulrich Beck kritisieren an Wallersteins Ansatz, dass sich sein Verständnis von Globalisierung auf eine rein ökonomische Ebene beschränke (siehe Giddens 1990, 27; Beck 1997, 66f); Wallersteins Argumentation sei „monokausal und ökonomisch. Globalisierung wird einzig und ausschließlich als Institutionalisierung des Weltmarkts bestimmt“ (Beck 1997, 66). Wallerstein „continues to see only one dominant institutional nexus (capitalism) as responsible for modern transformations. World-system theory thus concentrates heavily upon economic influences“ (Giddens 1990, 69). Sicherlich ist Giddens und Beck darin beizupflichten, dass die Globalisierung kein ausschließlich ökonomischer, auch kein ausschließlich ökonomisch bedingter Prozess sei. In einer ökonomischen Analyse der Geschichte des Kapitalismus, wie sie sich bei Wallerstein findet, ist es allerdings verständlich, dass hier der ökonomischen Dimension die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Umso einleuchtender wird dies angesichts der vielfach auch von anderen Autoren beschriebenen Durchdringung aller Lebensbereiche mit ökonomischer Logik. Diese Durchdringung kann u.E. aber niemals vollständig sein. Eine derartige Auffassung würde in einem einfachen ökonomischen Determinismus enden. Aber eine dominante Rolle kann der Ökonomie durchaus attestiert werden.

deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. [...] An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. [...] Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. [...] Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen“ (Marx/Engels 1974, Band 1, 29f).

Die globale Ausdehnung des Kapitalismus wurde also schon vor mehr als 150 Jahren beschrieben. An jener berühmten Stelle des Kapitals, an der Marx die Zentralisierung und Monopolisierung des Kapitals behandelt, die mit der kapitalistischen Produktionsweise unverträglich und daher gesprengt werde, gibt er einen weiteren Hinweis auf die prinzipiell globale Dimension des Kapitalismus. Marx spricht von der „Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts“, diese stelle den „internationale[n] Charakter des kapitalistischen Regimes“ dar (Marx 1867, 790). Auch die Funktionsweise des Weltmarkts und die modifizierte Anwendungsweise des Wertgesetzes auf ihn wird bei Marx beschrieben (ebd., 584). Die Ausdehnung der Produktion, die das Wachstum des akkumulierten Kapitals durch immer mehr und immer intensiver ausgepressten Mehrwert garantieren soll, sieht Marx als der kapitalistischen Produktionsweise immanent: „Die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben“ (Marx 1857/58, Grundrisse, 321) Dies führe zur „beständigen Ausdehnung des Weltmarkts“ (Marx 1894, 346).

Ökonomische Globalisierung und die Durchsetzung des Kapitalismus sind untrennbar miteinander verbunden, der Kapitalismus kann daher als grundsätzlich prozessierender und nach Ausdehnung strebender Selbstwiderspruch gefasst werden, denn das „Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen“ (Marx/Engels 1974, Band 1, 29).

In der Deutschen Ideologie spricht Marx davon, dass in der Entwicklung der Produktivkräfte „zugleich schon [...] [eine] in weltgeschichtlichem, statt der in lokalem Dasein der Menschen vorhandne empirische Existenz gegeben ist“ (Marx 1845/46, 34). Die Produktivkräfte seien zu einer Totalität entwickelt und könnten nur „innerhalb eines universellen Verkehrs“ (ebd., 68) existieren. Andererseits sei durch die „universelle Entwicklung der Produktivkräfte ein universeller Verkehr der Menschen gesetzt“ (ebd., 35). Die globale Dimension der kapitalistische Gesetze habe eine Abhängigkeit aller von allem mit sich gebracht und so erst die globale Dimension der Geschichte als Weltgeschichte hervorgebracht. Die universelle Konkurrenz habe also die „Weltgeschichte [hervorgebracht], als sie jede zivilisierte Nation und jedes Individuum darin in der Befriedigung seiner Bedürfnisse von der ganzen Welt abhängig machte und die bisherige naturwüchsige Ausschließlichkeit einzelner Nationen vernichtete“ (ebd., 60).

Auch der Kapitalexport wurde bei Marx als Teil der internationalen Dimension des Kapitalismus bereits beschrieben und als integraler Bestandteil des Kapitalismus erachtet. So spricht Marx davon, dass ein Teil des Mehrprodukts nicht in England, sondern in fremden Ländern „verkapitalisiert“ wird (Marx 1867, 639).

Auch den Zusammenhang von Globalisierungsprozessen und der beschleunigenden Wirkung von Technologien erkannte Marx: „Wenn einerseits mit dem Fortschritt der kapitalistischen Produktion die Entwicklung der Transport- und Kommunikationsmittel die Umlaufzeit für ein gegebenes Quantum Waren abkürzt, so führt derselbe Fortschritt und die mit der Entwicklung der Transport- und Kommunikationsmittel gegebene Möglichkeit – umgekehrt die Notwendigkeit herbei, für immer entferntere Märkte, mit einem Wort, für den Weltmarkt zu arbeiten“ (Marx 1885, 254). Transport- und Kommunikationswesen seien „Waffen zur Erobrung fremder Märkte“ (Marx 1867, 475). Wenn heute davon gesprochen wird, dass das Internet die ökonomische Globalisierung vorantreibe, so verweist dies auf nichts anderes als auf die grundsätzliche Funktion von Technologien im Kapitalismus, die Marx bereits im 19. Jahrhundert erkannte.

Globalisierung im postfordistischen Kapitalismus – ökonomische, politische und kulturelle Aspekte

Typisch für den postfordistischen Kapitalismus ist nun, dass die neuen Medien und Technologien eine Beschleunigung ökonomischer Prozesse und der Restrukturierung des Weltsystems in neuen Qualitäten ermöglichen. Verkehrs-, Transport- und I&K-Systeme sind Medium und Resultat der ökonomischen Globalisierung.

Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf sehen Globalisierung als die sich durch Deregulierungsmaßnahmen ergebende Offenheit der Nationalökonomien gegenüber dem Weltmarkt: „Aus der Sicht der Nationalstaaten erscheinen Globalisierung und Integration in den Weltmarkt zunächst als Offenheit gegenüber den Weltmarktenden. Das ist eine Folge des Abbaus von Schranken, die dem Markt innen und außen gesetzt worden sind. Der Markt wird durch Deregulierung sich selbst überlassen“ (Altvater/Mahnkopf 1996, 22).

Harald Schumann, Ko-Autor der populärwissenschaftlichen Arbeit „Die Globalisierungsfälle“ (Martin/Schumann 1996), versteht unter Globalisierung „die transnationale, grenzüberschreitende Integration von Unternehmen, von Märkten, von Informationsflüssen, teils sogar von Kulturen“ (Schumann 1997).

Joachim Hirsch sieht die Globalisierung in „einer radikalen Liberalisierung vor allem der Geld- und Kapitalmärkte, einer weltweit wachsenden Mobilität der Arbeitskräfte, der Verdichtung und Beschleunigung der Kommunikationsnetze, der Vereinheitlichung kultureller Muster und Konsumstandards, der wachsenden Bedeutung transnationaler Unternehmen und in einer fortschreitenden Internationalisierung der Produktion“ (Hirsch 1995, 89).

Wallerstein, Altvater/Mahnkopf, Martin/Schumann und Hirsch betonen also die ökonomische Dimension der Globalisierung. Zwei Vertreter, die ihr Au-

genmerk vor allem auf politische Aspekte der Globalisierung richten, sind James Rosenau und Zygmunt Bauman.

Nach Rosenau (1990) werde die internationale Politik heute nicht mehr von Nationalstaaten gemacht, sondern die post-internationale Politik werde auch wesentlich von transnationalen Konzernen und international agierenden Organisationen geprägt. Dadurch werde die Weltpolitik polyzentrisch. Eine Unzahl von Akteuren sei inzwischen an den politischen Aushandlungsprozessen beteiligt. Die modernen Informations- und Kommunikationssysteme, so Rosenau, haben geographische und soziale Entfernungen aufgehoben und damit eine polyzentrische Weltpolitik ermöglicht.

Der postmoderne Theoretiker Zygmunt Bauman (1997, 1998) betont, dass Globalisierung und Lokalisierung miteinander verbunden sind („Glokalisierung“) und dass sie zu einer Polarisierung zwischen globalisierten Reichen und lokalisierten Armen führen. Die globalisierten Reichen, so Bauman, leben in der Zeit, da sie den Raum überwinden können. Die lokalisierten Armen hingegen seien an den Raum gebunden und ihre Zeit sei leer. Die Reichen seien nicht mehr in dem Sinn von den Armen abhängig, dass sie diese bräuchten, um noch reicher zu werden.

Schließlich werden kulturelle Faktoren ins Treffen geführt. Roland Robertson hat das Ausmaß des Bewusstwerdens der Welt als eines singulären Platzes zum empirischen Indikator der Weltgesellschaft gemacht (1992). Armin Nassehi schließt hier an und spricht dann von Weltgesellschaft, „wenn sich global players in der Differenz ihrer unterschiedlichen Bezogenheit auf ein und dieselbe Welt wahrnehmen und dies reflexiv wird“ (zit. nach Beck 1997, 151). Die Selbsterfahrung der Weltgesellschaft wird dabei als massenmedial vermittelt unterstellt.

Globalisierung bei Ulrich Beck und Anthony Giddens

All diesen Ansätzen stehen jene gegenüber, die mehrere Dimensionen der Globalisierung zugleich im Visier haben. So z.B. jene von Ulrich Beck und Anthony Giddens:

Ulrich Beck will Globalisierung ökonomisch, ökologisch, kulturell, politisch und zivilgesellschaftlich verstehen (Beck 1997, 26). Von „Globalität“ spricht er im Sinn einer Weltgesellschaft, in der wir, so Beck, heute bereits in dem Sinn leben, dass sich Gruppen und Länder nicht voneinander abschließen können, sondern sich notwendigerweise aufeinander beziehen müssen (ebd., 27f). Mit Globalisierung bezeichnet er „Prozesse, in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und querverbunden werden“ (ebd., 28f). Beck versteht Globalisierung also relativ allgemein als eine transnationale Vernetzung von Akteuren.

Anthony Giddens, der mit Beck zusammenarbeitet (wodurch sich auch Ähnlichkeiten in ihren soziologischen Herangehensweisen ergeben), betont, dass

durch die Herstellung raum-zeitlicher Entfernung als typischen Prozess der Moderne lokale und regionale Prozesse durch weit entfernt stattfindendes Handeln beeinflusst werden. Globalisierung versteht er daher als „intensification of worldwide social relations which link distant localities in such a way that local happenings are shaped by events occurring many miles away and vice versa“ (Giddens 1990, 64).

Giddens identifiziert mehrere Ebenen der Globalisierung (siehe Giddens 1990, 70ff): Die ökonomische sei durch die kapitalistische Weltökonomie als Produktionsweise gekennzeichnet. Firmen hätten zwar immer eine lokale Basis, dies hindere sie aber nicht am globalen Handel und an dem Versuch der weltweiten politischen Einflußnahme. Der politische Bereich der Globalisierung werde durch das System der Nationalstaaten, die das Gewaltmonopol für sich beanspruchen, abgedeckt. Die Akteure der globalen politischen Ordnung seien die Nationalstaaten, jene der ökonomischen die Unternehmen. Die dritte Dimension der Globalisierung ist für Giddens die militärische Weltordnung. Hier spielen militärische Allianzen zwischen Nationalstaaten eine wesentliche Rolle. Ein sich daraus ergebendes globales bipolares Allianzsystem war ein wesentliches Moment der Blockkonfrontation. Symptomatisch für die militärische Dimension der Globalisierung sind für Giddens auch die Weltkriege. Die vierte Ebene stellt bei Giddens die internationale Arbeitsteilung dar.

Beck und Giddens betrachten also mehrere Ebenen der Globalisierung. Als problematisch können die daran anschließenden politischen Implikationen angesehen werden. Beide wenden sich zwar explizit gegen den Neoliberalismus im thatcheristischen und „reagonomischen“ Sinn, wobei Beck den Neoliberalismus als „Globalismus“ und Irrtum bezeichnet und sich Giddens auf die Suche nach einem „dritten Weg“⁴ (siehe Giddens 1999) für die Sozialdemokratie macht, der weder „Sozialdemokratie alten Stils“ noch Neoliberalismus bedeutet. Giddens und Beck wollen weder einen neoliberalen, noch einen „alt-linken“ Weg gehen, landen aber letzten Endes mit ihren politischen Vorstellungen doch sehr nahe bei der neokonservativen Ideologie.

Giddens meint etwa, dass die Politik des Dritten Weges die Globalisierung bejahen müsse. Unerwähnt bleibt dabei jedoch, dass die ökonomische Globalisierung als ein dem Kapitalismus innewohnender Prozess (durchaus ohne in nationalistischen Argumentationen zu landen) in dem Sinn kritisiert werden kann, dass das globale kapitalistische Weltssystem globale Ungleichheit (im Sinn der Möglichkeit einer Verfügbarkeit über Ressourcen) und Ungerechtig-

⁴ Das Sprechen vom „dritten Weg“ ist schon aus dem Grund problematisch, da die Faschisten in den 30ern ihre eigene Politik immer wieder als einen dritten Weg bezeichneten. Mussolini sprach vom Faschismus als drittem Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Auch heute ist in der Neuen Rechten immer wieder die Rede vom dritten Weg. So schreibt z.B. Peter List in den Staatsbriefen (2/1994), die im Verfassungsschutzbericht 1999 der BRD als wesentliches Presseerzeugnis des deutschen Rechtsextremismus angesehen werden, von der „nationalen Volkswirtschaft“ als „Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus“ und als „ein dritter Weg jenseits von Marxismus und Kapitalismus“.

keit herstellt und damit seinen eigenen Ansprüchen im Sinn der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) widerspricht.

Von den Widersprüchen des Kapitalismus als wesentlichen Ursachen heutiger gesellschaftlicher Probleme ist bei Giddens und Beck jedoch keine Rede mehr. Ganz im Gegenteil: Jene, die Leidtragende dieser Fehlentwicklungen sind, werden zu Schuldigen gemacht. Giddens sieht als ein zentrales Motto der „neuen“ Politik: „Keine Rechte ohne Pflichten“. Daher müsse die Arbeitslosenunterstützung an die Verpflichtung zu aktiver Arbeitssuche gekoppelt sein. Das Sozialsystem solle die Motivation für eine solche Suche nicht dämpfen. Der Rolle des Staates müsse von der Sozialdemokratie neu bewertet werden, sie solle ihre „überkommenen Ansichten“ grundsätzlich in Frage stellen. Der Staat soll als „Sozialinvestor“ agieren. Giddens drückt sich vornehm aus, kaschiert aber, was andere beim Namen nennen: Zwangsarbeit und Sozialabbau.

Als eine Antwort auf Globalisierung sieht Ulrich Beck ein Bündnis für Bürgerarbeit (siehe Beck 1997, 235ff). Bisher ehrenamtlich geleistete Arbeit müsse in Zukunft als Bürgerarbeit angesehen werden, für die ein Bürgergeld, das nach Becks Vorstellungen in etwa die Höhe der Sozialhilfe haben sollte, bezahlt wird. Immer mehr konservative und rechte Parteien berufen sich auf dieses Beckesche Modell der Bürgerarbeit. So heißt es z.B. im Regierungsprogramm der FPÖ-ÖVP-Koalition in Österreich (19f): „Langzeitarbeitslose sollen daher verpflichtet werden, im Sozial-, Umwelt- und Denkmalschutzbereich für sie geeignete Arbeit anzunehmen, wobei ihnen sodann neben dem Arbeitslosengeld bzw. der Notstandshilfe ein Bonus als Bürgergeld gewährt wird: Notstands- und Sozialhilfeempfänger erhalten als Abgeltung für die Verrichtung von Gemeinwesenarbeit (im Gesundheits- und Pflegebereich, Denkmalschutz, Umweltschutz, Pflege von Grünanlagen etc.) einen Zuschlag zu ihrer Notstands- bzw. Sozialhilfe von bis zu 20 % Bonus als „Bürgergeld“. Damit verbunden soll die Pflicht sein, diese Arbeiten anzunehmen. [...] Die auch heute schon gegebenen Sanktionen, wenn man angebotene Arbeit nicht annimmt, bleiben aufrecht und sollen auf die Gemeinwesenarbeit ausgedehnt werden“.

Auch im Rahmen des Berichts der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1996) schlägt Ulrich Beck vor, Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit zu ergänzen. BürgerarbeiterInnen fallen demnach nicht in die sozialrechtliche Kategorie „arbeitslos“. Als wesentliche Idee seines Modells betont Beck, „dass [...] das Unternehmerische mit der Arbeit für das Gemeinwohl verbunden werden sollte und kann“. Die Kommission schlägt vor, „die Voraussetzung für die Einrichtung von Bürgerarbeit zu schaffen und zu erproben, d.h. für Formen freiwilligen sozialen Engagements jenseits der Erwerbsarbeit [...] in inhaltlichen Themengebieten wie z. B. Bildung, Umwelt, Gesundheit, Sterbehilfe, Betreuung von Obdachlosen, Asylbewerbern, Lernschwachen, Kunst und Kultur“ (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996, Teil III, 149). Ein großer Teil der bisher von Staat und Kommunen organisierten sozialen Tätigkeiten solle also ausgegliedert werden und in der Form von Bürgerarbeit organisiert werden. BürgerarbeiterInnen kann nach

den Vorstellungen der Kommission bei individueller Bedürftigkeit ein sogenanntes „Bürgergeld“ ausbezahlt werden. Es wird zwar betont, dass diese Arbeiten freiwillig durchgeführt werden sollten, parallel dazu zeigt sich aber deutlich, in welche Richtung diese Vorschläge gehen, da als ein Vorschlag im Bericht die Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger genannt wird.

Bürgerarbeit bedeutet nicht nur Zwangsarbeit im neuen Gewand und eine möglichst günstige Verfügbarmachung von Lohnarbeitenden durch den Staat, sondern auch die individuelle Schuldzuweisung an die Leidtragenden der Fehlentwicklungen des globalen Kapitalismus sowie die Privatisierung der ehemaligen sozialstaatlichen Tätigkeiten, die durch neoliberale Konsolidierungsmaßnahmen weggefeigt wurden. Die neokonservative Ideologie der Betonung der Eigenverantwortung der BürgerInnen, die von der Kausalität der kapitalistischen Logik und von der Verursachung gesellschaftlicher Probleme durch gesellschaftliche Systemzusammenhänge abstrahiert, passt bei Beck und Giddens durchwegs ins Konzept.

Dies hängt damit zusammen, dass Ulrich Beck schon seit geraumer Zeit betont, dass die Individualisierung als ein wesentlicher Prozess der Moderne neue Chancen biete (siehe Beck 1983 und 1986). Er argumentiert, dass die zweite Moderne mit einem Individualisierungsschub – der Entbindung aus traditionellen Umfeldern, Milieus und sozialen Beziehungen – einhergehe. Bis in die 70er Jahre hatten Institutionen vielfach sinnstiftenden, sicherheitsgebenden und handlungsanleitenden Charakter. Mit der verstärkten Herauslösung der Individuen aus Zusammenhängen wie Familie, Betrieb, Beruf, Nachbarschaft, Kultur, Region, Arbeitsmarkt, Kirche, Verbänden, Gewerkschaften oder Traditionen werde der/die Einzelne zunehmend für sich selbst verantwortlich und müsse verstärkt Handlungsinitiativen setzen.

Individualisierung und Neoliberalismus korrespondieren durch die Betonung der Eigenverantwortung. Gleichzeitig erodieren aber die sozialen Auffangmechanismen, die im keynesianischen Wohlfahrtsstaat realisiert waren, und explodieren die Armut sowie die Arbeitslosigkeit. Die Politik⁵ argumentiert immer stärker mit einer individualisierenden Tendenz. Etwa seien Arbeitslose selbst schuld an ihrer Situation. Bekämpft werden nicht jene Widersprüche, die Arbeitslosigkeit hervorbringen, sondern die Arbeitslosen. Der Mainstream in Medien und Politik abstrahiert dabei quasi völlig von den marktförmigen, strukturellen Rahmenbedingungen. Eindimensionale Kausalitäten sind dabei schnell zur Hand sowie medial verwertbar und dementsprechend aufbereitbar, die Widersprüche des Kapitalismus und seiner neoliberalen Politik werden hingegen nicht thematisiert.

Beck und Giddens scheinen Ursache und Wirkung zu vertauschen. Sie stellen nicht den Kapitalismus in Frage, der in seiner aktuellen Phase das Ende des

⁵ Die erwähnte Passage aus einem Regierungsprogramm und Becks Arbeit im Rahmen der Kommission für Zukunftsfragen sind nur zwei aus einer Reihe von Beispielen. Für weitere genügt ein Blick in die verschiedenen europäischen Regierungsprogramme.

fordistischen Wohlfahrtsstaates mit sich bringt, sondern sehen als Lösung gesellschaftlicher Probleme „eine Zunahme der Verpflichtungen des Einzelnen“ (Giddens 1999), die sich aus der zunehmenden Individualisierung ergebe. Der Staat wird quasi auf die Position des Nachwächters der Kapitalakkumulation verwiesen, der die Standortbedingungen für das (prinzipiell) international agierende Kapital organisiert und den immer mehr atomisierten und von jeder positiven Perspektive weit entfernten Individuen als Aktivator in neoliberaler Manier „Hilfe zur Selbsthilfe“⁶ garantiert. Für die durch die kapitalistische Ökonomie Benachteiligten, für die der Alltag immer mehr zu einem unmittelbaren Überlebenskampf wird, muss das Appellieren an ihre Selbstverantwortung und Eigeninitiative durch Beck und Giddens und in deren Gefolge durch die sich „modern“ gebende europäische Politik wie Hohn wirken.

An Analyse und Kritik des Kapitalismus scheinen Giddens und Beck nicht interessiert zu sein. Giddens (1999) betont gar, dass es keine Alternative zum Kapitalismus gibt. Konsequenterweise auch die Ablehnung der als „altlinks“ diffamierten analytischen Kategorien des Marxismus wie Klassenverhältnis, Ausbeutung, Mehrwert etc.

Giddens war im Wahlkampf 1997 Berater des New Labour-Vorsitzenden Tony Blair. Und Blair setzt Giddens' Ideen konsequent in politische Praxis um. New Labour prolongiert den Sparkurs der Konservativen. Beihilfen für sozial Schwache wurden gekürzt, Studiengebühren wiedereingeführt, Bekämpfung der Armen und Arbeitslosen durch „Workfare“ an Stelle der Bekämpfung der zugrundeliegenden Ursachen, Law and Order-Politik und Workfare statt Welfare („Welfare to Work“⁷), um das „Interesse der Menschen [...], zu arbeiten“ (Blair-Schröder-Papier „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“, 1999) zu garantieren. New Labour modernisiert nach rechts und die europäische Sozialdemokratie folgt unter Applaus für Polit-Strategen wie Anthony Giddens nach. Nicht zu Unrecht ist Giddens für Pierre Bourdieu „ein britischer Soziologe, der zum Vordenker der neoliberalen Rechten geworden ist, bzw. der neoliberalen »Schein-Linken« Tony Blairs“ (Bourdieu 2000).

Ein Aspekt der Globalisierung, den Giddens und Beck betonen, ist die „Welttrisikogesellschaft“. Die Moderne zeichne sich durch eine Zunahme der Risiken aus, die alle Menschen betreffen (Naturkatastrophen, Gefahr eines Atomkrieges, Vereinsamung, Arbeitslosigkeit, usw.). Giddens spricht von der Globalisierung des Risikos in dem Sinn, dass einerseits die Intensität der Risiken zunimmt und andererseits die Anzahl der Risiken steigt (Giddens 1990, 124). Die globalen Risiken und potentiellen Katastrophen würden eine Gefahr für alle darstellen. Beck redet in diesem Zusammenhang vom „Ende der Ande-

⁶ Giddens drückt dies in seiner Diktion als „positive Wohlfahrt“ aus.

⁷ Dieses Programm zwingt alleinerziehende Mütter und Arbeitslose zur Aufnahme einer Arbeit in Beschäftigungsgesellschaften, einer Ausbildung oder eines subventionierten Arbeitsplatzes in der Privatwirtschaft. Der Welfare-State scheint sich heute wahrlich zu einem Warfare-State (vgl. Negri 1980) zu wandeln, der einen neoliberalen Krieg gegen Menschen führt, die in prekäre Lebensverhältnisse gepresst werden.

ren", da die modernen Risiken die gesamte Menschheit betreffen und diesbezüglich keine Unterschiede wie Privilegiert/Unterprivilegiert, Arm/Reich bestehen. Beck spricht von einer „globalen Schicksalsgemeinschaft“ (Beck 1997, 155), da alle mit den Folgen wissenschaftlich-industrieller Entscheidungen und der Zerbrechlichkeit der Zivilisation konfrontiert seien (ebd., 74). Giddens und Beck betonen, dass kollektive Gefahren heute weiten Teilen der Öffentlichkeit bekannt sind und dass Risiken über die Medien thematisiert werden (vgl. Beck 1997, 168f. und Giddens 1990, 125). Wie Beck und Giddens daraus den Schluß ziehen, die Weltrisikogesellschaft bedeute das Ende der Klassengesellschaft, ist falsch. Denn Klassenantagonismen bestimmen sich nicht nur subjektiv durch ein – heute zugegebenermaßen erodierendes bzw. sich entdifferenzierendes – Klassenbewußtsein, sondern vor allem auch subjektiv durch den Transfer und die Ausbeutung von Quantität lebendiger Arbeit. Die Mehrwertproduktion und ihre Voraussetzungen wie die Reproduktionsarbeit sind immer noch Grundkategorien der Gesellschaft, in der wir leben. Diese ist daher noch immer eine Klassengesellschaft.

Es fällt auf, dass Giddens (1990) bei der Behandlung der Risiken der Moderne kaum auf das globale Problem der Armut, die ungleiche globale Wohlstandsverteilung und die Tatsache, dass immer mehr Menschen in prekären Verhältnissen leben müssen, eingeht. Beck (1997) thematisiert dies zwar stärker, aber beiden ist gemeinsam, dass sie von den Risiken der Moderne sprechen und in diesem Zusammenhang vom Kapitalismus schweigen. Die Urheberschaft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung an den globalen Problemen scheint aber immer sinnfälliger zu werden.

Anforderungen an eine Allgemeine Theorie der Globalisierung

Nun kann festgehalten werden, dass die verschiedenen in der Literatur vorfindlichen Herangehensweisen an die Erkenntnis der Globalisierung, ob sie nun einseitig sind oder vielseitig, zwar summa summarum viele Seiten des entsprechenden Phänomens beleuchten, dass sie allesamt aber eklektisch bleiben. Es fehlt eine einheitliche Theorie der Globalisierung, die all diese technischen und sonstigen gesellschaftlichen Dimensionen auf den Begriff bringt.

Eine Allgemeine Theorie der Globalisierung (zu den Grundlagen s. Fuchs/Hofkirchner 2000), die weder reduktionistisch noch affirmativ ist, müsste Globalisierung zunächst als einen allgemeinen dialektischen Prozess der Menschheit fassen, der in jeder spezifischen Gesellschaftsformation in sämtlichen Subsystemen seine Ausdrucksweise findet. Die allgemeine Dialektik der Globalisierung zeigt ihre konkreten Ausprägungen in jeder Gesellschaftsform in den gesellschaftlichen Subsystemen Ökonomie, Politik und Kultur, materielle (naturale) Reproduktion, technische Infrastruktur. Die grundsätzliche Tendenz der Globalisierung beruht auf einem dialektischen Verhältnis von Lokalem und Übergreifendem/Globalem.

Als nächster Schritt könnten Globalisierungsprozesse im Kapitalismus in nichtreduktionistischer Art und Weise betrachtet werden. Dabei wären insbe-

sonders die komplexe Vermitteltheit von Politik, Ökonomie und Kultur sowie die grundsätzlichen Antagonismen der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu berücksichtigen. Bei der Ausprägung der allgemeinen Dialektik im Kapitalismus handelt es sich also um eine antagonistische Form. Die Entfaltung von Globalisierungsprozessen im Rahmen der Antagonismen des Kapitalismus vermittelt heute die Verschärfung der globalen Probleme.

Als dritter Schritt könnte schließlich geklärt werden, was das spezifisch Neue von ökonomischen, politischen, kulturellen und technischen Globalisierungsprozessen im heutigen postfordistischen Entwicklungsmodell des Kapitalismus darstellt (für eine nähere Betrachtungsweise dieses Entwicklungsmodells siehe Fuchs 2001). Eine Allgemeine Theorie der Globalisierung müsste berücksichtigen, dass Globalisierung kein vollständig neues Phänomen ist und dass sie heute auch neue Aspekte aufweist, die spezifisch für das postfordistische Stadium des Kapitalismus sind. Das heutige Entwicklungsmodell dieser Gesellschaftsformation ist weder ausschließlich das ewig Alte, wie es diverse marxistische Herangehensweisen nahe legen, noch etwas vollständig Neues (wie in der postmodernistischen Theorie häufig angenommen). Eine Allgemeine Theorie der Globalisierung müsste diese Dialektik von Altem und Neuem ausreichend berücksichtigen.

Eine solche Theorie könnte einen Beitrag dazu leisten, den Globalisierungsbegriff differenzierter als in den heute existierenden Ansätzen zu betrachten und die politischen Implikationen, die sich aus diesen Diskursen ergeben, aus einer neokonservativen in eine humanistische Richtung umzuleiten. Dazu wäre es notwendig, zu erkennen, dass neben der heutigen antagonistischen Form der Globalisierung durchwegs auch eine am Menschen orientierte vorstellbar ist, die Maßstäbe sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit transportiert. Der Weg dort hin ist wiederum nur als ein Globalisierungsprozess alternativer Entwicklungslinien vorstellbar. Notwendig wäre dazu vor allem auch eine sozialistische Wende.

Literatur:

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996), Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster.
- Bauman, Zygmunt (1997), Schwache Staaten. Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft, in: Beck, Ulrich (Hrsg.) (1997), Kinder der Freiheit, Frankfurt/Main, S. 323-331.
- Bauman, Zygmunt (1998), Globalization. The human consequences, Cymbridge.
- Beck, Ulrich (1983), Jenseits von Stand und Klasse? - Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Soziale Welt, Sonderband 2, 1983, S. 35-74.
- Beck, Ulrich (1986), Risikogesellschaft, Frankfurt/Main.
- Beck, Ulrich (1997), Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt/Main.
- Bourdieu, Pierre (2000), Vernetzt Euch! Interview mit Pierre Bourdieu über soziale Bewegungen und die Charta 2000, in: WoZ, Die Wochenzeitung, Nr. 19, 11/05/2000
- Fuchs, Christian (2001), Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen. Norderstedt.

- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2000), Die Dialektik der Globalisierung in Ökonomie, Politik, Kultur und Technik. Beitrag beim Jubiläumskongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) v. 20.-23. Sept. 2000, Wien, Online: <http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestech/glob.html> Oder: <http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestech/globalisierung.pdf>
- Giddens, Anthony (1990), *The Consequences of Modernity*, Stanford.
- Giddens, Anthony (1995), *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt/Main.
- Giddens, Anthony (1999), *Der dritte Weg. Die Erneuerung der Sozialen Demokratie*, Frankfurt/Main.
- Hirsch, Joachim (1995), *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin.
- Hofkirchner, Wolfgang (Hrsg.) (1997), V. I. Vernadskij – Der Mensch in der Biosphäre. Zur Naturgeschichte der Vernunft, Wien etc.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1996), *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen*, Bonn.
- Martin, Hans-Peter/Schumann, Harald (1996), *Die Globalisierungsfälle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Reinbek.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1845/46), *Die deutsche Ideologie*, in: MEW, Band 3, Berlin.
- Marx, Karl (1857/58), *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, MEW Band 42, Berlin.
- Marx, Karl (1867), *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, MEW, Band 23, Berlin.
- Marx, Karl (1885), *Das Kapital*, Buch II: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, Berlin. Dietz, MEW, Band 24, Berlin.
- Marx, Karl (1894), *Das Kapital*, Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, MEW, Band 25, Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1974), *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Berlin.
- McLuhan, Marshall (1997), *Understanding Media. The Extensions of Man*, London (first published 1964).
- Negri, Toni (1980), *Crisis of the Crisis State*, in: ders. (1988), *Revolution Retrieved. Selected Writings on Marx, Keynes, Capitalist Crisis and New Social Subjects 1967-83*, London, S. 177-197.
- Robertson, Roland (1992), *Globalization. Social Theory and Global Culture*, London.
- Rosenau, James N. (1990), *Turbulence in World Politics. A Theory of Change and Continuity*, New York.
- Schumann, Harald (1997), *Die Globalisierungsfälle*, Online unter: <http://www.gwdg.de/~fsbio/speech.htm>
- Teilhard de Chardin, Pierre (1961), *Die Entstehung des Menschen*, München.
- Teilhard de Chardin, Pierre (1964), *Auswahl aus dem Werk*, Freiburg.
- Wallerstein, Immanuel (1974), *The modern world-system. Capitalist agriculture and the origins of the European world-economy in the sixteenth century*, New York.
- Wallerstein, Immanuel (1981), *The modern world-system. Mercantilism and the consolidation of the European world-economy*, New York.
- Wallerstein, Immanuel (1986), *Das moderne Weltssystem. Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert*, Frankfurt/Main.
- Wallerstein, Immanuel (1988a), *One World, Many Worlds*, New York.
- Wallerstein, Immanuel (1988b), *The modern world-system. The second era of great expansion of the capitalist world-economy*, New York.
- Wallerstein, Immanuel (2000), *Die Marginalisierung der Dritten Welt und die Krise der Weltwirtschaft. Auf abschüssiger Strecke mit defekten Bremsen*, in: *Le Monde Diplomatique* (deutschsprachige Ausgabe), 11.8.2000.

Lydia Krüger/Markus Helfen

Von der Krise der „emerging markets“ zur Krise am Neuen Markt

Wirtschaftliche Krisen sind in den letzten Jahren zu einer Dauererscheinung geworden, wie die Ereignisse in so unterschiedlichen Ländern wie Mexiko (1994/95), Thailand, Malaysia, Indonesien und Südkorea (1997/1998), Rußland (1998), Brasilien (1999), Argentinien und der Türkei (2000/2001) demonstriert haben. Nicht nur, daß dies eine mittlerweile jährliche Abfolge von Krisen ist, deren Folgen in den betroffenen Ländern noch lange zu spüren sein werden. Zudem sind die sogenannten Finanzkrisen mittlerweile nicht mehr nur auf Entwicklungs- und Schwellenländer beschränkt. So hat Japan seit der crashartigen Wertkorrektur an den Immobilien- und Aktienmärkten Ende der 80er Jahre mit einer schwerwiegenden Bankenkrise zu kämpfen, da „faule Kredite“ im Wert von mindestens 500 Milliarden US-Dollar die japanische Wirtschaft belasten.¹ Und selbst die Vereinigten Staaten sind angeschlagen, seit die New Economy in eine Krise geraten ist und der NASDAQ-Index für Technologiewerte einen dramatischen Kursverfall hinnehmen mußte.

Bislang wurde bei der Analyse der Ursachen dieser Krisen der Fokus auf die Dynamik der internationalen Finanzmärkte gelegt. Demnach hat die Deregulierung der Finanzmärkte, die wachsende Macht internationaler Investoren sowie die Tatsache, daß immer größere Kapitalmengen nicht mehr der Finanzierung von Investitionen, sondern der Spekulation dienen, zu einer wachsenden Krisenanfälligkeit des internationalen Finanzsystems geführt. Dies schlägt sich darin nieder, daß sich in immer kürzeren Abständen Finanzkrisen ereignen.

Da die Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten bereits ausführlich analysiert worden sind,² soll in diesem Artikel der Schwerpunkt auf andere Entwicklungen gelegt werden, denen in der gegenwärtigen Debatte über die Ursachen von Finanzkrisen relativ wenig Beachtung geschenkt wurde. Konkret geht es um Entwicklungen im Bereich der Produktion und des Welthandels, die möglicherweise zu einzelnen Finanzkrisen beigetragen haben. Die diesbezügliche Hypothese lautet, daß die Asienkrise wie auch die Krise der New Economy eine gemeinsame Ursache hat, die darin zu suchen ist, daß die Märkte für High-Tech-Güter (d.h. die Märkte für Computer, Hard- und Software, andere Büromaschinen, Telekommunikation und elektronische Geräte

¹ Ein unlängst veröffentlichter Goldman Sachs Report schätzt den Umfang aller risikoreichen Kredite in Japan sogar auf 237 Billionen Yen bzw. 1,9 Billionen US-Dollar – dies entspricht fast 50 Prozent des japanischen Bruttonationalprodukts. Vgl. Gillian Tett: Bad loans at Japanese banks 'worse than admitted'. In: *Financial Times*, July 20, 2001, S. 4.

² Z.B. im Artikel von Jörg Huffschild: Mehr Instabilität, mehr Finanzmacht und mehr soziale Polarisierung. In: *Z 46*, Juni 2001.

im allgemeinen) spätestens seit Mitte der 90er Jahre übersättigt waren. Überproduktion und Preisverfall bei verschiedenen Hochtechnologiegütern haben demnach sukzessive zu einer Entwertung sowohl der ostasiatischen Produktionsstätten als auch der Unternehmen am Neuen Markt geführt. Diese These soll im folgenden anhand von einigen Daten erläutert und begründet werden. Dabei wird in einem ersten Schritt die wirtschaftliche Entwicklung der ostasiatischen Schwellenländer nachgezeichnet. Hierbei zeigt sich, daß es diesen Ländern gelungen ist, gerade im Computer-, Halbleiter- und Telekommunikationsbereich wettbewerbsfähige Industrien aufzubauen und auf den Weltmärkten immer größere Exportanteile zu erobern. Hieran schließt sich eine Betrachtung der Weltmarktpreise für einschlägige Güter der Hardware-Produktion an, vor allem ihrer Entwicklung in den 90er Jahren, wobei festgestellt werden kann, dass sich mit dem weltweiten Preisverfall dieser Güter insbesondere die Terms of Trade für die ostasiatischen Schwellenländer verschlechtert haben. Abschließend soll untersucht werden, inwiefern der Wertverfall der IT-Produkte auch eine der Ursachen für die Krise der New Economy sein kann.

Die Entwicklung der ostasiatischen Schwellenländer bis zur Asienkrise

Bis zur Asienkrise galten ostasiatische Schwellenländer als Vorbilder für wirtschaftliches Wachstum. Im Gegensatz zu den Schwellenländern Afrikas und Lateinamerikas, deren wirtschaftliche Entwicklung in den 80er Jahren durch die Verschuldungskrise beeinträchtigt wurde, schienen die ostasiatischen Schwellenländer mit jährlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts von über sieben Prozent³ auf dem besten Wege zu sein, sich zu Industrienationen zu entwickeln. Durch konsequente industriepolitische Förderung von Exportindustrien bzw. durch Verlagerung von Produktionsstätten (nicht nur) aus Japan in die ostasiatischen Schwellenländer gelang es den ostasiatischen „Tigern“, ihren Anteil am Welthandel deutlich zu steigern. So zählen die vier ostasiatischen Industrieländer der ersten Generation (Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur) sowie China mittlerweile zu den 15 größten Exporteuren der Welt; betrachtet man die „vier Tiger“ als Ländergruppe, so liegen sie gemessen an ihren Exporten noch vor Deutschland und Japan.⁴

Untersucht man, in welche Sektoren die Investitionen in den ostasiatischen Schwellenländern geflossen sind, so muß man anerkennen, daß es diesen Ländern gelungen ist, Zug um Zug in immer technologieintensivere und zu-

³ In den 80er Jahren betragen die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten des BSP in Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur und Thailand zwischen 7,2 und 8,1 %. In den 90er Jahren lagen die Wachstumsraten in Malaysia mit 8,8%, Thailand mit 8,6%, Singapur mit 8,3% sowie Südkorea (7,7%) und Indonesien (7,2%) relativ hoch. Vgl. Jochen Röpke: *The East Asian 'Miracle': Theoretical Challenges*. In: Horst Zimmermann (Hrsg.): *Selected issues of East Asian Economies – Japanese and German Perspectives*. Marburg 1997, S. 114.

⁴ WTO: *International Trade Statistics 2000*. Genf 2000, S. 19.

kunftsträchtigeren Industrien vorzudringen. So läßt sich aus aktuellen Statistiken der WTO entnehmen, daß sich die ostasiatischen Schwellenländer stark auf die Produktion und den Export von Büro- und Telekommunikationsgütern konzentriert haben: Der Anteil der Güterexporte im Büro- und Telekommunikationsbereich an den Gesamtexporten der Länder liegt mit 29,7% in Südkorea, 26,1% in Thailand und mit über 50% in Malaysia, den Philippinen und Singapur deutlich über dem weltweiten Durchschnitt von 14,1%.⁵ Dabei lag der Schwerpunkt des Exportwachstums der Weltbank zufolge in der Elektronikindustrie: Der Anteil der Exporte im Bereich der Elektronik an allen heimischen Exporten lag in den ostasiatischen Schwellenländern Mitte der 90er Jahre bei über 50% in Malaysia, über 45% in den Philippinen, knapp 40% in Südkorea und knapp einem Drittel aller Exporte in Thailand.⁶

Vor allem den Schwellenländern der ersten Generation (Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkong) ist es gelungen, ihre Weltmarktposition bei technologisch anspruchsvollen Produkten immer weiter auszubauen, aber auch Ländern wie Malaysia oder Thailand gelang es im Lauf der 90er Jahre, den eigenen Exportanteil an Hochtechnologiegütern zu verdoppeln bzw. gar zu verdreifachen.⁷ Dabei wurden bereits im Jahr 1992 etwa 15% der Weltexporte von Erzeugnissen der Spitzentechnologie in acht asiatischen Ländern (Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, Malaysia, Thailand, Indonesien, China) hergestellt; 1980 waren es erst 5%. Bei Halbleiterbauelementen (33,2%), Telekommunikationsgeräten (24,9%) und EDV-Anlagen (23,7%) sind die Weltexportanteile der ostasiatischen Staaten besonders groß.⁸

Überproduktion im High-Tech-Bereich

Bezogen auf die weltweiten Exporte an verarbeitenden Gütern zählt der Büro- und Telekommunikationsbereich zu jenen Sektoren, die in den 90er Jahren am kräftigsten gewachsen sind bzw. ihren Anteil am Welthandel am stärksten erhöhen konnten, gefolgt von der Chemie- und der Autoindustrie. Dagegen ging der Anteil des Bergbaus und der Landwirtschaft, der Eisen- und Stahlindustrie am Welthandel in den 90er Jahren zurück. Dennoch wurde es den ostasiatischen Schwellenländern zum Verhängnis, daß sie sich auf die Produktion von High-Tech-Gütern spezialisiert hatten, denn diese Sektoren waren spätestens seit Mitte der 90er Jahre von starker Konkurrenz und Preisverfall gekennzeichnet.

Die Terms of Trade entwickelten sich demnach in den 90er Jahren relativ ungünstig für die ostasiatischen Länder. So stellt die Weltbank fest, daß die Im-

⁵ Ebd., S. 133.

⁶ World Bank: *East Asia: The Road to Recovery*, Washington 1998, S. 25.

⁷ Ebd., S. 23.

⁸ Gustav Dieckheuer/Markus Langenfurth/Thomas Lueb: *Wirtschaftliche Integration in Asien und Europa: Die Rolle Japans und der Bundesrepublik Deutschland*, Münster 1996 (Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge, Beitrag Nr. 220), S. 21.

portpreise asiatischer Produkte (in US-Dollar) um ca. 25% gegenüber den entsprechenden Preisen aus den industrialisierten Ländern gefallen sind.⁹

Die größten Preisrückgänge hatte die Elektronikindustrie zu verzeichnen, insbesondere der Computer-, Halbleiter- und Telekommunikationsbereich. Südkorea wurde besonders stark getroffen, da der Preis für Computerchips, auf deren Produktion sich viele südkoreanische Unternehmen spezialisiert hatten, innerhalb weniger Jahre auf einen Bruchteil des ursprünglichen Preises absackte; so fielen die Stückpreise für einen 16MB DRAM Computerchip von 150 US-Dollar im Jahr 1993 auf weniger als 10 US-Dollar im Jahr 1997.¹⁰ Aufgrund dieses außergewöhnlichen Preisverfalls sanken die Einnahmen der Computerchipfabrikanten um bis zu 90 Prozent.¹¹

Sinkende Exporterlöse und steigende Verschuldung

Infolge der sinkenden ausländischen Nachfrage und der sinkenden Exportpreise sind die Wachstumsraten der Exporterlöse im Jahr 1996, ein Jahr vor der Asienkrise, in der ganzen Region deutlich zurückgegangen – vor allem in Malaysia, Thailand und Südkorea.

Tabelle 1: Durchschnittliches jährliches Exportwachstum in Prozent
(Gemessen am Wert der Exporte in US-Dollar)

	1994	1995	1996	1997
Thailand	19	20	-1	3
Südkorea	14	23	4	5
Indonesien	8	12	9	7
Malaysia	20	21	6	1
Philippinen	17	24	14	21
Hongkong	11	13	4	4
Singapur	24	18	5	-1
Taiwan	9	17	4	4

Quelle: World Bank: *East Asia: The Road to Recovery*. Washington 1998, S. 20.

Nachdem die Exporte in den vorangegangenen Jahrzehnten kontinuierlich (um durchschnittlich 10% jährlich) gestiegen waren, kam das Exportwachstum zu Beginn des Jahres 1996 in Thailand, Südkorea, Indonesien, Malaysia und den Philippinen zum Stillstand. Da die Verschuldung vieler ostasiatischer

⁹ World Bank: *East Asia: The Road to Recovery*. Washington 1998, S. 22.

¹⁰ Ebd., S. 22.

¹¹ John Burton/Gerard Baker: *South Korea: The country that invested its way into trouble*. In: *Financial Times* v. 15.1.1998.

Unternehmen relativ hoch war bzw. generell die Abhängigkeit von ausländischem Kapital sehr groß war, gerieten die ostasiatischen Schwellenländer schnell in eine Verschuldungsfalle – Anfang Januar des Jahres 1997, so schätzt die Asian Development Bank, waren sieben der 30 größten koreanischen Konglomerate faktisch bankrott.¹²

In der Diskussion über die Ursachen der Asienkrise wird der hohen Verschuldung der ostasiatischen Schwellenländer große Aufmerksamkeit gewidmet. Tatsächlich war insbesondere die Verschuldung der Unternehmen in diesen Ländern vergleichsweise hoch und übertraf in den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern (Süd-Korea, Indonesien, Thailand) den Kapitalstock der Unternehmen um das zwei- bis dreifache.¹³ In Indonesien entsprach allein die ausländische Verschuldung der Unternehmen im Jahr 1996 einem Wert von etwa 70% des Aktienkapitals. In Thailand betrug der entsprechende Wert 80, in Südkorea sogar 150%.¹⁴

Wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich feststellt, lag die Schuldenquote (d.h. die Relation der Auslandsverschuldung zum Bruttosozialprodukt) in den ostasiatischen Schwellenländern vor der Krise bei 50%; in Thailand sogar bei 100%.¹⁵ Allerdings stellt sich die Frage, wie diese Daten zu interpretieren sind – so läßt sich die Meinung vertreten, daß angesichts der ebenfalls sehr hohen Investitionsquoten in diesen Ländern grundsätzlich keine Probleme hinsichtlich der Bedienung der Auslandsschulden zu erwarten waren.¹⁶ Dieser Ansicht ist auch die Weltbank, die darauf hinweist, daß die Relation der Verschuldung zum Bruttosozialprodukt in den ostasiatischen Schwellenländern zwar sehr viel höher war als in den Schwellenländern Lateinamerikas; die Relation der Verschuldung zu den Exporten jedoch in den Schwellenländern Ostasiens weit niedriger war als im Durchschnitt in Lateinamerika.¹⁷

All dies deutet darauf hin, dass die Verschuldung der ostasiatischen Schwellenländer den ausländischen Investmenthäusern solange keine Kopfschmerzen bereitet hatte, wie sie von steigenden Gewinnen und allgemeinem Wachstum überzeugt waren. Die hohe Verschuldung wurde folglich erst dann zu einem Problem, als fallende Weltmarktpreise zu sinkenden Exporterlösen führten. Erst als die ostasiatischen Unternehmen nicht mehr in der Lage waren, genug von ihren Produkten abzusetzen, konnten sie auch ihre Zinszahlungen nicht mehr in gleicher Höhe aufrecht erhalten.

¹² Asian Development Bank: *Asian Development Outlook*, Manila 1999, S. 28.

¹³ World Bank: *Global Economic Prospects and the Developing Countries*, Washington 1998, S. 64.

¹⁴ Ebd., S. 64.

¹⁵ Bank for International Settlements (BIS): *68th Annual Report*, Basle 1998, S. 119.

¹⁶ Markus Diehl: *Wechselkurspolitik, Abfolge von Reformschritten und die „Internationale Finanzarchitektur“: Lehren aus der Asienkrise 1997/98*. In: *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* (Hrsg.): *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, Jg. 68, 1999, Nr. 1, S. 58.

¹⁷ World Bank: *Global Development Finance*, Washington 1998, S. 32.

Überinvestitions- oder Überproduktionskrise?

Wie bereits angedeutet wurde, avancierten die ostasiatischen Schwellenländer in den 90er Jahren zu den beliebtesten Investitionsstandorten der Welt: Zwischen 1990 und 1995 wuchsen die inländischen (Brutto-)Investitionen um jährlich 16,3% in Indonesien, 16% in Malaysia, 15,3% in Thailand und 7,2% in Südkorea. Im gleichen Zeitraum konnten die Investitionen in allen OECD-Staaten lediglich einen jährlichen Zuwachs von 0,8% für sich verbuchen.¹⁸

Dieser Investitionsboom wurde durch den Zustrom ausländischen Kapitals beträchtlich angeheizt: ohne die hohen Kredite und Portfolioinvestitionen ausländischer Anleger (in Höhe von über 90 Milliarden US-Dollar allein im Jahr 1996) hätten die ostasiatischen Unternehmen ihr enormes Wachstum sicherlich nicht in dem Ausmaß finanzieren können.

Handelt es sich bei der Asienkrise demnach um eine Überinvestitionskrise, die sich dadurch auszeichnet, daß die ostasiatischen Schwellenländer zuwenig auf die Rentabilität ihrer Investitionen geachtet haben? Ist es zutreffend, daß asiatische Banken ohne Rücksicht auf Verluste Kredite vergeben haben und liegt das Problem folglich in einer mangelnden Bankenaufsicht, wie so oft behauptet wird? Im Gegensatz zu dieser neoliberalen Interpretation der Asienkrise, wonach die mangelnde Funktionsweise der Marktmechanismen eine Fehlallokation von Ressourcen bewirkte, welche zum Aufbau von Überkapazitäten führte, vertreten wir die These, daß es sich bei der Asienkrise um eine klassische Überproduktionskrise handelt, deren Kennzeichen von Karl Marx zur Genüge beschrieben worden sind.

Wer von „Überinvestition“ und „Fehlallokation von Ressourcen“ spricht, muß schließlich die Frage beantworten, in welchen Industrien keine Überkapazitäten zu beobachten waren. So schreibt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, daß es 1996 deutliche Anzeichen für eine zu exzessive Investitionstätigkeit gegeben habe, die zum Aufbau von Überkapazitäten und in der Folge zu einem Verfall der Weltmarktpreise in der Elektronikindustrie geführt hatten. Dies sei allerdings von einer ähnlichen Entwicklung im Automobilsektor, den Haushaltsgeräten und dem Kraftwerksbau begleitet gewesen.¹⁹ Auch nach Meinung des „Economist“ war nicht nur die Elektronikindustrie, sondern auch die Automobilindustrie, die Stahlindustrie, der Schiffbau und die Chemieindustrie Mitte der 90er Jahre von Preisverfall betroffen.²⁰

Was also hätten die ostasiatischen Schwellenländer tun sollen? Sich etwa wieder auf die Textilproduktion beschränken?

¹⁸ Charles W.L. Hill (1998): *The Asian Financial Crisis*. University of Washington, 1998. Im Internet: <http://weber.u.washington.edu/~chill/updates/AsianCrisis.html>

¹⁹ Bank for International Settlements (BIS): 68th Annual Report, Basle 1998, S. 35.

²⁰ John Burton/Gerard Baker: *South Korea: The country that invested its way into trouble*. In: *Financial Times*, 15.1.1998.

Von der Asienkrise zur Krise am Neuen Markt

Kaum hatte das „asiatische Wunder“ mit der Finanzkrise in den ostasiatischen Schwellenländern ein Ende gefunden, hatten die internationalen Finanzanleger und -analysten bereits ein neues Wirtschaftswunder entdeckt: die sogenannte New Economy, die 1999 zu einem beispiellosen Höhenflug ansetzte, wie an den Technologiebörsen in Deutschland oder den USA beobachtet werden konnte. Zwar hatte der Chef der amerikanischen Zentralbank, Alan Greenspan, bereits 1996 vor einer „Übertreibung“ der Aktienmärkte gewarnt – allerdings trug die Tatsache, daß die amerikanische Zentralbank infolge der Asienkrise die Zinsen gesenkt hatte, um eine weitere Ausbreitung der Krise zu verhindern, zu einem weiteren Anstieg der Aktienkurse bei.

Der Hintergrund der New Economy: Strukturwandel durch neue Technologien

Um den steilen Anstieg der Aktienkurse insbesondere von Unternehmen am Neuen Markt zu erklären, wurde eine Vielzahl von Argumenten vorgebracht. So wurde argumentiert, daß durch die New Economy enorme Produktivitätsfortschritte entstanden seien, welche insbesondere die US-amerikanische Wirtschaft auf einen neuen Wachstumspfad geführt hätten. Außerdem wurde zu Recht ins Feld geführt, daß die Informations- und Kommunikationstechnologien eine steigende Bedeutung für die gesamte Wirtschaft haben: Ein wachsender Teil aller Investitionen entfiel in den letzten Jahren auf Investitionen in Informationstechnologie und -software; zudem zählt der IT-Sektor zu den wenigen Sektoren, in denen Arbeitsplätze im nennenswerten Umfang entstehen.²¹

Die Mikroelektronik, die Computertechnologie (Hard- und Software), Telekommunikation und Medien, sowie die Optoelektronik können als „industrielle“ Grundlage der neuen Revolution im Bereich der Produktivkräfte angesehen werden. Deren zunehmendes Zusammenwachsen durch Vernetzungstechnologien befördert die technologische Umwälzung; zugleich entscheidet der Anschluß an diese Technologien über das technologische Entwicklungsniveau von Volkswirtschaften und somit über deren Wettbewerbsfähigkeit. Laut Castells kann der Einsatz der Informationstechnologien nahezu alle Bereiche menschlicher Aktivität durchdringen, da diese immer auch in Teilen aus Informationsverarbeitung und Kommunikation bestehen. Hinzu tritt der Aspekt einer allgemeinen Verschmelzung dieser Technologien und der Vernetzung ihrer unterschiedlichen Anwender. Auf diese Weise wird eine höhere Flexibilität von Prozessen, Organisationen und Institutionen möglich, die aus der fallbezogenen Neuordnung der jeweiligen Einzelelemente resultiert.

²¹ Nach einer Studie der American Electronics Association (AeA) und des Nasdaq Stock Market ist die Zahl der Arbeitsplätze in der amerikanischen High-Tech-Industrie zwischen 1993 und 1999 um 1,2 Millionen auf 5 Millionen angestiegen.

Dies gilt insbesondere für Unternehmen, welche die zunehmende Integration der verschiedenen Technologieplattformen, insbesondere zwischen der Computertechnologie, der Telekommunikation und den Medienformaten, für eine Neuordnung ihrer Organisationsabläufe und Leistungen nutzen.²² Die Folge ist ein sich wandelndes Produktionsmodell der größeren Unternehmen, die auf die fortwährende Verschiebung der Bedeutung von Hardware, Software und Systemintegration mit der Bildung von Unternehmenskooperationen und Netzwerken reagieren, um ihre Position relativ abzusichern. Ein solcherart dynamisiertes Produktionsregime ist von wechselnder Hegemonie einzelner Marktführer und/oder Verbänden geprägt. Eben dieser Sachverhalt drückt sich im Begriff des „Wintelismus“ aus, der auf die Marktführerschaft von Microsoft (Software) und Intel (Computerchips) anspielt.²³

Ohne auf weitere Details bezüglich der aus diesen Entwicklungen resultierenden Veränderungen in der Unternehmenslandschaft näher eingehen zu wollen, drängt sich der Eindruck auf, daß eine Betrachtung der primären Hard- und Softwareproduktion klare Hinweise auch für die jüngste Entwicklung am Neuen Markt sowie andere Technologiebörsen der industrialisierten Welt geben kann. Da der gegenwärtige Strukturwandel in erster Linie von der Diffusion der Informations- und Telekommunikationstechnologien getragen wird, kann man annehmen, daß die Kapitalströme der letzten Jahre von einer Suche nach möglichst gewinnbringenden Anlagen in diesem Sektor gekennzeichnet waren. Die Schaffung des Neuen Markts in Deutschland kann als mehr oder weniger unmittelbare Folge des Bestrebens interpretiert werden, Unternehmen in diesem Technologiesegment Risikokapital zur Verfügung zu stellen.

Der Crash am Neuen Markt

Die Hoffnung, daß sich aus der Anwendung der neuen Technologien nahezu unerschöpfliche Wachstums- und Gewinnpotentiale erschließen würden, ging allerdings nicht auf. Seit März 2000 befinden sich die führenden Technologiebörsen der Welt im Abwärtstrend: Der NASDAQ-Index²⁴ verlor innerhalb eines Jahres (von März 2000 bis März 2001) rund 60% seines Wertes; der Neue Markt in Deutschland mußte gar um über 80% nachgeben. Firmen aus dem Technologie-Medien-Kommunikationssektor waren – im Vergleich etwa zu Firmen aus dem Bereich der Biotechnologie – von den Kursrückgängen am stärksten betroffen; selbst große und angesehene Unternehmen wie Microsoft, Intel oder Yahoo mußten hohe Verluste hinnehmen.

²² Manuel Castells: *The Rise of the Network Society, The Information Age Bd. 1*, Cambridge/Oxford 1996, S. 61 f.

²³ Frieder Naschold/Ulrich Jürgens/Inge Lippert/Leo Renneke: *Vom chandlerianischen Unternehmensmodell zum Wintelismus?*, Wissenschaftszentrum Berlin, Discussion Papers, FS II 99-204, Berlin 1999, S. 4.

²⁴ Allerdings handelt es sich bei der Nasdaq nicht ausschließlich um eine Technologiebörse, da auch Pharma- und Finanzwerte dort gelistet sind. Zwischen 1997 und 2000 gingen 1.649 Unternehmen mit einem Gesamtemissionswert von 316,5 Milliarden US-Dollar an die Nasdaq.

Laut „Economist“ wurden durch den Aktiencrash allein in den USA innerhalb eines Jahres etwa drei Billionen US-Dollar vernichtet; weltweit betragen die Verluste an den Aktienmärkten etwa 7 Billionen US-Dollar.²⁵ Wie sich eine derartige Wertvernichtung auf die amerikanische Wirtschaft bzw. die Weltwirtschaft auswirken wird, ist kaum abzusehen.

Allerdings beschäftigt uns zunächst eine andere Frage: Könnte die jüngste Entwicklung auf den Technologiebörsen etwas mit der bereits beschriebenen Preis- und Wertentwicklung der IT-Produkte zu tun haben? Wir behaupten, daß wenigstens einige Gründe dafür sprechen, daß der seit Frühjahr 2000 anhaltende Wert- und Preisverfall an den Technologiebörsen auch etwas mit der Preisentwicklung der entsprechenden Hardwarekomponenten (Festplatten, Computerchips etc.) zu tun hat. Der Komplex gemeinsamer Verursachung kann in der Überproduktion von bestimmten Hochtechnologie-Produkten gesehen werden, deren sukzessiver Wert- und Preisverfall sich in den weiteren Gliedern der darauf aufbauenden Wertschöpfungskette fortsetzt.

Zu erwähnen wäre an dieser Stelle, daß nicht nur die ostasiatischen Schwellenländer ihre High-Tech-Exporte in den 90er Jahren forciert haben: Nach einem Bericht der American Electronics Association stiegen die High-Tech-Exporte der USA zwischen 1994 und 2000 um ganze 92% und betragen mittlerweile einen Wert von 223 Milliarden US-Dollar – gegenüber 182 Milliarden im Jahr 1999.²⁶ Kein Wunder also, daß sich der Preisverfall zumindest in einigen Sektoren fortsetzt bzw. sogar verschärft: So wird geschätzt, daß die Preise für Computerchips in diesem Jahr um 55% fallen – der größte Preis einbruch, den es in dieser Industrie bislang gab.²⁷

Welche Rolle spielt der Preisverfall von IT-Produkten?

Doch wie wirkt sich der Preisverfall in der Elektronik- und Computerbranche auf die verschiedenen Unternehmen aus? Eigentlich wäre zu erwarten, daß gesunkene Vorleistungskosten sich vorteilhaft auf jene Dienstleistungsunternehmen auswirken, die Computer, Kopierer, Telefone u.a. einsetzen. Da Investitionen in die entsprechenden Güter bzw. in die entsprechende „hardware“ billiger geworden sind, können dementsprechend mehr Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor geschaffen werden.

Und schließlich ist es gerade der Dienstleistungssektor, der in den hochentwickelten westlichen Staaten wachsendes Gewicht erhalten hat: In Deutschland beispielsweise hat sich der Anteil der Dienstleistungen (Informationsverarbeitung, Telekommunikationsdienste und Mediendienstleistungen) an der

²⁵ John Peet: *The rise and the fall*. In: *Economist*, 3.5.2001.

²⁶ Die Daten sind auf folgender homepage verfügbar: <http://www.aeanet.org>. Zitiert haben wir sie nach Fose: <http://www.fose.com/ind-news/010328101601.html>

²⁷ „Analysts estimate that chip prices will fall 55 per cent this year in the industry's worst ever downturn“ Vgl. John Burton: *Hynix considers seeking more cash after loss*. In: *Financial Times*, July 20, 2001, S. 19.

Wertschöpfung des gesamten IT-Sektors deutlich erhöht, und zwar auf nahezu 76% im Jahre 1998. Demgegenüber ist der Anteil der *Güterproduktion* in diesem Technologiesegment auf mittlerweile 25% gefallen. Bei den Beschäftigten zeigt sich ein ähnliches Bild. Zwar arbeiten hier 1998 noch etwas über ein Drittel der Beschäftigten im produzierenden Bereich, 1980 waren jedoch noch die Hälfte aller Beschäftigten des IT-Sektors im produzierenden Bereich tätig. Im Verlauf der 1990er Jahre schälten sich die informationsverarbeitenden Dienstleistungen und die Medienbranche gegenüber den Telekommunikationsdienstleistungen und der Hardwareproduktion als Branchen mit Beschäftigungsgewinnen heraus. Diese Entwicklung hin zu den Dienstleistungen könnte noch deutlicher ausfallen, wenn eine Reihe auf Informationsverarbeitung und Hardware gestützter Dienstleistungen in diesen Zahlen ebenfalls Berücksichtigung gefunden hätte. Dies gilt vor allem für die sogenannten wissensintensiven Dienstleistungen wie etwa Forschungs-, Beratungs-, Finanz- oder Bildungsdienste.²⁸

Interpretiert man diese Zahlen als Entwicklungsvorsprung der nicht mehr industrialisierten, sondern nunmehr „tertiarisierten“ Länder gegenüber den asiatischen „Industrie“-Nationen, so ist fraglich, ob der Preisverfall fast aller Hardwareprodukte als Ursache des Kurseinbruchs an den Technologiebörsen in Frage kommt. Insbesondere auch für die USA, wo die Entwicklung zum tertiären Sektor weiter vorangeschritten ist. Um die Frage zuzuspitzen: Kann man aus dem Wertverfall von bestimmten Gütern auf einen vergleichbaren Wertverfall der mit diesen Gütern produzierten Dienstleistungen schließen?

Womöglich schon. Schließlich lassen sich gerade im IT-Sektor nur schwer die Dienstleistungen von der Sachproduktion entlang reiner Typen trennen, da eine gewisse Abhängigkeit von Hard- und Software sowie weitergehenden Dienstleistungen besteht. Zum einen sind spezifische Dienstleistungen unmittelbar an die Existenz bestimmter Hardware gebunden (Einrichtungsberatung, Inbetriebnahme, etc.). Vor allem aber führt der Wertverfall eines zentralen Inputs wahrscheinlich zu einem eben solchen Wertverfall der damit erzeugten Leistungen, gerade auch vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Veränderungen der Konfiguration der Unternehmen in der Informations- und Telekommunikationsbranche.

Auch wäre zu vermuten, daß in dem Maße wie Hard- und Software sowie entsprechende Kenntnisse eine entsprechende Massenverbreitung gefunden haben, auch die Fähigkeit der jeweiligen Nutzer steigt, spezifische, bestimmte Hardware voraussetzende oder auf ihr aufbauende Dienstleistungen anzubieten. Dies schließt den Privatmann genauso ein, wie eine Vielzahl von kleineren Anbietern. Dies erhöht jedoch wiederum den Preisdruck nach unten - je mehr Leute dazu fähig sind, z.B. eine Homepage zu gestalten oder mit bestimmten Computerprogrammen umzugehen, desto weniger Geld wird ein Unternehmen für eine derartige Dienstleistung bezahlen wollen.

²⁸ Wolfgang Seufert: The Development of the Information and Communications Sector in Germany. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 69. Jg., 2000, Heft 4, S. 498.

Aus all dem folgt jedoch, daß ein höherer Anteil an auf Informationstechnologien aufsetzenden Dienstleistungen die wirtschaftliche Entwicklung wahrscheinlich nicht viel unempfindlicher gegenüber einem Preisverfall bei den zentralen industriellen Inputs macht. Insofern hatten all diejenigen, die glaubten, aus den turbulenten südostasiatischen Märkten in „sichere Häfen“ fliehen zu können, indem sie ihre Portfolios mehr oder weniger drastisch von Ende 1998 bis zum Frühjahr 2000 in Hochtechnologie-Aktien an den „emerging markets“ in Europa und den USA umschichteten, die Rechnung ohne die Fundamentaldaten gemacht.

Fazit

Unser Ziel war es, in diesem Artikel auf eine interessante Parallele zwischen der Asienkrise und der Krise der New Economy hinzuweisen: Beiden Krisen ging ein starker Anstieg der Produktion und des Exports von bestimmten Hochtechnologiegütern voraus; der aus der Überproduktion dieser Güter resultierende Preisverfall hat daher womöglich in beiden Krisen eine Rolle gespielt. Zwar müßten noch genauere Analysen gemacht werden, bevor ein exakter Zusammenhang zwischen Überproduktion, Preisverfall und Verfall der entsprechenden Aktienwerte am Neuen Markt behauptet werden kann. Die Aussage, daß die Asienkrise und die Krise der New Economy eine gemeinsame Ursache haben, die vor allem in der Überproduktion von High-Tech-Gütern zu suchen ist, ist also zunächst einmal als *Hypothese* zu verstehen, die unseres Wissens so noch nicht diskutiert wurde.

Eng verknüpft mit unserer Hypothese ist die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen produzierendem Sektor und Dienstleistungssektor. So behauptet beispielsweise Manfred Sohn in der „jungen welt“ vom 13. Oktober 2000, daß durch die Verlagerung des Hauptgewichtes der gesamten Volkswirtschaften von der warenproduzierenden Industrie hin zu den Dienstleistungen der Krisenzyklus kapitalistischer Wirtschaften stark modifiziert wurde: „Der klassische Krisenzyklus entfaltet sich ... vor allem an der Überproduktion von materiell vergegenständlichten Waren – also Kleider, Autos u.ä. Eine vergleichbare Überproduktion ist im Dienstleistungsbereich aber nicht denkbar – ein Versicherungsvertrag kann ebensowenig auf Vorrat hergestellt werden wie eine psychologische Beratungsleistung. In dem Moment, wo der Teil der Volkswirtschaft, der gegenständliche Waren herstellt, von 60 auf 30 Prozent abnimmt, begrenzen sich zwangsläufig auch die Auswirkungen des dort wirkenden Krisenprozesses auf die gesamte Wirtschaft.“²⁹ Diese Hypothese erscheint uns höchst diskussions- (und auch frag-)würdig – schließlich berührt dies einen Kernbereich marxistischer Analyse, die Krisentheorie, die angesichts der wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre zweifellos an Aktualität gewonnen hat.

²⁹ Manfred Sohn: Nervosität an den Börsen. Zur Krise der „New Economy“. In: junge welt, 13.10.2000.

Die für uns sicherlich wichtigste Frage, inwiefern die Krise der New Economy auf die gesamte Wirtschaft übergreifen kann, läßt sich nur schwer beantworten. So ließe sich einwenden, daß die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des IT-Sektors in Deutschland weitaus geringer ist als in den Wirtschaften der ostasiatischen Schwellenländer. In Deutschland betrug zum Beispiel 1998 (also vor dem Boom am Neuen Markt) der Anteil eines in Hardware/Software, Dienstleistungen und Medienbranche aufgliederten Informationssektors an der Bruttowertschöpfung 5,5%. Der so definierte Sektor hatte einen Anteil an der Gesamtbeschäftigung von 4,3%, was einem Gesamtvolumen von 1,16 Mio. Beschäftigten entspricht.³⁰ Kann ein solch verhältnismäßig kleiner Sektor die ganze Wirtschaft in eine Krise stürzen? Wir werden es in den nächsten Monaten und Jahren erfahren.

Dieter Boris/Ingo Malcher

Argentinien am Ende der neoliberalen Sackgasse

1. Ausgangsfragen

Zu analysieren ist, wie aus dem neoliberalen Musterschüler Argentinien das Sorgenkind der internationalen Finanzmärkte werden konnte. Spätestens seit Dezember 2000 steht Argentinien am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Vieles deutet darauf hin, dass das Land nur noch mit Krediten vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderen Finanzinstitutionen künstlich am Leben gehalten wird. Die hohe Staatsverschuldung ist in der Tat der Hauptauslöser für die gegenwärtige Finanzkrise Argentiniens. Man kann leicht sehen, dass Argentinien in einem Teufelskreis aus wirtschaftlicher Rezession, riesigen Schulden und hohen Zinsen steckt. Die tieferen Ursachen hierfür sind in den „neoliberalen Reformen“ der 90er Jahre zu suchen. Diese haben die produktive Basis des Landes insgesamt eher geschwächt, da die durchgängige Politik der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen, Einrichtungen und Funktionen sowie der Begünstigung des in- und ausländischen Finanzkapitals nicht nur zu Lasten der Mehrheit der Mittelschichten und der Gesamtheit der Unterschichten ging, sondern ebenso eine auf nationalen Ressourcen beruhende Akkumulation und den einheimischen Markt erheblich in Mitleidenschaft gezogen haben.

Die internationalen Anleger sahen bislang in Argentinien lukrative Anlagemöglichkeiten. Argentinische Schuldtitel versprechen eine hohe Rendite und sie konnten als relativ sicher gelten. Denn mit dem IWF verfügen die Anleger über einen zuverlässigen Feuerlöscher und Geldeintreiber. Es sind vor allem zwei Gründe, weswegen Argentinien vom IWF bislang noch nicht fallen gelassen wurde:

Ein ideologischer Grund: Nur wenige Länder in Lateinamerika haben in den 90er Jahren die Vorgaben des IWF zur Strukturanpassung so peinlich genau befolgt wie Argentinien. Daher kann der IWF das Land nicht fallen lassen, es sei denn er wollte seine marktradikalen Konzepte für gescheitert erklären.

Ein materieller Grund: Argentinien ist – trotz aller Krisen – dank der Peso-Dollar-Parität immer eine sehr rentable Anlagequelle geblieben.

2. Wirtschafts- und Sozialstruktur Argentiniens

Um die oben vorgetragene These besser untermauern zu können, soll hier zunächst ein kurzer Überblick über die Wirtschafts- und Sozialstruktur Argentiniens gegeben werden. Argentinien ist ein Schwellenland („Emerging Market“) und verfügt in den städtischen Zentren Buenos Aires, Córdoba und Rosario über eine relativ komplette Industriebasis, wenn man das Land am Rio de la Plata mit seinen Nachbarn vergleicht. Dennoch geht von der argentinischen Industrieproduktion nur sehr wenig in den Export. Es wird dort vor allem für

³⁰ Wolfgang Seufert: The Development of the Information and Communications Sector in Germany. In: Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, 69. Jg., 2000, Heft 4, S. 495 ff.

den einheimischen Markt produziert. Wichtigste Exportgüter sind Commodities, vor allem Agrarprodukte wie Soja und Weizen.

In Argentinien war bis Ende der 80er Jahre das Modell der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) vorherrschend, auch wenn mit Beginn der Militärdiktatur durch Wirtschaftsminister Martínez de Hoz erste Schritte in Richtung auf Umstrukturierung der argentinischen Regulationsweise hin zum Neoliberalismus unternommen wurden. Aufgrund der Anwendung des ISI-Modells hatte Argentinien eine ausreichende Industriebasis und schützte diese durch sehr hohe Außenzölle. Dies führte allerdings zur Überalterung der nationalen Industrie. Das ISI-Modell geht zurück auf den argentinischen Sozialwissenschaftler Raúl Prebisch. Als Generalsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) hat er versucht, das nach 1945 in Europa und den USA vorherrschende Modell des Keynesianismus („Fordismus“) für Lateinamerika nutzbar zu machen. Die Idee dahinter war, dass Lateinamerika als Produzent von Primärgütern auf dem Weltmarkt wegen der Verschlechterung der Terms of Trade strukturell benachteiligt ist. Daher mache es auch keinen Sinn, so Prebisch, auf die komparativen Kostenvorteile der Länder zu setzen, um eine nachholende Industrialisierung zu schaffen (Prebisch 1969: 411 ff.). Prebisch sah die Industrialisierung der lateinamerikanischen Länder als notwendig für eine nachholende Entwicklung an. Daher sollten Grenzschränken den nationalen Markt vor ausländischer Konkurrenz schützen. Unter diesen Bedingungen sollte sich eine nationale Industrie entwickeln, die am einheimischen Markt ihre Produkte verkauft. Damit würde der nationale Markt zur Triebfeder der Industrialisierung werden. Infolge dieser schon in den 30er Jahren beginnenden ISI-Tradition und anderer ökonomischer und sozialer Faktoren, die mit der günstigen Naturausstattung und der spezifischen Einbindung des Landes in den Weltmarkt zusammenhängen, verfügte Argentinien über einen hohen Bildungsstandard und über traditionell breite Mittelschichten, die teilweise Träger des Fortschritts waren und bislang über beträchtliche Kaufkraft verfügten.

Argentinien ist ein traditionell korporatistisches Land mit einer starken Gewerkschaftsbewegung. In den großen Unternehmen gibt es starke Betriebsräte, die Tarifverträge aushandeln. Allerdings sind die argentinischen Gewerkschaften weniger klassenkämpferisch orientiert als ihre Kollegen in den Nachbarländern Brasilien und Uruguay. Ihre ideologische Ausrichtung geht zurück auf den ehemaligen Caudillo-Präsidenten Juan Domingo Perón. Der Peronismus kann als eine „ambivalente Klassenallianz“ bezeichnet werden (Boris/Hiedl 1978: 71). Es handelt sich dabei um ein stark nationalistisches Projekt, bei dem die Gewerkschaften sich in die Pflicht genommen fühlen, das Land aufzubauen – sehr zum Vorteil der nationalen Unternehmer. Dafür waren sie aber in der Lage, eine vorteilhafte Sozialgesetzgebung zu erkämpfen (Krankenkassen, Kündigungsschutz, Urlaub). Argentinien verfügte noch bis zum Amtsantritt von Präsident Carlos Menem im Jahr 1989 über ein relativ breites und dichtes sozialstaatliches Netz.

3. Die „neoliberalen Reformen“ der 90er Jahre

Mit dem Amtsantritt des Peronisten Carlos Menem (im Präsidentenamt von 1989-1999) fand in Argentinien ein Epochenbruch statt: Der korporatistische Staat wurde umgebaut zu einem neoliberalen Wettbewerbsstaat. Da dies nach Ende der ISI-Strategie geschah und es nicht nur darum ging, ein Stabilisierungsprogramm einzusetzen, sondern eine neue Entwicklungsstrategie, kann von einer neoliberalen Konterrevolution gesprochen werden. Nachdem das ISI-Modell gescheitert war, entstand in ganz Lateinamerika ein ideologisches Vakuum, das die marktradikalen Reformer besetzen konnten.

Argentinien war dabei das Land in Lateinamerika, das beim neoliberalen Umbau am schnellsten und radikalsten vorging. Menem setzte ein weitreichendes Privatisierungsprogramm durch und verkaufte alle Staatsunternehmen – darunter auch solche, die gewinnbringend und effizient gearbeitet haben, wie die Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas und der Mineralölkonzern YPF (hierzu genauer: Margheritis 1998 u. Vidal, 2001). Heute sind bis auf einen Teil der Rentenkasse und die Steuerabwicklung alle Firmen privatisiert (abgesehen von zwei schrottreifen Atomkraftwerken aus deutscher Produktion). Die Gewinne aus der Privatisierung flossen direkt in den Schuldendienst, wenn sie nicht gleich durch sogenannte Debt to Equity Swaps abgewickelt wurden („Brady-Plan“). Dabei können billig gekaufte Schuldtitel zu ihrem Nominalwert gegen Staatsfirmen eingetauscht werden.

Der zweite wichtige Pfeiler der „wirtschaftlichen Reform“ Menems war die Außenöffnung der Wirtschaft. Er senkte die Einfuhrzölle für ausländische Waren von durchschnittlich 50 Prozent auf elf Prozent. Anders als in Chile, das sich schon in den 80er Jahren radikal dem Weltmarkt öffnete, wurde in Argentinien die nationale Wirtschaft nicht durch staatliche Programme und Kredite auf die neue Konkurrenz von Außen vorbereitet. Dies führte zu einer massiven Pleitewelle vor allem unter den mittleren und kleineren Firmen. Zwar wuchs die Wirtschaft von 1990 bis 1994 um 7,4 Prozent, allerdings verdoppelte sich in dieser Zeit die Arbeitslosigkeit (Marcó del Pont/Valle 2001: 176 f.), was durch die Abschaffung von arbeitsrechtlichen Regulierungen und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nochmals verstärkt wurde. Dadurch sank auch die Qualität der Arbeitsverhältnisse. Die Zahl der weniger stabilen Arbeitsverhältnisse stieg von 1994 bis 2000 um 28 Prozent (ebd.: 179). Die argentinische Ökonomin Mercedes Marcó del Pont und der Ökonom Héctor W. Valle schlussfolgern daher: „Auch wenn das Wachstum eine notwendige Bedingung für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist, so stellt es aber keinesfalls eine ausreichende Bedingung dar.“ (ebd.: 176)

Kernstück der Reformen war der Plan Cavallo aus dem Jahr 1991, benannt nach dem damaligen und heutigen Wirtschaftsminister Domingo Cavallo. Um die Hyperinflation zu beseitigen, koppelte Cavallo den argentinischen Peso an den US-Dollar im Verhältnis 1:1. Für jeden Peso der Umlaufmenge M1 (Bargeld und Sichteinlagen) muss in den Tresoren der Zentralbank ein Dollar an Reserven liegen. Mit dieser hundertprozentigen Deckung der argentinischen

Währung wurde ein Dollarstandard für den Peso geschaffen. Damit gelang es Cavallo, die Hyperinflation zu beseitigen. Allerdings nahm er sich mit dieser Maßnahme ein wichtiges staatliches Interventionsinstrument, wie dies die Geldpolitik darstellt. Auch ist mit dieser quasi-Dollarisierung das Niveau der Preise in Argentinien – im Vergleich zur Kaufkraft – hochgeschneit. Dies gilt zum einen für die Konsumentenpreise, aber auch für die Löhne und Investitionen. Allerdings stiegen die Löhne nicht entsprechend den Preisen. Von 1994 bis 2000 sank beispielsweise das mittlere Einkommen der privaten Haushalte um jährlich 4,3 Prozent (Marcó del Pont/Valle 2001: 181). Damit kommt auch ein ideologisches Moment der Peso-Dollar-Bindung zum Vorschein. Arbeiter, Angestellte und Tagelöhner verlieren an Kaufkraft, erleben also über eine Preisstabilität oder gar Deflation ähnliche Umverteilungsprozesse wie unter Bedingungen der Inflation, was allerdings erst allmählich wahrgenommen wird. Transnationale Konzerne und Gläubiger hingegen nehmen stabile Dollargewinne mit. Damit dient die Peso-Dollar-Parität vor allem den Vermögensbesitzern. Generell begünstigt eine strenge Austeritätspolitik vor allem die Geldbesitzer. Im Falle Argentiniens wird dies noch deutlicher, da die Schere zwischen Geldbesitzern und Lohnabhängigen in Folge der fallenden Löhne und steigenden Gewinne weiter auseinander geht.

Alle diese während der 90er Jahre durchgesetzten Reformen wurden vom IWF empfohlen und implementiert. Ideologisch sahen die Reformer den Staat als „Totalität des Problems.“ (Borón 1992: 207) Das neoliberale Modell kann zumindest bis zum Jahr 2000 als hegemoniales Modell in Argentinien angesehen werden. Zentrales Argument bei der Durchsetzung der Hegemonie war die immer wieder beschworene Angst vor der Wiederkehr der Inflation. Ein weiterer Beleg für die neoliberale Hegemonie war der Präsidentschaftswahlkampf 1999, bei dem Menem nach zwei Amtsperioden laut Verfassung nicht mehr antreten durfte. Der siegreiche Kandidat von der Radikalen Bürgerunion (UCR) und heutige Präsident Fernando de la Rúa versprach den neoliberalen Kurs weiterzuführen und gewann die Wahlen. Mit diesem „Transformismus“ (Gramsci 1991 ff., Bd. 5: 966) ist eine ehemals oppositionelle Kraft in die Durchsetzung eines hegemonialen Modells eingebunden worden.

Außenwirtschaftlich ist Argentinien mit Brasilien, Uruguay und Paraguay eng verflochten. Im Jahr 1991 unterschrieben die Präsidenten der vier Länder den Vertrag von Asunción und gründeten damit den Freihandelsblock Mercosur (dt.: Gemeinsamer Markt des Südens), dem sich auch Bolivien und Chile als assoziierte Mitglieder angeschlossen haben. Wichtigster Handelspartner Argentiniens ist Brasilien, gefolgt von der Europäischen Union und den USA. Durch den Mercosur konnte Argentinien bis zum Jahr 1999 ein deutliches Handelsbilanzplus im Handel mit Brasilien verzeichnen. Beim Handel mit der EU und den USA ist Argentinien fast ein reiner Agrargüterexporteur (Soja, Weizen, Rindfleisch, Honig, Zitrusfrüchte).

4. Krisendiagnose

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass Argentinien in der neoliberalen Dekade der 90er Jahre hohe Wachstumsraten verzeichnen konnte. Im Durchschnitt wuchs die Wirtschaft in dieser Zeit um sechs Prozent. Bei der Wirtschaftsentwicklung lassen sich drei unterschiedliche Phasen ausmachen:

1990-94: Wachstum

1995-98: Verlangsamung des Wachstums und Rezession

1998-2001: Rezession und Finanzkrise

Während der 90er Jahre haben sich die Staatsschulden Argentiniens verdoppelt, indem man fällig gewordene Schulden mit neuen Krediten bedient hat. Die Regierung ist damit eine Wette auf Wachstum eingegangen, die von heute aus betrachtet als verloren bezeichnet werden muss. Derzeit ist allein der argentinische Zentralstaat mit 130 Milliarden Dollar verschuldet. Rechnet man die Schulden der Provinzen und privaten Schuldner hinzu, so kommt man auf zirka 210 Milliarden Dollar. Allein im kommenden Jahr muss Argentinien Schulden und Zinsen in Höhe von 20 Milliarden Dollar bedienen. Die Monatsberichte der Dresdner Bank Lateinamerika AG (2001: 2) wollen eine Zahlungsunfähigkeit Argentiniens „nicht mehr vollkommen ausschließen.“ Der argentinische Ökonom Jorge Beinstein (2000: 5) formuliert es anders: „Es ist keine Frage mehr der Legitimität dieser Schuld, sondern es ist klar, dass es faktisch unmöglich ist weiter zu bezahlen. Wenn über längere Zeit Summen in dieser Höhe transferiert werden, führt dies zu einem nie dagewesenen sozialen Kollaps.“ Seit dem Jahr 2000 steht Argentinien am Rande der Zahlungsunfähigkeit und wird nur noch künstlich beatmet.

Bei der Suche nach Gründen macht es wenig Sinn, zwischen externen und internen Gründen zu unterscheiden, da festzustellen ist, dass sich beides überschneidet. Eher ist die These des Ökonomen, ehemaligen Wirtschaftsministers und Anhängers der ISI-Schule, Aldo Ferrer, zutreffend, dass die argentinische Krise „vor allem auf strukturelle Ursachen und weniger auf konjunkturelle zurückzuführen ist.“¹ 1998 rutschten die Weizen- und Sojapreise in den Keller und gleichzeitig stieg der US-Dollar und setzte damit die überbewertete argentinische Währung stark unter Druck. Der ohnehin schon schwache Exportsektor verlor an Dynamik, weil argentinische Produkte auf dem Weltmarkt infolge ihres hohen Preises zu teuer waren. Außerdem wertete 1999 Brasilien seine Währung Real ab, sie hat gegenwärtig nur noch 50 Prozent des Werts des argentinischen Peso. Dies führte zu einer Umkehr der Handelsströme zwischen beiden Ländern. Die argentinischen Exporte nach Brasilien brachen ein (hier verzeichnete Argentinien seit 1995 infolge des Inkrafttretens des Mercosur einen Handelsbilanzüberschuss) und statt dessen wurde Argentinien mit Billigprodukten aus Brasilien überschwemmt. Von Argentinien dringend benötigte ausländische Direktinvestitionen flossen im Rahmen der Konkurrenz

¹ Interview geführt am 26. Juli 2001.

der Standorte nach Brasilien, weil dort sehr viel billiger investiert werden konnte und kann. Da beide Länder über den Mercosur miteinander verbunden sind, können Transnationale Konzerne die Standortvorteile beider Länder geschickt ausnutzen.

Ein weiterer Grund für die 1998 einsetzende Rezession dürfte sein, dass die Privatisierungen abgeschlossen waren und damit kein frisches Geld mehr ins Land kam. Dieser Aspekt berührt ein strukturelles Problem der argentinischen Wirtschaft. Denn es ist davon auszugehen, dass die hohen Wachstumsraten der 90er Jahre nur einen virtuellen Aufschwung darstellten, da sie stark mit den Privatisierungen zusammenhängen. Es wurden wenig neue Werte im agrarwirtschaftlichen und industriellen Bereich geschaffen, sondern bestehende Werte umverteilt. An der Wertschöpfungsbasis der argentinischen Industrie hat sich aber nur sehr wenig verändert. Stark expandierten die Dienstleistungssektoren, die nur in geringem Maß exportorientiert sind. Des Weiteren kam es zu einer Transnationalisierung der argentinischen Unternehmen. Damit sind die Unternehmensgewinne Teil des Wertschöpfungsprozesses transnationaler Konzerne und bleiben daher nur in besonderen Phasen des kräftigen Aufschwungs im Land.

Durch die einsetzende Rezession sanken der Konsum (Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit) und die Gewinne der Unternehmen. Dies wiederum führte zu sinkenden Steuereinnahmen des Staates, was diesen bei der Bedienung seiner Schulden in Verzug geraten ließ, wodurch das Länderrisiko und damit die Zinsen anstiegen.

Über das sekundlich festgelegte Länderrisiko (festgestellt über den J. P. Morgan Emerging Market Bond Index) haben die Finanzmärkte eine Definitionsmacht über die Ziele der argentinischen Volkswirtschaft inne. Sinken die Aussichten, dass Argentinien seine Schulden bezahlen kann, werden auf den Schuldtitelmärkten in New York, London und Buenos Aires argentinische Schuldtitel („Bonds“) zum Verkauf angeboten. Dies funktioniert über das Gesetz von Angebot und Nachfrage: Werden viele Titel verkauft, sinken die Preise. Dadurch sinkt der Wert der Bonds (derzeit liegen einige davon bei 60 Prozent ihres Nominalwerts) und es steigen die Länderrisikopunkte. Mitte Oktober lagen sie sogar bei fast 1.900 Punkten (vgl.: Dresdner Bank Lateinamerika AG, Latin American Daily Spotlight v. 10. Oktober 2001, S.: 1). Dies bedeutet, dass Argentinien, würde es jetzt einen neuen Kredit aufnehmen wollen, 19 Prozent Zinsen Risikozuschlag auf die Zinsrate von US-Treasury-Bonds (ca. 3,5 Prozent) zu zahlen hätte (Financial Times Deutschland v. 11. Okt. 2001). Aber keine Regierung kann einen Kredit zu 19,5 oder 22 Prozent Zinsen aufnehmen. Daher sind die Kapitalmärkte zur Finanzierung des argentinischen Staates derzeit für Argentinien geschlossen. Die zweite Oktoberhälfte begann mit weiteren Hiobsbotschaften: Die Steuereinnahmen der Zentralregierung lagen im September 17 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat; zur Einhaltung der Null-Defizit-Strategie (siehe unten) müsste eine entsprechende abermalige Kürzung der Staatsausgaben vorgenommen werden. Die

wichtigsten Schulden-Rating-Agenturen (Standard & Poor's und Moody's) wollen Argentinien auf die unterste Stufe der Qualitätsskala der Anleihen zurückstufen: Auf „D“, was mit „Zahlungsausfall“ gleichzusetzen ist (FAZ, v. 14. u. 18. Oktober 2001).² Der argentinischen Regierung bleiben IWF-Hilfspakete und Sparprogramme. Das Länderrisiko ist eine Art Zwangs-TÜV, mit dem die Finanzmärkte auf wirtschaftspolitische Entscheidungen in den einzelnen Ländern direkt Einfluss nehmen können. Es ist auch ein Sanktionsmechanismus für wirtschaftspolitische Maßnahmen, die dazu führen, dass die Anleger um ihr investiertes Geld fürchten müssen. Insofern haben die Finanzmärkte ein reales politisches Druckmittel in der Hand. Dabei ist zu beachten, dass im Falle Argentinien das Finanzkapital (Banken, Pensionsfonds, Versicherungen) andere Interessen hat als das Industriekapital. „International liberalisierte Finanzmärkte werden zunehmend zu einer Schranke für jede Wirtschaftspolitik, die sich an Beschäftigungs-, Wohlfahrts-, Gerechtigkeits- oder Nachhaltigkeitsvorstellungen orientiert. Denn das Interesse des Geldkapitals richtet sich in erster Linie auf die Stabilität des Geldwerts, auf den steigenden Kurswert seiner Wertpapierdepots, auf hohe Zinsen bzw. Dividenden. Seine Durchsetzungsmacht gegenüber der Politik ist besonders groß, seit es über die Möglichkeit verfügt, sich jederzeit ohne besonderen Aufwand durch Kapitalflucht unliebsamen Eingriffen zu entziehen. Die hohe Mobilität verschafft dem Kapital Exit-Optionen, die es als Drohung gegen jede Regierung wenden kann.“ (Huffs Schmid, 1999: 545)

Eine solche Finanzkrise, bei der das internationale Geld sich verteuert, hat Auswirkungen auf die im Land ansässigen Banken. Von Anfang des Jahres bis August zogen private Anleger 7,5 Milliarden Dollar von argentinischen Banken ab, weil sie eine Zahlungsunfähigkeit des Staates befürchten und Angst haben, der Staat könnte die Bankguthaben einfrieren. Gleichzeitig schmolzen die Dollar-Reserven der Zentralbank auf 15 Milliarden Dollar, da viele Pesos in Dollar getauscht wurden, aus Angst vor einer Peso-Abwertung. Zwar kam es zu keinem „Bank Run“, aber dennoch zu einer Bankenkrise. Um liquide zu bleiben, hoben die Banken die Zinsen an, damit Kapital in den Kassen blieb. Gleichzeitig stiegen logischerweise die Zinsen für Festgeldkonten auf zeitweilig über 30 Prozent. Die Interbankzinsen kletterten im Juli 2001 zeitweise auf über 300 Prozent, was auch dazu führte, dass Kredite für private Unternehmen unerschwinglich wurden (vgl. NZZ v. 13.8.01: 13).

² Die Rating-Agenturen haben eine Definitionsmacht gegenüber den einzelnen Ländern inne, die direkte Auswirkungen hat. Die beiden grossen Agenturen Standard & Poor's Ratings Group und Moody's Investors Service haben in diesem Geschäft ein Duopol (vgl.: FAZ v. 02.05.2001, S. 34). Neben ihnen existieren nur einige kleinere Agenturen. Die Funktionsweise der Rating-Agenturen schildert Willke (2001: 165) folgendermaßen: „Je stärker sich Unternehmen, Institutionen, Regionen und ganze Länder auf den globalen Finanzmärkten im Wettbewerb untereinander um Anlagekapital bemühen, desto stärker sind sie auf möglichst positive Ratings angewiesen, um ihre Kapitalkosten zu optimieren. Hieraus erwächst den wenigen global agierenden Rating-Agenturen ein bislang noch wenig begriffener und noch weniger problematisierter Einfluss auf globale Ströme von Investitionsentscheidungen.“

Damit sitzt der Staat in der Falle. Je weiter die Wirtschaft schrumpft, um so weniger nimmt er ein, umso größer wird die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit, umso höher werden die Länderrisiko-Zinsen und damit das Zinsniveau und umso mehr schrumpft die Wirtschaft. Denn hohe Zinsen haben einen doppelten Effekt: Sie erschweren wegen der teuren Kredite das Wirtschaftswachstum, sie verhindern aber auch, dass Geld in produktive Investitionen fließt, da die Rendite schon auf Festgeldkonten relativ hoch ist, bei sehr geringem Risiko, verglichen mit Investitionen im produktiven Bereich inmitten einer Rezession. Profitieren können von einer solchen Situation nur Geldbesitzer.

Ein Staatsbankrott Argentiniens würde „den ersten größeren Default (d.h. Zahlungsunfähigkeitserklärung) in der Geschichte der Emerging Markets“ darstellen (Dresdner Bank, 2001: 4). Er hätte katastrophale Auswirkungen für andere Emerging Markets, da zirka 20 Prozent aller Papiere im J.P. Morgan Emerging Market Bond Index argentinische Papiere sind. Eine Zahlungsunfähigkeit Argentiniens könnte einige Anleger ihre Investitionsstrategie überdenken lassen. Aber auch im Land hätte er verheerende Folgen: 50 Prozent der argentinischen Schuldtitel liegen im Inland (vor allem Banken, Rentenkassen, Versicherungen). Daher ist im Falle Argentiniens das Konzept der Auslandsschulden nicht zutreffend. Ein „Default“ hätte den Zusammenbruch des argentinischen Finanzsystems zur Folge und katastrophale soziale Implikationen, da die Rentenkassen den Rentnern das Geld nicht auszahlen können. Die Schuldenkrise der Länder des Südens während der 80er Jahre war eine Bedrohung für das internationale Finanzsystem und führte in den USA zu einer Bankenkrise. Im aktuellen Falle Argentiniens ist die Gefahr für die internationalen Großbanken gebannt, weil die im Land ansässigen Finanzagenturen sehr stark in die Verschuldung während der 90er Jahre eingebunden wurden.

Im Jahr 1994 wurden die argentinische Rentenkasse privatisiert und sogenannte „Administradoras de los Fondos de Jubilaciones y Pensiones (AFJP)“ gegründet. Weiterhin betreibt der Staat aber ebenfalls zwei Rentenkassen. Im Juli 2000 belief sich das verwaltete Vermögen der AFJPs auf 18,2 Milliarden Dollar (vgl. Minsburg 2000: 112). Dieses Geld hatte früher dem Staat zur Verfügung gestanden, was mit der Schaffung eines privaten Rentensystems ausbleibt. Die privaten AFJP können ihr Vermögen bis zu 65 Prozent in staatlichen Schuldtiteln anlegen. Die Rentenkassen wurden privatisiert mit dem Argument, dass sie effizienter wirtschaften könnten und dass der Staat nicht in der Lage sei, die Renten für seine Rentenzahler zu garantieren. Allerdings ist anzumerken, dass der Staat heute wieder die Renten auch der Rentner bezahlt, die bei einer privaten AFJP einzahlen. Dies geschieht über den Umweg der Staatsverschuldung. Zwar hat der Staat keinen Zugriff auf die AFJP-Vermögen, da diese privat verwaltet werden, aber dadurch, dass die AFJPs ein wichtiger Gläubiger des Staates sind, und der Staat wiederum die wichtigste Anlagequelle für die AFJPs ist, bezahlt der Staat die Renten über den Umweg eines privaten Pensionsfonds, der mit dem eingezahlten Geld wirtschaften kann. Diese Möglichkeit entfällt für den Staat, da er die AFJP-Gelder ja nicht

verwaltet. Für die Rentner hat dies zur Folge, dass die Höhe ihrer Renten nicht garantiert ist, da sie von den Kapitalerträgen der Pensionsfonds abhängig sind (vgl. Minsburg 2000: 112). Auch sind ihre Renten alles andere als sicher. Denn wenn der argentinische Staat zahlungsunfähig wird, dann fließen auch keine Renditen mehr in die Kassen der AFJPs, welche dann auch nicht in der Lage sein werden, die Renten auszuzahlen. Erst im Laufe des Jahres 2001 wurde ihnen gestattet, 65 Prozent ihrer Anlagen in argentinische Staatsbonds zu investieren. Bis zu diesem Krisenjahr war die Möglichkeit, in Staatsbonds zu investieren, auf 50 Prozent beschränkt. Als der Staat aber auf der Suche nach Geldgebern war, wurde dieses Gesetz gelockert. Die AFJPs müssen dem Staat Geld leihen, wenn sie ihre eigene Rendite nicht gefährden wollen; es ging ihnen wie den im Land ansässigen Banken: Sie begannen dem Staat Geld zu leihen, weil dies ein gutes Geschäft war und sicherer als Geschäfte mit der Privatwirtschaft. Heute verleihen sie weiterhin Geld an den Staat, damit er zahlungsfähig bleibt und sie ihr geliehenes Geld einmal wiedersehen.

5. Maßnahmen zur Krisenbewältigung

Um der Krise zu begegnen und die Zahlungsfähigkeit Argentiniens an die privaten Gläubiger zu gewährleisten, sprang der IWF als Anwalt der Gläubiger ein. Sogenannte IWF-Hilfspakete waren in erster Linie Hilfe für die Gläubiger und nicht für das Land. Folgende Schritte sind wichtig:

- 1.) Dezember 2000: 1. IWF-Paket in Höhe von 38 Milliarden Dollar (davon 13,7 Milliarden vom IWF)
- 2.) März 2001: Export-Dollar
- 3.) Juni 2001: Schuldentausch
- 4.) Juli 2001: Null-Defizit-Gesetz
- 5.) August 2001: 2. IWF-Paket in Höhe von 8 Milliarden Dollar

Zu 1.): Ende 2000 stand Argentinien zum ersten Mal kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Gemeinsam mit der BID, der Weltbank, privaten Banken und Rentenkassen schnürte der IWF ein Hilfspaket in Höhe von 38 Milliarden Dollar, allein 13 Milliarden davon kamen vom IWF. Von diesem Geld floss allerdings kein Cent in die Wiederbelebung der Wirtschaft (Stichwort: Schaffung von Staatsnachfrage), sondern es wurde vollständig dazu verwendet, fällig werdende Schulden zu bezahlen.

Zu 2.): Der argentinische Peso wurde an einen Währungskorb aus Euro und Dollar gebunden, um ihn damit leicht floaten zu lassen. Dies soll in Kraft treten, wenn Dollar und Euro gleichauf sind. Für den Export und den Import gilt dieser Kurs bereits. Exporte werden damit verbilligt, Importe verteuert. Jedoch ist der Unterschied zu gering, um damit dem lahmen Exportsektor auf die Beine zu helfen. Sollte der Euro allerdings den Dollar einmal überholen, werden argentinische Exporte sogar teurer als heute, da der Peso dann mehr wert sein wird als ein Dollar.

Zu 3.) Argentinien ist ein armes Land, verglichen mit seinen Gläubigerländern USA und Europa. Mittels der Schulden gelang es den entwickelten Ländern aus diesem Land Ressourcen in Gestalt von Zinsen abzuziehen. Interessanterweise wird der entsprechende Profit höher, wenn das arme Land die Schulden nicht mehr bezahlen kann. Als im Juni 2001 Argentinien erneut fast zahlungsunfähig war, beschloss die Regierung mit privaten Gläubigern einen Schuldentausch abzuwickeln. Es wurden kurzfristig fällig werdende Titel in Höhe von 30 Milliarden Dollar in Titel mit langer Laufzeit – zum Teil bis 2031 – umgewandelt. Allerdings zum Preis höherer Zinsen und längerer Laufzeit. Durch die höheren Zinsen erhöhte sich die Nominalschuld Argentiniens um zwei Milliarden Dollar. Dies gab Argentinien Luft bei der Bezahlung seiner Schulden. Die Idee war: Schaffung von Wachstum, um damit die Staatseinnahmen zu erhöhen und dann später die Schulden ohne Probleme bezahlen zu können. Erneut eine Wette auf Wachstum und eine Verschiebung des Problems.

Zu 4.) Mit dem Null-Defizit-Gesetz wurde beschlossen, einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorzulegen. Damit wurden aber auch sämtliche Staatsausgaben dem Schuldendienst nachgeordnet. Was bedeutet, dass zunächst die fälligen Schulden bezahlt werden und danach die Gehälter der Staatsangestellten, die Renten oder Transfers der Zentralregierung an die Provinzen. Im Rahmen dieses Gesetzes wurden die Gehälter der Staatsangestellten und die Renten zunächst um 13 Prozent gekürzt. Dies hatte auch eine Senkung der Löhne und Gehälter im Privatsektor zur Folge. Die Folge ist eine Verstärkung der rezessiven Entwicklung, da der Konsum gedrosselt wird, die Wirtschaft noch weniger wächst und die Staatseinnahmen weiter sinken. Allerdings ist die Lage verhext: Die internationalen Finanzmärkte zwingen zum Sparen, da die Länderrisikozinsen sonst nie sinken werden und die Folge des Sparzwangs ist eine Vertiefung der Rezession.

Zu 5.) Das Geld kam, um den Zusammenbruch des Bankensystems zu vermeiden und die Reserven des Landes aufzustocken. Erstmals wurden dafür auch die privaten Banken in die Pflicht genommen; dem ging eine lange Diskussion im IWF voraus. Allerdings wurde die Wirtschaft dadurch wiederum nicht belebt.

Zieht man eine Bilanz der Antikrisenprogramme, so stellt man fest, dass es deren oberstes Ziel war, die Interessen der internationalen Finanzmärkte zu befriedigen und Argentinien künstlich am Leben zu halten. Eine Industriepolitik, die Wachstum schafft (Stichwort „Staatsnachfrage“) stand nicht zur Debatte, sondern es wurde die strenge Austeritätspolitik weitergeführt. Die Peso-Dollar-Parität wurde bislang nicht aufgegeben, obwohl dies die Kosten senken und Investoren anlocken würde. „Da diese Denkströmung während vieler Jahre einen hegemonialen Charakter innehatte, darf es nicht überraschen, dass die Debatte über die direkte Beziehung zwischen Krise des argentinischen Arbeitsmarktes und dem Funktionieren des politisch ökonomischen Regimes der Konvertibilität sehr ungenügend ist.“ (Marcó del Pont/Valle: 182) Wegen der

1:1-Parität fehlen geldpolitische Maßnahmen, um die Industrie fördern zu können. Durch diese Maßnahmen wird die Entwicklung des Landes verhindert, es ist sogar ein Sinken der Industrieproduktion festzustellen.

6. Zukunftsszenarien

Rüdiger Dornbusch sagt über die argentinische Krise: „Ich sehe keine Antworten für Argentinien. Es ist eine große Unbekannte. Man könnte Reformen machen, aber das Land hat sie schon gemacht. Die Reformen der 90er Jahr haben es ermöglicht, daß das Land trotz hoher Zinsen wachsen konnte. Aber die für die Wirtschaft dringend nötige interne Nachfrage existiert nicht mehr [...] und so bemerkt man, daß keine der drei Wachstumsalternativen, Produktivität, Commodity³ oder Kapitalinvestitionen in diesem Moment möglich sind. Manchmal gibt es Situationen, in denen man keine Antwort hat. Es ist eine Tragödie.“ (Dornbusch 2000: 9) Vieles deutet darauf hin, dass diese Tragödie in einer Zahlungsunfähigkeit des argentinischen Staates gipfeln wird, damit aber noch lange nicht beendet sein wird. Ein „Default“ Argentiniens scheint kaum noch aufzuhalten. Die Frage ist eher wie und wann. Es ist nicht davon auszugehen, dass es ein politischer Default sein wird, bei dem die Schulden als Waffe eingesetzt werden und die Argumentation eine moralische ist und über die Legitimität der Schulden diskutiert wird. Dies entspricht nicht dem Diskurs der gegenwärtigen Regierung und auch in der Gesellschaft, wäre dies nicht die durchgängige Meinung (auch wenn sich Widerstände mehren). Selbst wenn, dann fehlen in der kapitalistischen One World gegenwärtig die Kräfte, die eine solche Entscheidung unterstützen würden. Bei so gut wie allen Regierungen Lateinamerikas ist die Legitimität der Schulden Konsens. Daher ist ein gigantischer Schuldentausch eher denkbar, bei dem der IWF einige Gläubiger zwangsverpflichtet, ihre Titel umzustrukturieren – oder den Nennwert der argentinischen Bonds als Zahlungsverpflichtung zu nehmen und nicht mehr den Nominalwert. Beides wären Lösungen, die die Finanzmärkte billigen würden. Argentinien als Anlagemöglichkeit würden sie behalten und Geld verloren hätten sie dabei auch nicht. Und der IWF müsste das Scheitern seines Modells nicht eingestehen.

Interessant ist die Frage, ob die Währung abgewertet wird. Dies erscheint sinnvoll, weil damit die Exportpreise im Prinzip sinken würden und eine Wiederbelebung der Industrie in Angriff genommen werden könnte. Bislang haben wir aber festgestellt, dass das Finanzkapital die Geschicke in Argentinien bestimmt, und nichts deutet darauf hin, dass sich dies bald ändern wird. Fraglich ist auch, ob eine Abwertung an der gegenwärtigen Situation so schnell etwas ändern könnte, da die Mehrheit der argentinischen Exporte aus Rohstoffen besteht, bei denen der Wert der nationalen Währung den Preis nicht verändert und damit die Absatzchancen

³ Dornbusch bezieht sich hier auf eine von ihm zuvor gemachte Äußerung, wonach ein Anstieg der Commodity-Preise (d.h. der Exportgüter, die zum großen Teil aus Rohstoffen bestehen) die Einkünfte eines Landes wie Argentinien schnell erhöhen könnte.

gleich bleiben. Einzig die Gewinnspanne im Land würde sich bei einer billigeren Währung erhöhen. Da aber 90 Prozent der argentinischen Schulden in Dollar angelegt sind, wäre eine Abwertung glatter Selbstmord und würde die Zahlung dieser Schulden schier unmöglich machen. Auch wollen die Anleger Dollargewinne machen, und es ist daher davon auszugehen, dass die Peso-Dollar-Parität bestehen bleibt. Wenig Beachtung muss hingegen dem Argument geschenkt werden, dass eine Abwertung zur Inflation führen würde. Auch wenn eine Teuerung sicher ist, so wäre eine Hyperinflation auszuschließen, dafür sorgten allein schon die Marktöffnung Argentiniens sowie die restriktive Haushaltspolitik und der ausgetrocknete Binnenmarkt. Es wäre aber auch denkbar gewesen, dass mit dem letzten IWF-Paket in Höhe von acht Milliarden Dollar eine „weiche Landung“ vorbereitet wird: d.h. dass diese „Finanzhilfen“ zur zeitlichen Streckung und Kompensation einer unvermeidlichen Abwertung hätten genutzt werden können. Möglicherweise wird diese Handlungsvariante in der nächsten Krisenrunde ernsthafter diskutiert werden.

7. Fazit

Wie immer auch der Krisenprozess in Argentinien weiter verlaufen mag, feststehen dürfte, dass keine einfachen und sozial abfedernde „Lösungen“ in naher Zukunft absehbar sind. Das in seinen spezifischen Konfigurationen hier umrissene – auch innerhalb der Bandbreite unterschiedlicher Typen von kapitalistischer Entwicklung – perspektivlose aktuelle Wirtschaftsmodell hat nun schon zu sehr Wurzeln gefasst, als dass es ohne erhebliche Flurschäden durch ein anderes leicht ersetzbar wäre. Es ist mittlerweile auch deutlich geworden, dass die gegenwärtige Krise in Argentinien nicht bloß auf „die Wirtschaft“, „die Finanzen“ oder „die Währungsproblematik“ reduziert werden kann. Die mit dem argentinischen Weg in den Neoliberalismus verbundene besondere Akzentuierung der Finanzsphäre (gegenüber der der Produktion) und die ebenfalls extreme Variante von Privatisierung öffentlicher Funktionen/Leistungen haben zu einer tiefgreifenden und in dieser Intensität bisher unbekanntem gesellschaftlichen Polarisierung im Land geführt, die auf fast allen Ebenen zu beobachten ist. Ob man das System der Alterssicherung und -versorgung, das Bildungs- und Gesundheitswesen, die alltägliche Gewaltkriminalität, die wachsende Protestbereitschaft verschiedener gesellschaftlicher Gruppen⁴ oder die – wie bei den letzten Wahlen Mitte Oktober dieses Jahres sich klar zeigte⁵ – die große

⁴ Mit den sogenannten *Piqueteros* hat sich in den vergangenen drei Jahren eine neue soziale Bewegung herausgebildet, die besonders im Jahr 2001 von sich hören ließ. Regelmäßig blockieren Arbeitslose und von den Gehaltskürzungen schwer betroffene Staatsangestellte wichtige Nationalstrassen in Argentinien. Ziel dabei ist es, das Land zum Erliegen zu bringen. Dieses völlig neue Bündnis steht quer zu den traditionellen peronistischen Gewerkschaften und den traditionellen Parteienstrukturen. Immer wieder kommt es bei den Blockaden zu schweren Strassenschlachten zwischen der Polizei und den *Piqueteros*, die nichts zu verlieren haben.

⁵ So gaben bei den Parlaments- und Senatswahlen am 14. Oktober 2001 drei Millionen Argentinier ungültige Stimmzettel ab und sieben Millionen gingen – trotz Wahlpflicht – nicht zur Wahl. Rechnet man beide Werte zusammen, so kommt man darauf, dass 45 Prozent der Wahlpflichtigen keine Stimme abgaben oder ungültig wählten. (vgl.: *El País* v. 16.10.2001, S.: 20)

Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den bestehenden Parteien betrachtet: es sind in großem Umfang „Reparaturen“ am erodierenden gesellschaftlichen Zusammenhalt („tejido social“) vonnöten. Ein bloßer Ministerwechsel und einige vereinzelt (vielleicht sozial gemeinte) Regierungsprojekte in dieser oder jener Sphäre werden mit Sicherheit eine notwendige, grundsätzliche Kursänderung nicht herbeiführen können.

Literatur:

- Boris, Dieter/Hiedl, Peter (1978): Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart, Köln
- Boris, Dieter (2001): Argentinien 2001: Von der langandauernden Rezession zur Währungs- und Finanzkrise, in: PROKLA Nr. 124, 30. Jg., Nr. 3 (Oktober), S.: 469-484
- Borón, Atilio (1992): Estado, Capitalismo y Democracia en América Latina, Buenos Aires
- Beinstein, Jorge (2000): Es necesario y posible salir del desastre neoliberal, in: *Le Monde Diplomatique* Cono Sur, Diciembre 2000, Buenos Aires, S. 1-5
- Dornbusch, Rudiger (2000): La Argentina, en un Callejón sin salida, Interview, in: *El Crónista*, 29.11.2000, Buenos Aires, S. 9
- Dresdner Bank Lateinamerika AG (2001): Tanzt bald ganz Lateinamerika den argentinischen Tango?, in: *Perspektiven Lateinamerika Spezial*, Juli 2001
- Dresdner Bank Lateinamerika AG (2001): Latin American Daily Spotlight v. 10. Oktober 2001
- Gramsci, Antonio (1991 ff.): Gefängnishefte, Hamburg
- Huffschmid, Jörg (1999): Finanzmärkte, in: *Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Hamburg, S.: 535-548
- Prebisch, Raúl (1969): Problemas teóricos y prácticos del crecimiento económico, Naciones Unidas, Santiago de Chile, in: Bianchi, Andres (Hrsg.) (1969): *América Latina. Ensayos de interpretación económica*, Editorial Universitaria, Santiago de Chile
- Malcher, Ingo (2001): Argentinien – die Krise der Zitronenrepublik, in: *Sozialismus* Nr. 1 (Januar), S.: 46-48
- Marcó del Pont, Mercedes/Valle, Héctor W. (2001): La crisis social de los años noventa y el modelo de la convertibilidad, in: Lascano, Marcelo R. (Hg.): *La Economía Argentina Hoy. Un Análisis riguroso de un país en crisis*, Buenos Aires, S. 175-202
- Margheritis, Ana (1998): Économie politique des privatisations en Argentine, in: *Problèmes d'Amérique Latine*, No. 29 (avril-juin 1998), S. 99-123
- Minsburg, Naúm (2000): La Economía Postmenemista. ¿Atrapada sin salida?, Buenos Aires
- Tedesco, Laura (2000): La ñata contra el vidrio: urban violence and democratic governability in Argentina, in: *Bulletin of Latin American Research* 19 (2000), S. 527-545
- Vidal, Gregorio (2001): Privatizaciones, fusiones y adquisiciones. Las grandes empresas en América Latina, Barcelona
- Willke, Helmut (2001): *Atopia. Studien zur atopischen Gesellschaft*, Frankfurt/Main

Auf dem Weg zu einem postmodernen Fürsten?

Die Schlacht in Seattle als Moment in der neuen Politik der Globalisierung

„Der moderne Fürst, der Fürst-Mythos kann keine wirkliche Person, kein konkretes Individuum sein; er kann nur ein Organismus, ein gesellschaftliches Element sein, in dem das Konkretwerden eines anerkannten, in der Aktion teilweise bestätigten Kollektivwillens schon eingesetzt hat.“¹

Dieser Essay analysiert die jüngsten Proteste gegen Aspekte der neoliberalen Globalisierung, zum Beispiel beim Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle Ende 1999 und in Washington DC im Frühjahr 2000 anlässlich der Jahrestagungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Zuerst untersuche ich die Gründe für das Scheitern der Seattle-Gespräche, zweitens bewerte ich die Proteste und ihre politische Bedeutung. Schließlich analysiere ich einige entstehende Formen politischer Vermittlung, die mit den Kämpfen um die Natur und die Richtung der Globalisierung verbunden sind und die ich als „postmodernen Fürsten“ bezeichne. Dieses Konzept wird im letzten Abschnitt dieses Essays ausgearbeitet. Dennoch ist es wichtig, gleich zu Beginn festzuhalten, dass der Begriff „postmodern“ sich in diesem Essay nicht wie so häufig auf ein diskursives oder ästhetisches Moment bezieht. Bei mir bezieht sich „postmodern“ auf eine Ansammlung von Bedingungen, insbesondere politische, materielle und ökologische, die neuen Formen der politischen Vermittlung Auftrieb verleihen, deren bestimmende Mythen mit dem Streben verbunden sind, die menschliche und intergenerationale Sicherheit auf dem Planeten und für ihn zu sichern, genauso wie eine demokratische humane Entwicklung und Menschenrechte. Als solche kombinieren die zahlreichen und unterschiedlichen politischen Kräfte, die den postmodernen Fürsten formen, sowohl defensive als auch vorwärtsgerichtete Strategien. Statt sich dekonstruktiv zu verhalten, suchen sie eine globale und universale Politik der radikalen (Re-)Konstruktion zu entwickeln.

Die Schlacht in Seattle fand sowohl innerhalb als auch außerhalb des Konferenzentrums statt, in dem das Treffen abgehalten wurde; der Zusammenbruch der Gespräche war teilweise durch die größere Sichtbarkeit von Handelsfragen im alltäglichen Leben von Bürgern und den wachsenden Sorgen darüber ver-

* Der Artikel erschien zuerst in der Zeitschrift *Millennium: Journal of International Studies* (Vol. 29) die an der London School of Economics erscheint. Wir danken der Redaktion für die Überlassung des Artikels. Übersetzung: Kai Michelsen, Gerd Wiegel.

¹ Antonio Gramsci, *Selections from the Prison Notebooks of Antonio Gramsci*, trans. Quintin Hoare and Geoffrey Nowell Smith (New York: International Publishers, 1971), 129; hier zitiert nach der deutschen Ausgabe der *Gefängnishefte*, Bd. 5, S. 956.

ursacht, wie internationaler Handel und Investitionsabkommen wichtige Aspekte nationaler Souveränität und politischer Autonomie unterminieren, insbesondere auf Wegen, die die Unternehmensmacht stärken. Diese Sorgen – ausgedrückt in unterschiedlichen Formen der politischen Mobilisierung – haben politische Führer quer durch die Welt unter Druck gesetzt, einige der Prämissen und Widersprüche der neoliberalen Globalisierung neu zu prüfen.

Warum die Gespräche scheiterten

Warum genau sind die Seattle-Gespräche gescheitert? Der erste und offensichtlichste Grund war die Unnachgiebigkeit der USA, bestimmt von der prinzipiellen Verteidigung des Status quo gegenüber Forderungen nach Reformen durch andere Nationen, die sich um die Auswirkungen des Liberalisierungsrahmens (der festgelegten Agenda) sorgten, der von der GATT Uruguay-Runde in Kraft gesetzt wurde.² Die GATT Uruguay-Runde war ein „singuläres Unternehmen“, ein typischer alles-oder-nichts Vertragstyp, der bedeutete, dass die Unterzeichnenden allen Übereinkünften und Punkten zustimmen mussten, darunter auch der Institutionalisierung der WTO. Der breitere politische-justizistische Rahmen zur Absicherung solcher Übereinkünfte kann als neuer Konstitutionalismus des disziplinären Neoliberalismus bezeichnet werden. Dieser umfasst nicht nur Handel und Investitionen, sondern Rechte an privatem Eigentum in einer allgemeineren Form (und nicht nur Rechte an geistigem Eigentum). Er schloss auch makroökonomische Politik und Institutionen (zum Beispiel unabhängige Zentralbanken und Verbesserungen der Haushaltsbalance) auf eine Weise ein, die eine demokratische Kontrolle über ökonomische Schlüsselinstitutionen und den politischen Rahmen auf lange Sicht minimierten oder sogar „ausschlossen“.³

In diesem Kontext wollten die USA im Wesentlichen die Verpflichtungen gegenüber existierenden Schutzmechanismen für Rechte an geistigem Eigentum und Investitionen stützen und alle Versuche stoppen, existierende Vereinbarungen zu schwächen, die Märkte für amerikanische Unternehmen öffnen. Die US-Position stützte sich auf Geheimdienstinformationen von Regierungsbehörden, Akademikern und Unternehmensstrategen, koordiniert von der CIA.⁴

So wäre es leicht zu sagen, dass die Proteste außerhalb des Seattle Convention Centre und in Konfrontation mit der Bereitschaftspolizei Seattles, dem FBI, und der CIA nur wenig oder keinen Effekt für das Scheitern der Gespräche hatten, außer dem Fakt, dass viele Delegierte aufgrund der Störungen außerhalb nicht in das Gebäude gelangen konnten. Allerdings würde damit die Ver-

² Scott Sinclair, 'The WTO: What Happened in Seattle? What's Next in Geneva?', Briefing Paper Series: Trade and Investment 1, no. 2 (Ottawa: Canadian Centre for Policy Alternatives, 2000), 6.

³ Stephen Gill, 'Globalisation, Market Civilisation, and Disciplinary Neoliberalism', *Millennium: Journal of International Studies* 23, no. 3 (1995): 399-423.

⁴ Siehe 'CIA Spies Swap Cold War for Trade Wars', *Financial Times*, 14 August 1999, 1.

bindung zwischen öffentlichen Bedenken und den Verhandlungspositionen von Staaten in der WTO missverstanden. Tatsächlich wird klar, dass zentrale Gründe für das Scheitern des Seattle-Ministerial darauf zurückzuführen waren, dass die Etablierung der WTO auf eine Art und Weise über die traditionelle Rolle des GATT hinausgegangen ist, die begonnen hat, nicht nur weit und in wachsendem Ausmaß in wichtige inländische Politikbereiche und die nationale Souveränität einzugreifen, sondern auch Auswirkungen auf das internationale Recht zu haben. Desweiteren trugen Schlüsselbereiche der öffentlichen Aufmerksamkeit wie etwa Ernährungssicherheit, Biotechnologie, Arbeitsstandards und umfassendere Fragen der ökonomischen Entwicklung zu der öffentlichen Besorgnis und Mobilisierung bei, zusätzlich zu den mit dem Globalisierungsprojekt verbundenen kulturellen, sozialen und ethischen Fragen.

In dieser Hinsicht – und das ist äußerst relevant für die Belange der Globalisierungskritiker sowie vieler Regierungen – haben die neuen Verhandlungen über Dienstleistungen, zu denen es in Genua aufgrund des „singulären Unternehmens“ kam, ein weites Mandat, und die neuen Handelsordnungen werden einen potentiell großen Einfluss auf wichtige soziale Institutionen und Programme wie Gesundheit, Erziehung, soziale Dienstleistungen und Kultur haben. Dies wird eine weitere Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Sektors und indirekt der gesamten öffentlichen Sphäre selber erlauben, zum Beispiel in sozialen Programmen und bei der Erziehung.⁵ Die Verhandlungslogik wird wahrscheinlich viele Regierungsprogramme behindern, die mit dem öffentlichen Interesse gerechtfertigt werden könnten, solange bis Regierungen WTO-Gremien davon überzeugen können, dass die Programme nicht zu wesentlichen Einschränkungen im Handel und bei den Investitionen für private Unternehmen führen. Tatsächlich werden, weil diese festgelegte Agenda in Genua fortgeschritten ist, viele Scheidelinien zwischen Regierungen, insbesondere zwischen dem Norden und dem Süden, entstehen. Die Nord-Süd-Spaltungen kreisen auch um die Unzufriedenheit mit dem Anteil an Zugeständnissen des Südens, die in der früheren GATT-Uruguay Runde gemacht wurden, verbunden mit ihrer Frustration über das Scheitern der Öffnung der Märkte des Nordens für ihre Handels- und Agrarprodukte.

Mit dieser Tagesordnung im Kopf glauben die Demonstranten – obwohl sie sehr unterschiedlichen Organisationen und politischen Strömungen entstammen –, dass es im Zuge der neoliberalen Globalisierung zu einer Zentralisierung und Konzentration von Macht unter der Kontrolle von Unternehmen kommt, wobei vieles in der politischen Agenda dieses Projektes von internationalen Organisationen wie der WTO, dem IWF und der Weltbank inszeniert wird. So war es nicht überraschend, dass sich die Schlacht von Seattle Mitte April 2000 nach Washington DC verlagerte, wo die gleichen Gruppen von progressiven Aktivisten und Organisationen,

⁵ 'New Trade Rules Target Education', Canadian Association of University Teachers Bulletin, editorial, 7 September 1999. Das Bulletin fügte hinzu, daß Education International, 294 Lehrgewerkschaften und -Vereinigungen weltweit repräsentierend, starke Bedenken darüber zum Ausdruck brachte, wie die WTO Initiativen die öffentliche Erziehung unterminiert.

einschließlich Gewerkschaften, gegen die Rolle des IWF, der Weltbank und der G-7 protestierten.

Wichtig ist hier, dass die neuen Gegenbewegungen versuchen, die ökologischen und kulturellen Unterschiede gegenüber dem zu bewahren, was sie als das Heranwachsen einer politischen, sozialen und ökologischen Monokultur wahrnehmen, verbunden mit der Überlegenheit der Unternehmensherrschaft. Während dieser Essay geschrieben wurde, waren die Proteste auf dem Weg, den Hauptsitz der Citicorp, einem der weltgrößten Finanzkonglomerate, in einen Belagerungszustand zu versetzen.

Die Widersprüche neoliberaler Globalisierung und die Seattle-Protteste

Implizit oder explizit sind das Scheitern der Gespräche und viele der Rückschläge für die neoliberale Globalisierung damit verbunden, wie die Leute in verschiedenen Zusammenhängen die Probleme und Widersprüche erfahren, die auf die Macht der Unternehmen und insbesondere das Projekt des disziplinären Neoliberalismus und neuen Konstitutionalismus zurückzuführen sind. Was sind also diese Widersprüche und in welcher Beziehung stehen sie zu den Seattle-Prottesten?

Der erste Widerspruch ist der zwischen Großkapital und Demokratie. Zentral ist hier die Ausweitung bindender gesetzlicher Mechanismen von Handels- und Investitionsvereinbarungen wie der GATT Uruguay-Runde und regionalen Vereinbarungen wie der NAFTA. Ein Gegenbeispiel, das in Form einer politischen Gegenhegemonie den Weg nach Seattle wies, war das Scheitern der OECD-Anstrengungen, ein multilaterales Investitionsabkommen (MAI) zu etablieren. Das MAI wurde ebenfalls teilweise durch eine Graswurzel-Mobilisierung gegen die Unternehmensglobalisierung unterminiert, wie auch durch eher konventionelle politische Bedenken zur Frage der Souveränität. Die Demonstranten sahen Abkommen wie NAFTA und Organisationen wie die WTO als Versuche, immer extensivere Rechte und Freiheiten für Unternehmen zu institutionalisieren, die ihnen größere unternehmerische Freiheiten und eine weltweite Absicherung der Rechte am privaten Eigentum zugestehen. Die Demonstranten nahmen an, dass Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung Mittel sind, ein partikulares Bündel von Klasseninteressen zu stärken, im Wesentlichen die Macht privater Investoren und großer Shareholder. Sie wenden sich gegen eine stärkere gesetzliche und marktförmige Begrenzung der Demokratie.

Anders ausgedrückt lautete die Frage, in welchem Umfang und auf welchen Wegen Handels- und Investitionsabkommen Verpflichtungen zu Liberalisierung „einschließen“, während sie populär-demokratische und parlamentarische Kräfte von der Kontrolle wesentlicher ökonomischer, sozialer und ökologischer Politikfelder ausschließen.

Die zweite Gruppe von Widersprüchen sind sowohl ökonomisch als auch so-

zial. Der disziplinäre Neoliberalismus schreitet mit einer Intensivierung der Disziplinierung von Arbeit und einer steigenden Ausbeutungsrate voran, teilweise reflektiert im Boom der Aktienmärkte im letzten Jahrzehnt, während zur gleichen Zeit andauernde ökonomische und finanzielle Krisen viele Millionen von Menschen verarmen ließen und signifikante ökonomische Verwerfungen verursachten. Das erklärt die wachsende Rolle der organisierten Arbeit – zum Beispiel der in Amerika beheimateten Gewerkschaften wie der Teamsters – im Protest, sowie auch anderer Organisationen, die Feministinnen, andere Arbeiter, Bauern und Kleinproduzenten weltweit repräsentieren. In dieser Hinsicht lügen die Zahlen nicht: Trotz des längsten Booms in der Geschichte des westlichen Kapitalismus sind die realen Einkommen der Durchschnittsbevölkerung gefallen. Wenn das also in einem Boom geschieht, was passiert in einer Rezession? Die Frage wurde bereits in der ostasiatischen Krise beantwortet, als Millionen verarmten.

Drittens verbindet sich die Kapitalordnung nun schon seit einigen Jahren mit der Intensivierung einer Krise der sozialen Reproduktion. Die feministische politische Ökonomie hat aufgezeigt, wie eine disproportionale Last struktureller Anpassung an die härteren, wettbewerbsorientierten Umstände über die letzten zwanzig Jahre hinweg vor allem auf die Schultern der weniger gut bezahlten und schwächeren Mitglieder der Gesellschaft gelegt wurde, etwa Frauen, Kinder, Alte und Behinderte. In einer Ära knapper Finanzmittel wurde in vielen Ländern die Bereitstellung von Mitteln für soziale Wohlfahrt, Gesundheit und Erziehung gekürzt und die gesellschaftliche Abfederung des Risikos wurde für einen wachsenden Teil der Weltbevölkerung reduziert. Dies hat eine Krise der sozialen Reproduktion erzeugt, weil die Last der Anpassung in die Familien und Gemeinschaften verschoben wurde, die bereits unter Druck stehen, im ökonomischen Sinn einfach zu überleben, und das Risiko wird in neuen Formen privatisiert, umverteilt und generalisiert.⁶

Die letzte Gruppe an Widersprüchen ist damit verbunden, wie unter der Unternehmensherrschaft sozio-kulturelle und biologische Verschiedenheit durch soziale und biologische Monokultur ersetzt wird, und wie sich dies mit einem Verlust an Ernährungssicherheit und neuen Formen generalisierter Gesundheitsrisiken verbindet. So argumentierten etwa die Demonstranten, dass, wenn Teile der Seattle Konzept-Agenda ratifiziert würden, dies eine Liberalisierung des Handels mit genetisch verändertem Getreide erlauben würde, womit Vorkehrungen geschaffen worden wären, die weltweiten Wasservorräte zu privatisieren und nahezu alle Formen des Lebens zu patentieren, einschließlich des genetischen Materials, das über Tausende von Jahren weit verbreitet durch die Kulturen genutzt wurde. Die Protestbewegung erregte sich auch insbesondere über die Patentierung von Getreide und Bio-Engineering durch Unternehmen wie Novartis, Enron und andere Firmen, die als Versuch betrachtet wurde, die

⁶ Siehe den Essay in Isabella Bakker, ed., *The Strategic Silence: Gender And Economic Policy*. (London: Zed Books, 1994).

Kontrolle über Nahrung zu monopolisieren und die lokalen Lebensbedingungen und die Ernährungssicherheit zu unterminieren.⁷

Damit opponierten die Demonstranten gegen die Kontrolle der globalen Nahrungsordnung durch Unternehmensinteressen, verbunden mit dem neuen Konstitutionalismus. Diese Interessen haben begonnen, ihre Rechte „to source food and food inputs, to prospect for genetic patents, and to gain access to local and national food markets“ zu institutionalisieren, wie sie durch die GATT Uruguay Runde und die WTO etabliert wurden.⁸ Transnationale Unternehmen haben es geschafft, die Frage der Ernährungssicherheit in eine Frage der Reduzierung nationaler Barrieren für den Agrarhandel umzudefinieren, womit sie die Marktgesetze in der globalen Nahrungsordnung sicher stellten. Der Effekt ist eine intensiviert Zentralisierung von Kontrolle durch „agri-food capital via global sourcing and global trading“, auf eine Art und Weise, die die Weltnahrungsproduktion und die Konsumbeziehungen durch „nicht nachhaltige Monokulturen, sogenannte Terminator-Gene und (in mancher Hinsicht) an Klassenlagen orientierte Ernährung intensiviert, was eine Eliminierung der Vielfalt natürlicher Ressourcen, landwirtschaftlicher Kulturen und Nahrungskulturen und den Niedergang lokaler Selbstversorgung und Nahrungssicherheit voraussetzt.“⁹

Zusammen tragen diese Widersprüche zu etwas bei, was man globale oder ‚organische Krise‘ nennen könnte, die verschiedene Kräfte innerhalb und zwischen den Nationen zusammenbringt, insbesondere um den Ideen, Institutionen und der materielle Macht des disziplinären Neoliberalismus entgegenzutreten. Viele Einwände gegenüber der Unternehmensglobalisierung wurden vom Präsidenten der AFL-CIO, John Sweeny zusammengefasst, der neben dem damaligen Präsidenten Clinton eine Ansprache an die Vertreter der 1.000 größten transnationalen Unternehmen beim Jahrestreffen des selbsternannten und nicht gewählten Weltwirtschaftsforums in Davos im Februar 2000 hielt. Sweeny hielt fest, dass die Proteste aus dem Norden und Süden einen „Ruf nach neuen globalen, demokratisch entwickelten Regeln“ repräsentierten, um „wachsende Ungleichheit, die Zerstörung der Umwelt und einen weiteren Niedergang der arbeitenden Bevölkerung“ zu begrenzen, verbunden mit der Warnung, dass, wenn solche Regeln nicht kommen würden, „eine zunehmend gewalttätige Reaktion hervorgerufen wird, die Seattle zahm aussehen lassen wird.“¹⁰ Tatsächlich schienen Clintons Ausführungen in Davos „als Mahnung gestaltet, dass diese Ängste – auch wenn sie in unwillkommener und manch-

⁷ Paul Hawken, ‘The WTO: Inside, Outside, All Around The World’, [http://www.co-intelligence.org/WTOHawken.html] (26 April 2000).

⁸ Philip McMichael, ‘The Crisis of Market Rule in the Global Food Order’ (paper presented at the British International Studies Association Annual Meeting, Manchester, 20-22 December 1999).

⁹ Ibid, 2.

¹⁰ John Sweeney, ‘Remember Seattle’, Washington Post January 30, 2000, B7. Online version http://www.washingtonpost.com/wp-adv/archives.

mal gewalttätiger Weise ausgedrückt werden wie in Seattle – eine Legitimität besitzen, die Aufmerksamkeit verdient in den Chefetagen der Welt und den Regierungsministerien.“¹¹

Wir wissen inzwischen natürlich, dass die Gewalt in Seattle fast ausschließlich von der schwer bewaffneten Polizei-Miliz ausging, die die Kämpfe unter die Demonstranten trug. In Washington im April 2000 nahm die Polizei präventiv Hunderte von Demonstranten fest, in Aktionen, die von dem örtlichen Polizeichef als Frage der Vernunft gerechtfertigt wurden. Ein weiteres Beispiel dieser Art war die Unterdrückung friedlicher Proteste beim Asia-Pacific Economic Co-operation Treffen in Vancouver 1998 gewesen. Die Proteste bezogen sich auf den Widerspruch einer Trennung des Freihandels von politischer Demokratie, verdeutlicht in der Anwesenheit des indonesischen Diktators Präsident Suharto. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass staatliche Autoritäten schnell handeln, um grundlegende politische Rechte und die Freiheit der Opposition bei nicht konformen Mitgliedern der Gesellschaft einzuschränken – Rechte, die angeblich der Verfassung in einem liberalen konstitutionellen Rahmen unterliegen –, wenn Geschäftsinteressen bedroht sind. In Seattle schienen die anonymen, unerklärlichen und einschüchternden Polizeiaktionen nahezu absurd, im Licht der Tatsache, dass die Proteste als Schildkröten verkleidete Kinder, friedliche Aktivisten für soziale Gerechtigkeit, Gewerkschaftsmitglieder, religiöse Gruppen, begleitet von Lehrern und Wissenschaftlern einschlossen, allesamt nicht gewalttätig. Mit Ausnahme einer kleinen Anzahl von Anarchisten war nahezu keiner der Demonstranten in irgendeiner Form gewalttätig. In Washington schützte die Polizei die Treffen in schwerer Rüstung und verschanzte hinter Metall-Barrikaden, im Angesicht von Demonstranten, die Puppen und Schilder trugen, auf denen stand ‚spank the Bank‘ („Haut die Bank“). Momente wie diese illustrieren aber nicht nur eine absurde Komödie, sondern auch eine umfassendere Dialektik zwischen einem überlegenen Gewaltapparat und einer ethisch-politischen Alternative, eingebettet in eine neue umfassende Politik der Diversität.

Tatsächlich konnten die Demonstranten seit dem Seattle-Debakel ihre Kritik daran, was sie als politische Monokultur ansehen, ausdehnen, indem sie zeigten, wie eine Schlüsselkomponente dieser Monokultur, die ‚anspruchsvolle Presse‘ und die TV-Medien, von den Geschehnissen berichteten. In den USA zum Beispiel fanden es die Massenmedien unmöglich, die Gewalt als eine durch die Autoritäten verursachte Gewalt zu präsentieren, die das Ziel verfolgte, die Proteste zu provozieren und als unwissenschaftlich und ungesetzlich zu diskreditieren. Vom Standpunkt der Globalisierungskritiker aus betrachtet „sind die Washington Post und die New York Times die Bewahrer der

¹¹ Ann Swardson, 'Clinton Appeals For Compassion In Global Trade; World Economic Forum Told Don't Leave 'Little Guys' Out' Washington Post January 30, 2000, A18. Online version <http://www.washingtonpost.com/wp-adv/archives>.

‚offiziellen Realität‘, und in der offiziellen Realität sind immer die Demonstranten diejenigen, die gewalttätig sind“.¹²

Auf dem Weg zu einem postmodernen Fürsten?

Zusammenfassend vertrete ich folgende Hypothese: Die Proteste bilden einen Teil einer weltweiten Bewegung, die vielleicht in den Kategorien eines neuen Potenzials und neuer Formen einer globalen politischen Vermittlung verstanden werden kann. Und Machiavelli und Gramsci folgend nenne ich diese Potenziale in ihrem Zusammenhang „den postmodernen Fürsten“, den ich als etwas plurales und differenziertes verstehe, obgleich verbunden mit Universalismus und der Konstruktion einer neuen Form der Globalisierung, und natürlich als etwas, das als Komplex sozialer und politischer Kräfte in Bewegung verstanden werden muß.

Platzieren wir diese Hypothese in einen theoretischen Kontext. Machiavellis „Der Fürst“ thematisiert das Problem der Ethik des Herrschens sowohl vom Standpunkt des Fürsten (dem *Palazzo*, dem Palast) als auch des Volkes (der *Piazza*, des Stadtplatzes). Machiavelli versuchte theoretisch zu erfassen, wie eine Form des Herrschens konstruiert werden kann, die sowohl *virtù* (Ethik, Verantwortung und Zustimmung) und Furcht (Zwang) unter der Bedingung von *fortuna* (die Umstände) kombiniert. „Der Fürst“ wurde in Florenz geschrieben, im Kontext der politischen Umwälzungen der Renaissance in Italien. Beide, Machiavelli und später Gramsci, banden ihre Analyse und Annahmen an die Realität konkreter historischer Bedingungen sowie an die Potenziale der Transformation. Dies schloss die drückenden zeitgenössischen Fragen bezüglich der Probleme der italienischen Vereinigung und des nachgeordneten Platzes Italiens in der Struktur der internationalen Beziehungen ein. Und es handelte sich um einen ähnlichen nationalen und internationalen Kontext, in dem Gramscis „Der moderne Fürst“ in einem faschistischen Gefängnis geschrieben wurde, ein Text, der sich mit einem zentralen Problem der Politik beschäftigt: Die Konstitution von Macht, Autorität, Normen, Rechten und Verantwortlichkeiten bei der Schaffung einer ethischen politischen Gemeinschaft. Dennoch, was Gramsci in „Der Fürst“ sah, war „keine systematische Abhandlung (...), sondern ein ‚lebendiges‘ Buch, in dem die Ideologie zum ‚Mythos‘ wird“.¹³ Der Mythos für Machiavelli war der des *condottiere*, der den kollektiven Willen repräsentiert. Im Gegensatz dazu schlug für Gramsci „Der moderne Fürst“ den Mythos einer demokratischen modernen Massenpartei vor – der

¹² Zitiert auf der Internetseite [<http://www.peoples@post4.tele.dk> (26 April 2000) im Auftrag des NGO-Netzwerks, das die Proteste von Washington organisierte: Mobilization for Global Justice, 1247 E Street SE, Washington DC 20003, www.a16.org. Zur Zeit der Proteste hatte diese Webseite 250.000 Besucher. Sie war Gegenstand eines Artikels der Washington Post: 'Rally Web Site Also Interests The Uninvited: This revolution will not be televised. It will be downloaded'. <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A59956-2000Apr1.html>.

¹³ Gramsci, op cit., note 1, 125; hier zitiert nach der deutschen Ausgabe der Gefängnishefte, Bd. 5, S. 955.

kommunistischen Partei –, befasst mit der Konstruktion einer neuen Form von Staat und Gesellschaft, in einer neuen Weltordnung.

Unter den neuen strategischen Umständen (*fortuna*) von disziplinärem Neoliberalismus und Globalisierung ist es dann ein zentrales Problem der politischen Theorie, wie die neuen Formen kollektiver politischer Identität und Vermittlung vorzustellen und theoretisch zu fassen sind, die zur Erschaffung neuer, ethischer und demokratischer politischer Institutionen und Praxisformen (*virtù*) führen können. Ich will in diesem Zusammenhang noch einmal klar stellen, dass ich mit dem ‚postmodernen Fürsten‘ keine Form der politischen Vermittlung meine, die auf postmoderner Philosophie und dem radikalen Relativismus basiert, den diese oftmals enthält. Was ich verdeutlichen möchte, ist ein Wandel in der Form politischer Vermittlung, der über die früheren modernistischen politischen Projekte hinausgeht. So beinhaltet der ‚postmoderne Fürst‘ Tendenzen, die begonnen haben, einige der Mythen und Zwänge der modernen Praxis herauszufordern, und die insbesondere denen widerstehen, die versuchen, das Projekt der Globalisierung unter der Herrschaft des Kapitals zu konsolidieren.

Daher verbinden sich die Schlachten in Seattle vielleicht mit neuen Mustern der politischen Vermittlung und einer Bewegung, die weit über die Politik der Identität und Differenz hinausgeht: Sie hat Geschlechts-, Rassen- und Klassenaspekte. Sie ist verbunden mit Fragen der ökologischen und sozialen Reproduktion, und natürlich mit der Demokratiefrage. Dass ist der Grund, warum mehr als 700 Organisationen und zwischen 40.000 und 60.000 Menschen – im wesentlichen Menschenrechtler, Gewerkschafter, Indigene, Repräsentanten von Kirchen, Industriearbeitern, Kleinbauern, Wald- und Umweltschützern, Aktivisten für soziale Gerechtigkeit, Studenten und Lehrer – gemeinsam an den Protesten gegen das dritte WTO-Ministertreffen am 30. November 1999 teilnahmen. Die Demonstranten scheinen sich der Natur und Dynamik ihrer Bewegung bewusst zu sein und haben eine Reihe von politischen Verbindungen zwischen verschiedenen Ereignissen theoretisch gefasst, so dass sie mehr werden als das, was James Rosenau ‚distant proximities‘ oder einfach isolierte Momente des Widerstands gegen Globalisierung nannte.¹⁴

Zusammengefasst beginnen diese Bewegungen das zu formen, was Gramsci „einen Organismus, ein komplexes Element der Gesellschaft“ nannte, das beginnt, die Richtung für die Realisierung eines „kollektiven Willens“ zu weisen. Dieser Wille ist dabei, „wahrgenommen zu werden und hat sich in gewissem Umfang in der Praxis geltend gemacht“. Er beginnt, „konkrete Form anzunehmen“. ¹⁵ Tatsächlich versuchen die diversen Organisationen, die im Protest verbunden sind, weiter zu gehen und etwas ähnliches wie eine postmoderne

¹⁴ James Rosenau, 'Imposing Global Order: A Synthesised Ontology for a Turbulent Era', in *Innovation and Transformation in International Studies*, eds. Stephen Gill and James H. Mittelman (Cambridge: Cambridge University Press, 1997), 220-35.

¹⁵ Gramsci, op cit., note 1, 129.

transnationale politische Partei zu organisieren, das ist eine Partei ohne klare Führungsstrukturen. Es ist die Partei einer Bewegung, die nicht einfach enthaupet werden kann. Dieses Element verwirrte die Reporter der Massenpresse in Seattle, weil sie nicht in der Lage waren, die ‚Führer‘ der Proteste zu finden und zu fotografieren. Wie auch immer, diese entstehende politische Form ist kein Signal eines Endes des Universalismus in der Politik, da viele der Kräfte, die sie einschließt, mit Demokratisierung und der Suche nach kollektiven Lösungen für gemeinsame Probleme verbunden sind. Sie sucht Diversität mit neuen Formen kollektiver Identität und Solidarität in und zwischen Gesellschaften zu kombinieren. So gaben die Organisatoren der Demonstrationen im April 2000 in Washington kund, dass „Sweeneys Vorhersage“ in Davos tatsächlich eine Beschreibung der Geschehnisse war, die derzeit vorsichgehen, aber lange von den Medien ignoriert wurden:

„Der Zapatista-Aufstand in Mexico, der kürzliche Putsch in Ecuador, der Bürgerkrieg im Kongo, der Aufruhr in Indonesien, die Drohung der U'Wa-Leute, Massenmord zu begehen, sind alle Ausdruck der sozialen Explosionen, die aus der Verzweigung hervorgegangen sind, die durch die Politik der Weltbank, des IWF und ihrer Unternehmensdirektoren begründet wurde. Fundamentaler Wandel meint nicht Umbenennung ihrer Programme oder andere Public-Relation-Aktionen. Fundamentaler Wandel meint Regeln, die Menschen in der Welt in die Lage versetzen, selbst Entscheidungen darüber zu treffen, wie sie ihr Leben leben – nicht die transnationalen CEO's oder ihre gekauften politischen Führer.“¹⁶

In diesem Sinn liegt die Effektivität der Protestbewegung wohl in einer neuen Glaubwürdigkeit, die daraus hervorgeht, dass einzelne Kämpfe in einem Zusammenhang mit einem allgemeineren Set von Querverbindungen zwischen Problemen und Bewegungen weltweit verstanden werden. Zum Beispiel wurde das „Cartagena Protocol on Biosafety on genetically modified life forms“ Ende Januar 2000 in Montreal von Repräsentanten von 133 Regierungen unterzeichnet, gemäß der „UN Convention on Biological Diversity for the trade and regulation of living modified organisms (LMOs)“ von 1992. Der Protokollentwurf stellt sicher, dass souveräne Regierungen das Recht haben, über Importe von LMOs zu entscheiden, vorausgesetzt, dies basiert auf Daten zur Abschätzung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken. Das Protokoll basiert auf dem ‚precautionary principle‘, das bedeutet, dass im Fall wissenschaftlicher Unsicherheit Regierungen den Handel mit LMOs ablehnen oder verzögern können. Außer vom Druck von NGOs waren die Verhandlungen stark von Wissenschaftlern beeinflusst, die sich mit den genetischen und biologischen Risiken dieses Innovationspfades beschäftigen. Der Prozess brachte schließlich ein Protokoll mit signifikanten Kontrollen über die Freiheiten von Biotechnologie- und Life-Science-Unternehmen hervor. Tatsächlich werden die Verbindungen und Widersprüche zwischen Umwelt-, Handels- und Investitions-

¹⁶ Mobilization for Global Justice, op cit., note 12.

Regulierungen weltweit von Aktivisten besser verstanden, zum Beispiel wie das „Biosafety Protocol“ und die Regeln und Prozeduren der WTO miteinander in Konflikt geraten können.

Dennoch muss betont werden, dass die Protestgruppen, obwohl sie vielleicht große Teile der Bevölkerung in der Welt hinsichtlich ihrer Betroffenheit repräsentieren, im organisierten politischen Spektrum nur ein relativ kleiner Teil einer im Entstehen begriffenen globalen Zivilgesellschaft sind, die nicht nur NGOs, sondern auch die Aktivitäten politischer Parteien, Kirchen, Medienunternehmen, wissenschaftlicher und politischer Vereinigungen einschließt, einige progressiv, andere reaktionär. Transnationale Zivilgesellschaft schließt auch Aktivitäten sowohl von transnationalen Unternehmen als auch Regierungen ein, die damit beschäftigt sind, eine politische Umgebung zu gestalten, die direkt und indirekt außerhalb des formalen juristischen Anwendungsbereichs von Staaten liegt. Wie die UN-Rio-Konferenz über die Umwelt und ihre Nachwirkungen illustriert hat, ist der Umweltschutz durch Unternehmen tatsächlich ein wichtiger Aspekt der entstehenden globalen Zivilgesellschaft und damit verbunden das, was Gramsci *transformismo* oder Kooptierung von Opposition genannt hat. Zum Beispiel wird „nachhaltige Entwicklung“ in der öffentlichen Politik primär als kompatibel mit Marktkräften und der Unternehmensfreiheit definiert. Dort wo die globale Umweltbewegung als reale Bedrohung für Unternehmensinteressen wahrgenommen wurde, änderten die Unternehmen ihre Taktik von der Unterstellung, dass Umweltschützer Spinner oder fehlgeleitet seien, zur Akzeptanz, dass ein reales Problem existiere und ein Kompromiss notwendig sei. Natürlich war ein für das Kapital akzeptabler Kompromiss nicht einer, der auf grundlegende Weise das dominierende Muster der Akkumulation verändern würde.

Ich habe den Begriff Postmodern nicht im gewöhnlichen Sinn benutzt. Stattdessen verwende ich ihn dafür, auf eine Anzahl von Umständen und Widersprüchen zu verweisen, die neuen Formen der politischen Vermittlung Auftrieb verleihen, die komplexer sind und über das hinausgehen, was sich Machiavellis „Der Fürst“ oder Gramscis „Der Moderne Fürst“ vorstellten. Globales demokratisch-kollektives Handeln kann heute aus meiner Sicht nicht als eine einzelne Form kollektiver Vermittlung, zum Beispiel als eine einzelne Partei mit einer einzelnen Form der Identität, verstanden werden. Es ist pluraler und differenzierter, ebenso wie demokratisch und umfassend. Die neuen Formen kollektiven Handelns beinhalten innovative Konzepte sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, soziale Möglichkeiten von Wissen, Emanzipation, und Freiheit. Der Inhalt ihrer mobilisierenden Mythen schließt Diversität, Einheit von Planet und Natur, Demokratie und Gleichheit ein. Was wir deswegen diskutieren, ist gleichzeitig eine politische Partei, ebenso wie eine Erziehungsförderung und auch eine Kulturbewegung. Wie auch immer, sie handelt nicht im alten Sinn einer institutionalisierten und zentralisierten Repräsentationsstruktur. Tatsächlich ist diese „Partei“ nicht als solche institutionalisiert, da sie eine multiple und verzweigte Form hat. Mehr noch, während viele Aktionen und

Widerstandsbewegungen in ihrer Natur zunächst „lokal“ sind, gibt es eine breite Anerkennung, dass lokale Probleme globale Lösungen verlangen können. Globale Netzwerke und andere mobilisierende Fähigkeiten werden durch neue Kommunikationstechnologien ermöglicht.

Ein neuer „postmodernen Fürst“ kann sich als effektivste politische Form erweisen, um einer offenen, pluralen, inklusiven und flexiblen Politikform Kohärenz zu verleihen und so Alternativen zur neoliberalen Globalisierung zu schaffen. Während man also die Globalisierung in ihrer gegenwärtigen Form pessimistisch sehen kann, ist dies vielleicht der Punkt, wo der Optimismus für die Zukunft liegt: Ein neues Set demokratischer Identitäten, die global sind, aber auf Diversität basieren und in lokalen Bedingungen, Problemen und Möglichkeiten verwurzelt sind.

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Vierwöchentlich
linke Politik
auf 36 Seiten zum
Einzelpreis von
7,50 DM

Reisen bildet

www.akweb.de

ak ist in folgenden Bahnhofsbuchhandlungen erhältlich: Berlin, Bielefeld, Bonn, Braunschweig, Celle, Elmshorn, Flensburg, Frankfurt a.M., Freiburg i.Br., Fulda, Gelsenkirchen, Gütersloh, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Husum, Itzehoe, Karlsruhe, Kiel, Köln, Lübeck, Lüneburg, Magdeburg, Mannheim, Neumünster,

„Eine andere Welt ist möglich“

Zum Berliner Kongress von ATTAC-Deutschland

Als die französische Monatszeitschrift *Le Monde Diplomatique* im Angesicht der Währungs- und Finanzkrise in Asien Ende 1997 zur Gründung einer weltweiten Nicht-Regierungsorganisation zur Entschärfung der Märkte aufrief¹, vermochte keiner zu ahnen, dass dies einem weitverbreiteten politischen Interesse entsprach und bei vielen politischen Akteuren auf nachhaltige Resonanz stoßen sollte. Recht bald etablierte sich im Ursprungsland ein breites Bündnis von „alten“ und „neuen sozialen Bewegungen“, die die Einführung einer Devisentransaktionssteuer forderten, die der US-amerikanische Nobelpreisträger James Tobin bereits im Jahr 1972 zur Stabilisierung von Wechselkursen vorgeschlagen hatte. Die Association pour la Taxation de Transactions financières à l'Aide des Citoyennes et citoyens (Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger) war geboren: ATTAC.

Seit dieser Gründung haben sich in zahlreichen Ländern ähnliche Bündnisse von globalisierungskritischen Organisationen und Intellektuellen konstituiert. Mittlerweile gibt es 27 nationale ATTAC-Bündnisse in Europa, Nord- und Südamerika sowie Afrika. Selbst die britische Kanalinsel Jersey, die als Finanz- und Steueroase bekannt ist, hat eine eigene ATTAC-Sektion. Allein in Frankreich ist die Mitgliederzahl von ATTAC seitdem auf gut 30.000 Organisationen bzw. Einzelpersonen angestiegen. Ganze Kommunen sind dem ATTAC-Netzwerk beigetreten und die politischen Repräsentanten von ATTAC sind in Frankreich als politische Akteure nicht mehr wegzudenken. ATTAC-Frankreich verfügt zudem über einen wissenschaftlichen Beirat, dem kritische Wissenschaftler, wie zum Beispiel die Ökonomin Suzanne de Brunhoff, angehören. Hiermit will ATTAC nicht nur Protest und fundierte Kritik organisieren, sondern auch konkrete politische Alternativkonzepte in die politische Diskussion bringen. Gerade die europaweite Kampagne für die Einführung einer sogenannten „Tobin-Tax“ kann dabei erste Erfolge vorweisen.² Allerdings war ATTAC von Anfang an nie eine One-Issue-Bewegung, sondern forderte neben einer Devisenumsatzsteuer ebenfalls die Eindämmung von wohlfahrtsstaatschädigender Steuerflucht und krimineller Geldwäsche in und durch sogenannte Steueroasen.³

¹ Vgl. Ignacio Ramonet, Die Märkte entschärfen, *Le Monde Diplomatique* vom 12.12.1997, S. 1

² Vgl. zu weitergehenden Informationen: KairosEuropa/WEED (2001): Kapital braucht Kontrolle. Die Internationalen Finanzmärkte. Funktionsweise – Hintergründe – Alternativen, 3., überarbeitete Auflage (Oktober 2001), Bonn/Berlin, www.weedbonn.org.

³ Vgl. Ignacio Ramonet, a.a.O. Siehe auch das Schwerpunktheft der neuen PROKLA (Nr. 124), „Schmutzige Geschäfte, Kapitalismus und Kriminalität“.

Zu Beginn des Jahres 2000 entschlossen sich einige kirchliche und entwicklungspolitische Gruppen, auch in Deutschland einen „Ableger“ der internationalistischen ATTAC-Bewegung zu gründen. Es entstand das „Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte“, das seit 2001 auch unter dem griffigeren Namen ATTAC-Deutschland bekannt geworden ist. Vom 19. bis 21. Oktober veranstaltete ATTAC-Deutschland in Berlin unter dem Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ einen Kongress, der die nach den Protesten von Seattle, Göteborg und Genua auch in den Medien bekannt gewordene globalisierungskritische Bewegung thematisch und organisatorisch weiter verbreitern soll. Die Stärken von ATTAC-Deutschland (und der ATTAC-Bewegung im allgemeinen) sind laut ihren Repräsentanten zum einen ein theoretischer, weltanschaulicher, religiöser und ideologischer Pluralismus und zum anderen partizipative, dezentrale und flexible Organisationsstrukturen. „Sie gewährleisten, dass ATTAC ein zukunftsoffenes Projekt bleibt, das auch auf neue historische Konstellationen flexibel zu reagieren in der Lage ist.“⁴ ATTAC-Deutschland fordert nicht nur die Tobin-Tax und die Schließung von Steueroasen, sie steht auch für die Ablehnung einer weiteren Privatisierung sozialer Sicherungssysteme.

ATTAC-Deutschland und der Kongress zum Mitmachen und Diskutieren

In Deutschland kann ATTAC mittlerweile mehr als 1500 Mitgliedsorganisationen bzw. Einzelpersonen aufweisen, zu denen neben Einzelgewerkschaften wie ver.di, vielen entwicklungspolitischen, menschenrechtlichen und kirchlichen Organisationen (z.B. WEED e.V., medico-international, misereor) auch zahlreiche Einzelpersonen gehören (z.B. Elmar Altvater, Jörg Huffschmid, Oskar Lafontaine, Ludger Volmer, Andrea Nahles, Detlef Hensche u.v.m.). Zudem gibt es in Deutschland bereits gut 40 regionale Gruppen, die dem Bewegungskarakter und dem dezentralen Selbstverständnis von ATTAC entsprechen. Der Kongress sollte einerseits die thematische und organisatorische Vielfalt von ATTAC-Deutschland zeigen, andererseits aber auch das globalisierungskritische Bündnis verbreitern und voranbringen.

Ein Blick auf die Dimensionen und die Resonanz des Kongresses ist in dieser Hinsicht ermutigend. Etwa 2500 Teilnehmer und Teilnehmerinnen nahmen an ca. 40 Workshops zu unterschiedlichen Themen teil, die von zahlreichen Organisationen und ATTAC-internen Arbeitsgruppen organisiert wurden.

Am Eröffnungspodium nahmen neben dem Vertreter der brasilianischen Landlosenbewegung (MST), die im Januar 2001 in Porto Alegre das erste

⁴ Peter Wahl, Ein aufgehender Stern am Firmament sozialer Bewegung. Zur Konzeption von ATTAC, in: *ila – Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika*, Nr. 248 (September 2001), Dossier „Geld. Gerechtigkeit? Geld“, S. 2.

Weltsozialforum mitveranstaltet hatte, auch der Schweizer Soziologe und Bankenkritiker Jean Ziegler teil.⁵

Das Podium am Samstagmorgen (20.10.2001) mit der Vorsitzenden des geschäftsführenden Vorstandes von WEED e.V., Barbara Unmüßig, dem Sozialrichter und ATTAC-Mitglied Jürgen Borchert sowie dem Vorsitzenden von ATTAC-Frankreich und Mitherausgeber der Zeitschrift *Le Monde Diplomatique*, Bernard Cassen, unterstrich abermals den internationalen Charakter von ATTAC. Bernard Cassen betonte in seiner programmatischen Rede, dass Globalisierungskritik nicht mit Anti-Amerikanismus gleichzusetzen sei. Vielmehr habe George W. Bush mit der Sperrung der Finanzkonten von mutmaßlichen Terroristen vom 11. September 2001 in New York und Washington zum Teil Forderungen der globalisierungskritischen Bewegung zur Bekämpfung von Finanzkriminalität umgesetzt.

Das Abschlusspodium am Sonntag war von Oskar Lafontaine, dem Berliner Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr und der Sozialwissenschaftlerin Ingeborg Wick besetzt. Während Oskar Lafontaine seine erst kürzlich veröffentlichte Position zur Unterstützung von ATTAC kundtat⁶, wies Wolf-Dieter Narr als Vorsitzender des Komitees für Grundrechte und Demokratie auf die besondere Bedeutung von sozialen Grundrechten für eine menschenwürdige Entwicklung hin, die gerade Frauen – wie Ingeborg Wick nachdrücklich zeigte – auf vielfache Weise versagt wird.⁷

Gewerkschaften und Zivilgesellschaft: Bündnisse zwischen gewerkschaftlicher Defensive und Autonomie

Von besonderer inhaltlicher wie strategischer Bedeutung ist dabei die Tatsache, dass in einigen Politikfeldern auch in Deutschland gewerkschaftliche wie umwelt- oder auch entwicklungspolitische Interessen zu konvergieren scheinen. Das zeigte sich am Samstag (20.10.2001) in zahlreichen Workshops, in denen zwar kontrovers diskutiert, aber auch gemeinsame Positionen dieser unterschiedlichen Organisationen bzw. Bewegungen deutlich wurden.⁸

Im Workshop zu einer möglichen strategischen Partnerschaft zwischen ATTAC und Gewerkschaften wurde aufgezeigt, dass das Bündnismuster von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen bereits in den USA und Kanada praktiziert wird. Der am John F. Kennedy Institut der FU Berlin

⁵ Vgl. z.B. sein Buch, *Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen*, München 1999.

⁶ Oskar Lafontaine, *Strategie gegen die „Ich-AG“*. Die Globalisierung ist ein Sprengsatz für die Zivilgesellschaft. Ihre Kritiker retten die Demokratie, in: *DIE ZEIT* vom 11.10.2001, S. 20.

⁷ Vgl. auch: Christa Wichterich, *Die globalisierte Frau*, Reinbek 1998.

⁸ Vgl. zur politischen Bedeutung des Bündnisses zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Gewerkschaften auch: Ulrich Brand/Achim Brunnengräber/Lutz Schrader/Christian Stock/Peter Wahl, *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung*, Münster 2000 (vgl. die Rezension von Dieter Boris in diesem Heft).

lehrende Politologe Thomas Greven wies allerdings darauf hin, dass der seit den 80er Jahren zu beobachtende Strategiewandel US-amerikanischer Gewerkschaften eine Reaktion auf die besondere Defensivposition der US-Gewerkschaften sei, die zunehmend Mitglieder verlören und über den Hebel des US-amerikanischen Streikrechtes auch politischen Einfluss. Dennoch sei beachtlich, dass es in einigen Wirtschaftsbereichen (Hotel-, Gaststättengewerbe) mittels neuer Organisationsstrategien zu einer weiteren Öffnung für die Mitgliedschaft von Migranten und Migrantinnen gekommen sei.⁹ Auch in Kanada hat sich in den letzten Jahren ein Bündnis von gewerkschaftlichen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen gebildet, die für umwelt- und entwicklungspolitische Positionen eintreten. Der an der Technischen Hochschule für Wirtschaft in Berlin lehrende Wirtschaftswissenschaftler Ingo Schmidt wies jedoch darauf hin, dass die kanadischen Gewerkschaften im Gegensatz zu ihren US-amerikanischen Schwesterorganisationen über eine stärkere politische Autonomie verfügten, die aufgrund der Third-Way-Politik der kanadischen sozialdemokratischen Partei („New Democrats“) sogar zu einer Gründungsinitiative für eine neue Partei geführt habe („New Party Initiative“). Hierbei stützten sie sich auf ein Bündnis von gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einer Erneuerung der Linken.¹⁰

Hiervon unterscheidet sich freilich die Situation in Deutschland. Zwar sind auch die deutschen Gewerkschaften in der Defensive, dabei aber weitaus stärker in die Institutionen des Verhandlungsstaates eingebunden. Das wettbewerbskorporatistische Bündnis¹¹ von Kapital, Arbeit und Staat führt in der Wahrnehmung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu Brüchen, die sich auch in der Kritik von Teilnehmern und Teilnehmerinnen an den Vertretern deutscher Gewerkschaften zeigten. So wurde moniert, dass z.B. die Gewerkschaft ver.di in Berlin der Privatisierung (und damit dem Beschäftigungsabbau) mehrerer Krankenhäuser zugestimmt habe, gleichzeitig aber „abstrakt“ ein Bündnis mit ATTAC eingehe. Auch wenn die Pauschalisierung dieser Kritik sicherlich über das Ziel hinausschießt, zeigt sie das Dilemma auf, in dem die Gewerkschaften stecken. Die internationale Zentralisierung von politischen Entscheidungen lässt Gewerkschaften ihren politikmitbestimmenden Einfluss im nationalen Raum verlieren. Zudem wurde offenbar, dass in vielen Gewerkschaften weitgehend Unkenntnis über die Ziele und den Charakter der ATTAC-Bewegung vorherrscht.

⁹ Vgl. z.B. Boy Lühjtje/Christoph Scherrer, *Zwischen Rassismus und Solidarität. Diskriminierung, Einwanderung und Gewerkschaften in den USA*, Münster 1997.

¹⁰ Siehe auch Leo Panitch/Colin Leys, *Socialist Register 2001: Working Classes. Global Realities*, London 2000.

¹¹ Vgl. Frank Deppe, *Vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum neoliberalen Wettbewerbsregime*, in: Erna Appelt/Alexandra Weiss (Hg.): *Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten*, Hamburg/Berlin 2001, S. 21-45.

Praktische Solidarität: Bündnis gegen Sozialabbau

Neben diesen grundsätzlich strategischen Überlegungen standen in anderen Workshops jedoch konkrete Interessenlagen von Gewerkschaften und ATTAC-Bewegung zur Diskussion. Die im Rahmen des ATTAC-Netzwerkes gegründete AG Sozialversicherung, die schon im Zuge der Riesterschen Rentenreform Protest mobilisierte, widmete sich dem bereits stattfindenden Abbau der gesetzlichen Krankenversicherung. Hierzu wurde versucht, gemeinsam die Situation zu analysieren, bei der sich zeigte, dass auch bei ATTAC noch erheblicher Informationsbedarf besteht. Schließlich einigte man sich auf einige allgemeine Forderungen und verwies auf die Notwendigkeit eines in Zusammenarbeit mit den Beschäftigten und interessierten Gewerkschaften regional vor Ort zu mobilisierenden Widerstands gegen Privatisierungen von Gesundheitsdienstleistungen sowie von Krankenhäusern.

Die gemeinsamen Interessen von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen traten besonders auf einem von Blue 21 und WEED veranstalteten Workshop zu den bevorstehenden Verhandlungen des multilateralen Dienstleistungsabkommens („GATS“ – General Agreement on Trade in Services) im Rahmen einer neuen WTO-Handelsrunde zutage.¹²

Die Verhandlungen des GATS sind von immenser sozialpolitischer und umweltpolitischer Bedeutung. Denn dieses sogenannte Handelsabkommen ist faktisch ein multilaterales Investitionsabkommen, weil man in der Regel die Produktion und Konsumtion von Dienstleistungen räumlich nicht trennen kann. Aus diesem Grund entschieden die Mitgliedsländer der WTO, die über Direktinvestitionen hergestellte kommerzielle Präsenz ausländischer Anbieter in einem Markt unter dem Begriff Handel zu fassen. Das GATS ermöglicht weiter die nationalen Regulierungsstandards unter den Vorbehalt der Wettbewerbswidrigkeit zu stellen, denn in der Philosophie der Freihändler sind Regulierungen unter Umständen handelsbeschränkend, was bei Dienstleistungen von Gewicht ist, da sie national vielfältig und breit reguliert sind. Vor allem im Bereich der Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen wurde auf gesetzgeberische Initiativen der Bundesregierung bzw. der Europäischen Union hingewiesen, die die Liberalisierung dieser Dienstleistungsbereiche vorbereiten. Das GATS ist also nur ein Instrument, mit dem interessierte politische und soziale Akteure die Liberalisierung von Dienstleistungen vorantreiben können.

Die Liberalisierung von Dienstleistungen bedeutet zumeist auch eine Privatisierung, wenn nationale Regulierungen, die im GATS weiterhin prinzipiell möglich sind, in einem Streitschlichtungsverfahren zwischen Konfliktländern als „wettbewerbshinderlich“ identifiziert werden. Da das GATS keine definitiven Sozial- oder auch Öko-Standards kennt, besteht die reale Gefahr, dass die

¹² Vgl. als Überblick zum GATS: Peter Wahl, Dienstleistungen im Visier. Die GATS-Gespräche in der Welthandelsorganisation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Oktober 2001, S. 1208-1217.

Liberalisierung von Dienstleistungen eine soziale und ökologische Abwärts Spirale in Gang setzen wird.¹³

In die selbe Richtung argumentierte auch die ehemalige HBV-Vorsitzende Magarete Mönig-Raane, indem sie auf den Abbau von Beschäftigung im Zuge der Liberalisierung des Finanzdienstleistungsverkehrs innerhalb der EU hinwies. Mit dem Abbau von Arbeitsplätzen sei auch eine starke Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einhergegangen, die vor allem eine massive Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten zur Folge gehabt hätte.¹⁴

Wie der Abbau von Dienstleistungen legitimiert wird, zeigte ein ATTAC-Mitglied aus der Schweiz anhand der dortigen Privatisierung der Post. Indem systematisch die objektiven Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zerstört wurden, wurde das Vertrauen in die Schweizerische Post zerstört. Es wurde beispielsweise durch einen massiven Arbeitsplatzumbau einerseits eine systematische Überforderung der Beschäftigten betrieben, die zu einer schlechteren Dienstleistungsqualität führte. Andererseits wurden die Öffnungszeiten gerade in entlegenen Orten massiv reduziert, so dass zum einen der Unmut gegenüber der Schweizerischen Post stieg und zum anderen statistisch immer weniger Kunden die entlegenen Filialen der Schweizer Post frequentierten.

Zudem wiesen Teilnehmer des Podiums und aus dem Publikum darauf hin, dass die Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen vor allem bedeuten, dass Quersubventionierungen (etwa zwischen dem teuren Briefzustelldienst und dem günstigeren und profitträchtigeren Telefondienst) zerstört werden und privat wirtschaftende Konzerne sich vor allem die profitträchtigen Dienstleistungen aus der öffentlichen Hand sichern, während die weniger ertragreichen bei dieser verbleiben und weiter massiv ausgedünnt werden.

Entgegen einer reinen Profitorientierung bei der Bereitstellung von Dienstleistungen wurde ein weitgehender Konsens darüber erzielt, dass Dienstleistungen als öffentliches Gut auch ein soziales Recht der Bürger eines Staates darstellen, das es einzufordern gelte. Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen stellen also auch eine Form des Sozialabbaues dar.

Bei soviel Zustimmung fiel der Dissens kaum auf, der zwischen zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Akteuren stets auftaucht, wenn es um Fragen des Freihandels geht. Neigen die Gewerkschaften zu Protektionismus? Mönig-Raane zeigte sich offen gespalten. Einerseits wisse sie, dass der Agrarhandel von Entwicklungsländern vor allem wegen des Industrieländerprotektion

¹³ Allerdings wiesen die Teilnehmer des Podiums auch darauf hin, dass das GATS noch lange nicht unter Dach und Fach sei, weil sich insbesondere einige Entwicklungsländer gegen eine neue Welthandelsrunde sperrten. Interessanterweise sind das vor allem die (verfeindeten) Länder Indien und Pakistan. Unter der neuen weltpolitischen Konstellation bekommt die US-amerikanische Politik der Bildung einer Anti-Terror-Allianz dabei auch eine besondere Note.

¹⁴ Dies verweist auch auf die ambivalenten Formen neuer Arbeitsformen im Zeichen des Shareholder Value: Wilfried Glißmann/Klaus Peters, Mehr Druck durch mehr Freizeit. Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen, Hamburg 2001.

tionismus gestört sei. Andererseits aber sehe sie in dem massiven Export von Rohstoffen und Primärgütern aus Entwicklungsländern in Industrieländer auch keine wirkliche Entwicklungsperspektive für die ersteren. Bei genauem Hinsehen muss das allerdings kein Widerspruch zwischen den Gewerkschaften und den entwicklungspolitisch engagierten zivilgesellschaftlichen Gruppen sein. Die Skepsis gegenüber entwicklungshemmenden Monokulturen, die durch einen liberalen Freihandel protegiert werden, deckt sich durchaus mit entwicklungstheoretischen Überlegungen; außer man hängt der freihändlerischen Fundamentalposition eines Jagdish Bhagwati an.¹⁵

Auf dem Weg zu einer "anderen Welt"?

Der Slogan von der „anderen möglichen Welt“ kann nicht verdecken, dass es bis dahin noch ein weiter Weg ist. Bislang ist – pauschal formuliert – die ATTAC-Bewegung noch nicht sehr weit über die Organisation von Protest und Kritik hinausgelangt. Doch ATTAC versteht sich selbst als Bündnis von unterschiedlichsten Organisationen und erhebt keinen Alleinvertretungsanspruch. Breite Kooperation ist die „Geschäftsgrundlage“ der ATTAC-Bewegung.

Ohne die Unterstützung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen dürfte eine politische Veränderung der Welt von heute allerdings so schnell nicht möglich sein. Hierbei wird es zu Konflikten kommen, die jedoch von beiden Seiten Kompromisse erfordern werden. Während die Gewerkschaften ihre stärkere institutionelle Stellung im politischen System der Bundesrepublik nicht dazu nutzen sollten, die globalisierungskritische Bewegung nur taktisch zu begleiten, sollten die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen vielleicht ihren (latenten bis offenen und bisweilen recht pauschalen) Bürokratismusvorwurf an die Gewerkschaften überdenken. Die inhaltlichen Diskussionen in konkreten Politikbereichen haben gezeigt, dass gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Positionen nicht so weit auseinander liegen, mehr noch: dass in mehr als nebensächlichen Punkten weitgehende Übereinstimmung herrscht.

Die abstraktere Strategiediskussion hat dagegen aber auch Bruchstellen gezeigt, die mit der besonderen deutschen Situation zusammenhängen und eine politikmächtige Kooperation verhindern könnten, wenn es nicht gelingt, in beiden Bereichen mehr Verständnis für die jeweils andere Seite aufzubringen. Der ATTAC-Gipfel einerseits und die Ankündigungen und bereits bestehenden Anstrengungen von Gewerkschaften (bzw. deren Repräsentanten) andererseits, sich mit den Themen der ATTAC-Bewegung auseinanderzusetzen, sind jedoch auch ein guter Schritt nach vorne und eine ermutigende Perspektive. Bei der in der kommenden Legislaturperiode bevorstehenden „Gesundheitsreform“, die die Privatisierung und Ökonomisierung des Gesundheitssektors

¹⁵ Vgl. Kai Mosebach, Globalisierung – ein Segen? Handel und Entwicklung(sländer), in: Sozialismus 2/2001, S.50-54.

vorantreiben wird¹⁶, wird sich schließlich zeigen, wie ernst es beiden Seiten mit einer politischen Kooperation und einem Bündnis für soziale Sicherheit wirklich ist.

¹⁶ Vgl. Thomas Gerlinger, Die Gesetzliche Krankenversicherung vor dem Systemwechsel? Gesundheitspolitik am Scheideweg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, März 2001, S. 354-354. Siehe allgemein zu den Gefahren des Neoliberalismus im Gesundheitswesen: Hans-Ulrich Deppe, Zur sozialen Anatomie des Gesundheitssystems. Neoliberalismus und Gesundheitspolitik in Deutschland, Frankfurt a.M. 2000.

„Politfacharbeiter“ und Spaßgesellschaft

Zur neuen Qualität einer linken Bewegung

Die Proteste im Rahmen des G8-Gipfels in Genua im Juli diesen Jahres haben – je nach politischem Standpunkt – für Begeisterung, Irritation, klammheimliche Freude oder auch Verachtung gesorgt. Politiker verschiedener Parteien und Sicherheitskräfte waren sich gleichermaßen unsicher, wie sie mit einer offensichtlich effizient agierenden Protestbewegung umgehen sollen, die sich nicht ohne weiteres in die alt hergebrachten Denkmuster einordnen lässt. Es herrschte weitgehende Irritation vor. Einhergehend damit versuchten sich Zeitungen, Fernsehsender und Soziologen an einer Analyse der Protestbewegung. Mit wem haben wir es zu tun? Wie sind die Protagonisten des Protests einzuordnen? Was sind die Motivationen? Wie weit werden sie in ihrem Protest gehen? Wer sind denn die Zigtausende, die gegen die hemmungslose Globalisierung auf die Straße gehen und sich dafür – wie in Genua geschehen – die Nase blutig schlagen lassen? Was sind das für Jugendliche, die einen „Abenteuerurlaub“ in Genua der Loveparade in Berlin vorziehen? Für viele Feuilletonisten passen die bunten Kinder der „modernen antiimperialistischen Protestkultur“ (Gegenstandspunkt 4-2001) nicht in das sorgsam konstruierte Bild von der Spaßgesellschaft. Der SPIEGEL hatte sich in mehreren Artikeln daran versucht, herauszufinden, wer denn nun die Globalisierungsgegner sind. Dabei ist das Magazin allerdings nur bis zur Feststellung gekommen, dass unter den Globalisierungsgegnern keine einheitliche Struktur, keine klare Zusammensetzung auszumachen ist.

In erster Linie ist dem SPIEGEL, wie vielen anderen Medien auch – schon im Ansatz eine kleiner, aber nicht unwesentlicher Fehler unterlaufen. Die Gruppen, die – egal ob in Genua, Göteborg, Prag oder Seattle – gegen die Globalisierung auf die Straße gingen, weisen es in der Mehrheit weit von sich, Gegner der Globalisierung zu sein. Tatsächlich gibt es nur wenig, das globalisierter und weltweit vernetzter ist als die Anti-Globalisierungsbewegung. Ich halte es daher für angebracht, von Globalisierungskritikern zu sprechen. Dies entspricht eher der Stoßrichtung großer Organisationen wie Attac, die sich für die Globalisierung von sozialen Standards, für „globalisierte Gerechtigkeit“ (Sven Giegold, Attac Deutschland) aussprechen.

Auch wenn es mehrere große Organisationen gibt, die hinter den Protesten und Aktionen der Globalisierungskritiker stehen und auch für die inhaltlichen und theoretischen Hintergründe sorgen (z.B. Attac, WEED, Rising Tide und viele andere), so fehlt dennoch eine übergreifende Ideologie, ein einheitlicher programmatischer Background. Hinter den Protesten, die sich gegen die „unheili-

ge Trinität Weltbank, IWF, WTO“ (Maria Mies) richten, steht entsprechend keine klar auszumachende federführende Organisation; es gibt auch keine einheitliche Strategie der Proteste. Auch Attac leistet dies nicht. Attac, in Frankreich gegründet, ist zwar inzwischen in über 26 Ländern international aktiv und gut vernetzt. Aber die klassischen Strippenzieher, die Globalisierungskritiker um den Globus zu den internationalen Tagungen schicken, sind auch hier nicht zu finden. Die Organisationsstruktur von Attac ist symbolisch für die Zusammensetzung der Globalisierungskritiker, die zuletzt in Genua ihrem Ärger Luft machten. Die Attac-Erklärung wurde allein in Deutschland von über 100 Organisationen und unzähligen Einzelpersonen unterzeichnet. Die Liste der Unterstützer beinhaltet Organisationen wie Pax Christi, Terre des Hommes, PDS-Gruppen, Gewerkschaften, Pfadfinder und die Kritischen Aktionäre. Es ist kaum ein anderes Bündnis oder Projekt vorstellbar, das diese völlig unterschiedlichen Gruppen und Organisationen mit teils zuwiderlaufenden Motiven, Werten und Gesellschaftsbildern vereinen könnte. Attac hat, wie andere Gruppen der Bewegung der Globalisierungskritiker auch, keine vollständige Ideologie zu bieten, sondern für Unzufriedene lediglich ein Aktionsprogramm zur Durchsetzung ganz konkreter Ziele (zunächst eine Devisenumsatzsteuer zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte; inzwischen sind noch einige andere Kampagnen hinzugekommen). Dieses Fehlen der umfassenden Ideologie ist Fluch und Segen zugleich. Ein Fluch, weil das Selbstverständnis teils ungeklärt ist und Fragen wie die Gewaltfrage nach Genua nicht zügig auf Grundlage programmatischer Aussage geklärt werden können. Ein Segen ist es, weil die Organisationsstruktur von Attac und anderen die Ansprache völlig verschiedener Personen und Organisationen auf einer konkreten Grundlage ermöglicht, wo dies sonst durch programmatische Grabenkämpfe verhindert würde. Die Bewegung definiert sich nicht über ein ideologisches Leitbild (wie Parteiorganisationen oder Gruppen wie Linksruck), sondern über ganz wenige konkrete Ziele.

Um der Betrachtung der Akteure der Globalisierungsbewegung näher zu kommen, ist es sinnvoll, nicht die Motive, sondern die Motivation der Protestierenden unter die Lupe zu nehmen. Es zeichnen sich dann verschiedene Gruppentypen ab. Gemein ist diesen Typen, dass in der Regel irgend eine Initialzündung stattfand, die zu einer Politisierung geführt hat. Dies ist wahrscheinlich auch unter anderen Umständen bei Aktiven in Bürgerbewegungen, in Parteien und sonstigen Gruppen zutreffend. In Frankreich beispielsweise opponieren Bauern seit Jahren gegen sie betreffende Benachteiligungen, die durch die Politik der WTO verursacht werden. Als Frankreich sich weigerte, hormonbehandeltes Fleisch aus den USA zu importieren, belegten die USA französischen Roquefortkäse und andere Produkte aus Frankreich mit 100%igen Strafzöllen. Zudem wurde Frankreich dazu verurteilt, das „Handelshemmnis“ Importverbot wieder aufzuheben. Von dem daraus folgenden Handelskrieg waren die Bauern betroffen, die ihre Produkte nicht mehr nach

Übersee absetzen konnten. Die anfänglichen unorganisierten Proteste gewannen bald eine enorme Dynamik und richteten sich nicht nur gegen „Malbouffe“ (Scheißfraß – gentechnisch und sonstwie behandelte Lebensmittel), sondern eben auch gegen die neoliberale Handelspolitik der WTO. Die unorganisierte Bewegung hatte schnell ihren Helden bekommen, als José Bové, ein Schafsbauer aus Südfrankreich, in Wut eine im Bau befindliche McDonalds Filiale mit seinem Traktor verwüstete. Im Umfeld des Prozesses gegen Bové, der noch immer nicht abgeschlossen ist, solidarisierten sich nicht nur Bauern, sondern weite Teile der Bevölkerung und engagierten sich politisch. Zunächst bei den Protesten der Bauern, später auch bei Gruppen wie Attac, die sich gleichermaßen gegen die Politik der WTO stellten. Dieses Beispiel ist exemplarisch dafür, wie sich aus einer aktuellen, persönlichen Betroffenheit eines einzelnen oder einer abgegrenzten Gruppe heraus ein genereller politischer Protest bilden kann, der sich in einer Bündnisgruppe wie Attac kanalisiert.

Ähnliche Motive wie die Bauern aus Frankreich verfolgen viele der Protestierenden. Viele sind irgendwie persönlich von den Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung „von Oben“ betroffen und setzen diese Betroffenheit um in politische Aktionen. Das geschieht unabhängig von der ursprünglichen politischen Herkunft der Protagonisten. Gegenläufige Gruppen mit gegenläufigen Ideologien leisten so einen gemeinsamen Beitrag.

Der SPIEGEL hatte in seiner Ausgabe 30/2001 eine Betrachtung der jungen Globalisierungskritiker von Genua versucht. Der Artikel war überschrieben mit „Politfacharbeiter auf Montage“. Für einen Teil der Bewegung ist dies sicher eine treffende Beschreibung. In die Bewegung der Globalisierungskritiker reihen sich häufig Menschen ein, die den Weg zu den traditionellen linken Parteien oder Gruppen nicht finden. Es handelt sich um Menschen, die einen differenzierten Zugang zu Politik gefunden haben und gleichfalls wie die Bauern aus Südfrankreich aus einer persönlichen Betroffenheit heraus handeln. Es handelt sich um Personen aus einem eher bürgerlichen Umfeld, die häufig in der Vergangenheit in irgend einer Art politisch aktiv waren. Und sei es in der Schulzeit als Schulsprecher mit einem Aktionsradius, der über das Begrünen des Schulhofes kaum hinausging. Es ist häufig die hippe „Internet-NewEconomy-Hiphop-Loveparade-mir-geht-es-gut-Generation“, die sich als Kritiker der Globalisierung bezeichnet und statt Handelsinteressen lieber Gerechtigkeit globalisiert sehen will. Oft war es auch hier eine Initialzündung, die zu einem Engagement bei einer Attac- oder Sonstwasgruppe geführt hat. Und wenn es eben nur die Bilder aus der Tagesschau waren, die so furchtbar betroffen machen. Dies ist übrigens kein völlig neues Phänomen. Immerhin war es der Bericht in einer Nachrichtensendung im Fernsehen über verhungerte Kinder in der sogenannten Dritten Welt, die für den Musiker Bob Geldoff der Initialzündung waren, die „Live Aid“-Konzerte zu veranstalten. Mitgliedern traditioneller linker Gruppen sind diese Personen, die sich aus ihrer Betroffenheit heraus engagieren, häufig suspekt. Grund dafür ist die Befürch-

ung, dass diese Personen nicht ausreichend politisiert sind für Klassenkampf und Revolution. Diesen Menschen, zwischen Mitte zwanzig und Mitte dreißig, meist Kaufleute oder Betriebswirte, haben in der Tat wenig Interesse an Linker Revolutionslyrik und dem Umsturz aller Verhältnisse. Es sind Pragmatiker, die Ungerechtigkeit erkannt haben und konkret, sofort und gleich etwas dagegen tun wollen. Es sind Leute, die von sich selbst sagen, dass es ihnen gut geht, die für ihr politisches Engagement kein Szenario der weltweiten Krise des Kapitalismus benötigen und sich insgesamt gut mit den Verhältnissen arrangiert haben. Die „Politfacharbeiter“ gehen ideologiefrei und sachlich an die Arbeit. Und sie zeichnet eine hohe Sozialkompetenz aus. Das Motiv, sich in der Globalisierungsbewegung zu organisieren, ist so altruistisch, wie die monatliche Spende für Greenpeace. „Man hat eben Mitleid mit den Armen in der Welt, muss aber nicht gleich so aussehen wie sie“ (Spiegel 30/2001). Der Betroffenheit, dem Mitleid mit den Entrechteten, der Erkenntnis, dass es ein Gerechtigkeitsdefizit in der Welt gibt, ist ein Nachdenken über die Ursachen von Armut, über die Herkunft internationalisierter Krisen und Konflikte gewichen. Dies führt auch dazu, dass Menschen, die man von der äußeren Erscheinung her eher der Kreditabteilung einer Sparkasse oder dem Wahlkampfteam von Frank Steffel zuordnen würde, auf die Straße gehen, Flugzettel verteilen, Transparente malen und für die Einhaltung der entfesselten Finanzmärkte streiten. Nicht selten ist es auch so, dass es eben gerade die nicht ganz so biedereren Kreditsachbearbeiter oder kaufmännischen Angestellten sind, die sich maßgeblich in politischen Protesten engagieren und diesen das neue Gesicht geben, das wir nicht nur in Genua, sondern auch im Umfeld von anderen Veranstaltungen dieser Art gesehen haben. Damit durchlaufen die Politfacharbeiter gleichermaßen einen Prozess der Politisierung, der sich nur anders darstellt, als das in der Vergangenheit meist der Fall war. Die Ergebnisse lassen es nicht unbedingt zu, für die Weltrevolution zu streiten. Aber immerhin für eine gerechtere Welt. Dass dies zugleich nicht ganz unsozialistisch ist und die Medien daher auch gerne von der neuen Linken sprechen, stört nicht weiter. Denn es befördert die Darstellung der Aktionen in den Medien.

Medien waren bei dem Rückblick auf die Proteste in Genua häufig irritiert darüber, dass die Globalisierungskritiker nicht in das Bild der Spaßgesellschaft zu passen scheinen. Insgesamt ist es jedoch kein Zufall, dass sich die großen Proteste, die auch in den RTL-Nachrichten bildschirmgerecht sind, sich stets um die Veranstaltungen und Gipfel der großen internationalen Organisationen wie WTO, IWF oder Weltbank ereigneten. Bei den Gipfeln, gegen die sich der Volkszorn richtete, handelte es sich genau wie bei den Aktionen der Gipfelstürmer um Großveranstaltungen. Es hat für die Spaßgeneration einen höheren Erlebniswert, wenn man mit 50.000 Gleichgesinnten gegen die Ungerechtigkeit in der Welt protestieren kann, als wenn man mit drei Kumpels einen Infostand in der Fußgängerzone von Bielefeld organisiert. Viele, die an den Protesten zum Beispiel in Genua teilgenommen hatten, erlebten eine Wo-

che oder ein Wochenende, mit dem noch die Kinder oder Enkel unterhalten werden können. So schufen die Proteste auch kollektive Erlebnisse, ein Wir-Gefühl, das in unserer modernen Gesellschaftsstruktur nur schwierig zu erreichen ist. Genau dieses Schema bedienen auch Veranstaltungen wie die Loveparade. Diese Kollektiverlebnisse sind ein wichtiger Bestandteil der Spaßgesellschaft, zumal sich im Falle der Proteste auch noch konkrete Erfolgserlebnisse herleiten ließen (zum Beispiel Seattle: Vorzeitiger Abbruch des Gipfels, Erfolg beim Kampf gegen das MAI, Zurkenntnisnahme durch Politiker, usw.). Dies fehlte anderen linken Bewegungen häufig, da kleine Erfolge meist nicht gut genug waren, denn die Erreichung hoher Ziele stand noch in weiter Ferne. Die Spaßgesellschaft benötigt diese kurzfristigen und schnellen Erfolge. Allein daher bedienen die Globalisierungskritiker den beschriebenen Personenkreis auf eine sehr effiziente Art. Damit schaffen die Globalisierungsproteste Erlebniswelten für jeden Einzelnen, aber auch für ganze Gruppen. Dies ist in einer entemotionalisierten Zeit wichtig und authentischer, als Emotionen durch SAT1 oder RTL geliefert zu bekommen. Dieses Schaffen von Kollektiverlebnissen ist ebenfalls kein völlig neues Phänomen. Wer wurde noch nicht in der Kneipe von einem „Alt68er“ festgesetzt, der ein romantisches Bild zeichnet von der entscheidenden Demo, dem entscheidenden Sit-in oder der definitiven (halb-)subversiven Aktion. Damals. Es ist davon auszugehen, dass die Globalisierungsproteste nicht die Spaßgesellschaft verdrängen, sondern dass die Spaßgesellschaft der Globalisierungsbewegung einen gewissen Auftrieb gibt, dass beides voneinander profitiert und sich zum Teil auch bedingt.

Während Parteien die Politikverdrossenheit von Jugendlichen beklagen und auch Vereine mehr und mehr Nachwuchsprobleme haben, ist dieses Phänomen an den Globalisierungskritikern weitestgehend vorbeigegangen. Betrachtet man sich die Bilder von den großen Demonstrationen und Aktionen am Rande der Gipfeltreffen, dann fällt auf, dass die kreativen Aktionen mehrheitlich von jungen Menschen getragen werden. Ähnliches gilt übrigens auch für die Proteste gegen die Castor-Transporte. Ich war noch nie der Ansicht, dass Jugendliche politikverdrossen sind (wobei durchaus eine gewisse Parteienverdrossenheit festzustellen ist; dies ist aber mehr den Parteien und den Politikern zuzuschreiben als den Jugendlichen). Die Shell-Studie „Jugend 2000“ hat festgestellt, dass sich Jugendliche weniger in Parteien und damit an langfristigen Politikkonzepten engagieren, sondern lieber bei konkreten, eher kurzfristigen Projekten mitmachen. Zudem streben nur wenige Jugendliche eine Karriere in einer Partei an. Die Globalisierungsproteste bedienen auch dieses. Die stattfindenden Aktionen waren überschaubar, das Ziel klar formuliert (wobei die Zielsetzungen schwanken zwischen der Verhinderung des jeweiligen Gipfels, des einfachen Zeigen des Protestes, oder der Regulierung der globalen Finanzmärkte zum Beispiel durch eine Tobinsteuer). Die Proteste waren daher auch gleichzeitig eine Art „leichte Kost“ für Jugendliche, die einen ersten Zugang zu Politik gefunden haben. Zum Mitmachen war es nicht nötig, umfang-

reiche Programme zu lesen oder inhaltliche Diskurse zu führen. Viele Jugendliche, die sich an den Protesten beteiligt haben, agieren ähnlich wie die „Politfacharbeiter“ aus ihrer Betroffenheit heraus; sie wollen „einfach was machen“. Andere sind bereits in sozialen oder ökologischen Organisationen aktiv und haben eine Verbindung erkannt zwischen ihren Themen und dem der Gegner der ungezügelter Globalisierung. Sie selbst verstehen die Protestjugendlichen eher als links. Zumindest geben sie an, dass ihnen soziale Gerechtigkeit wichtig ist, dass sie sich für die Erhaltung der Umwelt einsetzen. Es sind in aller Regel Studentinnen und Studenten oder Schülerinnen und Schüler, die über eine qualifiziertere Bildung verfügen, die sich für Politik durchaus interessieren. Ansprechbar jedoch sind sie nur schwer durch Parteien, weil Parteien es in aller Regel nicht schaffen, Jugendliche in ihrer konkreten Lebensrealität abzuholen. Dies haben jedoch die undogmatischen Gruppen wie Attac geschafft. Vor allem in den studentischen Großstädten haben sich lose organisierte „Koordinierungskreise“ gebildet, in denen sich natürlich auch Vertreter der Parteijugendorganisationen, der Gewerkschaftsjugend oder von anderen politischen Gruppen fanden. Aber eben auch Jugendliche, die einen konkreten Anlass, ein aktuelles Projekt wollen, um sich politisch einzubringen. Jugendliche haben die Globalisierungsproteste häufig dazu genutzt, ihren vorhandenen Zukunftsängsten einen Ausdruck auf einer breiten Ebene zu verleihen: Jugendliche sind, so geht es aus der Shell-Studie hervor, in Sorge um die ökologischen Ressourcen, um wirtschaftliche Existenzgrundlagen, um die Qualität ihrer Ausbildung. Ich halte es allerdings auch für durchaus möglich, dass eine nicht kleine Gruppe von Jugendlichen sich an den Protesten beteiligt, weil sie auf der Suche sind nach einem „Happening“, einem Event. Im Gegensatz zu den Politfacharbeitern geht diese Gruppe von Jugendlichen mit dem Anspruch auf Demonstrationen, auch eine Party zu feiern, Spaß zu haben, Leute zu treffen (und vielleicht nach dem Protest in Genua gleich an den Strand weiter zu fahren). Die Globalisierungsproteste haben daher auch auf sonst eher unpolitische Jugendliche eine hohe Anziehungskraft. Dafür spricht auch, dass die einzelnen Aktionen im Rahmen der Proteste stets phantasievoll und kreativ durchgeführt wurden. Interessant ist, dass bei der Erledigung der organisatorischen Vorarbeiten zu den Genua-Protesten in aller erster Linie Studentinnen und Studenten die Kleinarbeit von der Organisation der Busse, über das Kleben von Plakaten oder Verteilen von Handzetteln leisteten. Es ist kaum gelungen, Jugendliche, die nicht in irgend einer Art an der Uni tätig sind, für die Mitarbeit in den Koordinierungskreisen zu gewinnen. Auch diese Arbeit wurde in aller Regel von den jungen Politfunktionären aus den ASTen, den Hochschulgruppen der Parteien oder sonstigen Jugendverbänden geleistet. Anders sah es aus, als die ersten Anmeldungen für die Fahrt nach Genua eintrafen. Es waren häufig unbekannte Namen auf den Listen (anders als bei den Vorbereitungsstreffen, auf denen man immer wieder die gleichen, altbekannteren Gesichter sah), viele, die dann in die Busse einstiegen hatten sich vorher mit den Hintergründen der

Proteste noch nicht näher beschäftigt, hatten aber noch die Berichterstattung aus Prag in Erinnerung gehabt und wollten nun auch dabei sein. Es handelte sich hierbei in der Regel um jüngere Gymnasiasten oder Studierende durchaus mit politischem und sozialen Bewusstsein ausgestattet, sich selbst als links verstehend (was sicher oftmals nicht ausdifferenziert ist), die sich aber – bislang – nicht regelmäßig politisch engagierten (außer, wenn es einen konkreten Anlass vor Ort gab).

Eine andere Gruppe Jugendlicher, die sich an den Protesten in Genua beteiligten, waren politisierte Jugendliche, die fest eingebunden sind in die Organisationsstrukturen von Parteien oder linken Initiativen bzw. Verbänden. Im Rhein-Main-Gebiet waren hier zum Beispiel besonders Mitglieder des „Linksruck“, der Gewerkschaftsjugend, der PDS, der studentischen Linken engagiert. Bei den Akteuren handelt es sich um junge Politprofis (mancher würde auch „Polityuppies“ sagen), aus denen sich gleichermaßen auch ein Teil der globalisierungskritischen Gruppen rekrutiert. Diese organisationserfahrenen jungen Menschen haben einen Teil zum inhaltlichen Diskurs vor Ort beigetragen und – wie bereits angedeutet – einen Großteil der Mobilisierungs- und Organisationsarbeit geleistet. Diese „Organisationsjugend“ in der Bewegung der Globalisierungskritiker erhoffte sich von der Mitarbeit eine größere Akzeptanz für die Standpunkte und Inhalte der eigenen Organisation. Gleichzeitig witterten viele die Chance, die eigene Organisation durch die zu erwartenden Massenproteste zu stärken. Unbeschadet dessen stellten die Proteste um Genua und die anderen Gipfel die Chance dar, die jeweils eigenen kapitalismuskritischen Positionen auf eine deutlich breitere Grundlage zu stellen, als dies für die meist kleineren Verbände unter anderen Umständen möglich ist. Die Motivation dieser „Organisationsjugendlichen“ begründete sich also einerseits strategisch (um mehr Zustimmung für die eigene Organisation / den eigenen Standpunkt zu erhalten), andererseits inhaltlich, da die Globalisierungskritiker wenigstens einen Teil der eigenen Inhalte (mediengerecht) transportieren. Gerade letzteres gab in der Bewegung von Zeit zu Zeit heikle Diskussionen, besonders rund um die Tobinsteuer, die den revolutionären Ansprüchen vieler Linken nicht gerecht wird. Bemerkenswert ist aber dennoch, dass trotzdem ein breiter Minimalkonsens gefunden wurde, den verschiedenste Organisationen und Personen tragen konnten und so die Proteste zu einer heterogenen Bewegung machten.

Insgesamt lässt kaum jemand einen Zweifel daran: Die Bewegung der Globalisierungskritiker ist eine Bewegung einer neuen, undogmatischen Linken. Allerdings wurde nach der Betrachtung der Proteste in Seattle deutlich: Die Ablehnung der ungezügelter Globalisierung findet auch bei Rechten Zuspruch. Nicht nur in Seattle, sondern auch zuletzt in Genua waren nationalistisch eingestellte Jugendliche an den Protesten beteiligt, die aus anderen Motiven als Linke Position gegen die Globalisierung bezogen haben. Zwar sind die Rechten unter den Globalisierungskritikern eine völlig marginale Größe. Dennoch

gelang es ihnen in Genua, sich mit nationalistischen Parolen gegenüber dem globalisierungskritischen, aber dennoch internationalistischen Anspruch der Proteste in Szene zu setzen. Ähnlich wie bei den „Organisationsjugendlichen“ aus den linken Gruppen handelt es sich hierbei um Kader vor allem aus der NPD und rechten Kameradschaften (gerade die NPD hat in der letzten Zeit ihr Strategie daraufhin ausgerichtet, scheinbar kapitalismuskritische Positionen einzunehmen mit Slogans wie „Arbeit statt Profite“). Auch diese Kader versuchen, eine höhere Zustimmung zu erhalten für ihre Organisation und ihre Standpunkte. Sie versuchen aber gleichzeitig, die im Konsens gefundenen Inhalte der Globalisierungskritiker „umzudrehen“ und auf eine nationalistische Schiene zu setzen. Dass dies nicht gelungen ist, bestärkt mich in der Ansicht, dass es sich bei dem Gros der Aktivisten nicht um unpolitische Spaßkids handelt, sondern um durchaus politisierte meist jüngere Menschen, die in der Globalisierungsbewegung ein Forum gefunden haben. Es zeigt sich auch: Eine Betrachtung der Personen, die in der Globalisierungsbewegung aktiv sind, ihrer Motive und Motivationen festzustellen und schematisch darzustellen ist ein kompliziertes Unterfangen. Die verschiedenen Gruppen bilden weite Teile der Gesellschaft in einer Breite ab, wie dies in linken Bewegungen seit langem nicht mehr der Fall war. Dies bedeutet aber auch, dass es eben nicht die „große Linie“ ist, die die Aktivisten zusammenhält. Auch kein umfassendes Programm. Es sind kleine Projekte mit klaren Zielvorgaben, hinter denen sonst völlig verschiedene Personen und Initiativen stehen können. Dies ist die neue Qualität dieser Bewegung.

Ulla Lötzer/Jörg Huffschmid

Globalisierung im Bundestag

Aktuelle politische Debatten und alternative Forderungen

I. Einleitung

Seit dem 13. März 2000 tagt die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“. Sie setzt sich proportional zur Fraktionsgröße aus 13 Abgeordneten und einer gleichen Anzahl von Sachverständigen zusammen. Zur Diskussion wurden Arbeitsgruppen gebildet, die das Feld anhand der Schwerpunkte Finanzmärkte; Waren-, Güter- Dienstleistungsmärkte; Ressourcen; Arbeitsmärkte; Global Governance; Wissensgesellschaft strukturieren.¹ Im September 2001 legte die Kommission ihren Zwischenbericht vor, in der die Analyse der fortgeschrittenen Arbeitsgruppen (Finanzmärkte sowie Waren-, Güter- und Dienstleistungsmärkte) bereits in Empfehlungen mündete. Ob und inwieweit die kritischen Positionen und die zaghaften Mehrheitsempfehlungen für das politische Handeln relevant werden, bleibt abzuwarten.

Die parlamentarische Arbeit kann dazu dienen, in den Diskurs, wie die Globalisierung zu verstehen ist und was zu tun und zu lassen wäre, alternative Aspekte einzubringen und öffentlich zu machen. Es geht einerseits um Forderungen nach einer anderen Regulierung sozio-ökonomischer Prozesse und einer alternativen internationalen Kooperation. Andererseits müssen sich links verstehende Parteien mit den ‚neuen‘ Bedingungen auseinandersetzen, um ihre Positionen weiterzuentwickeln. Bei aller Ideologie verbirgt sich hinter dem Schlagwort Globalisierung nämlich ein Strukturwandel. Kommunale und nationale Lösungen allein werden nicht mehr greifen und sie können es auch nicht, denn der Entscheidungsrahmen wird zunehmend durch internationale bzw. regionale Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO) oder die EU bestimmt. Die parlamentarische Linke hat sich angesichts dessen besser zu vernetzen und ihr Verhältnis zu den Globalisierungskritikern zu klären. Die folgenden Bemerkungen sind im wesentlichen eine Zusammenfassung der Anmerkungen und Handlungsvorschläge im Minderheitsvotum der PDS zum Zwischenbericht der Kommission.

II. Finanzmärkte

Wie üblich wenn die Globalisierung ins Blickfeld rückt, nahm die Diskussion über die Finanzmärkte eine exponierte Stellung in den Sitzungen der Kommission ein. Kontrovers wurde über das Ausmaß und den Einfluss deregulierter Finanzmärkte debattiert und relativ schnell zeichnete sich ab, dass es zu unterschiedlichen Empfehlungen kommen mußte. Im Diagnosteteil des Zwischenbe-

richts beschränkte sich die Regierungsmehrheit in der Kommission – wenn auch erst unter Druck der von links vorgetragenen Fakten und Argumente – zumindest nicht auf die Beschwörung der theoretisch möglichen Vorzüge liberalisierter Finanzmärkte, sondern nahm die wirkliche Welt zur Kenntnis. Dieses führte dazu, dass der Bericht zu einer deutlich skeptischen und kritischen Einschätzung der Rolle von Finanzmärkten und ihrer Verantwortung für zunehmende weltwirtschaftliche Instabilitäten und Krisen, vor allem aber für die soziale Ungleichheit gelangt ist. Allerdings blieb die Analyse teilweise verharmlosend und inkonsequent. Die Problemwahrnehmung beschränkt sich auf die destabilisierende Rolle der Finanzmärkte und klammert den ‚disziplinierenden‘ Druck auf Parlamente und Regierungen aus. Aber gerade dieser Druck führt zu einer verengten wirtschaftspolitischen Gesamtorientierung und z.B. zur Auslieferung zunehmender Teile der sozialen Sicherung an die Gewinninteressen der institutionellen Investoren und die Risiken der Kapitalmärkte.

Alleinherrschaft der Eigentümer

Beispielhaft hierfür ist die jüngste Diskussion um den Begriff ‚Shareholder Value‘. Es geht eben nicht in erster Linie um die Einführung einer neuen Meßzahl für den Unternehmenswert. Shareholder value Orientierung beschreibt im Kern eine Kampfansage der institutionellen Anleger an eine Unternehmenspolitik, die neben den Interessen der Eigentümer (shareholder) auch noch andere Interessen berücksichtigt. Sie ist eine Kampfansage an Mitbestimmung der Beschäftigten und Gewerkschaften. Kern der Vorstellung von ‚Wirtschaftsdemokratie‘ war, dass große Unternehmen mit Tausenden von Beschäftigten nicht als Privatveranstaltung von Privatleuten im ausschließlichen Interesse von Privatleuten geführt werden sollten, sondern soziale Organisationen sind, in denen zum einen ein Mindestmaß an innerer Demokratie herrschen und die zum anderen in ein Geflecht sozialer, ökologischer und entwicklungspolitischer Verantwortung einzubinden sind. Eine solche Orientierung war auch in der Vergangenheit harten Angriffen ausgesetzt und ist oft verletzt worden. Mit der Entwicklung und Liberalisierung der Finanzmärkte und der wachsenden Rolle institutioneller Anleger erhalten diese Angriffe neue Wucht. Die Folgen beschränken sich nicht auf die Unternehmen, in denen die institutionellen Anleger unmittelbar präsent sind und direkten Druck auf das Management ausüben. Über die Mechanismen der Börse, des Rating und Ranking, die Konkurrenz, über neue Standards und Benchmarks für die Rechnungslegung, Konditionen für Zulieferer und Kunden wird der Druck auf andere Unternehmen übertragen und trifft somit auch mittelständische Firmen. Shareholder value Orientierung ist lediglich ein Kürzel für eine massive Welle der Gegenreform in der Unternehmensführung.

Die Aushebelung von Demokratie

Der neoliberal favorisierte ‚disziplinierende‘ Druck der Finanzmärkte auf die Politik gefährdet andererseits das ohnehin nicht besonders stabile demokratische Gefüge. Dieser Druck wird von denen, die ihn ausüben, als Vorzug der

¹ Mehr Informationen unter: www.bundestag.de/globalisierung.

modernen Finanzmärkte herausgestellt: Sie reagieren schnell und hart auf politische ‚Fehler‘ und erzwingen politische Korrekturen. Als Fehler gilt dabei alles, was nicht im Interesse der Anleger liegt: ein starkes öffentliches System der sozialen Sicherheit, hohe Löhne, energische Beschäftigungs- und Umweltpolitik, großzügige Entwicklungspolitik, zu hohe Steuern. Die Korrektur dieser Fehler erfolgt seit den 80er Jahren durch restriktive Geld- und Finanzpolitik, Sozialabbau und die ‚Lockerung‘ sozialer und ökologischer Standards. Die Hebel, mit denen die institutionellen Anleger ihre Interessen gegenüber der Politik und der Gesellschaft durchsetzen, sind die Konkurrenz um Neuanlagen und ihre ‚Exit-Option‘, also ihre Fähigkeit, das Kapital, das sie in einem Land angelegt haben, sehr schnell und praktisch ohne Kosten abzuziehen. Allein die Drohung mit Kapitalverlagerung veranlaßt Regierungen, sich auf einen ‚Standortwettbewerb‘ einzulassen, in dem soziale und demokratische Fortschritte geschleift werden. Die auf den Finanzmärkten dominierenden Banken und Anleger haben auf diese Weise dazu beigetragen, dass sich die wirtschaftspolitische Hauptausrichtung in den letzten Jahrzehnten zugunsten eines Marktradikalismus gewandelt hat, in dem sich die Rolle der Politik darauf beschränken soll, privates Eigentum zu schützen und öffentliches zu privatisieren, Märkte zu öffnen und für stabile Preise zu sorgen – notfalls durch Auslösung von Krisen und Arbeitslosigkeit.

Diese Politik ist aus zwei Gründen schädlich. Zum einen verschärft sie die soziale Polarisierung zwischen den Ländern und in den meisten Ländern massiv. Zum anderen untergräbt sie die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie, indem die Disziplinierung und Kontrolle der Regierung und die Korrektur von Regierungspolitik nicht mehr als Aufgabe der Parlamente, Gerichte und der Öffentlichkeit angesehen wird, sondern von den Finanzmärkten übernommen wird, oder indem die Parlamente zu machtlosen Exekutoren der von den Finanzmärkten erhobenen Anforderungen werden. International spielen seit den 70er Jahren der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank vor allem gegenüber den Entwicklungsländern eine ähnlich disziplinierende Rolle. Sie verbinden mit ihren Struktur Anpassungsprogrammen wirtschaftspolitische Auflagen, die im wesentlichen auf Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung und eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik zielen. Das führte nicht nur zu sozialen, ökologischen und politischen Verwerfungen, sondern beseitigte auch weitgehend die Handlungsautonomie der jeweiligen Regierungen, Parlamente und EinwohnerInnen, demokratisch über ihre Wirtschaftspolitik zu entscheiden. Die ausschließliche Verteilung des Stimmrechts bei IWF und Weltbank entsprechend der Einlagen gibt den Industrieländern ein massives Übergewicht und unterstreicht den für eine Organisation mit globaler Verantwortung inakzeptablen undemokratischen Charakter.

Die Auslieferung der sozialen Sicherheit an die Finanzmärkte

Auch der Einfluss der großen Akteure auf den Finanzmärkten bei der massiven Beschädigung der Systeme der sozialen Sicherheit, die mit ihrer schrittweisen Privatisierung verbunden ist, wird in der Regel nicht thematisiert. Die-

se Privatisierung wird gegenwärtig in unterschiedlicher Form und Geschwindigkeit unter dem Titel ‚Modernisierung der Sozialsysteme‘ betrieben. Als Begründung dient die Behauptung, die geltenden gesetzlichen und paritätisch oder aus den öffentlichen Haushalten finanzierten Umlagesysteme seien angesichts einer älter werdenden Bevölkerung nicht mehr zu finanzieren und müssten durch private Systeme ergänzt bzw. ersetzt werden. Diese Begründungen halten einer theoretischen und empirischen Überprüfung nicht stand. Bei der Privatisierung der Systeme der sozialen Sicherheit handelt es sich vielmehr um eine Umverteilung von Leistungen zugunsten der reicheren Schichten der Gesellschaft. Vor allem aber handelt es sich um eine Subvention in Billionenhöhe für die großen Versicherungen und andere institutionelle Anleger: Die Beiträge zur Sozialversicherung, die in umlagefinanzierten öffentlichen Systemen unmittelbar – d.h. ohne den Umweg über die Kapitalmärkte – für Leistungen ausgegeben werden, fließen im Zuge der Privatisierung zunächst als disponible Mittel in die Portfolios der institutionellen Anleger und stärken ihre Position als ‚global players‘ auf den internationalen Finanzmärkten. Die Versicherungen und Finanzanleger, die eine Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme gefordert und maßgeblich betrieben haben, sind zugleich die unmittelbar Begünstigten dieser Gegenreform. Die Benachteiligten sind die LeistungsempfängerInnen, also die große Mehrheit der Bevölkerung: Die Leistungen der gesetzlichen Versicherungssysteme sinken, die Beitragsbelastung für einen unveränderten Leistungsumfang steigt, und überdies unterliegen die tatsächlichen Leistungen den Risiken der Kapitalmärkte.

Handlungsfeld: Stabilisierung und Demokratisierung der Finanzmärkte

Einführung einer Devisenumsatzsteuer (Tobinsteuer)

Die Einführung einer Devisenumsatzsteuer ist mittlerweile zu einer zentralen Forderung der zivilgesellschaftlichen Bewegung zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte in aller Welt geworden. Gewerkschaften wie der DGB, der amerikanische AFL/CIO und der japanische RENGO haben sich ihr angeschlossen. Zahlreiche ParlamentarierInnen und WissenschaftlerInnen unterstützen die Forderung. Widerstand kommt vor allem aus den großen Finanzinstitutionen (deren Provisionseinkommen durch einen Rückgang der Finanzspekulation sinken würden) und von den Regierungen der meisten großen Finanzzentren. Die Steuer richtet sich gegen Devisenumsätze, die nach kurzer Zeit (Tage oder Stunden) durch Umsätze in der Gegenrichtung kompensiert werden. Derartige Transaktionen haben keine güterwirtschaftliche Lenkungs-funktion, sondern werden durchgeführt, um entweder bestehende Zinsdifferenzen auszunützen (diese Arbitragegeschäfte führen dazu, dass die Zinsunterschiede eingeebnet werden und autonome nationale Wirtschaftspolitik unmöglich wird) oder um aus erwarteten Veränderungen der Wechselkurse Gewinn zu ziehen (derartige Spekulationsgeschäfte bringen Unruhe in die Fi-

nanzmärkte). Sie erhöhen die Volatilität von Finanzmärkten, fördern irrationale Übertreibungen und verstärken Spekulationswellen oder bauen sie erst auf.

Arbitrage- und Spekulationsgeschäfte finden dann nicht statt, wenn der daraus zu erzielende oder erwartete Gewinn kleiner ist als die Steuerbelastung aus einem kompletten Arbitrage- oder Spekulationsgeschäft. Die Steuer bewirkt genau eine solche Verteuerung. Dies führt dazu, dass es zum einen möglich wird, eigenständige Zinssätze durchzuhalten, die aufgrund besonderer wirtschaftlicher Situationen wirtschaftspolitisch erwünscht sind und sich von Zinssätzen in anderen Ländern unterscheiden. Zum anderen werden hierdurch Wechselkurspekulationen verhindert, die auf kleine Kursänderungen in kurzer Zeit setzen, und die einen erheblichen Teil der Wechselkursgeschäfte ausmachen. Dass es organisatorisch und technisch ohne Probleme möglich ist, eine Tobinsteuer einzuführen und umzusetzen, wird heute von keiner Seite mehr ernsthaft bestritten. Die Besteuerung muss nicht an Saldenveränderungen der Banken ansetzen, hinter denen eine nur zu schätzende Anzahl von Umsätzen stehen. Mit dem Übergang zur lückenlosen Dokumentation aller Bruttozahlungsvorgänge in Echtzeit in den modernen Zahlungssystemen ist auch für eine Tobinsteuer ein punktgenauer Zugriff auf alle Transaktionen möglich geworden – der durch ein einfache Zusatzprogramm zur Zahlungsdokumentation zu realisieren ist.

Globale Wechselkurszielzonen und regionale Währungssysteme

Gegenüber der Währungsspekulation ist weder die völlige Freigabe der Wechselkurse noch die vollständige Bindung an eine Leitwährung angebracht. Sinnvoll ist vielmehr eine Reform der internationalen Währungsbeziehungen auf zwei Ebenen. Auf der ersten sollen regionale Währungssysteme entwickelt werden, in denen nicht nur feste Wechselkurszielzonen mit flexiblen Anpassungsmöglichkeiten für die Leitkurse festgelegt sind, sondern – nach dem Muster des früheren Europäischen Währungssystems – auch intensive wirtschaftspolitische Zusammenarbeit erfolgt. Auf der zweiten Ebene sollte ein Management der Wechselkurse zwischen den Leitwährungen eingeführt werden, das mit fallweise koordinierten Interventionen beginnt und mittelfristig zur Einrichtung von Zielzonen führt.

Zur Vermeidung spekulativer Attacken müssen starke kurzfristige Schwankungen der Wechselkurse ebenso wie ihre starre Fixierung ohne Rücksicht auf die Entwicklung ökonomischer Grundlagen vermieden werden. Geeignet hierfür ist die Vereinbarung von Leitkursen mit tolerierten Abweichungen (sog. Zielzonen oder target zones). Wenn die Marktkurse den Zielkorridor zu verlassen drohen, greifen die Notenbanken und Regierungen der betroffenen Länder und der IWF durch Interventionen auf den Devisenmärkten ein. Ein solches System kann allerdings nur mit politischer Flexibilität funktionieren. Sie lässt sich herstellen, indem die Zielzonen für unterschiedliche Währungen – je nach dem Grad der bestehenden wirtschaftspolitischen Kooperation zwi-

schen den beteiligten Ländern – unterschiedlich definiert werden, indem regelmäßige Überprüfungen und undramatische Anpassungen der Leitkurse vorgenommen werden und indem die Interventionspflicht abgestuft oder begrenzt wird. Diese Flexibilität vermindert den Anreiz zur Spekulation und erhöht zugleich den Anreiz zur wirtschaftlichen Kooperation.

Demokratisierung des IWF

Gegenwärtig ist der IWF eine Einrichtung, die von den Industrieländern dominiert wird. Das Stimmrecht der 183 Mitgliedsländer richtet sich allein nach ihrer ökonomischen Stärke. Mit 17,3% der Stimmen können die USA angesichts einer notwendigen Stimmenmehrheit von 85% für wesentliche Entscheidungen jede grundlegende Reform blockieren. Eine solche Verteilung der Stimmrechte ist für eine Institution, die als Sonderorganisation der Vereinten Nationen globale Verantwortung trägt, unverträglich. Eine demokratische Neuordnung der Stimmrechte im IWF sollte die ökonomische Potenz eines Landes nicht ignorieren, aber nicht zum alleinigen Maßstab machen. Daneben sollte auch die Zahl der Menschen eine Rolle spielen, die in einem Land leben. Darüber hinaus könnten zusätzlich zu diesen beiden Kriterien die Fortschritte bei der qualitativen Entwicklung berücksichtigt werden. Sie lässt sich Ansatzweise mit Hilfe des Index der menschlichen Entwicklung darstellen, in dem neben dem Pro-Kopf-Einkommen auch qualitative Kriterien wie Gesundheit und Bildung eingehen. Wenn die relative Position der Mitgliedsländer bei diesen drei Bezugsgrößen jeweils zu einem Drittel gewichtet wird, ergibt sich eine Neuverteilung der Stimmrechte, durch welche die vier bevölkerungsreichsten Entwicklungsländer in die Gruppe der 10 Länder mit dem größten Stimmrecht aufrücken. Insgesamt würde die Neugewichtung zu einer gleichmäßigeren Verteilung von Stimmen und Einfluß führen und die gegenwärtige drastische Dominanz der Industrieländer (allein 45% der Stimmen für die G-7 Länder !) beenden. In Verbindung mit einer Senkung der Mindestmehrheit bei wesentlichen Entscheidungen von 85% auf 75% ergibt sich eine Struktur, die Majorisierungen oder Blockierungen erschwert und dazu zwingt, Verständigung und Ausgleich herbeizuführen.

Einbindung der Finanzmärkte in eine Strategie für nachhaltige Entwicklung

Die Reform der Finanzmärkte sollte in eine umfassende Strategie zur Finanzierung nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung eingebunden werden, die einerseits der skizzierten Verselbstständigung der Finanzmärkte entgegenwirkt und andererseits eine breite Streuung von Vermögen zu bewirken vermag. Hierzu Bedarf es verschiedener Anstrengungen auf nationaler und europäischer Ebene:

Beendigung der Privatisierung und der Auslieferung der Systeme der sozialen Sicherheit an die Finanzmärkte und Rückkehr zur vollständigen Finanzierung lebensstandardsichernder gesetzlicher Sozialsysteme durch paritätisch aufgebraachte Beiträge und/oder Haushaltsmittel.

Finanzierung der Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe. Der Sparkassen- und Genossenschaftssektor sollte als wesentliches Element der öffentlichen Daseinsvorsorge (öffentliches Gut) gestärkt und Privatisierungs- und Deregulierungstendenzen in diesem Bereich gestoppt werden. Insbesondere die Versorgung von abgelegenen Regionen und Kommunen mit Finanzdienstleistungen sowie die Finanzierung privaten Wohnungseigentums ist eine wesentliche öffentliche Aufgabe und sollte in öffentlicher Regie erfolgen. Zentrale öffentliche Institute (Landesentwicklungsbanken, KfW) sollten verstärkt zur Steuerung im Sinne ökologischer und sozialer Ziele eingesetzt werden.

Konsolidierung der Steuerbasis. Wesentliche Bedingung für eine wirksame wirtschaftspolitische Entwicklungsstrategie ist ein vernünftiges und verlässliches Steuersystem. Dieses wird aber durch Steuerflucht und Steuerkonkurrenz untergraben, die nicht nur durch die Existenz von Offshorezentren, sondern auch von Industrieländern gefördert werden. Hier ist verstärkte europäische Kooperation erforderlich. Der Beschluß zur gegenseitigen Information über Zinseinkommen von Ausländern ist daher schnell umzusetzen. Für Gewinneinkommen kommt es darauf an, das Welteinkommensprinzip, das formal bereits in vielen Ländern gilt, durch steuerpolitische Kooperation durchzusetzen. Damit könnte allerdings nicht verhindert werden, dass Konzerne ihren Hauptsitz in ein Niedrigsteuerland verlegen. Hierzu ist langfristig eine Steuerharmonisierung erforderlich, die z.Z. weder realistisch noch sinnvoll ist. Überdies ist eine weitgehende steuerliche Abschöpfung nicht reinvestierter Gewinne notwendig.

Ausweitung der Mitbestimmung und Demokratisierung der Unternehmensverfassung. Damit Unternehmen nicht einseitig dem Druck des shareholder-value Interesses von Seiten der Finanzanleger ausgesetzt sind, sollten die Rechte der Belegschaften und der Öffentlichkeit durch Ausweitung der Mitbestimmung in den Betrieben und den Unternehmen gestärkt werden, in besonderem Maße bei Großunternehmen.

Erweiterte Regulierung der institutionellen Investoren. Der wachsende Einfluss institutioneller Investoren und Rating-Agenturen bedingt ihre stärkere gesellschaftliche Kontrolle. Dies betrifft einerseits die Aufsichtsgremien über die institutionellen Anleger, in denen Gewerkschaften sowie Umweltverbände und entwicklungspolitische Organisationen vertreten sein sollten, andererseits die inhaltliche Kontrolle und Beschränkung der Anlagetätigkeit nach sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Kriterien. Die bisherige Beschränkung der Anlagetätigkeit im Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften zielt ausschließlich auf den Schutz der Anleger und die internationale Koordination bezüglich des Rating beschränkt sich auf Bonitätsforderungen. Diesen sollten soziale und ökologische ‚Bonitätsanforderungen‘ zur Seite gestellt werden. Die Berichtspflicht der Unternehmen und institutionellen Anleger wäre um ökologische, soziale und entwicklungspolitische Aspekte zu erweitern. Und es ist auch sinnvoll, Anlagen in ökologisch/sozial fortschrittlichen Unternehmen steuerlich zu fördern, Anlagen in Unternehmen dagegen steuerlich zu diskriminieren, deren Aktivität hohe gesellschaftliche Kosten oder Risiken mit sich bringt.

III. Waren-, Güter- und Dienstleistungsmärkte

Neben den Finanzmärkten gilt der internationale Handel als zentraler Aspekt der Globalisierung. Jedoch ist die gängige Aussage zurückzuweisen, hinter der Globalisierung stehe eine zunehmende Integration in den Weltmarkt. Das Gegenteil ist der Fall, die Desintegration wächst und die überwiegende Zahl der Länder kämpft darum, überhaupt integriert zu werden. Die Zusammenhänge zwischen einer exportorientierten Wirtschaftspolitik und der sozialen Entwicklung sowie der Rolle der internationalen Organisationen und multinationalen Konzerne sind dabei ausschlaggebend. Letztlich liegen hier Ansatzpunkte, aus denen sich politische Antworten zur Verminderung der wachsenden globalen Ungleichheit ergeben würden. In der Analyse und den Empfehlungen setzte sich die Enquete-Kommission zunächst mit den Wirkungen vor allem für die Entwicklungs- und Schwellenländer auseinander.

Marginalisierung im Welthandel

Gerade im internationalen Handel zeigt sich die ungleiche Entwicklung deutlich. Vom ausgehenden 19. bis in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts hatten sich die relativen Anteile der nicht-industrialisierten Länder am Welthandel noch erhöht: Um 1900 entfielen auf diese Länder 16% der Weltexporte, 1913 19% und 1928 23%. Nach der großen Depression der 30er Jahre stiegen die Anteile 1938 auf 25% und erreichten 1953/54 schließlich 31%.² Seitdem sank der Anteil der sogenannten Dritten Welt an den Exporten, die auf der anderen Seite die Importe bilden, permanent. Trotz der steigenden Bedeutung der Ölexporte fiel der Anteil 1960 bereits auf 21%, 1970 auf 17% und liegt gegenwärtig bei 10%. Ergebnis dieser Entwicklung ist eine Konzentration des gesamten Welthandels über alle Warengruppen hinweg in einem bis dato unbekanntem Ausmaß auf die 29 OECD-Länder und einige wenige Schwellenländer. Entsprechend ist der Anteil aller Entwicklungsländer und v.a. Afrikas südlich der Sahara auf marginale Größen geschrumpft.

Bis zur Asienkrise 1998 konnten zwar einige Länder durch die Politik der Exportorientierung ihre nachholende Industrialisierung unterstützen und relative Erfolge erzielen. Die gleichzeitige Öffnung des Kapitalmarktes und die Attraktion ausländischer Direkt- und Portfolioinvestitionen stellte jedoch ein immanentes Problem für die Produktion und damit den Export dar. Stellte die Exportorientierung nie eine verallgemeinerungsfähige Strategie für alle Länder zum Aufholen des weltwirtschaftlichen und sozialen Gefälles dar, so reduzierten sich seit 1998 die Spielräume selbst für die bislang relativ erfolgreichen 12 Schwellenländer. Die Marginalisierung im Welthandel ist nicht primär auf schlechte Absatzbedingungen und/oder verzerrte Faktorpreise (Arbeit und Kapital) zurückzuführen, sondern liegt in den unterschiedlichen Entwick-

² Vgl. *Bairoch*, Paul: Die Dritte Welt in der Sackgasse. Die Entwicklung vom achtzehnten bis zum zwanzigsten Jahrhundert, Wien, 1971, S. 172, in: *Schöller*, Wolfgang: Die offene Schere im Welthandel – Und wie sie zu schließen ist, Heilbronn, 2000.

lungsniveaus und Produktivitätsrückständen begründet. Diese Differenzen vergrößerten sich in den letzten Jahren immer mehr. Folglich fehlt den meisten Ländern die industrielle Basis für die gleichberechtigte Teilhabe am Welthandel, so dass Wettbewerb und Handel unter ungleichen Partnern stattfindet. Damit verteilen sich die positiven und negativen Wirkungen ebenfalls ungleich: Die Industrieländer profitieren, die Entwicklungsländer verlieren überproportional. Integration in den Welthandel durch Handelsliberalisierung ist ein Versprechen, das in der Realität nicht eingelöst wurde.

Konzentration und Wettbewerb in der Globalisierung

Die Gewinner der Handelsliberalisierung sind die multinationalen Konzerne aus den OECD Ländern. Durch sie bestimmt sich auch der Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen (ADI), das klassische Indiz der Globalisierung. Das Wachstum der ADI geht jedoch primär auf den hohen Anteil an Investitionen für Fusionen und Beteiligungen (Mergers-and-Acquisitions; M&As) zurück, die ca. 80% der globalen ADI ausmachen.³ Auf die Gruppe der in den Industrieländer beheimateten Konzerne entfallen regelmäßig ca. 90% der Fusions- und Beteiligungsinvestitionen. Zentraler Grund der jüngsten Fusionswelle sind die Wachstumskrisen auf den Binnenmärkten. Trotz gesteigerter Gewinne ist es nicht rentabel, in neue Produktionskapazitäten zu investieren. Stattdessen ist Wachstum primär über eine Stärkung der eigenen Position auf dem Weltmarkt und die massive Kostenreduktion zu erzielen. Was also theoretisch als Unterkonsumption bezeichnet wird und betriebswirtschaftlich als Absatzproblem im Unternehmen auftaucht, soll so grenzüberschreitend gelöst werden. Die Lohnhöhe spielt als Investitionsmotiv dabei nur eine untergeordnete Bedeutung, jedoch übersetzt sich die Kostenkonkurrenz zwischen den einzelnen Standorten in Lohn- und Sozialdumping.⁴ Trotz der Investitionen im Ausland und der steigenden Bedeutung multinationaler Konzerne sind klare Einschränkungen hinsichtlich der unterstellten weltweiten Mobilität zu treffen: Obwohl diese Unternehmen global agieren, liegt ihr Schwerpunkt in den OECD Staaten, mit einem deutlichen Bezug zum angestammten Standort.⁵ Folglich ergänzen die ADI den Trend, der beim internationalen Handel zu verzeichnen ist. Sie sind regional konzentriert und in die Mehrheit der Länder auf der Welt fließen wenig Investitionen.

³ Vgl. UNCTAD: World Investment Report 1998/1999/2000/2001, Genf.

⁴ Vgl. OECD (1995:21): Recent Trends in Foreign Direct Investment; in: *Financial Market Trends*, Juni 1995. Wortmann, Michael: Zur Logik von Wachstum und Restrukturierung multinationaler Unternehmen – ein kritischer Beitrag zum Globalisierungsdiskurs, in: *Dörrenbacher, Christoph/Plewhe, Dieter* (Hg.): Grenzenlose Kontrolle? Organisatorischer Wandel und politische Macht multinationaler Unternehmen, Berlin, 2000, S. 165ff.

⁵ Vgl. Hirst, Paul/Thompson, Graham: *Globalization in Question*, Cambridge, 1996, S. 76ff. Doremus, Paul u.a.: *The Myth of the Global Corporation*, New Jersey, 1999. Wolf, Winfried: *Fusionsfieber – Oder: Das große Fressen*, Köln, 2000.

Erosion von Sozialstandards

Immer deutlicher lässt sich in diesem Kontext die Erosion sozialer Rechte der Beschäftigten sowie die Informalisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse beobachten. Dies gilt nicht nur für die Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern auch die Industrieländer. Die negativen Effekte der Globalisierung zeigen sich eben nicht nur in einer stärkeren Einkommenspolarisation und der ungleichen Entwicklung, vielmehr verschärft die Kopplung von Handelsliberalisierung und Exportorientierung das Problem erodierender sozialer Standards. Die herkömmliche These, Liberalisierung führe grundsätzlich zu Exporterfolgen und darüber implizit zur Verbesserung der sozialen Bedingungen und Stärkung der Rechte von Beschäftigten, konnte nicht verifiziert werden.⁶ Die Handelsliberalisierung sowie die Zunahme regionaler und bilateraler Freihandelsabkommen und der damit verbundene Abbau jeglicher Import- und Niederlassungsschranken vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern haben vielmehr zu einer wirtschaftspolitischen Orientierung auf die Exportproduktion geführt. Inzwischen ist die Konkurrenz jedoch dort am schärfsten, wo mit ähnlichen Produktionstechniken vergleichbare Produkte für den Weltmarkt angeboten werden, was in der Regel die soziale Situation der Beschäftigten verschlechtert.

Sonderwirtschaftszonen und informeller Sektor

Ausdruck dieser Konkurrenz ist die Verlagerung zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern an den nächst ‚kostengünstigen‘ Standort. Denn der Trumpf billige Arbeitskräfte für bestimmte Segmente der Produktion sticht nicht lange: es gibt immer noch billigere Arbeitskräfte und schlechtere Standards in anderen Ländern. Flankiert wurde diese Politik vom massiven Ausbau der Sonderwirtschaftszonen zur Attraktion von Direktinvestitionen.⁷ Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sind ca. 27 Millionen Menschen in diesen Zonen beschäftigt (plus ca. 18 Mio. in China). Sonderwirtschaftszonen und die Exportorientierung sollten somit als Entwicklungsmotor dienen. Das Gegenteil hat sich aber herausgestellt. Die einheimische Produktion der lokalen handwerklichen Bekleidungsindustrie wird ebenfalls von Billigprodukten verdrängt. Lokale HandwerkerInnen werden, wenn überhaupt, zu Zulieferern der Sonderwirtschaftszonen oder die Menschen dort werden zu MigrantInnen. Ausdruck der verschärften Konkurrenz zwischen den Entwicklungs- und Schwellenländern ist das dramatische Wachstum des informellen Sektors: Zwischen 1990-94 war die Beschäftigungsentwicklung in Lateinamerika zu 80% (in Afrika 90%) auf das Wachstum im informellen Sektor zurückzuführen.

⁶ Vgl. Amnesty International: Annual Report, London, 2000. International Confederation of Free Trade Unions: Annual Survey of Trade Union Rights 1999, Brüssel, 2000.

⁷ Freie Exportzonen, in denen Exportunternehmen steuerliche und finanzielle Privilegien genießen und in denen in der Regel selbst die bestehende rudimentäre Arbeitsgesetzgebung nicht beachtet wird. Überwiegend arbeiten dort Frauen zu niedrigen Löhnen in nicht abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen.

Handlungsfeld: Soziale Rechte stärken

Soziale Wirkungen der Fusionswellen

Folgen der zuvor skizzierten Fusionen sind Entlassungen, dauerhafte Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung durch massive Rationalisierungen und der Abbau sozialer Schutzrechte und tariflicher Leistungen. Verstärkt wird dieser Prozess durch Ausgliederungen und Verkäufe, da die Durchsetzung des ‚Shareholder Values‘ eine Konzentration auf das Kerngeschäft verlangt. Damit stellt sich die Frage nach innerbetrieblicher Demokratie und sozialer Gestaltung vor einem veränderten Hintergrund. Alle Instrumente auf nationaler und europäischer Ebene sind zu stärken, die den Beschäftigten ihre sozialen Rechte sichern und im Zeitalter von ‚Megafusionen‘ auf die neuen Bedingungen reagieren. Informationsrechte alleine reichen nicht, sondern es bedarf effektiver Einflußmöglichkeiten. Zur Sicherung der Interessen von Öffentlichkeit und Belegschaften sollten z.B. Regelungen für Unternehmensübernahmen vorsehen, dass sie nur nach intensiver Information und Mitbestimmung mit Belegschafts- und GewerkschaftsvertreterInnen und in besonderen Fällen nur mit ihrer Zustimmung erfolgen dürfen. Gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen sollten darüber hinaus ein Verbot von Massenentlassungen und Betriebsschließungen als Folge von Fusionen enthalten, wie es bereits in Frankreich diskutiert wird.

Regeln für den Wettbewerb

Langfristig werden Regeln für das Investitionsverhalten multinationaler Konzerne notwendig. Bei aller berechtigten Kritik am gescheiterten multilateralen Investitionsabkommen (MAI) ist die gegenwärtige Situation nicht haltbar und für ‚schwächere‘ Staaten negativ, in der nur auf bilateraler/regionaler Ebene diesbezügliche Regeln gelten. Notwendig wird ein allgemeines Abkommen, wobei jedoch die WTO nicht der geeignete Ort ist, um über Investitionen und Wettbewerb zu verhandeln. Multi- und plurinationale Regeln sind an die Einhaltung internationaler Sozial- und Umweltstandards, menschenrechtliche und demokratische Normen zu binden. Darüber hinaus sind sie mit entwicklungspolitischen und strukturpolitischen Zielsetzungen zu verbinden. Das Regelwerk der WTO umfaßt diese Bestandteile nicht und hat darüber hinaus gerade die Öffnung und Liberalisierung der Märkte als vorrangiges Ziel. In Folge dessen ist dieses Thema auf der UN-Ebene zu behandeln, wobei eine Partizipation der betroffenen Länder, sozialer Gruppen und Parlamente zu gewährleisten ist, denn es geht nicht nur um die Bedürfnisse der Konzerne nach Rechtssicherheit bei ihren Investitionen.

Perspektiven für eine globale Sozialordnung

Der verschärfte Konkurrenzkampf zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern ist eine Ursache für die Erosion sozialer Verhältnisse, der jedoch auf nationaler Ebene allein nicht begegnet werden kann. Eine internationale Koordi-

nation und Anerkennung sozialer Mindeststandards ist folglich eine Voraussetzung für die soziale Entwicklung auf nationaler Ebene. Nur dann brauchen die Länder nicht zu befürchten, dass sie sich durch die Einhaltung sozialer Standards schlechter stellen als ihre direkten Konkurrenten. Allerdings können sie auch andere Länder nicht im Wettbewerb auf Kosten der sozialen Standards verdrängen und ihre Weltmarktposition durch einen ‚race to the bottom‘ stärken. In einem Gutachten für die Enquete-Kommission wurde die Diskussion um internationale Sozialstandards aus der Perspektive des ‚Südens‘ dargestellt.⁸ Es wird dort auf die besondere Rolle der Landwirtschaft, der kleinen Farmer und des informellen Sektors für die eigene Entwicklungsperspektive und somit die Bedingungen der Implementation von Sozialstandards abgehoben. Neben Marktöffnung in den Industrieländern für die Produkte aus dem ‚Süden‘ und dem Abbau von Exportsubventionen sind deshalb Strategien für eine binnenmarktorientierte Industrialisierung erforderlich, die auch Zölle und andere Barrieren zum Schutz vor Importen insbesondere in der Landwirtschaft im WTO Abkommen erforderlich machen würden. Andernfalls ergebe sich kaum eine Chance, eine wirkliche auf die jeweiligen nationalen und regionalen Bedürfnisse abgestimmte Entwicklung zu forcieren, die den Spielraum für soziale Emanzipation erweitert.

Soziale Entwicklung weltweit fördern

Alle bestehenden und zukünftigen internationalen Gremien/Foren zur Unterstützung einer sozialen Entwicklung greifen bisher zu kurz, denn sie flankieren lediglich ideologisch und rhetorisch die geltende Liberalisierungspolitik. Die ‚Arbeitsteilung‘ ist zu durchbrechen, in der soziale Fragen diskutiert werden, während gleichzeitig die Liberalisierung in zahlreichen Bereichen ohne Einigung auf die Implementation von Sozialstandards und Kernarbeitsnormen forciert wird. Damit verschärft sich lediglich der Wettbewerb zu Lasten sozialer Standards und dehnt sich auf bisher unberührte Bereiche aus. Die immer wieder angemahnten Lösungen der globalen sozialen Probleme und der Rechtlosigkeit der Beschäftigten rückt so in weite Ferne. Angesichts dessen fordern zahlreiche Entwicklungsländer und zivilgesellschaftliche Organisationen vor dem Start einer neuen Runde zur Handelsliberalisierung ein Moratorium, das zur Evaluierung der Auswirkungen der bisherigen Schritte und der sozialen und ökologischen Effekte zu nutzen sei.

Weitere Auseinandersetzung um Sozialstandards und Kernarbeitsnormen

Zwei parallele Schritte hierzu wären mehr regionale Abkommen zu fördern und eine Reform der IAO mit dem Ziel, Arbeitslose sowie Beschäftigte aus dem informellen Sektor und der Landwirtschaft stärker in die Diskussion um

⁸ Vgl. Bullard, Nicola: Social Standards in international Trade, NGO - Focus on Global South, Bangkok, 2001.

Sozialstandards einzubeziehen. Die einseitig auf die Interessen des Freihandels zu Lasten sozialer und ökologischer Schranken ausgerichtete Rolle der WTO (einschließlich ihrer Schiedsgerichtsbarkeit) sowie die Rolle von IWF und Weltbank, die Zunahme bilateraler Abkommen und die wachsende Bedeutung der Konzerne für die soziale Entwicklung – all dies erfordert ein demokratisch legitimes System international als verbindlich anerkannter sozialer Mindestnormen und verbindliche Strategien zu ihrer Durchsetzung und Überwachung. Das Überwachungs- und Beschwerdeverfahren der IAO könnte mit dem Streitschlichtungsverfahren der WTO verbunden werden. Es müßte hierzu ein Beschwerdemechanismus greifen, der, unter Einbeziehung der Gewerkschaften und NGOs der betroffenen Länder, die vermutete Verletzung untersucht. In Zusammenarbeit mit der Regierung und Organisationen der Zivilgesellschaft sollte ein Aktionsplan erarbeitet werden, der die Voraussetzungen zur Einhaltung der Normen schafft. Durch Transparenz, klare Regelungen und Beteiligung der betroffenen Regierung und der zivilgesellschaftlichen Gruppen der Länder ließe sich so sicherstellen, dass die dann beschlossenen Maßnahmen nicht zu protektionistischen Zwecken mißbraucht werden. Die vereinbarten Normen müssen ebenso verbindlich durch Weltbank, IWF und WTO anerkannt und unterstützt werden und bindend für regionale/bilateralen Verträgen sein.

Ohne die Lösung der speziellen Problematik von Sonderwirtschaftszonen kann der Erosion der sozialen Standards nicht begegnet werden. Insofern ist ein internationales Abkommen über die Anerkennung sozialer und ökologischer Standards in Sonderwirtschaftszonen mit Maßnahmen der Überwachung als Mindestgrundlage erforderlich. Langfristig sind die dort gewährten Privilegien abzuschaffen. Flankierend ist die unüberschaubare Anzahl von freiwilligen Verhaltenskodizes und sozialen Gütesiegel für multinationale Konzerne und ihr Agieren zu vereinheitlichen (staatliche Beobachtung, Kontrolle oder Zertifizierung), sowie die Wertschöpfungsketten transparent zu machen.

Klaus Dräger

Gemeinsam oder getrennt?

Alternative Netzwerke zur Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik in der EU

Die Europäische Union stellt sich seit der Aufnahme eines Titels „Beschäftigung“ in den EU-Vertrag beim EU-Gipfel von Amsterdam 1997 zunehmend als Förderer eines „sozialen Europa“ dar. Auf dem EU-Gipfel von Lissabon im März 2000 wurde „Vollbeschäftigung bis 2010“ zu ihrem offiziellen Ziel erklärt. Und der EU-Gipfel von Stockholm stellt die Weichen für eine „Nachhaltigkeitsdimension der Gemeinschaft“. Die diversen Gipfel seit Amsterdam wurden jeweils von mal stärkeren mal schwächeren Protestaktionen diverser Gruppen und Netzwerke begleitet. Wer sind – neben dem Europäischen Gewerkschaftsbund – die alternativen Akteursnetzwerke im politischen Dreieck von Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der EU?

Euromemo

Mit der EU-Wirtschaftspolitik befasst sich kritisch die Gruppe „*WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa*“ (*Euromemo*). Sie wurde 1995 auf Initiative von Jörg Huffs Schmid und Elmar Altvater ins Leben gerufen. Sie veranstaltet seither jedes Jahr einen dreitägigen Workshop, auf dem Themen der Wirtschafts-, Struktur-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik diskutiert werden. Zwischen 40 und 70 kritische Ökonomen und Ökonomen aus fast allen Mitgliedstaaten der EU sowie aus Polen und Ungarn nehmen regelmäßig an diesen Treffen teil. Als Ergebnis dieser Beratungen gibt die Gruppe jedes Jahr eine kurze Erklärung und ein längeres Memorandum heraus, in dem insbesondere die EU-Leitlinien zur Wirtschaftspolitik und zur Beschäftigungspolitik kritisch analysiert und Alternativen dargestellt werden. Die Erklärungen werden meist von 300 bis 500 WirtschaftswissenschaftlerInnen aus den EU-Mitgliedstaaten und den ost- und mitteleuropäischen Beitrittskandidatenstaaten unterstützt.

Euromemo ist damit nicht bloß ein Diskussionsforum heterodoxer Ökonomen, sondern liefert mit den Memoranden Orientierungspunkte für die wirtschafts- und beschäftigungspolitische EU-Debatte in Gewerkschaften und NGO's. Der Grundtenor der Memoranden ist keynesianisch. *Euromemo* kritisiert den Stabilitätspakt von Maastricht, die ungebremste Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik in den jährlichen wirtschaftspolitischen Leitlinien des Rates und die Orientierung der EU auf eine „Vollbeschäftigung“ ohne sozialen Gehalt. Die Gruppe fordert eine Demokratisierung der gesamtwirtschaftlichen Politik der EU (Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an der Diskussion, Mitbestimmungsverfahren für das Europäische Parlament).

Sie wirbt für eine alternative Linie der makro-ökonomischen Politik: Lockerung der Geldpolitik, demokratische Anbindung der Europäischen Zentral-

bank, koordinierte Wirtschafts- und Steuerpolitik, koordinierte expansive Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten für Beschäftigung und die Stärkung öffentlicher Infrastrukturen, demokratische Kontrolle der Finanzmärkte, produktivitätsorientierte Lohnpolitik in Euroland und der gesamten EU. Zur EU-Beschäftigungspolitik fordert *Euromemo* eine Abkehr von Arbeitspflichtprogrammen, eine Orientierung auf qualitativ hochwertige Arbeitsplätze mit sozialen Rechten und tariflicher Sicherung, verbindliche EU-Vorgaben zur Reduzierung der Arbeitslosenraten um 20 Prozent für Mitgliedstaaten mit einer offiziellen Erwerbslosenrate von mehr als sechs Prozent und verstärkte Anstrengungen im Bereich Ausbildung, Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. Die Gruppe fordert eine „starke Sozialverfassung“ für die EU: die verbindliche Definition sozialer Grundrechte und sozialer Mindeststandards, Maßnahmenprogramme der Mitgliedstaaten gegen Armut und soziale Ausgrenzung und einen institutionellen Mechanismus zur Verhinderung von Sozialdumping. Letzteres soll an den jeweiligen Sozialleistungsquoten der Mitgliedstaaten ansetzen. Die EU soll darüber hinaus verbindliche Vorgaben beschließen, die Sozialbudgets der Mitgliedstaaten mindestens im Umfang des jährlichen Wachstums des Bruttosozialprodukts zu erhöhen.

Euromemo wendet sich gegen die Vorstellung des EU-Gipfels von Lissabon, dass vor allem ein höheres Wirtschaftswachstum zu mehr Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt in der EU führen werde. Stattdessen plädiert die Gruppe für eine langfristige Stärkung nachhaltigen Wohlstands. Anfangs überwiegend ein „Männerverein“, hat *Euromemo* mit dem Memorandum 2000 sowohl in der Analyse verschiedener Politikfelder als auch in seinen Vorschlägen für Alternativen die Perspektive der Gleichstellung von Frauen verstärkt aufgegriffen. Auf der Jahrestagung Ende September 2001 ist eine Kooperation mit dem linksgewerkschaftlichen „*Forum Soziales Europa*“ und mit ATTAC eingeleitet worden. Gemeinsam mit ATTAC will man sich um eine wissenschaftliche Kritik und um fundierte Alternativen zum Projekt eines integrierten, liberalisierten EU-Finanzmarkts bemühen. Obwohl *Euromemo* sich in diversen Memoranden positiv auf die Perspektive der „nachhaltigen Entwicklung“ bezieht, fehlen im Unterschied zur deutschen *AG Alternative Wirtschaftspolitik* weitgehend konkretere Vorschläge zu einer umweltgerechten Industrie-, Forschungs-, Struktur-, Regional- und Beschäftigungspolitik für die EU-Ebene.

Europäischer Aufruf für Vollbeschäftigung

Mit der EU-Beschäftigungspolitik befasst sich der *Europäische Aufruf für Vollbeschäftigung*. Er wurde 1996 von den Europaabgeordneten Ken Coates (damals Labour Party, Großbritannien), Frieder O. Wolf (Grüne, Deutschland) und Luigi Vinci (Rifondazione Comunista, Italien) ins Leben gerufen. Innerhalb des Europäischen Parlaments hatte eine lose Koalition von Sozialdemokraten, Grünen, europäischen Linksparteien und einigen Abgeordneten der Arbeitnehmerflügel christdemokratischer Parteien 1995 die Einrichtung eines

„nicht-ständigen Ausschusses Beschäftigungspolitik“ durchsetzen können. Als Ergebnis der Arbeit dieses nicht-ständigen Ausschusses wurde vom Europäischen Parlament ein Bericht von Ken Coates angenommen, der von den damals mehrheitlich konservativen Regierungschefs eine aktive europäische Beschäftigungsstrategie einklagte. Nach der Annahme dieses Berichtes wandten sich die Europaabgeordneten an Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Gruppen, um die Europäische Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten gemeinsam unter Handlungsdruck zu setzen. Ziel des zu diesem Zweck lancierten *Europäischen Aufruf für Vollbeschäftigung* war es, die EU-Institutionen zu einer verbindlichen europäischen Beschäftigungspolitik und zum Kurs auf ein neues, egalitäres Modell der Vollbeschäftigung zu drängen. Eine neue Politik der Vollbeschäftigung sollte den Abschied vom tradierten männlichen „Familienernährer-Modell“ einleiten. Es ging also gleichzeitig um drastisch verkürzte Arbeitszeiten, Gleichstellung von Frauen und umweltgerechtes Wirtschaften als Basis neuer Vollbeschäftigung.

Der Aufruf wurde von rund 800 Mitgliedern aus dem Europaparlament, aus nationalen und regionalen Parlamenten der Mitgliedstaaten, vom EGB-Generalsekretär Emilio Gabaglio, zahlreichen Gewerkschaftsführern aus den Mitgliedstaaten, vom Europäischen Netzwerk der Erwerbslosen, von Verantwortlichen aus Kirchen, Sozialverbänden, von Wissenschaftlern und Kulturschaffenden aus der gesamten EU unterzeichnet. 1997 und 1999 organisierten die Initiatoren des Aufrufs zwei *Europäische Versammlungen für Vollbeschäftigung*, an denen jeweils rund 800 Akteure aus allen EU-Mitgliedstaaten teilnahmen und mit gemeinsamen Abschlusserklärungen Forderungen an die Kommission und den Europäischen Rat richteten.

1999 gründete der Aufruf einen Verein nach belgischem Recht, um sich eine beständigere Struktur für seine weiteren Aktivitäten zu geben. Bei der Europawahl im Juni 1999 konnten Ken Coates und Frieder O. Wolf kein neues Mandat als Europaabgeordnete erringen. Es gelang zwar, den Verein als Kern des Aufrufs zunächst zu stabilisieren und neue Europaabgeordnete als MitstreiterInnen zu gewinnen. Die belgische sozialdemokratische Abgeordnete Anne van Lancker ist seither Präsidentin des Aufrufs. Und zum EU-Gipfel in Nizza im Dezember 2000 meldete sich die Initiative mit einem Positionspapier zur neuen Lissabon-Strategie der EU zurück in die politische Debatte. Für eine weitergehende Perspektive hat der Aufruf jedoch noch nicht richtig Tritt gefasst.

Forum Soziales Europa

Das bereits erwähnte „*Forum soziales Europa*“ besteht seit 1995 und ist ein Zusammenschluss linker Gewerkschafter aus einigen Mitgliedstaaten der EU. Beteiligt sind insbesondere Kolleginnen und Kollegen aus Frankreich (SUD, bisweilen CGT), Italien (CGIL, Sincobas), Spanien (CO) und Deutschland (verdi, IGM). Die Formel vom „sozialen Europa“ wurde Ende der 80er Jahre vom damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors in die Debatte ge-

bracht. Delors' Konzept wollte eine Balance zwischen europäischer Marktintegration und sozialem Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Beschäftigungs- und Sozialpolitik sollte reparieren und ausgleichen, was der liberalisierte europäische Binnenmarkt an sozialen Problemen erzeugt.

Das Forum wirbt hingegen für ein anderes Verständnis des sozialen Europa: „Eine soziale wirtschaftliche Konzeption hat die allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen zum Ziel und findet hierin ihr wesentliches ökonomisches Betätigungsfeld.“ Die linken Gewerkschafter eint eine grundlegende Kritik sowohl an der neoliberalen Politik der alten konservativen Regierungen wie am „Dritten Weg“ der neuen Sozialdemokratie. Beiden stellt sie das Primat der Sicherung der sozialen Integrität der Lebensverhältnisse und einer umweltgerechten Entwicklung als Leitmotiv der Wirtschaftspolitik entgegen.

Als Konsequenz fordern sie eine neue Orientierung der europäischen Gewerkschaften: „Die politische Basis für den Aufbau eines sozialen Europas ist zur Zeit sehr schmal. Die Linke ist noch zu heterogen und ohne ein einigendes politisches Konzept. (...) Die Wahrnehmung der Interessen der abhängig Beschäftigten verlangt autonom handelnde Gewerkschaften, eine offensive Gewerkschaftspolitik und das Eintreten für eine politische Alternative. Wollen die Gewerkschaften nicht zu korporatistischen Organisationen degradiert werden, die letztlich nur den von der jeweiligen Regierungspolitik zugestandenen Spielraum ausnutzen, müssen sie ihr politisches Mandat wahrnehmen und damit an der Herstellung einer politischen Kräftekonstellation mitwirken, die den Zielen eines sozialen Europas verpflichtet ist. Eine offensiv angelegte Gewerkschaftspolitik ist mit der Logik der Sozialpakete, zu denen letztlich auch das Bündnis für Arbeit gehört, nicht vereinbar. Die Politik der Pakete integriert die Gewerkschaften vielmehr in eine Politik, die die Begrenzung der Ansprüche der Arbeitnehmer zur Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung macht, ohne dass die damit propagierten Zielsetzungen von mehr Beschäftigung und sozialer Stabilität erreicht würden. Die Politik der Sozialpakete ist zugleich ein Hindernis für eine wirkliche Europäisierung der Gewerkschaften. Damit die Gewerkschaften zu einer starken europäischen Bewegung werden, müssen sie die institutionellen Schranken überwinden und eine Politik verfolgen, deren zentrale Elemente eine auf europäischer Ebene zu koordinierende offensive Einkommenspolitik, die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit und soziale Mindeststandards innerhalb und außerhalb der Arbeit sind.“

Allerdings begreift sich das gewerkschaftliche Netzwerk bislang vornehmlich als Diskussionsforum. Es geht wohl zunächst um eine Selbstverständigungsdebatte. Das Forum ist keine Struktur, die in organisierter und koordinierter Form auf Beschlussfassung, Strategiebildung und Aktion nationaler Gewerkschaftsverbände oder des EGB Einfluss nimmt.

Euromarsch-Netzwerk

Die *Euromärsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse und Ausgrenzung* sind demgegenüber ein durchweg aktionistisches

Netzwerk. Die Aktionsform dezentraler Märsche der Erwerbslosen kam Anfang der 90er Jahre in Großbritannien auf. Prägender für die spätere Euromarschbewegung war allerdings die Konvergenz von Aktivitäten der Erwerbslosen, Jobber und sozial Ausgegrenzten Mitte der 90er Jahre in Frankreich. 1994 organisierte die Assoziation AC! (*Agir contre le chômage*) dezentrale Erwerbslosenmärsche, die mit einer zentralen Demonstration von 20.000 Teilnehmenden in Paris abschlossen. Zwischen 1995 und 1997 entwickelten sich im Umfeld der Massenstreiks bei Eisenbahnen und anderen öffentlichen Diensten zunehmend gemeinsame Aktivitäten von Assoziationen der Wohnungslosen (DAL – *Droit au logement*; CSDL – *Comité des sans logis*), der Erwerbslosen und Jobber (MNCP – *Mouvement national des chômeurs et precaires*) und der Gruppe DD (*Droits devant*). Eine Katalysatorrolle spielte dabei auch die Gewerkschaft SUD (*Solidaires, unitaires, démocratiques*), die in Europa am ehesten ein „neues soziales Bewegungs-Gewerkschaftertum“ repräsentiert. Spektakuläre Besetzungen von Häusern und Arbeitsämtern, Go Ins in die Nobelrestaurants der Reichen und andere phantasievolle Aktionen beherrschten die politische und mediale Szene Frankreichs. Der bundesdeutschen Erwerbslosenbewegung dienten diese Aktionen als Vorbild für ihre eigenen Aktivitäten von 1997 bis zur Bundestagswahl 1998.

Auf einem Treffen von Gewerkschaftern und Erwerbslosenorganisationen in Florenz 1996 entstand anschließend das Projekt, die Aktionen angesichts der Passivität des EGB auf die europäische Ebene auszuweiten. Von April bis Juni 1997 wurde somit der erste Euromarsch zum EU-Gipfel in Amsterdam organisiert, im Frühjahr 1999 ein weiterer zum EU-Gipfel in Köln. Die Märsche starteten sternförmig jeweils etwa zwei Monate vor den zentralen Abschlussdemonstrationen von verschiedenen Städten Europas – unter anderem sogar vom bosnischen Tuzla und von Tanger in Algier. In den dabei von einzelnen Märschen besuchten Städten und Gemeinden fanden zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen statt, um mit lokalen Politikern, Initiativen und Verbänden einen Dialog über die Anliegen des Euromarsch-Netzwerks zu führen.

Eine breitere Diskussion um ihre inhaltlichen Forderungen organisierten die Euromärsche auf ihrer ersten Konferenz in Brüssel am 18. und 19.4.1998 mit rund 700 Teilnehmenden und auf einer zweiten Konferenz in Köln am 23. und 24.1.1999. Das Netzwerk verfügt über ein europäisches Sekretariat in Paris, regelmäßige europäische Koordinationstreffen sowie regelmäßige nationale Koordinationen in den Mitgliedstaaten. Die Aktivitäten werden überwiegend ehrenamtlich geleistet. Im Frühjahr 2002 soll ein weiterer Euromarsch auf Sevilla stattfinden. Neben den erwähnten Aktionen beteiligte sich das Euromarsch-Netzwerk an jeder Mobilisierung zu den diversen EU-Gipfeln seit 1997 sowie an den Aktivitäten und Demonstrationen globalisierungskritischer Netzwerke in Prag, Barcelona und Genua.

Vom 29.5. bis 4.6. 1999 veranstaltete das Euromarsch-Netzwerk darüber hinaus ein *Europäisches Parlament der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten*. Der etwas fahrig verlaufene Verlauf dieser Tagung stieß intern auf Kritik. Diese

wurde dann allerdings zur Entwicklung eines Bündnisprojekts aufgegriffen: der *Europäischen Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten*. Mit dieser Veranstaltungsform sollen Erwerbslosenverbände und -initiativen über das im Netzwerk organisierte Spektrum hinaus angesprochen werden. Dies bezieht sich in Deutschland etwa auf die Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Erwerbsloseninitiativen, die ALI Thüringen oder die Bundesarbeitsgemeinschaften der unabhängigen Erwerbsloseninitiativen und der SozialhilfeempfängerInnen sowie auf andere Erwerbsloseninitiativen in Frankreich. Vorbild für diese Art Versammlung ist das „Erwerbslosenparlament“ in Thüringen. Die erste Europäische Versammlung fand vom 2. bis 4.12.2000 in Paris mit rund 200 Teilnehmenden statt. Eine zweite ist vom 11. bis 13.12.2001 in Brüssel geplant.

Politisch thematisieren die Euromärsche insbesondere die wachsende Erwerbslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung in den Mitgliedstaaten der EU und kritisieren die strafende Arbeitsmarktpolitik (Workfare) der Regierungen. Neue Arbeitsplätze sollen vor allem zur Befriedigung sozialer, kultureller und ökologischer Bedürfnisse geschaffen werden. Gefordert wird eine massive europäisch koordinierte Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnneinbußen und ohne Flexibilitätsfallen. Mit einer eigenen, sehr plakativen „Charta sozialer Forderungen“ wird ein Bogen vom Recht auf Wohnen, auf Versorgung durch öffentliche Dienste für alle bis zum Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen geschlagen. Die EU-Charta der Grundrechte wird vom Euromarsch-Netzwerk hingegen grundlegend kritisiert und abgelehnt, weil sie bezüglich der sozialen Grundrechte deutlich hinter der 1996 revidierten Sozialcharta des Europarats und hinter den Verfassungsbestimmungen mancher Mitgliedstaaten zurückbleibe. Die Märsche treten für gesetzliche Regelungen zu Mindestlöhnen und Mindestrenten ein und fordern eine Anhebung der sozialen Minima in allen Mitgliedstaaten der EU – mindestens bis zur von *Eurostat* definierten Armutsgrenze von 50 Prozent des Durchschnittseinkommens in allen Mitgliedstaaten.

Seit den beeindruckenden Gipfelprotesten von Nizza und Genua orientieren die Märsche ihre Aktionen auf eine „Konvergenz der sozialen Bewegungen in Europa“. Gemeint ist die gemeinsame politische Aktion und Diskussion von globalisierungskritischen Bewegungen, Gewerkschaften, Erwerbslosen-, Umwelt- und Frauenbewegungen und die Erarbeitung einer gemeinsamen *Charta der sozialen Bewegungen* als politischer Plattform. Insofern ist das Euromarsch-Netzwerk inzwischen ein organisierender Faktor, der aktiv Querverbindungen insbesondere zu den globalisierungskritischen Protesten herstellt. Mit der Basis vieler globalisierungskritischer Initiativen teilen die Märsche den Gestus eines anklagenden Anti-Neoliberalismus und Anti-Kapitalismus, während alternative Konzepte meist nur in kurzen Slogans angedeutet werden.

Plattform der sozialen NGO's

Einen nahezu spiegelbildliche Herangehensweise zu den Euromärschen verkörpert die Plattform der sozialen Nichtregierungsorganisationen (*Platform of*

Social NGO's). Die Plattform wurde 1995 gegründet und ist ein Mega-Netzwerk europäischer Netzwerke im Bereich der Sozialpolitik im weitesten Sinne. Ihr gehören 37 europäische Netzwerke an – von *Alzheimer Europe* über das *Europäische Netzwerk gegen Armut*, das *Europäische Behindertenforum*, das *Europäische Netzwerk gegen Rassismus*, die *Europäische Frauenlobby*, das *Europäische Bündnis für ein öffentliches Gesundheitswesen*, das Netzwerk europäischer Wohlfahrtsverbände „*Solidar*“ bis zum *Europäischen Netzwerk der Erwerbslosen*, um nur einige zu nennen. Die Plattform vertritt insgesamt 1700 Mitgliedsorganisationen, Vereine und Initiativen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Sie wird von der Europäischen Kommission als Partner des zivilgesellschaftlichen Dialogs offiziell anerkannt. Viele ihrer Mitgliedsorganisationen werden aus dem EU-Haushalt auf bescheidenem Niveau gefördert.

Die Plattform will die EU-Politiken gegen Diskriminierung (z.B. von Schwulen und Lesben, Behinderten, Migranten etc.) stärken und die EU-Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausweiten und verbessern. Strategisch geht es ihr um den Ausbau des zivilgesellschaftlichen Dialogs mit den EU-Institutionen als Teil eines „Neuen Regierens“ in der EU (*New Governance*). Zum EU-Gipfel in Nizza im Dezember 2000 organisierte die Plattform gemeinsam mit anderen Bündnispartnern eine „*Versammlung der Zivilgesellschaft*“ mit 2000 Teilnehmenden. Parallel zum EU-Gipfel von Laaken bei Brüssel vom 13. bis 15. Dezember 2001 bereitet sie zusammen mit dem EGB und dem *Ständigen Forum der Zivilgesellschaft* eine *Bürgerversammlung* vor. Bis zur Regierungskonferenz 2004 sollen jährlich weitere dieser „Bürgerversammlungen“ folgen, um die Forderungen der „Zivilgesellschaft“ in den Prozess der institutionellen Reform der EU und des angekündigten „Verfassungsprozesses“ einzuspeisen.

Die Plattform arbeitet in allen sozialpolitischen Fragen eng mit dem EGB zusammen. Insbesondere zur EU-Charta der Grundrechte hat sie eine gemeinsame Kampagne mit dem EGB geführt. Sie drängt dabei einerseits auf eine Ausweitung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Grundrechte in der Charta und andererseits auf eine verbindliche Festschreibung der Grundrechte in einem europäischen Verfassungsprozess bis 2004. Schließlich kämpft sie auch für eine „transparente und langfristig angelegte Förderung europäischer NGO's“ durch die EU. Sie war als Teil der EU-Delegation auf dem WTO-Gipfel von Seattle vertreten und setzt sich insbesondere für die Aufnahme grundlegender Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in internationale Vertragswerke ein. Sie nimmt regelmäßig beratend an den informellen Treffen der EU-Arbeits- und Sozialminister teil.

Die Plattform fordert, dass sozialpolitische Ziele und Antidiskriminierungspolitiken als Querschnittsaufgabe in allen drei Politikbereichen durch präzise Indikatoren und Zielvorgaben an die Mitgliedstaaten verankert werden müssen. Sie drängt auf konkrete Maßnahmenprogramme der Mitgliedstaaten und der EU, um diese Ziele umzusetzen. Dafür müssten auf allen Ebenen entsprechen-

de finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Sie begrüßt die Absicht des EU-Gipfels von Stockholm, eine „Nachhaltigkeitsdimension der Gemeinschaft“ anzugehen. In einem Dialog mit den europäischen Umweltnetzwerken wirbt die Plattform dafür, gemeinsam für die soziale Dimension der Nachhaltigkeit einzutreten. Obwohl die Plattform die EU-Wirtschaftspolitik durchaus kritisch sieht, entwickelt sie keine Alternativen zu deren angebotsorientiertem Grundton. Sie beschränkt sich darauf, eine bessere Berücksichtigung sozialpolitischer Anliegen einzuklagen.

Die Plattform versteht sich damit als kritischer Partner eines „konstruktiven“ Dialogs „zivilgesellschaftlicher Akteure“ mit den EU-Institutionen über die soziale Zukunft Europas. Sie arbeitet dabei parallel mit den Methoden traditioneller Lobbypolitik und öffentlicher Foren zur Bündelung der Forderungen der diversen Netzwerke. Mir ist nicht ersichtlich, ob die Mitgliedsorganisationen der Plattform auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene in entsprechender Weise auf die jeweiligen Regierungsakteure einwirken – etwa bei der Diskussion der nationalen Aktionspläne zur Beschäftigungspolitik oder der nationalen Aktionspläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Direkte Kampagnen zur Aufklärung und Mobilisierung der Menschen in den Mitgliedstaaten zur EU-Beschäftigungs- und Sozialpolitik und ihrer Umsetzung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene scheinen eher die Ausnahme zu sein. Was überwiegt, sind Foren anlässlich von Gipfelereignissen und das alltagspolitische Lobbying gegenüber EU-Kommission und EU-Rat wie nationalen Regierungen und Verwaltungen.

Europäische Netzwerke und transnationale Globalisierungskritik

Vergleicht man die europäischen Netzwerke mit dem transnationalen Widerstand gegen neoliberale Globalisierung, so gibt es sowohl Parallelen wie Unterschiede. Zum EU-Gipfel in Amsterdam 1997 mobilisierten die Euromärsche rund 50.000 Demonstrantinnen und Demonstranten, während der EGB weitgehend inaktiv blieb. Zum EU-Gipfel in Luxemburg 1997 mobilisierten EGB und Euromärsche gemeinsam. In Köln 1999 waren es wieder die Euromärsche allein (50.000 Teilnehmende), in Lissabon 2000 die nationalen portugiesischen Gewerkschaften und die Euromärsche. Im Dezember in Nizza gab es unterschiedliche Aktionen von Euromärschen, ATTAC, Dritte Welt-Gruppen, der französischen *Confederation Paysanne* auf der einen Seite und einer machtvollen Demonstration des EGB und der französischen Gewerkschaften mit rund 100.000 Teilnehmenden auf der anderen Seite. Spätestens seit den Aktionen von Nizza gab es allerdings zunehmend gemeinsame Aktivitäten diverser globalisierungskritischer Akteure wie ATTAC, aber auch einerseits Kirchen und Umweltverbände andererseits der „sozialen Bewegungen“ um Euromärsche und Alternativgruppen.

Insofern lässt sich auch für die Proteste gegen die EU-Gipfel seit Nizza eine Durchmischung der Protestakteure aus sozialen Bewegungen in Europa und

aus dem globalisierungskritischen Spektrum feststellen – allerdings auf einem niedrigeren Niveau als etwa in Seattle oder Genua. Gleichzeitig blieb aber die Distanz, wenn nicht Rivalität, zwischen diesem Spektrum und dem EGB und der Plattform sozialer NGO's bestehen. Der EGB und die Plattform argumentieren schlicht: Die EU ist mit ihrer Orientierung seit dem EU-Gipfel von Lissabon auf dem richtigen Weg, den Worten müssen nun endlich Taten folgen. Die Euromärsche und die mit ihnen lose verbundenen globalisierungskritischen Akteure geißeln die Lissabon-Strategie hingegen als Fortsetzung der neoliberalen Politik und fordern ein „anderes Europa“. Ein Teil dieses Spektrums lehnt auch die europäische Integration an sich ab. Während auf der globalen Ebene durchaus punktuelle Übereinstimmungen zwischen traditionellen Gewerkschaften und Globalisierungskritikern bestehen – z.B. bei Forderungen nach einer Tobin-Steuer, globalen Umwelt- und Sozialstandards, einer neuen internationalen Finanzarchitektur – sind die Gemeinsamkeiten auf EU-Ebene wegen der unterschiedlichen Haltungen zur EU-Integration und zur gegenwärtigen EU-Politik deutlich geringer.

Perspektiven: „Konvergenz der europäischen sozialen Bewegungen“?

Auffallend ist, dass alle hier vorgestellten europäischen Netzwerke um die Mitte der 90er Jahre aufkamen. Sie waren ein minderheitlicher Bestandteil jener politischen Wechselstimmung, die zum Niedergang der konservativen Hegemonie und zum Aufstieg der „Mitte-Links“-Regierungen in der EU beitrug – vom *Ulivo-Bündnis* in Italien 1996 über *New Labour* in Großbritannien und die *Gauche Plurielle* in Frankreich 1997 bis zum Erdrutschsieg von Rot-Grün bei der Bundestagswahl 1998. Seither versuchten sie, eher konfrontativ, wie etwa die Euromärsche, oder kritisch-konstruktiv, wie die Plattform der sozialen NGO's, auf die sich herausbildende politische Agenda des neosozialdemokratischen „Dritten Weges“ in Europa einzuwirken – bislang ohne nachhaltigen Erfolg. Inzwischen stehen die Netzwerke vor zwei einschneidenden Entwicklungen, die die politischen Rahmenbedingungen ihres Wirkens nachhaltig verändern: der „neue Krieg des 21. Jahrhunderts gegen den internationalen Terrorismus“ und die beginnende Erosion der Mitte-Links-Hegemonie in der EU.

Diese schleichende Erosion hat von den Rändern her bereits eingesetzt. Österreich ist sicherlich ein Sonderfall, aber der Wechsel zu Berlusconi in Italien war ein klares Signal. In Norwegen, das nicht zur EU gehört, hat die Sozialdemokratie die Mehrheit verloren gegen eine Front von Konservativen und Rechtspopulisten. Bei den bevorstehenden Wahlen in Dänemark wird ähnliches befürchtet, und auch in Frankreich ist die Regierung Jospin in Bedrängnis. *New Labour* kann sich sicherlich halten, wenn auch die ursprüngliche Begeisterung abgenommen und der Trend zur Wahlenthaltung zugenommen hat. Gleichfalls können Schröders Neosozialdemokraten solange auf eine unangefochtene Stellung als Regierungsmacher hoffen, wie es keine bundesweite mo-

demisierte rechtspopulistische Formation gibt, die zu ähnlichen Kräfteverhältnissen wie in Hamburg führen könnte. Dennoch ist bereits jetzt ein Trend zu einem „Patchwork-Europa“ erkennbar, in dem konservativ-rechtspopulistische Regierungsbündnisse und Koalitionen der „Neuen Mitte“ koexistieren müssen. Die Entwicklung einer konsistenten Strategie für die weitere EU-Integration wird schwieriger, sofern sie über die gemeinsame Klammer der Fortsetzung einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, der „uneingeschränkten Solidarität mit den USA“, der Stärkung der inneren Sicherheit und des Aufbaus einer EU-Militärmacht hinausgehen soll. Damit verschlechtern sich die Chancen jenes Flügels der Europäischen Netzwerkakteure, die auf dem Gebiet der EU-Sozial- und Beschäftigungspolitik auf die Option gesetzt haben, eine „linke Spur im Dritten Weg“ zu etablieren.

Ein gewisser Zwang zur Konvergenz europäischer sozialer Bewegungen und Netzwerke geht sicher noch von der politischen Orientierung der EU-Gipfel von Lissabon bis Göteborg aus. Demnächst wird die Kommission erstmals einen integrierten Bericht zur sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Lage der EU erstellen, der die – inzwischen vier – Pfeiler der Lissabon-Strategie (Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, „Umweltdimension“) abdecken soll. Prinzipiell fordert dies eine Antwort der europäischen Netzwerke auf der Ebene einer europäischen „Nachhaltigkeitsstrategie“ heraus. Doch liegt gerade hier die Achillesferse der europäischen Netzwerke: Sie konnten ihre einzelnen Bereichsantworten bisher nicht zu einer umfassenden europäischen Nachhaltigkeitsstrategie für Umwelt, Frieden, neue Vollbeschäftigung, alternative Wirtschaftspolitik und soziale Gerechtigkeit verdichten. Ob diese Gemengelage künftig eine „Konvergenz der sozialen Bewegungen in Europa“ begünstigen wird oder ob es zu einer weiteren Akzentuierung der schon bestehenden politischen und strategischen Unterschiede kommt – wer könnte dies heute schon vorhersagen?

Weitere Informationen

Euromemo

<http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/europe/euromemo/indexmem.htm> (Website der Euromemo-Gruppe mit Zugang zu den europäischen Memoranden und Thesenpapieren)

Europäischer Aufruf für Vollbeschäftigung

<http://ourworld.compuserve.com/homepages/elfeuro/appeal.htm> (Englischer Text des Aufrufs von 1996)

<http://www.spw.de/heft698/aufruf.html> (Deutscher Text der Erklärung der Zweiten Europäischen Versammlung für Vollbeschäftigung in Brüssel am 4. und 5.2.1999)

<http://www.berlin.de/Land/SenArbSozFrau/europainfo/euroauf.htm> (Berliner Thesen der bundesdeutschen Unterstützer des Europäischen Aufruf für Vollbeschäftigung vom 10.5.1998)

Dräger: Gemeinsam oder getrennt?

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2001: Europa der Linken (u.a.: Erklärung des Europäischen Aufruf für Vollbeschäftigung zum EU-Gipfel von Nizza im Dezember 2000)

Forum Soziales Europa

<http://www.sozialismus.de/aktuell/2001/fse.html>

Euromarsch-Netzwerk

<http://www.euromarches.org/> (Internetportal des Euromarsch-Netzwerks)

<http://www.euromarches.org/deutsch/01/mouvem1.htm> (Erklärung zur Konvergenz der sozialen Bewegungen in Europa)

<http://www.euromarches.org/deutsch/00/charta.htm> (Charta der Forderungen der Euromärsche für die sozialen Grundrechte in Europa)

<http://www.euromarches.org/deutsch/00/0528a.htm> (Aufruf der Euromärsche: Gegen Billigjobs – für ein existenzsicherndes Einkommen und soziale Rechte!)

Plattform der sozialen NGO's

<http://www.socialplatform.org/> (Internetportal der Plattform mit Vorstellung der Mitgliedsnetzwerke und Links zu diesen; sowie Zugang zu Infos und Positionspapieren)

Georg Lukács – eine marxistische Ontologie

Bei einer zeitgemäßen Erneuerung marxistischen Denkens führt kein Weg um das Werk des 1971 im Alter von 86 Jahren gestorbenen Georg Lukács.

Dafür spricht sein Lebensweg, seine Parteinahme in den Kämpfen der Epoche. Lukács hat für die kommunistische Bewegung des zwanzigsten Jahrhunderts, für Vernunft und Humanität leidenschaftlich gestritten und den Sozialismus der Oktoberrevolution mit der gleichen Entschiedenheit verteidigt wie er ihn nüchtern analysiert und kritisiert hat.

Dafür spricht ebenso seine Rolle im marxistischen Denken dieser Zeit, sein theoretisches Erbe, die überreiche Fülle der von seinen Schriften – man spricht von tausend Titeln – ausgehenden geistigen Impulse.

Im Folgenden soll versucht werden, dies anhand einiger Positionen seines Spätwerkes, der ‚Ontologie des gesellschaftlichen Seins‘, zu zeigen. Zu bedenken ist, daß es sich bei diesem mehr als 1400 Seiten umfassenden Buch um die „ehrgeizigste und wichtigste philosophische Ausarbeitung des Marxschen Denkens“ der letzten Jahrzehnte handelt¹, zugleich jedoch um sein „problematischste(s)“ Werk², welches zudem – ungeachtet wichtiger Publikationen und Stellungnahmen³ – als „ungenügend erforscht und analysiert“⁴ gilt. Der Reiz der Auseinandersetzung kann dadurch nur erhöht werden.⁵

Mit der Konzentration auf die ‚Ontologie‘, an der Lukács buchstäblich bis zu seinem Tode gearbeitet hat, soll keiner unreflektierten Gegenüberstellung ei-

¹ Nicolas Tertullian, Gedanken zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins, angefangen bei den Prolegomena, in: Rüdiger Dannemann/Werner Jung (Hg.), Objektive Möglichkeit. Beiträge zu Georg Lukács ‚Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins‘. Frank Benseler zum 65. Geburtstag. Opladen 1995 (im Folgenden zitiert als OM), S. 150.

² Frank Benseler (Hg.), Revolutionäres Denken – Georg Lukács. Eine Einführung in Leben und Werk (im Folgenden zitiert als RD), S. 232.

³ Verwiesen werden muß besonders auf die Aktivitäten Frank Benselers und der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft e.V. Paderborn. Instruktive Überblicke bieten die bereits zitierte Einführung von Frank Benseler sowie Rüdiger Dannemann, Georg Lukács zur Einführung, Junius Verlag, Hamburg 1997. Wichtige Anregungen und Hinweise geben Arbeiten von Hans Heinz Holz, Leo Kofler, Thomas Metscher, Werner Mittenzwei und Werner Seppmann sowie: Manfred Buhr/Jozsef Lukács (Hg.), Geschichtlichkeit und Aktualität, Berlin 1985 – die Materialien des internationalen Symposiums der Akademie der Wissenschaften der DDR aus Anlaß des 100. Geburtstages von Georg Lukács.

⁴ Nicolas Tertullian, OM, S. 165.

⁵ Der vorliegende Beitrag verfolgt vor allem die Absicht, den Leser mit einigen Gedankengängen von Lukács in der ‚Ontologie‘ bekannt zu machen. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, daß diese Schrift – verglichen mit der Aufmerksamkeit beispielsweise für ‚Geschichte und Klassenbewußtsein‘ im aktuellen Marxismus-Diskurs viel zu wenig Beachtung findet. Die Entscheidung für die unvermeidliche Auswahl und Beschränkung sowie alle Wertungen bedürfen der Diskussion.

nes ‚späten‘ und eines ‚frühen‘ Lukács das Wort geredet werden oder eine Isolierung des Alterswerkes dem Gesamtschaffen gegenüber erfolgen. Die unbestreitbaren Brüche und Zäsuren im Laufe dieses fast sieben Jahrzehnte währenden Gelehrten- und Politikerlebens sind ausführlich kommentiert worden. Nicht minder wichtig sind freilich Kontinuitäten und durchgehende Lösungsansätze oder Begrifflichkeiten.

So ist die ‚Ontologie‘ zweifellos als ‚letztes Wort‘ zu einem Grundproblem aufzufassen, das Lukács spätestens seit Beginn seines direkt politischen Lebens gegen Ende des ersten Weltkrieges immer wieder beschäftigt hat: Die Frage nach den Möglichkeiten und Bedingungen menschlichen Handelns. Die ‚Ontologie‘ enthält die reifste, von politischen Konstellationen ungetrübte Auseinandersetzung mit eigenen Positionen – vor allem natürlich in ‚Geschichte und Klassenbewußtsein‘ (1923) – die immer wieder Gegenstand kritischer Debatten gewesen sind.

Warum Ontologie?

Der Platz der ‚Ontologie‘ in der marxistischen Theoriegeschichte wird nicht selten als „subjektive“ oder „ontologische“ „Wende im Marxismus“ apostrophiert.⁶ Daß es Lukács in diesen Jahren in verstärktem Maße um eine Akzentuierung des Subjektiven im Marxismus ging, wird auch von anderen Gesichtswinkeln her vermerkt.⁷ Von einer Wende zu sprechen, ist zweifellos gerechtfertigt, um die Bedeutung, das Neuartige dieses Ansatzes angemessen zu würdigen. Zu präzisieren wäre der Bezugspunkt. Worauf bezieht sich diese Wende?

Lukács selbst hat sich unmißverständlich über seine Beziehung zu Marx geäußert. In einem für den philosophischen Weltkongreß 1968 geplanten Vortrag bezeichnet er es als Aufgabe seiner ‚Ontologie‘, „aufzuzeigen, daß das philosophisch entscheidende an der Tat von Marx“ darin bestand, „theoretisch wie praktisch die Umrisse einer materialistisch-historischen Ontologie aufzuzeichnen“.⁸ An anderen Stellen schreibt er, daß er die Marxsche Ontologie „wiedererwecken“, ihre Prinzipien „formulieren“ (1/34; 2/738)⁹ wolle.

⁶ Frank Benseler, Der späte Lukács und die subjektive Wende im Marxismus – Zur ‚Ontologie des gesellschaftlichen Seins‘, in: OM, S. 127; Rüdiger Dannemann, Lukács zur Einführung, a.a.O., S. 94.

⁷ Nicolas Tertullian, OM, S. 161; es sei daran erinnert, daß Alfred Schmidt 1969 ‚Geschichte und Klassenbewußtsein‘ das Verdienst zuschrieb, einen „Neuanatz“ zu der Marxschen Frage zu enthalten: Wie ist der vom Idealismus entwickelte Begriff welterzeugender Subjektivität materialistisch umzuarbeiten? Furio Cerutti, Detlev Claussen u.a.; Geschichte und Klassenbewußtsein heute, Amsterdam 1971, S. 9; realisiert wurde dieser Ansatz freilich erst mit der ‚Ontologie‘.

⁸ Georg Lukács, Die ontologischen Grundlagen, in: RD, S. 267.

⁹ Georg Lukács, Prolegomena. Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins, 1. Halbband, herausgegeben von Frank Benseler, Darmstadt und Neuwied; Georg Lukács, Prolegomena. Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins, 2. Halbband, in Verbindung mit dem Lukács-Archiv Budapest herausgegeben von Frank Benseler, Darmstadt und Neuwied 1986 (im folgenden be-

Lukács war demnach keineswegs bestrebt, das philosophische Konzept von Marx durch etwas anderes, durch „seine“ Ontologie, zu ersetzen. Umso mehr aber erhebt sich die Frage, aus welchen Gründen und mit welcher Absicht Lukács den Marxismus als Ontologie rekonstruieren, das Ontologische des Marxschen philosophischen Denkens so stark betonen wollte. Und dies, obwohl er sich bewußt war, damit gegen Gewißheiten zu verstoßen, die im marxistisch-leninistischen Selbstverständnis vorherrschten: „Wir wissen sehr wohl, daß dieser (der Marxismus – E.H.) philosophiehistorisch selten als Ontologie aufgefaßt wurde.“¹⁰

Der übergreifende Ausgangspunkt ist wohl darin zu sehen, daß die ‚Ontologie‘ als Vorarbeit zu einer Ethik entstanden ist. Der Versuch, eine marxistische Ethik materialistisch zu fundieren, begegnet einem grundlegenden Widerspruch im philosophisch-ethischen Denken der letzten Jahrhunderte – mit dieser Problemstellung beginnt Lukács den ursprünglichen Text der ‚Ontologie‘. Das gesellschaftliche Sein wurde entweder nicht vom Sein überhaupt unterschieden, oder ihm wurde ein derartiger Sonderstatus zugesprochen, daß sein Charakter als Sein sich verflüchtigte. Aus dieser unvermittelten Gegenüberstellung ergab sich zangsläufig der besonders in der deutschen Geistesgeschichte seit Kant hinlänglich bekannte schroffe Kontrast „der Welt des materiellen Seins als Reich der Notwendigkeit zu einem rein geistigen Reich der Freiheit“, eine Spaltung zwischen „reine(r) Naturerkenntnis und reine(r) Moral.“ (1/325) Es leuchtet ein, daß eine materialistische Begründung der Ethik auf dieser theoretischen Basis nicht möglich ist.

Den Fehler, das gesellschaftliche Sein in seiner Eigenart nicht hinreichend vom Sein überhaupt zu unterscheiden, lastet Lukács vor allem dem ‚alten Materialismus‘ an. Der vormarxsche mechanische Materialismus habe sich einseitig auf das „Natursein“ orientiert und die „Kausalverkettung aller Gegenständlichkeiten und Prozesse in der anorganischen Natur als absolut verbindlich für das gesamte Sein“, also auch für die Gesellschaft, angesehen. Damit aber habe er die Praxis ignoriert bzw. lediglich als „untergeordnete, empiristische ‚Erscheinungsform‘ der idealistischen Weltanschauung“ betrachtet und jenen „anschauenden“, sich auf Kontemplation beschränkenden, Charakter angenommen, den Marx in der ersten Feuerbach-These kritisiert. Die Kritik von Marx sei eine ontologische und seine Ontologie eine kritische. Sie erkenne die „ontologische Zentralstelle der Praxis im gesellschaftlichen Sein“ an, gehe von der „ontologischen Priorität der Praxis der bloßen Kontemplation der Wirklichkeit ... gegenüber aus“. (1/26, 37) Das entscheidende und spezifische Merkmal des gesellschaftlichen Seins ist das aktive Verhältnis der Menschen zu seiner Umwelt, es beruht primär und unaufhebbar auf der Praxis.

ziehen sich Band- und, durch Schrägstrich getrennt, Seitenzahlen in Klammern im Text auf dieses Werk).

¹⁰ RD, S. 266.

Diese Praxis allerdings ist kein Absolutum, nichts Unbedingtes! Sehr zu Recht verweist Rüdiger Dannemann darauf, daß die ‚Ontologie‘ einen Bruch mit der Praxisphilosophie der zwanziger Jahre markiert, die von Gramsci, Korsch und Lukács selbst damals begründet worden war – was „die intellektuellen Protagonisten der sechziger Jahre“ nicht erkannt hätten. Praxis nämlich sei stets an Bedingungen gebunden.¹¹ So ergänzt Lukács denn auch sein Plädoyer: Alle wirklichen relevanten Kennzeichen des gesellschaftlichen Seins „können nur aus der ontologischen Untersuchung der Voraussetzungen, des Wesens, der Folgen etc. dieser Praxis in ihrer wahren, seinhaften Beschaffenheit begriffen werden.“ (1/37)

In dieser Wendung manifestiert sich die zweite Frontstellung der ‚Ontologie‘: gegen subjektivistische und idealistische Überhöhungen der Praxis bzw. der Spezifik des gesellschaftlichen Seins. Die ‚Prolegomena zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins‘, eine nachträgliche Ausarbeitung zur Auseinandersetzung mit der von einigen seiner Schüler an der ‚Ontologie‘ geübten Kritik eröffnet Lukács mit dem Credo, sein „Versuch, das philosophische Denken der Welt auf das Sein zu basieren“ rechne mit vielfältigem Widerstand. Sei doch die jahrhundertelange Herrschaft von Erkenntnistheorie, Logik und Methodologie noch lange nicht überholt. (1/7)

Der Polemik gegen die Vorherrschaft der Erkenntnistheorie begegnen wir in der ‚Ontologie‘ auf Schritt und Tritt. Ihren Kern muß man in der Warnung vor der Gefahr sehen, den philosophischen Zugang zur objektiven Wirklichkeit durch die ausschließliche Fixierung auf Aktivitäten des Erkennens zu entstellen, eine Weltanschauung auf Gesetzen des Erkennens und nicht auf denen des zu Erkennenden oder des Erkannten aufzubauen. Kant wolle „vom Erkenntnisvermögen aus die Wirklichkeit und nicht vom Sein aus die Erkenntnis begründen“. (1/22) Das Gemeinsame in den Bestrebungen von Berkeley und Kant sei, „erkenntnistheoretisch nachzuweisen, daß unseren Erkenntnissen über die materielle Welt keine ontologische Bedeutung zugesprochen werden kann.“ Den Neukantianern wirft Lukács vor, noch nicht einmal das Kantsche ‚Ding an sich‘ gelten zu lassen. Mit diesem Begriff habe Kant immerhin noch eine „ontologische Wirklichkeit“ anerkannt, wenn auch als „prinzipiell unerkennbar“. (1/339) Noch einen Schritt weiter gehe der Neopositivismus, der „die Wahrheit durch praktisch-unmittelbare Zielsetzungen“ und „Wirklichkeitserkenntnis durch eine Manipulation der in der unmittelbaren Praxis unerläßlichen Objekte“ zu ersetzen versuche. (1/341)

Auch auf diesem Fundament ist also eine materialistische Ethik nicht möglich. Wie Lukács dem ‚anschauenden‘ Materialismus gegenüber die philosophische Relevanz der Praxis betont, so gegenüber subjektivistischen Positionen die der objektiven Wirklichkeit. Ausgangspunkt religiöser Weltbilder seien Bemühungen um Sinngebungen und Verhaltensnormen zum realen Leben. Ausgangspunkt einer philosophisch-wissenschaftlichen Ontologie hingegen sei

¹¹ Rüdiger Dannemann, Lukács zur Einführung, a. a. O., S. 88f.

die Untersuchung der objektiven Wirklichkeit, „um den realen Spielraum für die reale Praxis (von der Arbeit bis zur Ethik)“ aufzuzeigen. (1/331f) Für eine verabsolutierende Erkenntnistheorie wie für Religion sei eine (subjektiv gefaßte) Notwendigkeit das „alles determinierende Zentrum“, für eine wissenschaftliche Ontologie sei das Sein der „alles fundierende Mittelpunkt“. (1/145)

Es geht Lukács mit diesen Polemiken nicht nur um Ethik oder Erkenntnistheorie. Wenn intensive Aktivitäten der zeitgenössischen bürgerlichen Philosophie darauf zielen, allein schon die Frage nach einer objektiven Wirklichkeit als unwissenschaftlich abzutun, so nicht zuletzt deshalb, weil eine bewußt auf das materielle Sein orientierte ontologische Denkweise die Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft und das „Wesen der eigenen Praxis“ der Bourgeoisie hervorkehren würde. (1/34)

Die Kritik richtet sich zugleich gegen Defizite und Deformationen im nachmarxistischen Denken. Darauf ist zurückzukommen. An dieser Stelle beschränken wir uns auf den Hinweis, daß Lukács theoretisch am Stalinismus immer wieder einen subjektivistischen Grundzug kritisiert: Theorie sei auf Taktik reduziert worden, die taktische Entscheidung habe eine dogmatische Verabsolutierung erhalten. (1/310; 2/497ff) Und auch in diesem Kontext taucht die kritische Formel der ‚Manipulation‘ auf. In dem Gespräch mit Wolfgang Abendroth, Hans Heinz Holz und Leo Kofler vom September 1966 sagt Lukács: „Mit Stalin kam eine manipulierende Richtung in die Versuche zur theoretischen Begründung sozialistischer Entscheidungen, im Gegensatz zur Periode von Marx und Lenin.“ In der „Vorherrschaft des Taktischen vor dem Theoretisch-Prinzipiellen“ sieht Lukács einen neopositivistische(n) Einschlag.¹² Er stellt dem die Forderung nach einer „ontologischen Selbstkontrolle der Revolution“ entgegen, nach der Analyse der „Veränderung des umzuwälgenden Objekts“. (2/479; 1/236)

Praxis und Bewußtsein

Letztlich sucht Lukács nach einer philosophischen Alternative zum Dualismus von Denken und Sein, zu der schematischen Gegenüberstellung einer „unveränderlich-ewig vorgestellten Welt“ und eines „gleichfalls ohne Genesis“ vorgestellten Denkens. Die neuzeitliche Kritik (Descartes' „cogito ergo sum“) habe die theologische Fassung dieses Dualismus nicht überwinden können. Auch der Kampf zwischen Materialismus und Idealismus im 17. und 18. Jahrhundert habe die Auffassung einer Unableitbarkeit des Denkens aus dem Sein und damit „das erkenntnistheoretische Prinzip als Mittelpunkt der philosophischen Methode“ nicht erschüttert. (1/249f) Für den Idealismus gelte das Geistige als etwas an sich Ungeschaffenes, Unentstandenes – für den Materialismus bestenfalls als einfaches Produkt, als eine Art „Epiphänomen der Bewegung des Materiellen“. (1/300)

¹² Hans Heinz Holz, Leo Kofler, Wolfgang Abendroth, Gespräche mit Georg Lukács, herausgegeben von Theo Pinkus, Reinbek 1967, S. 123.

Das wirkliche Aufbrechen dieses erkenntnistheoretischen Paradigmas sei erst der „genetisch-historische(n) Auffassung“ von Marx zu verdanken. Erst infolge der „ontologischen Auffassung des Funktionierens der Denkkakte“ (1/300) als unentbehrliche und wesensbestimmende Momente des gesellschaftlichen Seins, als aktiv wirkende Kräfte in der gesellschaftlichen Bewältigung des Seins sei das Problem der seinsbedingten Genesis des denkenden Bewußtseins gelöst worden. Darin sieht Lukács die „resolut neue Stellungnahme von Marx zur Erkenntnis als solcher“: Im Mittelalter habe die religiöse Transzendenz ontologisch dominiert, als höchste Erkenntnis habe deren Erscheinung gegolten; die neuzeitliche Revolution habe das Denken der Welt als etwas ontologisch Originäres, als nicht mehr ableitbares Weltprinzip aufgefaßt; für Marx dagegen entwickelt sich das „denkende Erkennen des Seins ... aus den Existenzbedingungen und aus den auf diese aktiv reagierenden Praxisweisen allmählich zu einer – freilich letztlich relativen – Selbstständigkeit“. (1/292)

Das philosophische Fundament dafür ist die Herausarbeitung der gegenständlichen Tätigkeit des Menschen. In der Wechselwirkung zwischen menschlicher Aktivität und naturhaft gegebenen oder gesellschaftlich vermittelten gegenständlichen Objekten vollendet sich die Praxis, aus der die Bewußtheit als „unerläßliche Vorbedingung der neuen, der aktiven Anpassung an die Umgebung entspringt“. Das Bewußtsein ist „seiner seinsmäßigen Genesis nach ... das unerläßliche, fundierende Moment dieses neuen Seinsprozesses“. (1/244) Und deshalb sieht Lukács in der Anerkennung der ontologischen Priorität der Praxis die Voraussetzung für die theoretische Bestimmung der Spielräume menschlichen Handelns, für das Projekt einer materialistisch begründeten Ethik. Dieser Fragestellung gegenüber sei die erkenntnistheoretische Alternative einer Priorität des Denkens oder des Seins sekundär. In der Ontologie von Marx ist „jedes gesellschaftliche Sein mit Bewußtseinsakten ... untrennbar verbunden“. (1/303, 675)¹³

Zugleich legt Lukács viel Gewicht auf die differenzierte Begründung des materialistischen Charakters dieser Ontologie. *Erstens* kommt dem Sein die ontologische Priorität vor dem Bewußtsein zu – es gibt ein Sein ohne Bewußtsein, jedes Bewußtsein aber muß etwas Seiendes zur Voraussetzung haben. (1/582, 676) Das Konzept der dialektischen Widerspiegelung der objektiven Wirklichkeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil dieses Ansatzes. (1/327) *Zweitens* wird die Genesis des Bewußtseins aus dem Sein erklärt – als „spätes Produkt“ der materiellen Entwicklung und als „Funktionsbedingung einer spezifischen Seinsart“. *Drittens* anerkennt eine materialistische Ontologie dem Wesen der objektiven Wirklichkeit entsprechend „Seinsstufen“: anorga-

¹³ Die ontologische Auffassung des Bewußtseins vornehmlich in seiner für die Entwicklung des gesellschaftlichen Seins unentbehrlichen Funktion hat natürlich gravierende Konsequenzen für die Ideologietheorie, die Lukács im zweiten Halbband der ‚Ontologie‘ ausführlich darlegt. Vgl. dazu Erich Hahn, Reichweite und Grenze des Marxschen Ideologiekonzepts, in: Topos, Heft 13/14, Bielefeld 1999.

¹⁴ RD, S. 267 und 1/244.

nische Natur, organische Natur, Gesellschaft. (2/146) Das methodische Prinzip ist jedoch nicht auf diese Unterscheidung beschränkt. „Die materialistische Wendung in der Ontologie des gesellschaftlichen Seins, zustande gekommen durch die Entdeckung der ontologischen Priorität der Ökonomie in ihm, setzt eine materialistische Ontologie der Natur voraus.“ (1/566, 562)

Lukács' Plädoyer für eine Ontologie meint also keine Schmälerung der erkenntnistheoretischen Fragestellung. Wogegen er sich wendet, ist die Dominanz der Erkenntnistheorie, die Gefahr einer unzulänglichen Orientierung des philosophischen Denkens auf die wirkliche Beschaffenheit des gesellschaftlichen Seins. Und es gelingt m.E. Lukács mit diesem Ansatz, der Rolle des Ideellen, des Bewußtseins, in Geschichte und Gesellschaft gerecht zu werden, ohne den Materialismus aufzugeben. Lukács macht Ernst mit der Überlegung Lenins, daß „der Gegensatz zwischen Materie und Bewußtsein nur innerhalb sehr beschränkter Grenzen von absoluter Bedeutung“ ist, nämlich „in den Grenzen der erkenntnistheoretischen Grundfrage, was als primär und was als sekundär anzusehen ist. Außerhalb dieser Grenzen ist die Relativität dieser Entgegensetzung unbestreitbar.“¹⁵ Lukács überschreitet diese Grenze, ohne sie aufzugeben oder zu verwischen. Indem er den Unterschied und den Zusammenhang der ontologischen und der erkenntnistheoretischen Fragestellung ausleuchtet, vermag er die Funktion des Ideellen zu akzentuieren, ohne sie als Einschränkung oder Relativierung seines Abgeleitet-seins aufzufassen. Ein weiterer Beleg dafür, daß die in diesem Sinne ‚welterzeugende‘ Rolle des Bewußtseins keinen logischen Gegensatz zu seinem Widerspiegelungscharakter darstellt.

Fehlentwicklungen im marxistischen Denken

Ehe wir im Folgenden die Ausführung dieser Position skizzieren, müssen wir auf die Frage nach dem Bezugspunkt der ‚Wende‘ zurückkommen. Daß Lukács selbst die ‚Ontologie‘ als Rückkehr zu Marx und Wiedererweckung seiner Methode verstanden hat, wurde erwähnt. Gleichwohl markiert sie eine ‚Wende‘, und zwar in bezug sowohl auf fehlerhafte Entwicklungen im marxistischen Denken des zwanzigsten Jahrhunderts als auch auf Defizite im Werk von Marx und Engels selbst.

Wiederholt bezieht sich Lukács auf Friedrich Engels, der in den letzten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts schematische und mechanistische Tendenzen im Verständnis des historischen Materialismus beklagt hatte. In seinen berühmten ‚Altersbriefen‘ führte er dies unter anderem darauf zurück, daß Marx und er selbst dem Gedanken der Wechselwirkung aller Momente der geschichtlichen Totalität gegenüber der Herleitung der ideellen aus den materiellen Prozessen nicht genügend Beachtung geschenkt hätten.¹⁶

¹⁵ W. I. Lenin, Werke, Bd.14, Berlin 1962, S. 143.

¹⁶ Friedrich Engels, Briefe über den historischen Materialismus (1890-1895), Vorbemerkung von Friedrich Richter, Berlin 1979.

In der Nachfolge von Marx und Engels sieht Lukács zwei Entwicklungen, in denen diese Fehlstellen Ausdruck erlangen und zugleich die Mängel des vor-marxistischen Materialismus und Idealismus reproduziert werden. Einerseits habe – als Reaktion auf idealistische Positionen von Theoretikern der II. Internationale wie Bernstein und Cunow – die Theorie einen Akzent von „falscher Objektivität“, von „unaufgelöster Dinghaftigkeit“ erhalten. Ökonomische Beziehungen seien – so sein Einwand gegen Bucharin 1925 – nicht konsequent genug auf gesellschaftliche Beziehungen von Menschen zurückgeführt worden.¹⁷ Gesellschaftliche Erscheinungen seien nach wie vor nach dem Vorbild von Naturprozessen interpretiert worden. Zahlreiche Nachfolger von Marx hätten dem vulgärmechanistischen Vorurteil Tribut gezollt, „aus der objektiven Gesetzmäßigkeit der Ökonomie eine Art spezieller Naturwissenschaft“ zu machen. Ökonomische Gesetze seien derart fetischisiert worden, „daß der einzelne Mensch als ein völlig einflußloses Objekt ihrer Wirksamkeit erscheinen mußte.“ (1/227)

Auf der anderen Seite sei bei dem Bemühen um die Würdigung der ideellen Triebkräfte der Geschichte deren nicht auf die Gesellschaft reduzierbare seinsmäßige Verankerung ignoriert worden. Über der Spezifik des gesellschaftlichen Seins sei dessen Verbindung mit dem Sein überhaupt, beispielsweise die Dialektik von Biologie und Ökonomie, zu kurz gekommen. (2/150) In diesem Zusammenhang stellt Lukács auch Fehler von ‚Geschichte und Klassenbewußtsein‘. Prozeßhaftigkeit sei nicht als universelle Erscheinung verstanden, sondern nur für das gesellschaftliche Sein reklamiert worden. (1/37f) Der historische Materialismus sei unabhängig von einem „ontologisch dialektisch-materialistischen Weltbild“ begründet worden. Ähnliche Ansätze sieht Lukács bei Gramsci und Sartre. (1/38, 57; 2/151) Entschieden wendet sich Lukács auch gegen die theoretische Verwässerung des Materiellen im gesellschaftlichen Sein, z.B. die Reduktion ökonomischer Verhältnisse auf geistige durch Max Adler. (2/298)

Die Arbeit als Modell der gesellschaftlichen Praxis

Die Ausführung des vorstehend skizzierten Ansatzes muß darauf hinauslaufen, die Spezifik des gesellschaftlichen Seins auf dem Hintergrund des Seins überhaupt, die Einheitlichkeit und die Verschiedenheit der anorganischen, der organischen und der gesellschaftlichen Seinsart zu zeigen. Diese Analyse gipfelt für Lukács in der Darstellung der Arbeit. Die Arbeit vermittelt den Übergang vom anorganischen und organischen zum gesellschaftlichen Sein. In ihr realisiert sich die Wechselbeziehung zwischen Mensch (Gesellschaft) und Natur auf ursprüngliche und direkte Weise, während alle anderen Momente dieser neuen Seinsform bereits „rein gesellschaftlichen Charakters“ sind. (2/9) Die Arbeit enthält im Kern alle Bestimmungen, die das Wesen des

¹⁷ Georg Lukács, N. Bucharin: Theorie des historischen Materialismus (Rezension), in: Georg Lukács, Schriften zur Ideologie und Politik, ausgewählt und eingeleitet von Peter Ludz, Darmstadt und Neuwied 1973, S.190.

Neuen am gesellschaftlichen Sein ausmachen. Sie ist in mehrfacher Hinsicht als Modell dieses Seins und der gesellschaftlichen Praxis anzusehen. (2/46ff)

Erstens: Das wesentlich trennende Moment der Arbeit gegenüber der biologischen Auseinandersetzung der Lebewesen mit ihrer Umwelt sieht Lukács in der Rolle des Bewußtseins. Das Bewußtsein hört auf, als bloßes Epiphänomen der Reproduktion zu fungieren. Das Produkt der Arbeit ist vielmehr ideell beim Beginn des Arbeitsprozesses bereits in der Vorstellung des Arbeiters vorhanden. Natürlich erinnert Lukács in diesem Zusammenhang an Marx' Analyse im ‚Kapital‘.

Es geht aber noch um etwas anderes. „Es scheint vielleicht auffallend, daß gerade bei der materialistischen Abgrenzung des Seins der organischen Natur vom gesellschaftlichen Sein, dem Bewußtsein eine derart ausschlaggebende Rolle zugeschrieben wird.“ Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß die „hier auftauchenden Probleme (ihr höchster Typus ist der von Freiheit und Notwendigkeit)“ nur bei einer wahrhaft aktiven Rolle des Bewußtseins „gerade ontologisch – einen Sinn erhalten können“. ¹⁸ Wo es kein Bewußtsein in diesem Sinne gibt, können auch derartige Probleme nicht auftreten. Und umgekehrt müssen sie auftreten, wo das Bewußtsein diese tragende Funktion ausübt.

Zweitens: Die Arbeit vollzieht sich vermittelt teleologischer Setzungen, die ihrerseits Kausalreihen hervorrufen. Mit dem Problem eines materialistischen Teleologie-Verständnisses hatte Lukács sich schon im ‚Jungen Hegel‘ intensiv auseinandergesetzt – unter Bezugnahme auf Lenin, der in Hegels Sicht der Dialektik von Zweck und Mittel (Werkzeug) Ansätze des historischen Materialismus sah. ¹⁹ Wesentlich dabei sind vier Gesichtspunkte:

- In der Arbeit geht die ideell hervorgebrachte teleologische Setzung der materiellen Verwirklichung voraus.
- Dies geschieht im Rahmen einer real unauflösbaren Komplexität. Eine ideale Setzung ohne materielle Realisierung bleibt eine reine Vorstellung. Und die materielle Realisierung kann ohne vorangehende Setzung nicht stattfinden – die Natur hat kein Wasserrad hervorgebracht. (2/297f, 343)
- Die erkenntnistheoretische Priorität des Materiellen steht außer Frage. Materielle Gegebenheiten entscheiden über die Richtigkeit und den Erfolg der Setzung. (2/352)
- Lukács unterstreicht, daß gesellschaftliches Geschehen zwar auf teleologischen Setzungen beruht, selbst in seiner Entwicklung aber kausalen Charakter trägt. Jede entwickelte Gesellschaft wird im wesentlichen von Aktivitäten bewegt, die teleologischen Ursprungs sind. Sie konstituiert sich gleichwohl aus

¹⁸ RD, S. 269.

¹⁹ Georg Lukács, Der junge Hegel, Aufbau-Verlag Berlin 1954, S. 389 ff; W. I. Lenin, Werke, Bd. 38, Berlin 1964, S. 175 ff; vgl. Friedrich Engels, Dialektik der Natur, MEW, Bd. 20, Berlin 1962, S. 497.

Kausalzusammenhängen, die „nie und nirgends, in keiner Beziehung teleologischen Charakters sein können.“ ²⁰

Die Bedeutung dieses Konzepts für das Verständnis von Gesellschaft und Geschichte unterstreicht Lukács, wenn er die teleologischen Setzungen verallgemeinernd als „Handlungsstrukturen“ bezeichnet. (2/114) ²¹ Ihre Struktur im einfachen Arbeitsprozeß kann natürlich nur als abstraktes Modell gelten. Lukács unterscheidet verschiedene Typen von Setzungen je nach dem Objekt, auf das sie sich beziehen. In dem Maße, in dem sie sich auf komplexe gesellschaftliche Gegenstände oder Situationen, z.B. das Verhalten anderer Menschen oder das Selbst, beziehen, nimmt die Vielfalt der Determinanten, die auf sie einwirken, zu. (2/109) Und der Weg von der Entscheidung zum praktischen Erfolg oder Scheitern gestaltet sich immer verschlungener. (2/53)

Drittens: Die teleologischen Setzungen tragen Alternativcharakter. Sie fußen auf Entscheidungen, die ihrerseits in eine Vielzahl von Erkenntnisprozessen, Erfahrungen, Bedürfnissen etc. eingebettet sind. Die „Alternativentscheidungen eines konkreten Menschen“ wertet Lukács als das „unmittelbare ‚Element‘ des gesellschaftlich-geschichtlichen Geschehens, das trotz seiner inneren Komplexität als Bestandteil gesellschaftlicher Komplexe gerade seinhaft nicht mehr zerlegt werden kann, sondern so wie es ist, in seinem Geradesosein als Element zu behandeln ist.“ (2/232)

Genannt werden müssen einige weitere Bestimmungen, die Lukács mit dieser Analyse verbindet und die zugleich die modellhafte Bedeutung der Arbeit für das Wesen des gesellschaftlichen Seins erhellen:

– Als Moment des gesellschaftlichen Seins gehen teleologische Setzungen mit einer „Subjekt-Objekt-Dualität“ einher. Darin sieht Lukács die ontologische Grundlage für die Phänomene des Sollens ²² und des Wertens. Das Sollen reguliert eine gewissermaßen vorgängige Beurteilung der Setzungen nach dem Kriterium gegebener Ziele. Diese werden ihrerseits wesentlich von Werten beeinflusst. (2/62, 67)

Damit erhöhen sich nicht nur die Erfolgchancen realen Handelns. Die historische Ausprägung und Vervollkommnung dieses ‚Regelmechanismus‘ muß als wesentliche Seite menschlicher Subjektivitätsentwicklung angesehen werden. Das Sollen appelliert an bestimmte Seiten der ‚Innerlichkeit‘ des Subjekts. „Die Selbstbeherrschung des Menschen, die notwendigerweise zuerst als Wirkung des Sollens in der Arbeit auftaucht, die wachsende Herrschaft seiner Einsicht über die eigenen spontan biologischen Neigungen, Gewohnheiten etc. wird durch die Objektivität des Prozesses geregelt und gelenkt; diese ist aber ihrem Wesen nach im Naturdasein des Objekts, der Mittel etc. der Arbeit fundiert.“ (2/66)

²⁰ RD, S. 271, 275f.

²¹ Rüdiger Dannemann schreibt, daß die ‚Ontologie‘ „die Bedingungen und Strukturen menschlichen Handelns untersucht“. Rüdiger Dannemann, Lukács zur Einführung, a.a.O., S. 95.

²² Vgl. Georg Lukács, Gelebtes Denken. Eine Autobiographie im Dialog. Redaktion Istvan Eörsi, Frankfurt 1981, S. 235.

Im Sollen sieht Lukács das Auftreten einer neuen Praxisform, einer „umgedreht“ determinierten Praxis. Setzungen sind „Sollensbeziehungen, Akte, in denen nicht die Vergangenheit in ihrer spontanen Kausalität die Gegenwart bestimmt, in denen vielmehr die teleologisch gesetzte Zukunftsaufgabe das bestimmende Prinzip der auf sie gerichteten Praxis ist“. (2/67) Auch diese theoretische Würdigung der enormen Möglichkeiten wie der tatsächlichen Bedingtheit subjektiver Einflußnahme auf das Geschehen gehört zu einer realistischen Geschichtsbetrachtung.

– Der adäquaten Beurteilung der Rolle des Menschen in den geschichtlichen Abläufen dient auch die Bestimmung des Menschen als „antwortendes Wesen“. Der Mensch reagiert nicht einfach auf äußere Bedingungen. Er artikuliert seine Reaktionen auf entsprechende Herausforderungen als Antworten auf Fragen, in die nicht nur die Verarbeitung der natürlichen, sondern nicht minder die der selbstgeschaffenen Umgebung eingeht, in der nicht nur die gegebene objektive Konstellation von Gegenständen, sondern die Subjektivität eine gewichtige Rolle spielt. (2/250) Arbeit ist nicht nur Befriedigung von Bedürfnissen, sondern Resultat von Entscheidungen über verschiedene Möglichkeiten, Zielen zu entsprechen. Die gegebene Situation wird von einem „denkenden und setzenden Subjekt“ als Frage gedeutet. (1/54) Dieses Wechselspiel von Frage und Antwort birgt Entwicklungsmöglichkeiten in sich, von ihm gehen modifizierende Einflüsse auf die gesellschaftlichen Verhältnisse wie auf die menschlichen Fähigkeiten aus.

– Konsequenzen für das Geschichtsbild ergeben sich daraus, daß der Mensch seine Alternativentscheidungen und Setzungen zwar bewußt vollzieht, aber niemals in Kenntnis aller Voraussetzungen, Umstände und Folgen dieses seines Handelns. Lukács akzentuiert damit einen individuellen bzw. subjektiven Pol der von Marx und Engels erörterten Spontaneität gesellschaftlicher Prozesse. Unter anderem hieraus ergibt sich für Lukács ein Argument gegen einen „metaphysisch extrapolierenden universalistischen Rationalismus“. (1/637)

Wenn Lukács also die Arbeit als Modell gesellschaftlicher Praxis ansieht, so ist das m.E. nicht nur im Sinne der geschichtsphilosophischen Wertungen der Arbeit durch Marx und Engels zu verstehen. Die Einsicht in die fundamentale Rolle der Arbeit bei der Menschwerdung, in ihre Funktion als „ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens“, in die Rolle von Arbeitsmitteln als Gradmesser humaner Potentiale und als „Anzeige gesellschaftlicher Verhältnisse“²³ – all das ist für Lukács selbstverständlich. Zugleich geht er darüber hinaus. Ihn interessiert die Arbeit als Ort der elementaren und zugleich für das gesellschaftliche Sein spezifischen Wechselwirkung von Materiellem und Ideellem, von Subjektivem und Objektivem. Und er schließt von der Struktur der Arbeit auf bestimmte Strukturelemente der gesellschaftlichen Praxis. Charakteristische Merkmale menschlichen Handelns und gesellschaftlicher Ak-

tionen werden herausgearbeitet, ohne deren Berücksichtigung das gesellschaftliche Geschehen zu einem irrealen, abstrakten Schema erstarren würde. Zugleich warnt Lukács immer wieder davor, diese Modellwirkung der Arbeit als einfache Verallgemeinerung oder logische Deduktion zu verstehen. Zwischen dem Modell und den „späteren, viel komplizierteren Varianten“ besteht ein Verhältnis der „Identität und Nichtidentität“. (2/66)

Es würde den hier gesetzten Rahmen sprengen, die Konsequenzen dieses Ansatzes für das Gesellschafts- bzw. Geschichtsbild der ‚Ontologie‘ im einzelnen zeigen zu wollen. Abgesehen davon, daß Lukács nicht den Darstellungsprinzipien früherer Lehrbücher über dialektischen oder historischen Materialismus folgt. Die ‚Ontologie‘ bietet keinen systematischen Abriss der verschiedenen Schichten oder Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Probleme der Ökonomie, des Klassenkampfes, der Politik, der Ideologie, des Rechts etc. werden selbstverständlich erörtert. Aber stets unter dem Gesichtspunkt ihrer Bewegung und Entwicklung, ihrer Besonderheiten als Momente des gesellschaftlichen Seins, als Produkt und Bedingung bewußten menschlichen Handelns. Alltagsleben, Unmittelbarkeit und Vermittlung, Homogenität und Heterogenität, Ereignis und Gesetz, Determinismus, Persönlichkeit und Individualität, Entfremdung, soziale Erkenntnis, die Ungleichmäßigkeit des Fortschritts, die widerspruchsvolle Synthese von Handlungen und sozialen Prozessen zu gesellschaftlichen Totalitäten und deren historische Reproduktion nehmen einen gewichtigen Platz ein. Immer wieder zergliedert unter dem Aspekt des ständigen Ineinanderübergehens von teleologischen und kausalen Zusammenhängen, das sich „auf allen gesellschaftlichen Ebenen der menschlichen Aktivität in immer neuen, vermittelteren und verwickelteren Formen stets neu reproduziert“.²⁴

Lukács bietet auf diese Weise eine inhaltliche, konkrete Alternative zu schematischen und mechanistischen Zügen der materialistischen Geschichtsauffassung. Er stellt nicht abstrakt-isolierte Bereiche gegenüber, sondern widmet seine Aufmerksamkeit den vermittelnden Momenten der Entwicklung gesellschaftlicher Totalitäten bzw. der Wechselwirkung zwischen ihnen. Wenige Streiflichter mögen der Illustration dienen.

Individuum, Gattung, Menschheit

Das ontologisch ausschlaggebende Kriterium für den Prozeß der Menschheitsentwicklung habe Marx in der Entwicklung der Gattungsmäßigkeit gesehen. Die Existenz von Einzel exemplar und Gattung ist eine elementar objektive Grundeigenschaft jedes Seienden. Für die Natur gilt, was Marx in Auseinandersetzung mit Feuerbach als „stumme“ Gattung, als eine die „vielen Indi-

²³ Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, MEW Bd. 23, Berlin 1962, S. 195, 199.

²⁴ RD, S. 280.

viduen natürlich verbindende Allgemeinheit“ bezeichnet.²⁵ Die Gattung existiert unmittelbar nur in den Einzelexemplaren.

Die neue Qualität der „Gesellschaftlichkeit als neue Weise der Gattungsmäßigkeit“ (1/34) ergibt sich aus der aktiven Auseinandersetzung des Menschen mit der Umwelt, aus der Arbeit und deren gesellschaftlichen Konsequenzen. Ein neuer Typus der Beziehungen zwischen Einzelexemplar und Gattung bildet sich heraus. Einerseits ist das Gattungsmäßige, das menschliche Wesen, nicht mehr ein dem Einzelexemplar innewohnendes Abstraktum, sondern das „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Marx). Der Mensch entwickelt sich objektiv in Wechselwirkung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, und er setzt sich zu ihnen in Beziehung. Er ist in die Lage versetzt und gezwungen, „das Denken der Welt auf den gesamten weitesten, objektiven wie subjektiven Umkreis seines Daseins auszudehnen und seine Ergebnisse zum organischen Bestandteil seiner eigenen Existenz zu machen“. (1/39) Es gibt nicht mehr nur das isolierte Einzelexemplar und eine „stumme“ Gattung, eine bloße Verallgemeinerung. Die zu Individuen werdenden Einzelnen erheben sich vielmehr „zu einer immer deutlicher werdenden Stimme, ... zur seiend-gesellschaftlichen Synthese ... mit der in ihnen selbstbewußt gewordenen Menschengattung.“²⁶

Andererseits nimmt die menschliche Gattung eine „äußere“ Gestalt an. Sie erhält und reproduziert sich im Prozeß ihrer Geschichte, unterliegt einer Höherentwicklung und tritt in wechselnden Seinsformen in Erscheinung. Die „letzt-hinnigen“ Triebkräfte des Gesamtprozesses ergeben sich aus der Ökonomie, die ihrerseits durch teleologische Setzungen vollzogen wird – die Ökonomie ist Produzent und Produkt des Menschen.“ (1/51) Auf diese Weise entwickelt sich die menschliche Gattung zu „einer gegliederten, innerlich differenzierten Totalität.“

Charakteristisch für Lukács' Herangehen ist, daß er den „prinzipiell uneinheitliche(n) Charakter“ dieser Gattungsmäßigkeit als das „entscheidende Neue“ früheren Gattungsformen gegenüber betont. Das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse könne „unmöglich in einer einheitlichen Weise auf die von ihm umfaßten Menschen“ wirken, was bereits in den primitivsten Formen der Arbeitsteilung sichtbar werde. Je mehr Gesellschaftlichkeit die Reproduktionsprozesse auszeichnet, desto größer die spontanen Differenzierungen und Pluralitäten in der gesellschaftlichen Praxis, desto vielfältigere Entscheidungen und Reaktionsweisen sind gefordert. Darin ist eine der sozialen Grundlagen der Ausbildung des Menschen zur Individualität zu sehen. Die Reproduktion der jeweiligen Totalität ruft einerseits Anlaß, Charakter, Spielraum etc. der Handlungen der Einzelmenschen hervor. Andererseits wird sie in ihrer Gesamtbewegung von diesen Einzelimpulsen und Akten nicht unwesentlich mitbestimmt. (1/51)

²⁵ Karl Marx, Thesen über Feuerbach, MEW Bd. 3, Berlin 1958, S. 6.

²⁶ RD, S. 279.

Notwendigkeit und Freiheit

In Lukács' Darlegungen zur Dialektik von Notwendigkeit und Freiheit könnte man einen strukturellen und einen historischen Aspekt unterscheiden. Angelegt ist die Einheit von Notwendigkeit und Freiheit bereits in der widersprüchlichen Einheit der teleologischen Alternativentscheidungen mit ihren kausalen Voraussetzungen und Folgen.²⁷ Der Mensch muß wählen zwischen den Möglichkeiten eines Spielraums.²⁸

In gesellschaftlich-historischer Sicht beschreibt der Marxismus bestimmte historisch übergreifende Grundlinien vor allem der ökonomischen Entwicklung: Die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verkürzt sich, die Gesellschaftlichkeit des Reproduktionsprozesses erhöht sich, ursprünglich kleinere Menschengruppen integrieren sich zu größeren – was allerdings „für das Leben der Menschen und Völker die schwierigsten, zugespitztesten Konflikte aufwirft“.²⁹

Die historische Entwicklung des materiellen Lebensprozesses erweitert so den Möglichkeitsspielraum für die freie Selbstbetätigung des Menschen und bringt eine Ausdehnung der Zahl und der Tragweite menschlicher Entscheidungen, d.h. eine Steigerung menschlicher Fähigkeiten mit sich. Die Freiheit des Menschengeschlechts erweist sich als Ergebnis seiner eigenen Tätigkeit. Dabei ist Lukács sich des gegensätzlichen Charakters der Beziehungen nicht nur zwischen individueller und Gattungsentwicklung, sondern auch der zwischen der Steigerung menschlicher Fähigkeiten und der Entwicklung menschlicher Persönlichkeiten durchaus bewußt.

Auf der Grundlage und jenseits dieses Reiches der „Notwendigkeit“ bestimmt Lukács – mit Marx – Freiheit als „menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt“. Bei dieser Ausweitung des Problems zeigt sich nun wieder die Spezifik des Ansatzes von Lukács und eine interessante Durchdringung von deskriptiven und normativen Aspekten.

Erstens ist natürlich „Reich der Freiheit“ als Attribut eines künftigen Gesellschaftszustandes zu verstehen, geknüpft an geschichtliche Voraussetzungen. Die Menschheit muß den „Zwangscharakter der eigenen Selbstreproduktion“ überholen, damit der gesellschaftliche Weg für menschliche Tätigkeit als Selbstzweck freiliegt.³⁰

Zweitens hält Lukács die Realisierung einer so verstandenen Freiheit in gewisser Hinsicht schon in der bisherigen Geschichte für möglich. Kriterium dafür ist eine bestimmte geistige und praktische Beziehung zwischen Individuum und Gattung. Aufhebung der „stummen“ Gattungsmäßigkeit bedeutet zunächst die Herausbildung praktischer Bewußtheit über die gegebenen gesellschaftlichen Zusammenhänge. Dieses Bewußtsein verbleibt jedoch im Rah-

²⁷ RD, S. 280.

²⁸ Gespräche mit Georg Lukács, a. a. O., S. 103.

²⁹ RD, S. 278.

³⁰ RD, S. 281.

men der „Partikularität“. Eine „höhere Gattungsmäßigkeit“ sieht Lukács in dem Streben nach einer Konvergenz zwischen persönlicher und Gattungsentwicklung verwirklicht, in einer auf Gattungsmäßigkeit intentionierten Haltung, die zugleich als „wahrhafte und konkrete Erfüllung des Einzellebens“ gilt. (1/204 ff) Große Kunst und große Philosophie „sowie die beispielgebenden Verhaltensweisen einzelner handelnder Menschen“ wirken in diese Richtung. Sie werden „ohne Zwang im Gedächtnis der Menschheit aufbewahrt“ und akkumulieren sich als Bedingungen dafür, „die Menschen für ein Reich der Freiheit innerlich vorzubereiten“.³¹ In anderen Worten: „Die zum eigenen Lebensinhalt gewordene Überzeugung (die freilich auch bloß Gefühl oder Ahnung sein kann) von der Realität der Gattungsmäßigkeit für sich ist die stärkste Waffe gegen das Entfremdetwerden, das dem Menschen zur Verfügung steht.“ (2/555)

Drittens: Zwischen Notwendigkeit und Freiheit bleibt ein unaufhebbares Spannungsverhältnis. Lukács unterstreicht, daß sowohl die objektive Erweiterung des Spielraums für Freiheitsmöglichkeiten als auch die freie Selbstbetätigung Produkt menschlicher Tätigkeit und historischer Entwicklung sind. „Die erste aber die einer notwendigen Entwicklung, die zweite des richtigen, menschenwürdigen Gebrauchs des notwendig Hervorgebrachten ... Der Mensch muß seine Freiheit durch eigene Tat erwerben.“³²

Vorstehende Skizze versteht sich als Beitrag zur philosophischen Diskussion um das Spätwerk von Georg Lukács. Meine Auswahl aus dem reichen Fundus der „Ontologie“ steht ebenso zur Diskussion wie alle Einschätzungen.

Meine spezifische Blickrichtung ist die widerspruchsvolle Beziehung zwischen der ‚Ontologie‘ und der Entwicklung des Marxismus im Gefolge der Oktoberrevolution. Einerseits war Lukács spätestens seit Mitte der zwanziger Jahre in diesen Diskurs involviert, hat er in diesem geistigen Rahmen gewirkt. Andererseits waren Schriften von Lukács nicht selten Gegenstand der Kritik von Repräsentanten des offiziellen Marxismus-Leninismus. Die außerordentliche Bedeutung der ‚Ontologie‘ – in Zusammenhang mit ‚Demokratisierung heute und morgen‘³³ – sehe ich darin, daß Lukács das Fazit seiner Position bzw. seiner Kritik an den Fehlentwicklungen des Marxismus-Leninismus unzweideutig artikuliert, ohne den Grundansatz von Marx und von Lenin zu sprengen. Lukács vermag Defizite oder Irrwege zu benennen und substantielle Alternativen zu bieten, weil seine Maßstäbe die stringente Logik der materialistischen Geschichtsauffassung sowie die objektiven Erfordernisse einer sozialistischen Praxis sind.

³¹ RD, S. 283.

³² RD, S. 281f.

³³ Vgl. besonders: Georg Lukács, Demokratisierung heute und morgen. Herausgegeben von Laszlo Sziklai. Budapest 1985.

Zu einer – bislang ausstehenden – historisch sachgemäßen Wertung der marxistisch-leninistischen Denkrichtung hat Lukács nicht zuletzt mit seinen Bemerkungen zum Verhältnis von Theorie und Politik, zu einer verhängnisvollen Unterordnung von Theorie unter Erfordernisse der Taktik entscheidendes beigesteuert.

Meiner Meinung nach ergibt sich daraus auch ein wichtiger Gesichtspunkt für die zeitgemäße Aufbereitung und Aneignung des theoretischen Erbes von Lukács selbst. Betrachtet man die Debatten um „Geschichte und Klassenbewußtsein“ in den zwanziger Jahren, um die Blum-Thesen, die Auseinandersetzungen am philosophischen Institut in Moskau Anfang der dreißiger Jahre oder auch Äußerungen zu den in den siebziger Jahren vorab veröffentlichten Einzelkapiteln der ‚Ontologie‘, so fällt auf, daß – in der Regel sehr weitgehende – Urteile und Wertungen nur selten am Text des Kritisierten orientiert waren. Das Bemühen, die Argumentation und die Gedankengänge des betreffenden Werkes zu rekonstruieren, um darauf die Kritik aufzubauen, fehlte weitgehend. Vorherrschend war das Bestreben, tatsächliche oder vermeintliche politische Wirkungen einer Auffassung, einer These oder eines Buches zu attackieren, und das durch diese oder jene Textstelle zu belegen.

Dieses Verfahren ist gewiß kein Privileg des marxistisch-leninistischen Diskurses. Eine Auffassung muß nicht falsch sein, weil sie politisch intendiert ist – und eine an politischen Prinzipien orientierte Kritik kann theoretisch durchaus berechtigt sein. Lukács wollte politisch wirken.

Worum es hier einzig und allein geht, ist, festzuhalten, daß etliche Arbeiten von Lukács es verdienen, in dieser Hinsicht neu gelesen zu werden. Anzustreben wäre, die politische Dimension der betreffenden Auseinandersetzung konkret auf die gegebene Situation zu beziehen, um die theoretische Substanz ohne Einschränkung zu ihrem Recht kommen zu lassen. Die weitere Erschließung der ‚Ontologie‘ könnte dafür als Beispiel dienen. Sie steht erst am Anfang.

Karl Hermann Tjaden

Vom wissenschaftlichen Wert des Materialismus, oder: Wozu taugt die Marxsche Theorie?

„Mit dem Vorwurf, die meisten der sich heute zum Marxismus Bekennenden würden darunter wenig mehr verstehen, als daß die Reichen immer noch die Armen ausbeuten, liegt [der us-amerikanische Philosoph] Rorty jedenfalls nicht voll daneben.“

(Jan Pehrke in Konkret 5/2001)

„Kurz gesagt, der Historische Materialismus ist nicht deswegen falsch, weil er materialistisch ist, sondern deshalb, weil er einseitig und widersprüchlich ist. [...] Diese Abneigung der meisten Marxisten, sich mit den Sozialwissenschaften und der Gesellschaft zu verändern, ist sicherlich teilweise für das Versagen der regierenden marxistischen Parteien verantwortlich, auf die tiefe ökonomische und politische Krise in den sogenannten sozialistischen Ländern um 1990 angemessen zu antworten – eine grausame Ironie im Fall einer dynamisch orientierten Philosophie. Soviel zum marxistischen Materialismus“

(Mario Bunge 1996, 301 [übersetzt])

Gottfried Stiehler hat in Z 46 (Juni 2001) den Materialismus als wesentliches Merkmal Marxscher Theorie hervorgehoben und dabei insbesondere „Konkretheit der Analyse“ gefordert. Das regt mich zu folgenden Überlegungen an, bei denen ich an die obenstehenden Zitate anknüpfe. In diesen geht es um den sei's möglichsten, sei's wirklichen wissenschaftlichen Wert des Marxschen Materialismus, im Unterschied zu seinem möglichen politischen Nutzen, und auf diese Seite der Angelegenheit will ich mich im folgenden beschränken. Beiseite bleiben im folgenden auch philosophische Reflexionen über Dialektik (die etwas anderes sind als dialektische Methodik in der Wissenschaft), von denen ich nichts verstehe und mit denen ich wohl aus diesem Grunde nichts anfangen kann (oder umgekehrt). Die Rede sei also vom gesellschafts- und geschichtswissenschaftlichen Materialismus bei Marx und Engels, meist Historischer Materialismus genannt.

Die Schrumpfform dieses Materialismus, die Feststellung, daß die Reichen die Armen ausbeuten oder daß es heutzutage Klassenverhältnisse gibt, hat wissenschaftlich in der Tat keinen allzu großen Wert, weil diese Verhältnisse ja offen zutage liegen. Um offenkundige Erscheinungen festzustellen, benötigt man bekanntlich keine Wissenschaft. Eine andere Sache ist es, diese Erscheinungen zu begreifen, wozu sicherlich zu allererst ein richtiger Begriff von ökonomischer Ausbeutung gehört. Diesen Begriff liefert – m. E. unzweifelhaft – die Marxsche politische Ökonomie der kapitalistischen Produktionsweise. Die

drei vorliegenden Bände des „Kapital“ enthalten überhaupt ein angemessenes theoretisches Modell dieser Produktionsweise, welches freilich – wie die reale kapitalistische Ökonomie selber – von grundlegenden Mensch-Natur-Beziehungen in der gesellschaftlichen Wirtschaft abstrahiert, weswegen dieses Werk in der Tat einige Widersprüchlichkeiten enthält (im einzelnen Tjaden 1992a). Man wird dem ersten Zitat sicher darin zustimmen können, daß das beherzte Pochen auf den Klassenbegriff die Erkenntnismöglichkeiten des Historischen Materialismus alles andere als ausschöpft. Auch die anschließende Kritik im zweiten Zitat, wonach der Historische Materialismus von Marx und Engels insgesamt, wenn er sich mit der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt sowie mit vorangegangenen Gesellschaften befaßt, durch Einseitigkeit und Widersprüchlichkeit gekennzeichnet sei, wird man nicht einfach beiseite tun können. Zutreffend ist sie sicherlich, soweit mit ihr eine Überbetonung ökonomischer Verhältnisse und die Idee einer gesetzmäßigen Sequenz gesellschaftlicher Formationen mit der kapitalistischen Ökonomie als vorläufigem Gipfelpunkt gemeint ist (vgl. im einzelnen Tjaden 1999 und Tjaden-Steinhauer/Tjaden 2001). Bis zu einem gewissen Grade gilt das, wie gesagt, auch für den damit verbundenen Vorwurf Mario Bunes, daß die Marxsche Theorie die Menschen als Naturwesen ebenso wie ihre natürliche Umwelt unzureichend beachte (Bunge 1996, 300f; vgl. in diesem Zusammenhang auch Mütterich 2000). Allerdings erfordert diese Kritik (die ich trotz mancher Mängel nicht für völlig falsch halte) ihrerseits eine differenzierte Kritik, die hier leider nicht geleistet werden kann. Ich möchte nur sagen, daß jene Kritik die dialektische Konzeption gesellschaftlicher Arbeit und deren Naturreferenz bei Marx nicht begreift und daher natürlich auch deren Bedeutung nicht erkennen kann, ein Punkt, auf den ich unten noch kurz zurückkomme. Der generelle Arbeitsbegriff im Kapitel über den Arbeits- und Verwertungsprozess im „Kapital“ ist gewiß ein ökonomisches (und daher an sich ein verkürzendes) Konzept gesellschaftlicher Praxis (Marx 1968, besonders 192-200). Aber ungeachtet der Frage, ob durch diesen Begriff ein umfassenderes Verständnis von „Mensch“ und „Natur“ in den frühen Schriften Marxs über Bord geworfen wurde oder im Gegenteil aufbewahrt oder sogar auf eine höhere Stufe gehoben wurde (eine Frage, die letztlich nur für Marx-Forscher interessant ist), muß hervorgehoben werden, daß im „Kapital“ erstmals eine Konzeption gesellschaftlicher Praxis vorgetragen worden ist, welche diese als zweckgerichtete Handhabung materieller Austauschbeziehungen zwischen „Mensch“ und „Natur“ begreift.

Arbeit als „Prozeß zwischen Mensch und Natur“

Viele Marxisten haben das allerdings nicht so recht bemerkt (einmal ganz abgesehen von dem, was Jürgen Habermas einst zu diesem Thema abgesehen hat) und bei den wenigen Theoretiker/innen, die sich ernsthaft mit diesem Arbeitsbegriff befasst haben, gibt es oft Mißverständnisse. Im Spätwerk von Georg Lukács (1973, 11-15) z. B. wird die Verwirklichung von Zwecksetzungen durch Arbeit in den Mittelpunkt gerückt, während der von Marx vorangestellte

„Prozeß zwischen Mensch und Natur, [...] worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert“ (Marx 1968, 192), zum Beiwerk gerät (vgl. die freilich etwas vereinfachende Kritik von Ruben/Warke 1979). Im Buch von Alfred Schmidt (1962, bes. 63-78) über Marxens Naturbegriff wird zwar dem „Begriff des Stoffwechsels von Mensch und Natur“ ein ganzes Kapitel gewidmet, aber dieser Stoffwechsel wird mit der gesellschaftlichen Arbeit gleichgesetzt, eine auch sonst häufige, in die Irre führende Oberflächlichkeit (vgl. auch Westholm 1986, 89). Eine seltsame Stellung nimmt Klaus Holzkamp (1973, 65ff, 105 ff, Hervorhebungen im Original) ein: zunächst wird die Bedeutung des Stoff- und Energieaustauschs als „allgemeine Wechselwirkung [...] eines Organismus mit der außerorganismischen Welt“ hervorgehoben, um später für die „gesellschaftlich-historische Entwicklung“ der Menschen, die im Anschluß an Marx als Entwicklung von Produktionsverhältnissen begriffen werden soll, zu behaupten, deren „Träger“ sei nicht „die Aktivität der Organismen zur Erhaltung ihres Lebens in gegebener Umwelt, sondern die *gesellschaftliche Arbeit* [...] als *vergegenständlichende menschliche Tätigkeit*“; eine Tätigkeit, welche, als Werkzeugherstellung bestimmt, sich anscheinend von jenen Subsistenzaktivitäten wesentlich unterscheiden soll (vgl. auch Holzkamp-Osterkamp 1975, 192-195). Erst in der umwelt- und ressourcenökonomischen Theorie von Hans Roos und Günter Streibel (1979, 37ff) ist aus dem Marxschen Text herausgearbeitet worden, daß zweckgerichtete gesellschaftliche Arbeit lediglich, aber wesentlich „Vermittler des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur“ ist, wodurch nur ein Teil der gesamten Stoff- und Energieflüsse gemanaged wird, die für das Leben der Menschen einer Gesellschaft in ihrer Umwelt erforderlich sind, wobei die Erzeugung und Verwendung von Gütern, darunter Arbeitsmitteln, freilich eine besondere Bedeutung gewinnt (vgl. auch: Grundmann 1991, 90, 98f; Tjaden 1992b, 27-52) Hieran anschließend kann man sagen: Diese Idee der praktischen Vermittlung, ggf. Regelung und u.U. auch Steuerung ausgewählter Stoff- und Energie-Ströme im Gesamt der Stoff- und Energie-Flüsse, welche menschliche Populationen und menschliche Habitate im Rahmen der Geo-Biosphäre miteinander verbinden, ermöglicht es, menschliche Gesellschaften in ihrem Mensch-Natur-Zusammenhang zu denken. Diese sind demnach eine besondere Form ökologischer (Populationen und Habitate kombinierender) Systeme.

Das ist eins der Pfunde, mit denen marxistische Wissenschaftler/innen wuchern könnten (keine Sorge, die Begriffe Ausbeutung und Klassenverhältnis müssen dabei nicht verloren gehen) und die Bedeutung dieser Konzeption möchte ich im folgenden veranschaulichen. *Einerseits* können und sollen sich Anhänger eines historischen Materialismus erforderlichenfalls einmal selber an die Nase fassen und fragen, ob sie denn das zentrale Kapitel des „Kapital“ über den „Arbeits- und Verwertungsprozess“ ernst genug genommen haben. Allerlei verkrampte Gedanken zu Vorstellungen jener Leute, die man früher neue soziale Bewegungen nannte, hätte man sich dadurch sparen können. Aber ich möchte mich hier auf ein „Andererseits“ konzentrieren. Was könnte sich

ergeben, wenn wir heute und hierzulande Geschichts-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften hätten, die insofern „materialistisch“ geprägt wären, als sie den „Stoffwechsel [sowie Energie- und Informationsaustausch] zwischen Mensch und Natur“ in den Mittelpunkt der Grundannahmen über ihren Gegenstandsbereich gerückt und dabei beachtet hätten, daß diese Austauschbeziehungen nur zum Teil durch gesellschaftliche Arbeit gehandhabt werden? Dann würden nämlich, *andererseits*, materialistische Historiker, Politologen, Soziologen, Ökonomen etc. ihre Kolleginnen und Kollegen aus diversen anderen, insbesondere naturwissenschaftlichen Disziplinen um Informationen zu allerlei gesellschaftlich-geschichtlich relevanten Naturphänomenen bitten können und müssen. Diese materialistischen Wissenschaften würden Ansprüche an die Erkenntnistätigkeit in anderen Wissenschaftszweigen stellen können, deren Befunde sie zur Klärung ihrer eigenen Fragen und Antworten benötigten. Das kann man bereits bei Betrachtung verschiedener Forschungsfelder der „Geistes- und Sozialwissenschaften“ in ihrer heutigen Gestalt erahnen, die sich ja seit ihrer Institutionalisierung als spezielles Etablissement des Wissenschaftsbetriebs im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Naturerkenntnis meist möglichst vom Leibe halten möchten. Gleichwohl gibt es sogar „bürgerlichen“ Wissenschaften zufolge Bedarf an Aufhellung der Naturzusammenhänge, in denen menschliche Gesellschaften sich entwickeln. Hierfür im folgenden einige Beispiele (im einzelnen, mit weiteren Nachweisen, Tjaden 2002 [im Druck]).

Materialistische Theorie und Vor- und Frühgeschichte

Als erstes die Wissenschaften, die sich mit der Herausbildung und frühen Geschichte menschlicher Gesellschaften befassen. Hierzu gibt es im Rahmen des Historischen Materialismus zunächst die kurze Arbeit von Friedrich Engels über die Rolle der Arbeit in der Entstehungsgeschichte des Menschen, die trotz aller inzwischen feststellbaren Mängel eine wissenschaftliche Pioniertat ersten Ranges gewesen ist. (Die in der Folge dieses Werks bis dahin erzielten wissenschaftlichen Fortschritte sind im umfangreichen Sammelband von Joachim Herrmann und Herbert Ullrich, das in der Spätzeit der DDR entstand, dokumentiert, Herrmann/Ullrich 1991.) Der Streit um die Knochen der tatsächlich oder angeblich ältesten Vorfahren der Menschen sowie der gemeinsamen Vorfahren von Menschen und Menschenaffen tobt zwar gegenwärtig besonders heftig und ist von persönlicher Eitelkeit nicht frei, aber viele Paläoanthropologen und Archäologen blicken doch über diesen Tellerrand hinaus. Sie untersuchen nicht mehr nur Ansammlungen von Fossilien und Artefakten, sondern bemühen sich, unter Mitwirkung anderer Fachwissenschaften, um die Aufhellung des gesamten ökosystemaren Leben-Umwelt-Zusammenhangs früher menschlicher Gesellschaften. Diese Untersuchungen sind für bestimmte Fundgebiete sehr weit fortgeschritten, so für das des ostafrikanischen Olduvai, was inzwischen sogar Prognosen über die räumliche Verteilung gesellschaftlicher Aktivitäten des *homo* oder *australopithecus habilis* bzw. des *homo erectus* erlaubt (Blumenschine/Peters 1998; vgl. hierzu Lambrecht u. a. 1998). Die

hierbei vorausgesetzte Zentralkategorie sind die stoff- und energieumsetzenden Interaktionen innerhalb der Population sowie zwischen dieser und ihrem Habitat, die in Gestalt von Subsistenzaktivitäten, aber auch von Defensiv- und von Sozialisationsaktivitäten auftreten, marxistisch ausgedrückt: in vielgestaltigen Arbeitstätigkeiten. Um die Art und das Gefüge dieser Tätigkeiten zu erschließen und die Gesellschaft selber sozusagen paläozoologisch zu begreifen, bedarf es (zusammen mit den herkömmlichen paläontologischen, paläoanthropologischen und archäologischen Untersuchungen) der paläoökologischen und paläogeographischen Erforschung der regionalen Beziehungen zwischen „Mensch“ und „Natur“. Das ist, aus der genannten materialistischen Sicht, ein generelles Desiderat für die Vor- und Frühgeschichte, bei der es in dieser Hinsicht noch gewaltige Lücken gibt, die freilich auch nicht leicht zu füllen sind. Zu denken ist dabei unter anderem an die Leben-Umwelt-Verhältnisse im späten Miozän in Afrika, in denen Gesellschaften der gemeinsamen Vorfahren von Menschen und großen Menschenaffen existierten; an die Beziehungen zwischen menschlichen Populationen und Habitaten im afrikanischen Middle Stone Age im späteren Eiszeitalter, deren bessere Kenntnis für die Beurteilung der technischen und sozialen Veränderungen während der sog. „Human revolution“ gegen Ende der letzten Eiszeit sehr hilfreich wäre; oder an die unzureichend bekannten ökosystemaren Milieus in vielen Fundgebieten des mittelpaläolithischen Europa, die man genauer erforschen muß, will man zu besseren Erkenntnissen bezüglich des Wandels der Gewinnung des Lebensunterhalts, der Geräteentwicklung und vielleicht auch der Veränderungen von Sprache und Bewußtsein in den Gesellschaften jener Zeit bis hin zu jenen am Ende des Eiszeitalters gelangen (vgl. u. a. McBrearty/Brooks 2000; Roebroeks/Gamble 1999)

Materialistische Analyse der Bildung gesellschaftlicher Formationen und Produktionsweisen

Andere Beispiele für Erkenntnislücken, die durch materialistische Analysen der Beziehungen zwischen „Mensch“ und „Natur“ in bestimmten Gesellschaften vermutlich verringert werden könnten, finden sich in der geschichtswissenschaftlichen Forschung u. a. zur Antike und zum Feudalismus im Westen Europas; genauer: zur Entstehungsgeschichte grundlegender Machtverhältnisse in entsprechenden Gesellschaften, deren jeweilige Wirtschaftsweisen vielfach als gesetzmäßig aufeinander folgende („antike Produktionsweise“, „feudale Produktionsweise“ usw. usw.) interpretiert worden sind. Solche Analysen der ökosystemaren Konturen historischer Strukturen und Prozesse werden inzwischen zuweilen von Historikern selber angemahnt. So erklärt J. Donald Hughes (1994, 3): „Humans are species within an ecosystem, so that the condition of the ecosystem as it changes through time influences the direction and development of human affairs. Ecological analysis is, therefore, a crucial means of gaining understanding of human history.“ Das gilt sehr wahrscheinlich für das Verständnis der territorialen Expansion Roms in der frühen repu-

blikanischen Zeit, durch die landwirtschaftliche Flächen für kleine Bauernwirtschaften in Mittelitalien gewonnen wurden, eine Expansion, die sowohl eine Voraussetzung für die weitere Ausdehnung der politischen Macht Roms in Italien und für die Bildung des Imperium Romanum als auch eine Voraussetzung für die Herausbildung jenes ökonomischen Machtverhältnisses war, das in Gestalt der Sklavenwirtschaft auf Gutsbetrieben auftrat und das vielen fälschlich als Wesensmerkmal der gesamten antiken Wirtschaftsweise gegolten hat. Jene frühe Aneignung zusätzlicher Wirtschaftsflächen in den ersten Jahrhunderten der Republik durch meist gewaltsame Annexionen und Kolonisationen, ein „central phenomenon“ dieser Zeit (Harris in Eder 1990, 501f) und der erste Schritt der Herausbildung der Großmacht Rom, gilt bei den Fachleuten als unzureichend erklärt (Heuss 1998, 42; Eder 1990, 482-559). Sie hat sicherlich mit ökonomischen, politischen und familialen Machtverhältnissen zu tun, doch waren diese in ein Gefüge natürlicher Ertragsbedingungen und menschlicher Arbeitsvermögen in der meist kleinbäuerlichen Landwirtschaft eingebettet, welche eine Ausweitung der agrarischen Produktion auf der gegebenen Fläche (vor allem wegen der gegebenen klimatischen Verhältnisse) kaum zuließ. Diese ökologische Grenze kleinbäuerlicher Landwirtschaft war vermutlich einer der Gründe für die frühromische Expansion, jener Voraussetzung für die genannten politischen und ökonomischen Machtbildungsvorgänge, in denen wohl wiederum (was hier nicht erläutert werden kann) Chancen und Risiken eine Rolle spielten, die in der Naturausstattung der jeweils involvierten Territorien begründet waren (vgl. Tjaden-Steinhauer/Tjaden 2001, 22-38, 48-52, 77-90). Ein analoges historisches Problem ist die Entstehung und frühe Entwicklung der Grundherrschaft im Frankenreich. Nachdem direkte Kontinuitäten mit der spätrömischen oder mit der germanischen Agrarverfassung nicht mehr angenommen werden, sind die Ursprünge und die frühe Ausbreitung der grundherrlich-bäuerlichen Machtverhältnisse, insbesondere ihrer in Fronhof und Hufen zweigeteilten „klassischen“ Form, nach Auffassung verschiedener Fachleute nicht zureichend erklärt. Als klärungsbedürftig gelten dabei auch die jeweiligen naturräumlich-landschaftlichen Gegebenheiten als Voraussetzungen der Begründung bzw. Verbreitung dieser ökonomischen Machtverhältnisse. So hat Ludolf Kuchenbuch (1991, 34) betont, es sei „immer wichtiger geworden, genauer zu ermitteln, welche Bedeutung das regionale, aber auch das lokale naturräumliche Milieu für die Ordnung und Ausrichtung der villa hat“, zu der wesentlich die verschiedenartigen Tätigkeiten der Erzeugung und der Aneignung der Feudalrente gehören. So ist auch hier ein volles Begreifen gesellschaftlicher Machtbildung auf dasjenige der Beziehungen zwischen „Mensch“ und „Natur“ angewiesen, in denen sich ökonomische und andere gesellschaftliche Gewaltverhältnisse entfalten. Und es gibt zweifellos weitere Übergänge in der Gesellschaftsgeschichte West-Europas, bezüglich derer es offene fachwissenschaftliche Fragen gibt, die auch von marxistischen Theoretiker/inne/n bislang nicht geklärt sind, die aber durch die Analyse der ökosystemaren Milieus der jeweiligen Region oder des gesamtgesellschaftlichen Territoriums einer Beantwortung näher gebracht werden

könnten. Immerhin ist die Frage, ob und ggf. wieweit geobiogene oder anthropogene Veränderungen der Beziehungen zwischen der Bevölkerung und dem Naturhaushalt bestimmter Landschaften Westeuropas im späteren Mittelalter oder in der frühen Neuzeit die jeweils gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnisse gefördert oder eingeschränkt haben, in einschlägigen Werken bereits aufgetaucht (z.B. Postan 1972; Bois 1984; Brenner 1982).

Historisch-geographischer Materialismus und Gesellschaftsbegriff

Die Bedeutung einer materialistischen Konzeption der Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen ihnen und ihrer natürlichen Umwelt, wie sie in Marxens Arbeitsbegriff vorgedacht ist, zeigt sich auch am Begriff der Gesellschaft selber. Dieser erscheint in der herrschenden, bürgerlichen Soziologie – wenn überhaupt noch – am ehesten in den sog. Theorien sozialer oder gesellschaftlicher Systeme, bei denen es sich freilich nicht um Theorien im strengen Sinne handelt. Unter den soziologischen Systemkonzepten, die in das 19. Jahrhundert zurückreichen, sind im 20. Jahrhundert die Entwürfe von Talcot Parsons und von Niklas Luhmann zu einiger Berühmtheit gelangt. In beiden (ansonsten sehr unterschiedlichen) Konzeptionen stellen der Stoff- und Energieaustausch, den die Interaktionen zwischen „Mensch“ und „Umwelt“ vermitteln, regeln oder steuern, und diese gesellschaftliche Arbeit selber keine zentralen Kategorien dar. Das zeigt sich am deutlichsten im Werk von Luhmann, in dem Gesellschaften auf Kommunikation reduziert werden und als raum-, zeit- und körperlose Geisterwelten existieren (Luhmann 1984, 60f, 92-98). Aber selbst die von Mario Bunge (der Luhmanns Systemkonzept zutreffend kritisiert) vertretene materialistische Konzeption gesellschaftlicher Systeme entbehrt des Begriffs der praktischen Handhabung materieller Austauschbeziehungen zwischen den Mitgliedern einer Population sowie zwischen dieser und ihrem Habitat, also jenes Begriffs, der im Marxschen Arbeitsbegriff enthalten ist (Bunge 1996, 270-274; 1998, 5-10, 48ff). Und damit wird auch darauf verzichtet, die zwischen Population und Habitat vermittelnde Gesellschaft grundbegrifflich in Raum und Zeit einzubinden. Eine solche Einbindung entspräche der Forderung der internationalen *Gulbenkian Commission for the Restructuring of the Social Sciences*, in der gesellschaftswissenschaftlichen Theorie „Zeit und Raum erneut als für unsere Analysen konstitutive interne Variablen“ zu verankern (Wallerstein et al. 1996, 81). Hierfür verfügt der Marxsche Materialismus über brauchbares Handwerkszeug, wenn man ihn als Materialismus ernst nimmt, das heißt, wenn man – mit Friedrich Engels (1968, 205, Hervorhebung im Original) – begreift, daß „unter den ökonomischen Verhältnissen die *geographische Grundlage*, worauf diese sich abspielen, und die tatsächlich überlieferten Reste früherer ökonomischer Entwicklungsstufen, die sich forterhalten haben“, „einbegriffen [sind]“. Ein theoretischer Ansatz zu einem solchen geographisch-historischen Materialismus liegt in frühen Arbeiten von Karl August Wittfogel (1929, 1931) vor, die sich wesentlich vom De-

terminismus im Alterswerk dieses Autors unterscheiden. Gewisse, hier nicht zu erörternde theoretische Versuche sind auch von Geographen – so von David Harvey – vorgetragen worden. Die Sichtweise eines historisch-geographischen Materialismus ist in letzter Zeit vor allem von Rolf Czeskleba-Dupont (1999, 2001) theoriehistorisch und konzeptionell vorangetrieben worden. Hiernach sind menschliche Gesellschaften Systeme, in denen und durch die Stoff-, Energie- und Informationsflüsse zwischen der Bevölkerung und dem Naturhaushalt in einem gegebenen Raum (oder Teilraum) und in einem bestimmten Zeit(unter)abschnitt – im Sinne des Marxschen Arbeitsbegriffs, wenn auch keineswegs nur durch die Erzeugung und Verwendung von Gütern – bewerkstelligt werden. Dieses Modell impliziert: (1) An die Stelle dichotomischer Gegenüberstellungen wie „Mensch-Gesellschaft“ oder „Gesellschaft-Natur“ tritt ein Begriff von Gesellschaft als Vermittlungsglied zwischen „Mensch“ und „Natur“, genauer: zwischen der Bevölkerung und dem Naturhaushalt eines geographischen Raums. (2) Die gesellschaftlich geprägten Interaktionen zwischen diesen beiden Momenten sind nicht in Abstraktion von der Evolutions- und Kulturgeschichte zu begreifen, sondern sie bedienen sich bestimmter Techniken, Normen und Institutionen, die in historischer Zeit hervorgebracht und wirksam sind und die eventuell in abgewandelter Form aus vorausgegangenen Gesellschaften übernommen werden. Aus dieser Sicht ergibt sich ein Rahmen für Forschungsfragen bezüglich der jeweiligen (teilweise gesellschaftlich vermittelten) Beziehungen zwischen „Mensch“ und „Natur“ sowie des gesamten Mosaiks ökosystemarer Milieus in gesellschaftlich bestimmten Territorien und Perioden. Hierzu gehört die Frage nach den ökosystemaren Voraussetzungen der Bildung bestimmter Gesellschaften und der ihnen innewohnenden gesellschaftlichen Tätigkeiten (Beispiel: welches sind, im Falle sesshafter Gesellschaften, die biogeographischen Voraussetzungen der Landnahme und Landnutzung für bestimmte Wirtschafts- und Siedlungszwecke?). – Ein zweiter Fragenbereich betrifft die indirekte Transformation von Ökosystemen und Ökosystemelementen im Zuge der Verwandlung von Naturlandschaften und -räumen in (z. B. agrarische, industrielle etc.) Kulturlandschaften und -räume (Beispiel: die genetische Veränderung von wildem Weizen als Folge des Aberntens von Wildgetreide). – Ein dritter Bereich sind die direkten Effekte der Raumnutzung durch (sesshafte) Gesellschaften oder ihre Subsysteme, z. B. die Ökonomie, auf das ursprüngliche ökosystemare Gefüge des jeweiligen Gebiets (Beispiel: Eutrophierungen durch Einträge aus Überdüngung und Siedlungsabwässern in Oberflächengewässer). – Einen weiteren Fragenbereich bilden schließlich die weiteren Folgen (z. B. Fernwirkungen, Rückwirkungen) derartiger ökosystemarer Auswirkungen gesellschaftlicher Praxen auf die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und dem Naturhaushalt einer Gesellschaft und auf die einzelnen menschlichen Organismen und die verschiedenen Umweltkompartimente (Beispiel: Fernwirkungen von Umweltgiften, etwa Dioxinen, in Folge erbgutschädigender Wirkungen, die in Mißbildungen Neugeborener resultieren).

Materialistische Theorie und Ressourcen- und Umweltökonomie

Eine weitere Facette der Bedeutung des Arbeits- und Stoffwechselbegriffs Marxens für heutige wissenschaftliche Fragestellungen zeigt sich im Wissenschaftsbereich Ressourcen- und Umweltökonomie. Das herrschende wirtschaftswissenschaftliche Denken verfährt bekanntlich im wesentlichen ahistorisch und abstrahiert in aller Regel von den lebendigen Menschen und ihrer Mitlebewelt, weshalb die Interaktionen des ökonomischen Systems mit „Mensch“ und „Natur“ und diese selber – wenn überhaupt – allenfalls quantitativ gefasst werden, was sogar für die keineswegs herrschende ökologisch orientierte Konzeption von Herman Daly (1999, 70-91) gilt. Die prinzipielle Externalisierung von „Mensch“ und „Natur“ im wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream bedeutet jedoch nicht deren völlige Ausklammerung aus der ökonomischen Theorie. Sie kehren vielmehr in der Ressourcen- und Umweltökonomie in Gestalt nicht-marktvermittelter externer Effekte der Warenproduktion und -konsumtion wieder, die – bewertet – als externe Kosten und/oder Nutzen erscheinen. Gleichwohl handelt es sich zunächst um reale Effekte, die auf die Menschen, die außermenschliche Natur und auf deren vielfältige Wechselbeziehungen schädlich oder nützlich einwirken, und erst wenn man diese Schad- oder Nutzwirkungen kennt, kann man sie eventuell irgendwie ökonomisch bewerten. Deren Identifizierung, um die man sich noch nicht sehr lange bemüht, ist offenbar nicht nur Aufgabe ökonomischer, sondern auch, wenn nicht sogar in erster Linie, Aufgabe nicht-ökonomischer Wissenschaften, so der Umweltwissenschaften und der Arbeitswissenschaften einschließlich ihrer medizinischen Zweige. Materialistische Gesellschaftswissenschaft kann dazu beitragen, hier die richtigen Fragen zu stellen, und sie hat das ansatzweise auch bereits getan. Das kapitalistische System der Produktion, Zirkulation, Distribution und (produktiven oder konsumtiven) Konsumtion von Waren wird bekanntlich mit Inputs beschickt, bei denen Naturressourcen, Arbeitskraft und Sachgüter zu unterscheiden sind und die sich aus natürlichen und menschlichen Quellen nähren, und es bringt als Outputs Waren, Abfälle und (andere) Emissionen hervor, die in natürlichen und menschlichen Senken verbleiben. Aus materialistisch-gesellschaftswissenschaftlicher Sicht sind die externen Effekte, von denen die Ressourcen- und Umweltökonomie handelt, umfassend als Wirkungen, Folgen und Folgefolgen dieser Quellennutzungen und Senkenbelastungen für Mensch und Umwelt zu begreifen und nicht nur einfach als Wirkungen und Folgen der entnommenen bzw. eingetragenen Inputs und Outputs. Dazu sind die ökonomisch geprägten Inputs und Outputs (z. B. handelbare Ressourcen, die Ware Arbeitskraft, Waren für Gütermärkte) klar von ihren natürlichen und menschlichen Quellen und Senken zu unterscheiden. So haben die einleitend bereits genannten Autoren Hans Roos und Günter Streibel (1979) in einer wegweisenden Arbeit zwischen Naturressourcen und (multiplen und unspezifizierten) Naturpotentialen unterschieden, wobei auf das ökologische Potentialkonzept von Günter Haase und Ernst Neef zurückge-

griffen wird, und dieser Unterscheidung entspricht die von Arbeitskraft und (multiplen und unspezifizierten) Arbeitsvermögen. Negative Effekte entstehen daher z. B. auch aus Übernutzungen, Fehlnutzungen oder einseitigen Nutzungen von Potentialen und Vermögen. Entsprechendes gilt für Belastungen aus Outputs der Warenproduktion. Die Unterscheidung von emittierten Gütern und anderen Emissionen einerseits und, andererseits, ihren Senken in menschlichen, tierlichen und pflanzlichen Organismen und in den verschiedenen Umweltkompartimenten ist zwar geläufig. Aber diese Differenz erhellt auch die Wichtigkeit klarer begrifflicher Unterscheidungen: es geht z. B. bei schädlichen Auswirkungen der Produktion chlorchemischer Produkte nicht um eine Toxizität bestimmter Produkte dieser Art an sich, sondern um toxische Belastungen von Menschen, Tieren, Pflanzen und weiteren natürlichen Stoffsenken, die sehr unterschiedlich empfindlich sind und jeweils besonders untersucht werden müssen. Die Untersuchung und Bewertung der vielfältigen, räumlich oft zerstreuten und zeitlich oft langfristigen Wirkungen und Wirkungsketten, welche vermittels stofflicher und energetischer In- und Outputs des kapitalistischen Produktions- und Konsumtionssystems erzeugt werden, und zwar durch die Nutzung bzw. Belastung der menschlichen und übrigen natürlichen Input-Quellen und Output-Senken in diesen selber, ist aus Sicht einer materialistischen Theorie eine wissenschaftliche Aufgabe ersten Ranges.

Weitere Perspektiven materialistischer Theorie

Abschließend sei noch daran erinnert, daß – wie seit langem bekannt und neuerdings wieder oft erörtert – internationale Beziehungen, darunter Kriege, viel mit Stoff- und Energiequellen und -senken zu tun haben. Hieraus resultierende Konfliktpotentiale sind in einem jüngst erschienenen Buch von Gustav Sauer (2001) exemplarisch analysiert worden. Das ist eine makroskopische Sicht auf den teilweise durch gesellschaftliche Arbeit vermittelten, geregelten oder gesteuerten Stoffwechsel zwischen „Mensch“ und „Natur“, im Maßstab des globalen Gefüges aktueller Gesellschaften. Ebenso wichtig ist der mikroskopische Blick auf Aspekte dieses Stoffwechsel im Maßstab der Interaktionen zwischen Personen und Milieus, so z. B. auf die massenhaft auftretende extreme Sensitivität bestimmter Menschen gegen minimale Dosen vielfältiger Umweltgifte, die gegenwärtig durch Karl-Rainer Fabig und andere systematisch medizinisch untersucht wird (vgl. Fabig 2000).

Fazit: Man kann mit dem Marxschen Materialismus nicht nur in der Theorie der kapitalistischen Ökonomie, sondern auch bei der Erforschung anderer geschichtlich-gesellschaftlicher Verhältnisse wissenschaftlich etwas anfangen, wenn man den Stoffwechsel- und Arbeitsbegriff des „Kapital“ ernst nimmt und auf real existierende Probleme auf diesem Planeten anwendet.

Dank: Für wichtige Hinweise danke ich den Kolleg/inn/en Margarete Tjaden-Steinhauer (Kassel), Rolf Czeskleba-Dupont (Roskilde) und Richard Sorg (Hamburg).

Literatur

- Blumenschine, Robert J./Peters, Charles R., 1998: Archaeological predictions for hominid land use in the paleo-Olduvai Basin, Tanzania, during lowermost Bed II times. In: *Journal of Human Evolution* 34, S. 565-607
- Bois, Guy, 1984: *The Crisis of Feudalism, Economy and Society in Eastern Normandy c. 1300-1550*, London [etc.]
- Brenner, Robert, 1982: The Agrarian Roots of European Capitalism. In: *Past & Present* No. 97, S. 16-115
- Bunge, Mario, 1996: *Finding Philosophy in Social Science*, New Haven, London
- Bunge, Mario, 1998: Social science under Debate: A Philosophical Perspective, Toronto [etc.]
- Czeskleba-Dupont, Rolf, 1999: How to Learn from Ecology: Critical Theory as Transdisciplinary Orientation. In: V. Rego Diaz, ed., *Brecht – Eisler – Marcuse 100. Fragen kritischer Theorie heute*, Berlin [etc.], S. 159-175
- Czeskleba-Dupont, Rolf, 2001: *Materialismus, geographischer*. Manuskript für: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus* Bd. 7, Hamburg, Berlin
- Daly, Herman, 1999: *Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung*, Salzburg
- Eder, Walter, Hrsg., 1990: *Staat und Staatlichkeit in der frühen römischen Republik*, Stuttgart
- Engels, Friedrich, 1968: Engels an W. Borgius in Breslau. In: *Marx-Engels-Werke*. 39, S. 205- 207, Berlin (DDR)
- Fabig, Karl-Rainer, 2000: Das Multiple Chemikalien-Sensitivität-Syndrom (MCS). In: *Hamburger Ärzteblatt* 2000/12, S. 600-603
- Grundmann, Reiner, 1991: *Marxism and Ecology*, Oxford
- Herrmann, Joachim/Ullrich, Herbert, 1991: *Natur- und geisteswissenschaftliche Ergebnisse. Eine Gesamtdarstellung*, Berlin
- Heuss, Alfred, 1998: *Römische Geschichte*, 6. Aufl., Paderborn
- Holzkamp, Klaus, 1973: *Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung*, Frankfurt-M.
- Holzkamp-Osterkamp, Ute, 1975: *Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung* 1, 2., korr. u. erg. Aufl. Frankfurt-M. [etc.]
- Hughes, J. Donald, 1994: *Pan's Travail, Environmental Problems of the Ancient Greeks and Romans*, Baltimore [etc.]
- Kuchenbuch, Ludolf, 1991: *Grundherrschaft im früheren Mittelalter*, Idstein
- Lambrecht, Lars/Tjaden-Steinhauer, Margarete/Tjaden, Karl Hermann, 1998: *Gesellschaft von Olduvai bis Uruk, Soziologische Exkursionen*, Kassel (Studien zu Subsistenz, Familie, Politik. 1)
- Luhmann, Niklas, 1984: *Soziale Systeme, Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt-M.
- Lukács, Georg, 1973: *Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins, Die Arbeit*, Neuwied [etc.]
- McBrearty, Sally/Brooks, Alison, 2000: The revolution that wasn't: a new interpretation of the origin of modern human behavior. In: *Journal of Human Evolution* 39, S. 453-563
- Marx, Karl, 1968: *Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band*, Berlin (DDR) (Marx-Engels-Werke. 23)
- Mütherich, Birgit, 2000: *Die Problematik der Mensch-Tier-Beziehung in der Soziologie: Weber, Marx und die Frankfurter Schule*, Münster [etc.]
- Postan, M. M. , 1972: *The Medieval Economy and Society, An Economic History of Britain in the Middle Ages*, London
- Roebroeks, Wil/Gamble, Clive, (ed.) 1999: *The Middle Palaeolithic Occupation of Europe*, Leiden
- Roos, Hans / Streibel, Günter, 1979: *Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen*, Berlin (DDR)
- Ruben, Peter / Warnke, Camilla, 1979: *Arbeit: Telosrealisation oder Selbsterzeugung der menschlichen Gattung?* In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 27, S. 20-30

- Sauer, Gustav, 2001: *Die ökologische Herausforderung, Umweltzerstörung als sicherheitspolitische Determinante*, Wiesbaden
- Schmidt, Alfred, 1962: *Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx*, Frankfurt-M.
- Tjaden, Karl Hermann, 1992a: *Wie sich Mensch und Natur in Marxens Kapital bemerkbar machen*. In: *Dialektik, Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften* 1992/3, S. 51-66
- Tjaden, Karl Hermann, 1992b: *Mensch – Gesellschaftsformation – Biosphäre, Über die gesellschaftliche Dialektik von Mensch und Natur*, 2. Aufl., Marburg
- Tjaden, Karl Hermann, 1999: *Das Problem der Progression gesellschaftlicher Formationen, Bemerkungen aus soziologischer und historischer Sicht*. In: *Topos, Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie*, Heft 13/14, S. 251-269
- Tjaden, Karl Hermann 2002 [im Druck]: *Aufgaben und Ziele der Ökosystemforschung: Anforderungen aus Sicht der Geistes- und Sozialwissenschaften*. In: Fränze, Otto, [et al.] (Hrsg.): *Handbuch der Umweltwissenschaften, Grundlagen und Anwendungen der Ökosystemforschung*, Landsberg (Loseblatt, Teil II-1.2)
- Tjaden-Steinhauer, Margarete/Tjaden, Karl Hermann, 2001: *Gesellschaft von Rom bis Ffm, Ungleichheitsverhältnisse in West-Europa und die iberischen Eigenwege*, Kassel (Studien zu Subsistenz, Familie, Politik. 2)
- Wallerstein, Immanuel, [et al.], 1996: *Die Sozialwissenschaften öffnen. Ein Bericht der Gulbenkian-Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften*, Frankfurt-M. [etc.]
- Westholm, Hilmar, 1986: *Stoffwechsel des Menschen mit der Natur – zu einem qualitativen Naturbegriff von Schelling und von Marx*, Oldenburg
- Wittfogel, Karl August, 1929: *Geopolitik, Geographischer Materialismus und Marxismus*. In: *Unter dem Banner des Marxismus* 3, S. 17-51, 485-522, 698-735
- Wittfogel, Karl August, 1931: *Wirtschaft und Gesellschaft Chinas. Versuch der wissenschaftlichen Analyse einer grossen asiatischen Agrargesellschaft*, Leipzig

Die Russische Revolution

„Kriegskind“ des 20. Jahrhunderts (1997)

Immer droht dem Nachdenken über Geschichte die Gefahr geistiger Selbstauslieferung an geschäftige „Traditionsmacher“: Sachwalter rein politischer Interessen, die ihre „Traditionen“ aus der Geschichte herleiten – zumeist durch willkürliche Auswahl, Deutung, Aktualisierung. Mit anderen Worten: Es gibt subjektive Vorgänge, bei denen Ereignisse, Ideen und Taten der Vergangenheit gemäß aktuell-politischer Strategien rezipiert, durch die jeweils herrschende Traditionspflege aber auch zurechtgemacht werden.

Von Wert ist dagegen ein anderes: arbeiten mit dem Begriff „historisches Erbe“. Das bezieht sich auf alles, was objektiv in der Geschichte existiert und – wie auch immer – als Wirkungskraft einen Einfluß auf den Gang der Völker und der Menschheit gewonnen, die Zeitgenossen wie die Nachgeborenen geprägt hat. Der objektivierende Begriff des historischen Erbes ist geeignet, Aktivitäten und Entscheidungen der Vergangenheit primär aus den vergangenen Bedingungen und Verhältnissen zu verstehen, folglich nicht anders als durch historisch-konkrete Reproduktion zu erinnern. Fünfundachtzig Jahre nach dem Beginn der Russischen Revolution wäre demnach *sine ira et studio* zu sagen, was die widerstreitenden Akteure von 1917 unter den Konflikten ihrer Zeit, dem Zwang zuvor niemals erlebter Verheerungen tun wollten und konnten: was sie erhofften, erreichten – aber auch verfehlten.

Die forschende Analyse und Interpretation (Voraussetzung des historisch gegründeten Erinnerens) erfolgt freilich nicht ohne weltpolitische Erfahrungen, die allen Generationen seit damals zugewachsen sind. Dieses heutige Wissen, das durch sehr verschiedene Urteilsweisen wiederum stark eingefärbt ist, kann ebenfalls dazu verleiten, die geschichtliche Rückschau subjektiver Beeinträchtigung auszusetzen. Da sind die Millionen der Desillusionierten, der Enttäuschten und Resignativen. Vormalis Tätige oder Sympathisierende der sozialen Revolution, empfinden sie sich nunmehr auf dem Scherbenhaufen des mißlungenen, strukturell auch mißratenen staatsmonopolistischen Sozialismus. Selbst ethische Sozialisten, die vom ideellen Gebot der Gerechtigkeit, von der überlieferten Verheißung der „Gleichheit“ und der „Brüderlichkeit“ aller Menschen und Völker noch immer überzeugt geblieben sind, nennen die vormalis apostrophierte „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ eine historische „Sackgasse“. Sie verdiene wohl keine sonderliche Erinnerung, jedenfalls keine Würdigung als ein großes Ereignis und Datum der Weltgeschichte.

Jedoch sind da auch die Verächter sozialer Empörungen und antikapitalistischer Alternativen. Durch deren Brille betrachtet, erscheint die Russische Revolution als Büchse der Pandora, aus der die gesellschaftspolitischen Irrtümer, Krankheiten, Staatsverbrechen des 20. Jahrhunderts gekommen seien. Wider-

spruch zwischen bürgerlicher Demokratie und kommunistisch-faschistischem Totalitarismus – so heißt das Konstrukt, wonach das Wesen des Jahrhunderts erklärt werden soll. Die konkrete Historie aber zeigt mehr als nur den Gegensatz von Demokratie und Totalitarismus, deren differente Staats- und Gesellschaftsformen gewiß unvereinbar, aber durch die Gleichsetzung faschistischer und prinzipiell antifaschistischer Diktaturen in der nun wiederum ideologischen Theorie verfälscht sind. Nicht einfach Totalitarismus, sondern Rüstung, Kriege, menschheitliche Vernichtungsgefahr waren das Krebsgeschwür. Eine realistische und ehrliche Retrospektive offenbart, daß zumindest die erste Jahrhunderthälfte eine Epoche nie dagewesener Kriege und weltweit wachsender Zerstörungen war. Und nicht die von 1917 gekommene Sowjetunion war „der Schoß, aus dem das kroch“. Schon der erste Weltkrieg war eine Völkerkatastrophe – allein von kapitalistischen Staaten verschiedener Nationen und Wachstumsgrade bewirkt und verschuldet.

Ursachen und Wirkungen erscheinen unter diesem Aspekt vom Kopf auf die Füße gestellt. „Revolution war das Kriegskind des 20. Jahrhunderts: Besonders die Russische Revolution von 1917 [...]. Die Revolution, die schließlich alle Regime von Wladiwostok bis zum Rhein hinwegfegte, war ein Aufstand gegen den Krieg.“ So schreibt der britische Historiker E. Hobsbawm zu Recht in seiner Jahrhundertbilanz „Das Zeitalter der Extreme“.¹

1.

Man befrage die hinterlassenen Zeugnisse der Vorkriegszeit um 1900, als die führenden Nationalstaaten längst konstituiert waren und das große Kapital begonnen hatte, sich in Monopolvereinigungen der Industrie und der Banken zu konzentrieren. Seit dem Krimkrieg hatten sieben militärische Regionalkonflikte das Staatensystem Europas erschüttert, ganz zu schweigen von den kolonialen Aggressionen, mit denen Großbritannien, Frankreich, die USA, Deutschland, Italien die Völker anderer Kontinente heimsuchten. Zumal Deutschlands arroganter Triumph über die französische Nation im Spiegelsaal zu Versailles war Ursache eines ganz neuartigen Unheils: Bismarcks Reichsgründungsakt und der Annexionsfriede von 1871 beschworen den Krieg aller bisherigen Kriege, das düstere Menetekel des Weltkrieges herauf. In steigender Sorge beobachtete die geistige Elite Europas, wie mit der militärpolitischen Staatenblockbildung nicht nur ein gewaltiger Zusammenprall drohte. Mit dem Eilmarsch der Technik und Industrie, den die Wachstumsfanatiker eine unaufhaltsame Modernisierung, sogar einen „Fortschritt“ nennen, hatte eine verhängnisvolle, bis heute andauernde Entwicklung begonnen – eine nie endende Revolution der Waffentechnik und ein darauf basierendes Wettrüsten.

Das war die Welt, in der sich die Parteien der nationalen Arbeiterklassen formierten, um mit der sozialen Emanzipation auch eine internationale Befrei-

¹ Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995, S. 78, 93.

dung herbeizuführen. Marx und Engels, strategisch denkende Köpfe dieser Bestrebungen, hatten in ihrer Frühzeit einen „Weltkrieg“ durchaus für die „Weltrevolution“ und den erstrebten „Weltfrieden“ in Kauf nehmen wollen. Seit Gründung der „Ersten Internationale“ (1864), zumal seit dem deutsch-französischen Krieg (1870/71) wirkten sie jedoch mit Entschiedenheit gegen jeden der europäischen Staatenkriege. Die beiden Dioskuren waren sich in der Auffassung einig, daß Krieg „unser größtes Unglück“ sei.² Der kommende Weltkrieg war die schlimmste Befürchtung des alten Engels in London. Dafür zeugt ein Text von nahezu alttestamentarischer Prophetie: „Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, [...] Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt [...]“.³ Angesichts solcher Vernichtungen müßten die „Sozialisten in allen Ländern für den Frieden“ sein. Sonst würden gerade die Proletarier von den herrschenden Klassen gezwungen, „sich gegenseitig abzuschlachten“.⁴ Gewiß stand die sozialistische Revolution nach wie vor im Mittelpunkt marxistischer Strategie. Doch ein Weltkrieg, den die machthabenden Regime verursachen würden und verantworten müßten, war keinesfalls mehr der Preis, den die Marxisten für ein Ende von Ausbeutung und Völkerzwietracht zu zahlen wünschten.

Auch Menschen des Bürgertums negierten Imperialismus und Militarismus, indem sie auf Friedenskongressen, interparlamentarischen Konferenzen, nationalen und internationalen Kundgebungen den modernen Pazifismus gegen den Moloch des modernen Krieges vertraten. „Die Waffen nieder!“ hieß ihre bündigste Losung. Als aber Bertha von Suttner, die den Streitruif propagiert und vorgelebt hatte, im Jahre 1906 vor dem Nobel-Komitee des Storthing in Kristiania die Weltlage reflektierte, erblickte sie alles andere als die gewünschte Achtung des Friedens und des obersten der Menschenrechte – des „Rechts auf Leben“, das doch in vielzitierten Deklarationen von 1789 bis 1793 vom emporsteigenden Bürgertum verkündet worden war. Sie sah die Menschenschlächterei des russisch-japanischen Krieges und als Folge die Revolution

² Friedrich Engels an Karl Marx, London, 9. September 1879, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 34, S. 105 (im folgenden: MEW); derselbe an August Bebel, London, 16. Dezember 1879, ebenda, S. 431; Karl Marx an N. F. Danielson, Ramsgate, 12. September 1880, ebenda, S. 464.

³ Engels, Einleitung [zu Sigismund Borkheims Broschüre „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten, 1806-1807“], in: MEW, Bd. 21, S. 350 f.

⁴ Derselbe, Die politische Lage Europas, in: Bd. 21, S. 318; Brief an das Organisationskomitee des internationalen Festes in Paris, London, 13. Februar 1887, ebenda, S. 344; Der Sozialismus in Deutschland, ebenda, Bd. 22, S. 256; Kann Europa abrüsten?, ebenda, S. 371ff.

von 1905. In den Staaten Mittel- und Westeuropas gewährte sie chauvinistische Hetze, Säbelgerassel und Rüstungen überall. „Festungen werden gebaut, Unterseeboote fabriziert, ganze Strecken unterminiert, kriegstüchtige Luftschiffe probiert, mit einem Eifer, als wäre das demnächstige Losschlagen die sicherste und wichtigste Angelegenheit der Staaten.“ Suttners Resumé war eine Anklage gegen die moderne Staatenpolitik: „Auf Verleugnung der Friedensmöglichkeit, auf Geringschätzung des Lebens, auf den Zwang zum Töten ist bisher die ganze militärisch organisierte Gesellschaftsordnung aufgebaut.“⁵ Das Reformstreben der Pazifisten, das seiner Tendenz nach auf einen Völkerbund oder gar auf Vereinte Nationen abzielte, wollte die Lebensinteressen der Menschheit erfüllen. Deshalb wies die Friedenspreisträgerin wiederholt auch auf Hoffnungsträger: nicht nur Repräsentanten der bürgerlichen Demokratie, sondern auch Sozialisten der „Zweiten Internationale“. Sie empfahl den bürgerlichen Friedensgesellschaften eine andere, weit größere Friedensbewegung als möglichen Verbündeten: „die Partei, deren Anhänger schon nach Millionen zählen, die Partei der Arbeiter, des Volkes, auf deren Programm unter den wichtigsten Forderungen der ‚Völkerfrieden‘ obenansteht“.⁶

Es wäre ein Leichtes, die wiederholten Friedensresolutionen der „Zweiten Internationale“ an dieser Stelle nachzubeten. Von geschichtsmächtiger Bedeutung wurde allein die Mitschuld der Vorkriegs-Sozialisten an der weltpolitischen Katastrophe von 1914. Dafür mögen enttäuschte Erwartungen zeugen, die selbst aus dem Bürgertum kamen. Suttner verstarb eine Woche vor den Schüssen von Sarajewo mit vergeblichem Glauben an die Zuverlässigkeit der Arbeiterbewegung: „[...] Gegen den Übermilitarismus, der jetzt die Atmosphäre erfüllt, ist nicht anzukämpfen. Die einzigen – weil sie auch eine Macht sind –, auf die man hoffen kann, daß sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten.“⁷ Wie jeder weiß, verrieten die Führer der „Internationale“ ein Vertrauen, das sie jahrelang in Anspruch genommen hatten. Wohl fiel Jean Jaurès in Paris als ein Märtyrer der Friedensidee. Fast alle anderen aber reckten die Kriegsstandarten, gaben ihr Jawort für „Burgfrieden“ und Kriegskredite, so daß die „Proletarier aller Länder“ alles andere taten, als sich zu „vereinigen“.

Es gelang sämtlichen zum Krieg treibenden Regierungen, die Führer der nationalen Arbeiterparteien, mittels deren Organisation und Parteipresse auch die proletarische Klasse, an ihre Seite zu zwingen. Französische, englische, belgische Sozialisten riefen dazu auf, ihre bürgerlichen Freiheiten gegen die „halbfudalen Monarchien“ Deutschlands und Österreich-Ungarns zu verteidigen,

⁵ Bertha von Suttner, Vortrag vor dem Nobel-Comitee des Storthing zu Christiania, 18. April 1906; abgedr. in: B. Kempf, Bertha von Suttner. Das Lebensbild einer großen Frau, Wien 1964, S. 180 ff.

⁶ Dieselbe, Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte, Dresden/Leipzig 1892, S. 305.

⁷ Dieselbe, Tagebuchnotiz vom 14. Mai 1914; zit nach: Sigrid u. Helmut Bock, Bertha von Suttner. Arbeiten für den Frieden, in: Bertha von Suttner, Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte, Berlin 1990, S. 458.

und es gab Sozialdemokraten des weit rückständigeren Rußland, die in dieselbe Kriegstrompete stießen, weil doch ihr Land der Entente angehörte. Die Deutschen und die Österreicher indes erklärten, die von der Sozialdemokratie erkämpften Rechte und Freiheiten gegen die Despotie des russischen Zarentums schützen zu müssen. In beiden Lagern wurde überdies ein gleichklingendes Argument als „marxistisch“ ausgegeben: Weil die Zeit für eine sozialistische Revolution noch nicht reif sei, mußten die Arbeiter die jeweils fortgeschrittenere Bourgeoisie unterstützen – aber als solche galt immer nur die des eigenen Landes.

Der Verrat an Idee und Beschlüssen des proletarischen Internationalismus riß die erste, kaum wieder gutzumachende Kluft in die Arbeiterbewegungen des 20. Jahrhunderts. Das wirkte derart traumatisch auf standhafte Internationalisten und Kriegsgegner, daß die aus ihren Reihen hervorgehenden kommunistischen Parteien auch ihrerseits jede Möglichkeit verabsäumten, die einmal verursachte Spaltung späterhin aufrichtig und demokratisch zu überwinden.

2.

Was auf den Kriegsbeginn von 1914 folgte, übertraf selbst die schlimmsten Erwartungen und Voraussagen. Niemals zuvor verzeichneten die Annalen der Weltgeschichte eine solche Barbarei. Das chauvinistische Wechselgeschrei der „Vaterlandsverteidigung“, die blutigen Massenszenen der „Generaloffensiven“, die verheerenden Trommelfeuer der „Materialschlachten“ beherrschten das sichtbare Geschehen. Das exzessive Elend der Individuen und der Völker aber blieb nur in einer lautlos wachsenden Statistik verzeichnet: Ihre Endsumme betrug rund zehn Millionen Gefallene, zwanzig Millionen Verwundete und Kriegskrüppel, mehrere – nur ungenau schätzbare – Millionen Verhungerte, Seuchentote, spurlos Verschwundene. In vier Kriegsjahren wurden zweimal soviel Menschen getötet wie in sämtlichen Kriegen seit der Französischen Revolution von 1789.

Unbegreifliche Menschenopfer. Milliardenverlust an Produktivkräften, materiellen Gütern und unwiederbringlichen Schätzen der Kultur. Menschliche Beziehungen – zu gegenseitiger Abschachtung erniedrigt. Dies alles war Resultat der Politik von sogenannten zivilisierten Staaten. Der humane Sinn von Leben und Arbeit war in den Widersinn massenhafter Verrohung und Vernichtung pervertiert. Wen mag es wundern, wenn damalige Alternativdenker von einer ganz anderen „Sackgasse“ sprachen als es heutige tun: von Massenmord, staatlich sanktionierten Verbrechen – von Ruin aller Kultur, in den niemand anders als bürgerlich-kapitalistische Großmächte die Menschheit hineingerzert hatten.

Doch am 23. Februar 1917 des Julianischen Kalenders (dem 8. März der gemeinhin gültigen Zeitrechnung) eskalierte ein Streik der Rüstungsarbeiter im Petrograder Putilowwerk und ein Hungermarsch der Frauen zu regierungsfeindlichen Demonstrationen: „Brot!“ – „Nieder mit der Selbstherrschaft!“ –

„Schluß mit dem Krieg!“ Nach sechs Tagen anhaltender Massenempörung an der Newa standen auch 127.000 Soldaten, mehrheitlich Bauern im Waffenrock, an der Seite der revoltierenden Frauen und Mütter, der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die örtliche Militärmacht entzog sich der Befehlsgewalt des Zaren, seiner Generalität und Kamarilla – und ebendas machte den Volkswiderstand zur erfolgreichen Februarrevolution. Der Abdankung Nikolaus II. folgte der Thronverzicht seines Bruders – und an demselben 2. (15.) März konstituierte sich eine bürgerliche, allerdings nur Provisorische Regierung. Hunderttausende hatten den nahezu unblutigen Machtwechsel auf Petrograds Straßpflaster weniger mit Waffen als mit ihren Füßen erstritten. Der hauptstädtische Aufstand, der in anderen Teilen Rußlands wie auch an der Front einen verzögerten, aber nachhaltigen Widerhall fand, entsprang dem brisanten Gemenge von sozialen, mentalen, politischen Konfliktstoffen – zur Explosion getrieben durch die Verelendung der Massen, die Zwangsmittel der zaristischen Kommandogewalten und die sinnwidrige Scharfmacherei der Durchhaltestrategen des fast schon verlorenen Krieges.

Auf die Frage, wer denn eigentlich diese Revolution „gemacht“ habe, antwortete der „Volkssozialist“ V. A. Mjakotin im Frühjahr 1917: Zweifel an der bedeutenden Rolle des Proletariats könne es nicht geben, es habe die Erhebung begonnen – wie schon im Jahre 1905. Aber es habe den Kampf „nicht allein geführt“. Erst als sich die werktätige Bauernschaft und die revolutionäre Intelligenz den Protestbewegungen anschlossen, „erzitterte die Zarenmacht“. Im „letzten Moment“ hätten dann auch „bürgerliche Schichten einen bescheidenen Anteil“ genommen. Diese sozial breit gefächerte Februarrevolution sei demzufolge keine proletarische Revolution. Sie habe jedoch auch keine „rein bürgerliche“ Revolution werden können, „weil unsere Bourgeoisie“ – allzu fest mit der alten Macht verbunden – „nicht fähig ist, sie zu vollbringen“. Gewiß habe die „russische werktätige Masse“ selbst nicht die Reife, eine „völlig neue soziale Ordnung“ errichten zu können. Aber sie werde, prognostizierte der Zeitzeuge, sich auch fernerhin keinesfalls mit der „Zuschauerrolle“ begnügen.⁸ Diese Erklärungen Mjakotins veranschaulichen den abstrakten Begriff der „bürgerlich-demokratischen Revolution“. Sie machen zugleich deutlich, wie sehr der Umsturz des Februar als Resultat spontaner Volks- und Massenbewegungen verstanden werden muß, deren soziale und politische Sprengkraft mit dem Sturz des Zaren keinesfalls erschöpft war.

Dennoch schien vorzugsweise die kapital- und grundbesitzende Bourgeoisie, deren Repräsentanten in der IV. Duma saßen, dazu berufen, über Rußlands Schicksal zu entscheiden. Vor allem über den aktuellen Urgrund des Massenelends, den Krieg. Gravierend ist aber die Tatsache, daß im Programm der

⁸ V. A. Mjakotin, Die Revolution und die nächsten Aufgaben (russ.), Moskau 1917; zit. nach: Sonja Striegnitz, Im Revolutionsgeschehen 1917. Sozialrevolutionäre - Wiedergeburt und Positionsbestimmung; in: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, hg. v. W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz, Berlin 1997, S. 97 (im folgenden: Die Russische Revolution).

Provisorischen Regierung, die sich mit Menschewiken und Sozialrevolutionären des Petrograder Sowjets (zumeist Aktivisten der bisherigen „Vaterlandsverteidigung“ und des „Burgfriedens“) abstimmte, der Krieg mit Stillschweigen übergangen wurde. Die neuen Minister, überdies die im Dienst verbleibenden Armeeoberbefehlshaber, das traditionelle Offizierskorps und das an der Rüstung profitierende Unternehmertum gedachten den Krieg unter allen Umständen bis zum „Sieg-Frieden“ fortzusetzen.

Es blieb den Arbeitern des Baltischen Werkes und weiteren Volksversammlungen vorbehalten, bereits im März eine sofortige Beendigung des Krieges, überdies ohne Annexionen und Kontributionen, zu verlangen. – „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen!“ Das durchschlug den Gordischen Knoten, an dem die Staatsregierungen auf beiden Seiten der Weltkriegsfronten noch unentwegt knüpften. Die Losung war 1915 von einem Häuflein konsequenter Sozialisten und Internationalisten auf der Zimmerwalder Konferenz in frustrierender Einsamkeit beschlossen und vertreten worden. Jetzt endlich entstieg sie den Arbeiterhirnen, zündete sie auch in einer Unzahl geschundener, zum Schlachtentod verurteilter Bauernsoldaten.

Gerade die Alternative Krieg oder Frieden bewirkte jene Zerreißproben, an denen im Revolutionsjahr 1917 insgesamt vier Ministerkabinette der bürgerlichen Regierung zerbrachen. Vor allem die von A. F. Kerenski befohlene Sommeroffensive, ihr verlustreiches Scheitern bei gleichzeitiger Niederschlagung der Antikriegsdemonstrationen im Juli, war der mentale Wendepunkt, seitdem eine Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, Heeresführung und Soldaten unmöglich wurde. „Alle Macht den Sowjets!“ hieß das Banner, unter dem die gewaltsam zurückgewiesenen Massen sich sammelten: Mehr und mehr auch gegen regierungstreue Menschewiken und Sozialrevolutionäre gestimmt, in Petrograd, Moskau und weiteren Städten unter den Einfluß der entschieden revolutionären Bolschewiken geratend.

Die Situation war seit dem Februaufstand im höchsten Grade verworren und widersprüchlich. Von den Zwangsinstitutionen der zaristischen Staatsgewalt war Rußland befreit. Der Sieg des Volkes hatte ein Vakuum für Aktivitäten geschaffen, die in den anderen kriegführenden Ländern durchaus unerlaubt waren. Arbeiter, Soldaten, Bauern, Landarme drängten in ihren Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation ihrer sozialen Interessen, zur Bildung von unzähligen Komitees und zumal von Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Es waren Volksvertretungen, die eine Basisdemokratie verkörperten. Nach Geist und Form keinesfalls nur Anhängsel des bürgerlichen Liberalismus! Vielmehr vergleichbar mit den auf konsequenter „Volkssouveränität“ basierenden Verbündnissen des revolutionären Demokratismus aller früheren Revolutionen seit 1789.

Mit Recht betont daher der russische Geschichtsschreiber R. A. Medwedew die Bedeutung der Februarrevolution und ihrer unmittelbaren Wirkungen im Gesamtzusammenhang der Russischen Revolution: „Obwohl sich die Februar- und die Oktoberrevolution in ihren Zwecken, Triebkräften und Folgen we-

sentlich unterschieden, wiesen sie doch auch viele gemeinsame Ursachen auf. Im retrospektiven Bewußtsein der Menschheit erscheinen sie heute als *zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses*, der das Jahr 1917 in Rußland bestimmte.“⁹ P. W. Wolobujew und W. P. Buldakow, akademische Koordinatoren der russischen Revolutionshistoriographie, ergänzen diese Gesamtschau durch eine betonte Wertung der Februarrevolution unter psychosozialen Aspekten: „Entgegen den Vorstellungen der Ereignishistoriographie erweist sich *nicht der 'bolschewistische' Oktober*, sondern der *'demokratische' Februar* als der *kritische Punkt* im Jahre 1917. Für die im paternalistischen Denken verhafteten Massen war die Tatsache des Sturzes der Macht von außerordentlicher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Übernahme [...]“¹⁰ Der Sturz des Zarismus habe für Rußland einen sofortigen, mentalen Gewinn gebracht: Den Sieg der Idee der „Gerechtigkeit“ und die Erwartung, daß sie forthin von einer volksnahen oder gar „volksdemokratischen“ Politik ausgefüllt werde.

Interessen und Streitsachen der sich organisierenden Massen vervielfachten und überkreuzten sich in zwei verschiedenen Zivilisationssphären, die für Rußland charakteristisch waren: in der relativ fortgeschrittenen „europäischstädtischen“ Sphäre und in der „traditionell-dörflichen“ Rückständigkeit. Hier wie dort erhob man unabdingliche Ansprüche, wurden sogar vollendete Tatsachen geschaffen. Sie widersprachen den Zielen der Besitzklassen, ihrer wechselnd amtierenden Staatsregierungen und widerspiegeln die Verwicklung der Konflikte, die Widerspruchsdialektik der Jahre 1917/18.

Der Ruf „Schluß mit dem Krieg!“ war die akute Massenforderung und insbesondere eine verbale Ermutigung zur Selbsthilfe der Soldatensowjets, zur Befehlsverweigerung und Desertion. Sie wurde von Ministern und Generalität mit kriegerischen Solidaritätsadressen an die Ententemächte, mit der gewaltsamen Unterdrückung erneuter Antikriegsdemonstrationen und der Wiedereinführung standrechtlicher Todesstrafen erwidert. Die Forderung „Der Boden den Bauern!“, nächst dem Antikriegsruf die verbreitetste Losung der größten, mindestens achtzig Prozent zählenden Bevölkerungsmasse, meinte Enteignung des großen Grundbesitzes und zumeist Übergabe des Bodens an die Dorfgemeinden zwecks Nutzung von bäuerlichen Produzenten: schon praktiziert durch Überfälle auf die Großgrundbesitzer, durch eigenmächtige Konfiskationen von Land, Saatgut und Gerätschaften. Die Regierung, obwohl mit agrarischen Reformprojekten beschäftigt, reagierte mittels Einsatz von Kosakenschwadronen, worauf Bauernaufstände in rund 30 Gouvernements antworteten. Die Proletarier in Großindustrie, Verkehrswesen und den geringeren Produktionsstätten waren in politischer und organisatorischer Hinsicht die am mei-

⁹ R. A. Medwedew, 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki, ebenda, S. 35 (Hervorhg. - HB).

¹⁰ P. W. Wolobujew/W. P. Buldakow, Oktoberrevolution - neue Forschungszugänge, ebenda, S. 52 (Hervorhg. - HB).

sten bewußte, aber mit nur vier Prozent die kleinste Schicht der Bevölkerung. Diese Vorkämpfer der Februarrevolution kämpften nunmehr mit Hilfe ihrer spezifischen Vereinigungen – der Fabrikkomitees und der Gewerkschaften – für den achtstündigen Arbeitstag, bessere Löhne, Produktions- und Absatzkontrolle in den Betrieben spekulierender Fabrikanten. Dem Unternehmertum und den amtlichen Hütern des bürgerlichen „Eigentums“ galten gerade sie als Bedrohung der kapitalistischen „Freiheit“, als eine Gefahr für die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung. Die Nationalvertretungen Finnlands, des Baltikums, der Ukraine, der Regionen des Südens beanspruchten nationale Autonomie, sogar staatliche Unabhängigkeit. Doch die Provisorische Regierung Gesamt-Rußlands glaubte sich genötigt, auf den Fortbestand des Vielvölkerstaats, auf die großrussische Einheit zu pochen. Die amtlichen Verlautbarungen sagten zu allen diesen Problemen: Noch müßten die Gesetzesbeschlüsse einer „Konstituierenden Versammlung“, die den neuen, verfassungsmäßigen Staat begründe, abgewartet werden. Jedoch die Wahlen zu dieser Konstituante wurden wegen der vielfachen Unruhe des Landes fortwährend hinausgeschoben.

So pendelte schließlich die Regierung des Sozialrevolutionärs Kerenski im Herbst 1917 zwischen Machtbehauptung und Ohnmacht. Nach „links“ war sie gegen die „Anarchie“ der Massen gerichtet und drohte, die künftige Konstituante zu benutzen, um die Sowjets, die politisch bedeutendsten Volksvertretungen, aufzulösen. Von „rechts“ aber wurde sie selbst bedroht – durch die Konterrevolution, zumal den Putschversuch des Generals Kornilow. Bei alledem standen die Armeen der Deutschen im russischen Land. Sie rückten über das Baltikum näher und näher nach Petrograd vor. Nachweislich herbeigewünscht von Offizierscliquen und Kreisen der Bourgeoisie, die den äußeren Feind für ein geringeres Übel als die Revolution hielten.

Wir glauben, an dieser Stelle eine kritische Reminiszenz einschalten zu müssen. Im „leninistischen“ Geschichtsbild, das auch in der DDR dominierte, wurde der „Februar“ als bürgerlich-demokratische Revolution streng vom „Oktober“, der „Großen Sozialistischen Revolution“, abgesondert. Um das Problem zuspitzend zu formulieren: Der „Februar“ erschien nur als eine Art Vorspiel unreifer Charaktere und Volkselemente vor dem eigentlichen und sieghaften Revolutionsdrama mit dem „genialen Führer“ W. I. Lenin und den sich ihm anschließenden bolschewistischen Heroen. Ein Blick in historische Chroniken, Leitfäden, Abrisse erweist daher nicht selten eine Schreibart, wonach es zu genügen schien, Rußlands alte Epoche am 27. Februar (12. März) 1917 mit dem Erfolg der Petrograder Februarrevolutionäre enden und eine zeitliche Lücke offen zu lassen. Erst am 3. April (16.) begann dann die Reifungsperiode der Großen Revolution: mit Lenins Ankunft auf dem Finnländischen Bahnhof. Dort nämlich trug der intellektuelle Parteiführer seine fertig ausgedachten „April-Thesen“ in der Tasche, um sie am nächsten Tag – ganz ohne gesellschaftliche Analysen vor Ort – den teils verwunderten, teils widerständischen Bolschewiken und Menschewiken vorzusetzen.

Es war eine unbedingte Alternative zum Weltkrieg, die Lenins sogenannte April-Thesen konstituierte. Zurecht bezeichnete er den Charakter der Provisorischen Regierung als „kapitalistisch“, die Fortsetzung der Kriegspolitik mit ihren Zielen als „räuberisch“ und „imperialistisch“, so daß die gebräuchliche Phrase der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ nicht gelten dürfe. Aber gemäß der Auffassung, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland bereits zuende sei, verlangte er einen sofortigen „Übergang von der ersten Etappe“ zur „zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft“ legen müsse.¹¹ Nach dem historischen Vorbild der Pariser „Kommune“ sei ein Sowjetstaat der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten zu gründen, der den „völligen Bruch mit allen Interessen des Kapitals“ vollziehe und auch „auf alle Annexionen“ verzichte. Indem er die aktuellen Beschlüsse der russischen Arbeiterbewegung, in der bürgerlichen Revolution für möglichst viel revolutionäre Demokratie zu streiten, schlechthin über den Haufen warf, wollte er die Vereinigung der Bolschewiken mit den Menschewiken vereiteln, die von den Basisorganisationen mehrheitlich gewünscht wurde. Lenin wagte den offenen Bruch mit der bisherigen Revolutionsentwicklung und propagierte den entschiedenen Klassenkampf. Er setzte die Gründung der Kommunistischen Partei gegen jede Kooperation mit dem menschewistischen und außerrussischen Sozialdemokratismus, die Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten gegen die Provisorische Regierung, das Projekt des sozialistischen Sowjetstaats gegen die bürgerlich-parlamentarische Republik. Aber er scheiterte an der Mehrheit der Versammelten und erntete den Vorwurf „anarchistischer Demagogie“. Die bedenklichste Kritik lautete: „Von diesem Podium aus ist die Fahne des Bürgerkriegs in der revolutionären Demokratie aufgepflanzt worden.“¹²

Lenins Kontrahenten, darunter der Bolschewik L. B. Kamenew, Vertreter der Redaktion der „Prawda“¹³, und der Menschewik G. W. Plechanow, Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, aber auch Anhänger der „Vaterlandsverteidigung“, beriefen sich auf marxistische Überlieferung. Sie betonten die ökonomische Rückständigkeit, die gesellschaftliche Unreife Rußlands, so daß von einem baldigen Übergang zur sozialistischen Revolution keine Rede sein könnte. Dabei erinnerten sie an Friedrich Engels, der am Beispiel Thomas Müntzers die Tragik eines vorzeitigen Revolutionärs veranschaulicht hatte, und folgerten: „der sicherste Weg in den Untergang ist, die

¹¹ W. I. Lenin, Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 3 ff.

¹² Beratung von Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands über die Vereinigung beider Flügel und über die Stellungnahme zu den April-Thesen W. I. Lenins, „Edinstwo“ v. 4. April 1917; abgedr. in: Die Russische Revolution, S. 233 ff.

¹³ L. B. Kamenew über die Position der „Prawda“-Redaktion zu den April-Thesen von W. I. Lenin, „Prawda“ v. 8. April 1917; abgedr. ebenda, S. 237 f.

Macht verfrüht zu erobern“.¹⁴ Es war ein Arbeiter im Soldatenrock, der in der Diskussion am 4. (17.) April 1917 die Voraussage machte: „[...] Wenn man den Weg Lenins beschreitet, werden wir nicht nur den Sozialismus, sondern auch die bürgerlichen Freiheiten zugrunde richten.“¹⁵

Wollte man Lenin zugute halten, wie sehr das Morden an allen Kriegsfrenten und seine Fortsetzung auch durch Rußlands neue Regierungen den radikalen Intellektuellen herausforderte, eine sofortige Alternative zum kapitalistischen Weltkrieg zu praktizieren – so gilt doch die Qual der humanen Empfindung, des geistig-moralischen Verantwortungsgefühls vor der Menschheit auch für alle anderen Anhänger der Ideen des Sozialismus. Die Kritik an den „April-Thesen“ ist jedoch vom Verfasser selbst und später von der „leninistischen“ Geschichtsschreibung als „Opportunismus“, Gesinnungslumperei und Handreichung für die Bourgeoisie, verteufelt worden. Sie hat erst durch den Untergang der Sowjetunion ihren Sinn als geschichtliche Mahnung zurückgewonnen. Überdies ist zu bedenken, daß der „Leninismus“ nach dem Tod seines Begründers stets nur auf ihn, den „großen Mann“, fokussiert blieb – trotz der marxistischen Maxime von der „schöpferischen Rolle der Volksmassen in der Geschichte“. Es war ideologische Didaktik, die die Februarrevolution zu gering schätzte und nicht hinreichend als eine in der Entwicklung begriffene „Volksrevolution“ rezipierte. Dabei geriet der höchst eigenständige Anteil der Massen, zumal ihre nicht mit Lenins Strategie übereinstimmenden Bedürfnisse und Interessen, wenig ins Blickfeld.

3.

Selten war in den Verwicklungen konkreter Historie ein „Deus ex machina“ so gefragt wie im Herbst 1917. Er kam – wie man weiß – nicht aus den Reihen von Menschewiken und Sozialrevolutionären, die auf das künftige Parlament einer Republik setzten und deren gemäßigte Repräsentanten bereits als Minister in der zunehmend verachteten Koalitionsregierung wirkten. Als durchschlagend handlungsfähig erwies sich einzig jene Parteiströmung, die sich als „Avantgarde“, „bewußter Vortrupp“ des Proletariats auffaßte. Eine Partei, die mit entschiedener Agitation gegen Kapitalisten, Großgrundbesitzer, bürgerliche Regierungen kämpfte und deren paramilitärische Schlagkraft auf einem zentralistischen, in Zukunft allerdings keineswegs unproblematischen Führungsstil beruhte: die Bolschewiken unter dem enorm gewachsenen Einfluß Lenins. Wohl widerstrebten Kamenew und G. J. Sinowjew dem Beschluß des Zentralkomitees zum bewaffneten Aufstand, indem sie sich mit einem Warnschreiben an die Partei wandten.¹⁶ Doch die proletarische Rote Garde verhielt

¹⁴ G. W. Plechanow, Über Lenins Thesen und warum Fieberphantasien bisweilen interessant sind, „Edinstwo“ Nr. 9-11 v. 9.-12. April 1917; abgedr. ebenda, S. 239 ff. Die Engels-Rezeption auch bei I. G. Zereteli auf der Beratung vom 4. April 1917, ebenda, S. 235.

¹⁵ Ebenda, S. 236.

¹⁶ Erklärung von G. J. Sinowjew und L. B. Kamenew zur Orientierung des Zentralkomitees der

sich beschlußgemäß. Mit Unterstützung einer revolutionär gesinnten Soldatenmasse stürmte sie in der Nacht zum 26. Oktober (8. November) 1917 das Petrograder Winterpalais – fast genau zu dem Zeitpunkt, da sich die Deputierten des II. Allrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter und der Soldaten im Gebäude des Smolny versammelten.

Erst dieser Aufstand eröffnete eine neue Phase der Russischen Revolution. Er war kein formal-demokratisch beglaubigter Vorgang, den die Sowjetdeputierten beschlossen hätten. Er war ein Akt radikaler Überrumpelung, bei dem die Leninsche Taktik galt, dem Kongreß den Sturz der Regierung Kerenski als ein unverrückbares Faktum vorzusetzen und angesichts des erneuten Machtvakuum grundlegende Gesetzesbeschlüsse abzuverlangen. Dem diente auch eilige Agitation. Noch war das Winterpalais, die Zuflucht der Minister, nicht erobert, da behauptete das Revolutionäre Militärkomitee unter der Leitung L. D. Trotzki, den Regierungssturz bereits vollzogen zu haben. Zeitung und Flugblätter soufflierten den „Bürgern Rußlands“ vier sofortige Maßnahmen: Angebot eines demokratischen Friedens, Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer an Grund und Boden, Arbeiterkontrolle über die Produktion – und nicht zuletzt: Bildung einer neuen Regierung im Namen der Sowjets.

Wie aber konnte das in den Weiten ganz Rußlands, fern von den dahinjagenden Ereignissen der Hauptstadt, verstanden werden? Auf den ersten Blick mochte sich die Frage stellen, ob diese Zielsetzung nicht bloß die konsequente Weiterführung der im Februar begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution anzeigte. Ob also die Bolschewiken (in historischer Analogie) vielleicht nur die Rolle der französischen Jakobiner von 1793 nachahmten. Doch wenige Stunden später, der Aufstand war noch immer im Gange, beschloß der Petrograder Stadtowjet das gesellschaftliche Ziel des bevorstehenden Umsturzes: Die Sowjetregierung werde sich allein auf das „städtische Proletariat“ und die „ganze Masse der armen Bauernschaft“ stützen. Und vor allem: Sie werde „unbeirrt zum Sozialismus schreiten“, „dem einzigen Mittel, das Land von den unsagbaren Leiden und Schrecken des Krieges zu erlösen“.¹⁷

Das war die Strategie, die Lenin in seinen „April-Thesen“ verfochten hatte. Er sah sich jetzt nicht mehr abgewiesen, vielmehr als geistiger Führer und nannte die beabsichtigte Sowjetregierung ein Machtorgan „ohne jegliche Teilnahme der Bourgeoisie“. Als ein Rezipient des historischen Marxismus, den er soeben wieder studiert, in „Staat und Revolution“ verarbeitet hatte, forderte er die Zerschlagung des alten und die Errichtung eines neuen Staatsapparats. Er sah sich aber auch genötigt, der tradierten Überzeugung, wonach eine sozialistische „Weltrevolution“ nur von den fortgeschrittenen Ländern des Kapitalismus ausgehen konnte, Rechnung zu tragen. Deshalb kündigte er für das re-

bolschewistischen Partei auf den bewaffneten Aufstand, 11. (24.) Oktober 1917; abgedr. ebenda, S. 369 ff.

¹⁷ Resolution. Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 25. Oktober (7. November) 1917, in: Lenin, Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 230.

volutionäre Wagnis in Petrograd die Solidarität der Arbeiter Italiens, Großbritanniens und Deutschlands an. Sie seien schon zur Empörung bereit, so daß die Weltrevolution alsbald kommen werde. Von der dringendsten aller Aufgaben sagte er: „Um aber diesen Krieg zu beenden, der mit der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung eng verknüpft ist, muß man – das ist allen klar – das Kapital selbst niederringen.“¹⁸

Während des Aufstands und der Beratung des Stadtsowjets, der revolutionären Aktivitäten also, schmorte der Allrussische Sowjetkongreß. Dort hielten die Führer der Menschewiken und der Sozialrevolutionäre stundenlang das Präsidium besetzt, bis das Winterpalais tatsächlich genommen, die meisten Minister verhaftet und die genannten Parteigrößen frustriert genug waren, um unter demonstrativem Protest den Kongreß zu verlassen: „Eine militärische Verschwörung ist hinter dem Rücken des Kongresses organisiert worden.“ Jedoch die Isolation derer, die so plötzlich von den Führungsspitzen in die Opposition abstürzten, war unverkennbar. Der anwesende Sozialrevolutionär S. D. Mstislawski berichtet, daß „an der Basis die Stimmung der Parteimassen ohne Zweifel linker war als bei den im Februartaumel erstarrten Führungsschichten [...]“.¹⁹ Wer zuletzt im Saal verblieb und die Beschlüsse der Oktoberrevolutionäre durch Abstimmung besiegelte, zählte immerhin zu den 625 Deputierten: 390 Bolschewiken, 179 Linke Sozialrevolutionäre sowie kleinere Gruppen der Vereinigten Internationalisten und der Ukrainischen Sozialrevolutionäre.

Am Abend des 26. Oktober (8. November) 1917, nach dem gelungenen Aufstand, schlug Lenins historische Stunde. „In armseligen Kleidern, mit Hosen, viel zu lang für ihn [...]. Führer nur dank der Überlegenheit seines Intellekts; farblos, humorlos, unnachgiebig. Als Redner nüchtern, aber mit der Fähigkeit, tiefe Gedanken in einfachste Worte zu kleiden, die Analyse konkreter Situationen zu geben“, so schildert ihn der US-amerikanische Augen- und Ohrenzeuge John Reed in seinem weithin bekannten Buch²⁰, das neben den Berichten von Mstislawski und N. N. Suchanow²¹ noch heute als eine Quelle für den II. Sowjetkongreß gelten kann. „Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart.“ Mit diesem Satz begann Lenin die Verlesung des „Dekrets über den Frieden“.

Der heutige Leser, der das Dokument in Lenins „Werken“ findet²², kann sich kaum der historischen Tatsache verschließen, daß der Vorschlag an die krieg-

¹⁸ Lenin, Rede über die Aufgaben der Sowjetmacht. Sitzung des Petrograder Sowjets, ebenda, S. 228.

¹⁹ S. D. Mstislawski über den II. Sowjetkongreß, in: Die Russische Revolution, S. 392 ff.

²⁰ John Reed, Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 1957, S. 180 f.

²¹ N. N. Suchanow, 1917. Tagebuch der russischen Revolution, ausgew., übertr. u. hg. v. N. Ehlert. Vorw. v. I. Fetscher, München 1967.

²² Lenin, Rede über den Frieden, 26. Oktober (8. November) 1917 und Dekret über den Frieden, in: Werke, Bd. 26, S. 239 ff.

führenden Völker und ihre Regierungen, sofort Verhandlungen über einen „gerechten, demokratischen Frieden“ aufzunehmen, eine Botschaft war, die in der bisherigen Weltgeschichte der Staatenkriege nicht ihresgleichen hat. Kriterium der beschworenen „Gerechtigkeit“ und „Demokratie“ sollte ein „Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen“ sein. Das Dekret enthält eine völkerrechtswürdige Bestimmung des Begriffs der „Annexion“, wie sie noch heute und zukünftig taugen möchte. Es war selbstverständlich, daß die traditionelle Geheimdiplomatie, die sekretären Regierungsabsprachen der Ententemächte, überdies sämtliche bisherigen „Annexionen der Großrussen“ sofort und bedingungslos als ungültig erklärt wurden. Für alle Nationen und Völker – gleich, ob sie „in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern“ lebten – wurde das Recht der nationalen Selbstbestimmung eingefordert.

War dieser größere Textteil an die Völker und ihre Regierungen gerichtet, wobei die Bereitschaft erklärt wurde, auch deren eigene Friedensbedingungen erwägen zu wollen, so wandte sich das Dekret am Schluß allerdings an ganz besondere Adressaten: die „bewußten Arbeiter der drei fortgeschrittenen Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands“. Die geschichtlichen Verdienste der englischen Chartisten, der französischen Arbeiterrevolutionäre, der deutschen Sozialdemokraten im Kampf gegen Bismarcks „Sozialistengesetz“ in Erinnerung rufend, sprach das Dekret nun auch vor aller Öffentlichkeit die Erwartung einer Weltrevolution aus. Die genannten nationalen Arbeiterklassen würden die russischen Oktoberrevolutionäre gewiß nicht im Stich lassen: Sie würden „durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen [...], die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen“. Trotz dieses optimistischen Ausblicks sagten Lenins Erläuterungen, die nicht im Dekret enthalten sind, einen schweren Kampf voraus: „Die Regierungen und die Bourgeoisie werden alles daransetzen, um sich zu vereinen und die Arbeiter- und Bauernrevolution in Blut zu ersticken.“ Am Ende aber würden „Frieden und Sozialismus“ den Charakter der soeben beginnenden neuen Weltepoche bestimmen.²³

Als die Diskussion über das Dekret stattgefunden hatte, sprach Lenin ein „Schlußwort“. Darin findet sich ein Gedanke, den wir festhalten möchten, weil er bezeugt, wie die Bolschewiken in der Stunde der großen Deklarationen gelobten, den Willen der Volksmassen zu achten: „Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparats die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark,

²³ Ebenda, S. 243.

wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun.“²⁴ Das mußte als ein Anerkenntnis der konsequenten Volkssouveränität, der wahren Demokratie des Volkes verstanden werden – dem aber die Bolschewiken, sobald sie Staatspartei wurden, nicht die Treue hielten. Um einen historischen Vergleich zu wagen: Der 26. August 1789, mit der Deklaration der Rechte des Menschen und des Bürgers, und der 26. Oktober (8. November) 1917, mit der Botschaft des Friedens und dem Versprechen volksdemokratischer Verhältnisse, erscheinen als Sternstunden der Menschheit. Doch ihre idealen Verheißungen wurden zu schlechter Letzt durch Verfälschungen und Enttäuschungen verüstert, wofür sowohl Sachwalter des Kapitals als auch Führer des „realen Sozialismus“ in historischer Verantwortung stehen.

Der II. Allrussische Sowjetkongreß bestätigte ebenfalls das von Lenin verlesene, seit Jahren schon von den Sozialrevolutionären vertretene „Dekret über den Grund und Boden“.²⁵ Es sollte „die gewaltigen Massen der armen Bauern beruhigen“, die bekanntlich in Aufständen gegen die Großgrundbesitzer und die Provisorische Regierung rebellierten: „Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben“ (Artikel 1). Diese Konfiskation galt auch für Ländereien der zaristischen Krone, der Klöster und der Kirchen. Das beschlagnahmte Eigentum sollte einstweilen der Kontrolle bäuerlicher Bodenkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputierten unterstehen – und zwar solange, bis Rußlands Konstituierende Versammlung endgültige Gesetze beschließen würde.

Das Dekret formulierte eine revolutionär-demokratische Lösung der Agrarfrage, die das bisherige Bodeneigentum der Bauern akzeptierte und sogar eine noch weitere Eigentumbildung der „einfachen Bauern und der einfachen Kosaken“ ermöglichte. Doch die Linken Sozialrevolutionäre und die Bolschewiken selbst favorisierten als „gerechteste Lösung“ solche Prinzipien, die den Sozialismus erstrebten. Deshalb wurde dem Text des Dekrets ein „Bäuerlicher Wählerauftrag“²⁶ beigegeben: Das „Privateigentum am Grund und Boden“ sei „für immer“ aufzuheben, der gesamte Boden zum „Gemeineigentum des Volkes“ zu machen, die Bodenschätze, Waldungen und Gewässer von größerer Bedeutung in die „ausschließliche Nutzung des Staats“ zu überführen. Das „Recht der Bodennutzung“ sollte allen Staatsbürgern, „die den Boden selbst, mit Hilfe ihrer Familie oder genossenschaftlich bearbeiten wollen“, für die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit zugesprochen werden. Volkseigentum wurde demnach als Staatseigentum definiert. Die Losung „Der Boden den Bauern!“ sollte sich nicht als Privateigentum, sondern nur als Verfügungsgewalt des einzelbäuerlichen Produzenten oder der Genossenschaftler realisieren. Lohnarbeit aber sollte verboten werden.

²⁴ Lenin, Schlußwort zur Rede über den Frieden, ebenda, S. 246.

²⁵ Dekret über den Grund und Boden, ebenda, S. 249.

²⁶ Bäuerlicher Wählerauftrag zur Bodenfrage, ebenda, S. 249 ff.

Den Bolschewiken war bewußt, daß die Majorität der Bauern nicht ihnen, sondern den Sozialrevolutionären, der größten und einflußreichsten Partei Rußlands, folgte. Dieser Umstand veranlaßte Lenin abermals zu einer volksfreundlichen Erklärung: „[...] Wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren. [...] Wir glauben, daß die Bauernschaft selbst es besser als wir verstehen wird, die Frage richtig, so wie es notwendig ist, zu lösen. Ob in unserem Geiste oder im Geiste des Programms der Sozialrevolutionäre – das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten.“²⁷ Auch das war ein momentanes Zugeständnis, das aber von der Staatspartei Lenins und späterhin Stalins keineswegs eingelöst wurde.

Das dritte Dekret des Kongresses beinhaltete den „Beschuß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung“: ausdrücklich deklariert als ein Provisorium „zur Verwaltung des Landes bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung“ und betitelt als „Rat der Volkskommissare“.²⁸ Die Wahl Lenins in die Funktion des Vorsitzenden (nach traditionellen Begriffen: des Ministerpräsidenten) anerkannte die intellektuelle Überzeugungskraft des Führers der Bolschewiken, der seit dem anfänglichen Fiasko seiner „April-Thesen“ die Gegenmeinungen in der Partei zurückgedrängt und bei den wichtigsten Entscheidungen seine Dominanz durchgesetzt hatte.

Die drei Beschlüsse des Sowjetkongresses waren das unmittelbare Ergebnis des zweiten Petrograder Aufstands im Prozeß der seit Februar begonnenen Revolution. Obwohl der Aufstand nicht unter sozialistischen, sondern demokratischen Losungen siegte, ist er in der Sowjetunion und von deren Parteigängern in aller Welt ein Dreivierteljahrhundert lang mit dem Diktum „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ erinnert, gefeiert, sogar verabsolutiert worden. Tatsächlich aber erfüllte die neue, sich selbst als „provisorisch“ bezeichnende Regierung bis zum Jahresende 1917 die noch ungelösten Aufgaben des bürgerlich-demokratischen Februarumsturzes: Sie ließ endlich die Wahlen zur Konstituante durchführen, mühte sich um allgemeine, jedoch von den Westmächten boykottierte Friedensverhandlungen, schloß einen Waffenstillstand mit Deutschland und seinen Verbündeten, verfügte die Aufhebung der aus der Feudalzeit überkommenen Ständestrukturen, überdies die Trennung der Kirche von Staat und Schule, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und des Selbstbestimmungsrechtes der unter russischer Herrschaft stehenden Nationen. Nur die Regierungsbeschlüsse über die Arbeiterkontrolle der Produktion und die Nationalisierung der Banken, des Bodens, der Bodenschätze öffneten ein Tor, das den direkten Zugang zum Sozialismus ermöglichte.

²⁷ Lenin, Rede über die Bodenfrage, 26. Oktober (8. November) 1917, ebenda, S. 252 f.

²⁸ Beschuß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung, ebenda, S. 254 f.

Den Führern des Oktoberumsturzes war das politische Wagnis ihrer Machteroberung bewußt. Trotzki, bekannt als ein Hauptvertreter der marxistischen Hypothese der „Weltrevolution“, hatte auf der Tribüne des Sowjetkongresses freiheraus gesagt: „[...] daß wir wohl wissen, daß, wenn auch weiterhin in Europa die imperialistische Bourgeoisie herrschen wird, das revolutionäre Rußland sich allein nicht zu halten vermag. Es gibt nur die Alternative: Entweder die russische Revolution wird eine revolutionäre Bewegung in Europa auslösen, oder die reaktionären Mächte Europas werden das revolutionäre Rußland zerstören.“²⁹

Der alte Plechanow warnte im „Offenen Brief“ an die Petrograder Arbeiter vor einer Errichtung der Diktatur des Proletariats.³⁰ Die Arbeiterklasse, nur eine sehr kleine Minderheit der Bevölkerung, müsse bedenken, daß die Bauern, die überwiegende Volksmehrheit, zwar das Land der Gutsbesitzer benötigten, ihre Interessen aber „nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet“ seien. Die Bauern wären daher „beim Aufbau der sozialistischen Produktionsweise ein sehr unzuverlässiger Bündnispartner“. Plechanow widersprach auch der vorschnellen Behauptung: „Was der russische Arbeiter begonnen hat, wird der deutsche vollenden.“ Statt dessen entwarf er die unfreiwillig düstere Prognose: „Wenn das russische Proletariat die politische Macht zur unrechten Zeit erobert, wird es die soziale Revolution nicht durchführen, sondern nur den Bürgerkrieg auslösen, der es letzten Endes zwingen wird, sich weit hinter die im Februar und März dieses Jahres erkämpften Positionen zurückzuziehen.“ Dieser Mahner wurde durch staatspolizeiliche Gewalt der Öffentlichkeit entzogen. Er starb Monate später im finnischen Exil.

4.

Im ganzen Frühjahr und Sommer 1917 waren die Bolschewiken eine radikale, selbstverantwortliche, in den Untergrund gedrängte Oppositionspartei gewesen. Jetzt aber, bei Ausübung der provisorischen Regierungsgewalt, befanden sich Lenin und seine Mitstreiter in der höchsten Verantwortung und daher nicht mehr so „frei“ wie zuvor. Sie standen im zeitweiligen Koalitionszwang mit Linken Sozialrevolutionären und mehr noch unter dem Massendruck von Bauern, Soldaten, Arbeitern, bürgerlichen Nationalisten, die von „Sozialisierung“ und gar von „Sozialismus“ sprachen, ohne aber die tatsächlichen Konsequenzen zu kennen oder zu wollen.

Es gab gravierende Widersprüche. Während die proletarische „Avantgarde“ das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen gedachte, wollten, die grundbesitzenden Bauern ihr Land behalten, wollten auch viele der Besitzlosen in den Dorfgemeinden endlich zu persönlichem Eigentum an Boden

²⁹ John Reed, Zehn Tage, S. 201.

³⁰ Offener Brief von G. W. Plechanow an die Petrograder Arbeiter über den Oktoberumsturz, 28. Oktober (10. November) 1917; abgedr. in: Die Russische Revolution, S. 402 ff.

gelangen. Während derselbe „Vortrupp der Arbeiterklasse“ trotz seiner Friedensbemühungen an die sehr wahrscheinliche Notwendigkeit denken mußte, daß sich das erneuernde Rußland gegen innere und äußere Konterrevolution mit Revolutionstruppen zu verteidigen habe, strömten ungeheure Massen von Bauernsoldaten in ihre Dörfer zurück, um bei der Landverteilung gegenwärtig zu sein. Während die „Marxisten-Leninisten“ gerade im Industrieproletariat den missionarischen Träger für Sozialismus und Kommunismus erblickten, waren die Proletarier bekanntlich nur ein sehr geringer Bevölkerungsteil, und manch ein Arbeiter mochte das soeben gewonnene Recht, seine Vertreter zu wählen und abzuwählen, nicht der bolschewistischen „Partei- und Klassendisziplin“ opfern. Und schließlich waren die politischen Führungskräfte, die in Finnland und den anderen Landesvertretungen das Recht der nationalen Selbstbestimmung in Anspruch nahmen, in der Mehrzahl keineswegs Betreiber der sozialen Revolution, geschweige denn Parteigänger des Bolschewismus. Das alles mußte zu schweren Konflikten führen.

Schon in der bisherigen Revolution hatten Losungen der bürgerlich-demokratischen „Freiheit“ und der sozialrevolutionären „Gleichheit“ polarisierend gewirkt. Das Ereignis, das die gemäßigten Demokraten und die entschieden sozialistischen Klassenkämpfer vollends spaltete, vollzog sich am 5./6. (18./19.) Januar 1918: dem Geburts- und zugleich Sterbedatum der lange angekündigten Konstituierenden Versammlung, die von 46,5 Millionen Bürgern (etwa 60 Prozent der Stimmberechtigten) gewählt worden war. In ihr wollten die Bolschewiken, die kaum ein Viertel der Abgeordnetenplätze besaßen, die soziale Revolution auf die Tagesordnung setzen, indem sie den Text einer „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ zur Beratung und Annahme vorschlugen.

Das Dokument war von verfassungspolitischer Bedeutung.³¹ Es erstrebte die Gründung des neuen Staates als föderative Sowjetrepublik und den sofortigen Vollzug der sozialistischen Revolution: durch Abschaffung des „Privateigentums an Grund und Boden“, den „Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates“, die Verstaatlichung der Banken, die Einführung der „allgemeinen Arbeitspflicht“ und die „Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern“. Mit der Annahme dieser Deklaration sollte die Konstituante ihre Aufgaben als erledigt betrachten und ihre Selbstaflösung beschließen. Weil sich aber die parlamentarische Majorität mit Berufung auf die Landeswahlen und ihre rechtliche Eigenständigkeit verweigerte, brach der Klassenkampf offen hervor. N. I. Bucharin, Hauptredner der Bolschewiken, attackierte alle Absichten zum „Aufbau einer hunds miserablen bürgerlich-demokratischen Republik“ und erklärte im Namen der Weltrevolution den „Kampf auf Leben und Tod“.³²

³¹ Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, in: Lenin, Werke, Bd. 26, S. 422 ff.

³² Stenographische Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung, 5./6. (18./19.) Januar 1918; abgedr. in: Die Russische Revolution, S. 407 ff.

Sogleich reagierte auch die im Hintergrund lauernernde Revolutionsregierung. Der Rat der Volkskommissare beschloß die sofortige Auflösung der Konstituante und ließ die Parlamentarier auf die Straße setzen. Seit vielen Wochen hatte Lenin, der stetige Verneiner des Parlamentarismus, seine Genossen auf diesen Coup eingeschworen. Die Kraftprobe war ein untrügliches Zeichen, daß die bürgerlich-demokratische Revolution nunmehr tatsächlich enden und die sozialistische Revolution beginnen sollte.

Der Kommentar Lenins, des Treibers der Geschehnisse, lautete: „[...] Der Krieg und die durch ihn verursachten unerhörten Leiden der erschöpften Völker haben den Boden für das Aufflammen der sozialen Revolution bereitet.“ Er fügte in rigoroser Entschlossenheit hinzu: „Kein Zweifel, im Entwicklungsprozeß der Revolution, der durch die Kraft der Sowjets ausgelöst worden ist, werden alle möglichen Fehler und Mißgriffe vorkommen – aber es ist für niemanden ein Geheimnis, daß jede revolutionäre Bewegung stets unvermeidlich von vorübergehenden Erscheinungen des Chaos, der Zerrüttung und Unordnung begleitet ist. [...] Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst, die revolutionäre Sowjetrepublik aber wird triumphieren, koste es, was es wolle.“³³ Wir registrieren den Radikalismus, den Willen zum äußersten Risiko. Was aber ebenfalls interessieren sollte, ist die Tatsache, daß Lenins Kommentar allen späteren Geschichtsideologen widerspricht, die auf den Akt bloßer Machteroberung eingeschworen scheinen und glauben, den Sieg der sozialistischen Revolution bereits auf den Oktober 1917 und den Januar 1918 datieren zu können. Lenin selbst sah sich und seine Partei zu dieser Zeit noch immer „im Entwicklungsprozeß der Revolution“.

Folglich sei die Frage gestellt: Wann und womit denn die Russische Revolution, die im Oktober und Januar keinesfalls schon entschieden war, tatsächlich abschloß? Das könnte helfen, der historisierenden Schönfärberei entgegenzuwirken, die den Bürgerkrieg aus der Revolution herausnimmt und allein auf dem Schuldkonto der verschiedensten Widerständler gegen die bolschewistische Staatsmacht verrechnet. Solches geschieht faktisch durch die Behauptung der völligen Interessengleichheit zwischen Bolschewiken und Volksklassen und durch die Legende von der unblutigsten Revolution der Geschichte.

In Wirklichkeit waren die mörderischen Konflikte des Bürgerkrieges, der nicht zuletzt durch den sozialen Interessenwiderspruch von Bolschewiken und Bauern ausbrach, ein immanenter Bestandteil der Revolution. So weist auch der Historiker Medwedew nachdrücklich über die Machtergreifung hinaus: auf den Zusammenprall von Bolschewiken und Bauernmassen – und auf den Schuldanteil des von Lenin geführten neuen Regimes.³⁴ Die schon genannten russischen Akademiker Wolobujew und Buldakow sehen den Prozeß der Russischen Revolution ebenfalls über den Regierungsantritt der Bolschewiken

³³ Lenin, Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 6. (19.) Januar 1918, in: Werke, Bd.26, S. 437 ff.

³⁴ R. A. Medwedew, 80. Jahre Russische Revolution, in: Die Russische Revolution, S. 42 ff.

hinwegwirkend: „Der eigentliche Umbruch im Verlauf der russischen Krise erfolgte nicht im Oktober 1917, sondern vom Oktober 1917 bis Sommer 1918, nachdem die Masse der Bevölkerung den versprochenen Grund und Boden erhalten hatte und nun auf die gefestigte neue Macht traf.“³⁵ Die Revolution war auch nach Auflösung der Konstituierenden Versammlung noch nicht entschieden.

Was den langfristigen Prozeß der Russischen Revolution betrifft, so sei zum Vergleich an die Große Französische Revolution erinnert. Es fällt keinem Historiker ein, ihre Entscheidungen und Resultate auf 1789 zu begrenzen. In widerstreitenden Ansichten werden die Jahre 1791 oder 1794/95 oder 1799 als abschließende Zäsuren der Revolutionsgeschichte genannt: Die Proklamation der konstitutionellen Monarchie, der Bürgerkrieg, die Errichtung der Republik, die revolutionäre Vaterlandsverteidigung, der Sturz der Jakobinerdiktatur, die schließliche Gestaltung des bürgerlichen Staats und der liberalistischen Rechtsordnung bis zum Militärputsch des Napoleon Bonaparte – dies alles wird mehr oder weniger in den unmittelbaren Revolutionsprozeß einbezogen. Eine Antwort auf die Frage nach dem Ende und den Resultaten der Russischen Revolution sollte in ähnlicher Weise gesucht werden – und zwar in den Jahren vom Februarumsturz 1917 bis zum Frühjahr 1921, dem Ende des Bürgerkrieges und dem Beginn der Neuen Ökonomischen Politik. Wo immer die Zäsur gesetzt wird, ergeben sich staats- und gesellschaftspolitische Resultate, die den Begriff der Russischen Revolution rechtfertigen. Sie widerlegen aber die glorifizierenden Behauptungen vom Sieg einer „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“.

Richtig bleibt die positive Feststellung, daß die Sowjetmacht unter Führung der Bolschewiken ihre Existenz in dreijährigem Bürgerkrieg und Verteidigungskrieg gegen die Interventionstruppen von 14 kapitalistischen Staaten behaupten konnte. Damit rückte ein Staat in die Weltgeschichte ein, der weder vom halbfeudalen Zarismus noch von der kapitalistischen Bourgeoisie beherrscht wurde. Die sogenannte Sowjetmacht übersprang das in der bisherigen Staatengeschichte gewohnte, auf Feudalismus und Absolutismus folgende Herrschaftssystem der Bourgeoisie. Obwohl für diese Novation die Bezeichnung „Arbeiter- und Bauernstaat“ schon damals in Gebrauch kam, war aber dieser Titel de facto noch keinesfalls zutreffend, sondern eine Verheißung für die Zukunft.

Als eine schwere Hypothek erwies sich der Irrtum Lenins, der im Oktober 1917 und Januar 1918 mit Berufung auf wissenschaftliche Voraussicht behauptet hatte, daß die sozialistische Revolution in Europa kommen müsse, sich daher alle Hoffnungen auf den endgültigen Sieg des Sozialismus gründen dürften. In den Kriegsverliererstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn stürzten die kaiserlichen Regime, scheiterten aber die proletarischen Revolu-

³⁵ P. W. Wolobujew/W. P. Buldakow, Oktoberrevolution – neue Forschungszugänge, ebenda, S. 52.

tionen. Bei den bürgerlichen Siegermächten Frankreich, Großbritannien, den USA fand nicht einmal ein revolutionärer Versuch statt. Die Weltrevolution ließ auf sich warten. Rußland blieb isoliert in der Umzingelung von kapitalistischen Staaten. Die unbequemen Warnungen der Bolschewiken Kamenew und Sinowjew, des Menschewiken Plechanow und vieler anderer hatten sich als berechtigt erwiesen.

Was nun den neuartigen Krieg zur Verteidigung des revolutionären Staats betrifft, so schwanken die Urteile zwischen berechtigtem „Heroismus“ und dem von dem Kriegsteilnehmer Isaak Babel hinterlassenen Zeugnis „einer erlebten Hölle und endlosen Totenmesse“³⁶. Daß die bewaffnete Konterrevolution der Gutsbesitzer und überdies der ausländischen Interventionskorps nicht mit Friedenssprüchen zu bannen war, also wiederum Krieg erforderte, war eine Zwangslage, die die Bolschewiken mit den früheren bürgerlichen Revolutionen der Niederländer, der Engländer, der US-Amerikaner und der Franzosen teilten. Jedoch geschahen Verletzungen der human-sozialistischen Befreiungsethik gegenüber der eigenen Bevölkerung überall dort, wo Zwang statt Überzeugung regierte, wo Abneigung durch martialische Niederwerfung, Widerstand durch weit überzogene Gegengewalt gebrochen wurde. Dabei waren die Millionenmassen des bäuerlichen Volkes, auf dessen Rücken sich die konträren Militärgewalten insbesondere austobten, eigentlich gar keine Regimefeinde. Weil aber Armee und Städte, die Zentren der Revolution, im Würgegring der verbündeten Widerständler und Interventen zu verhungern drohten, dekretierte die bolschewistische Führung nicht bloß den „Kriegskommunismus“. Ihre Roten Garden zogen in die Dörfer, requirierten Lebensmittel und Vieh, raubten Saatgut, brachen Proteste und Gegenwehr mit Waffengewalt. Indem sie die schwer vermeidliche Praxis der Jakobiner von 1793 wiederholten, erzeugten sie selbst die „Vendée“, in der sich die wirkliche Konterrevolution durch zahlreiche Bauernrevolten potenzierte. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, von Bjelorußland bis Ostsibirien wurde gebrandschatzt, gemetzelt, verhungert, an Seuchen krepirt. Die Toten werden auf rund 13 Millionen geschätzt; allein durch die Hungersnot, die 1921 in den Gebieten der Wolga grassierte, starben fünf Millionen Menschen.³⁷

Die Schrecken des Bürgerkrieges, seit dem Streit um Lenins „April-Thesen“ immer wieder warnend beschworen, waren also gekommen. Die kapitalistischen Großstaaten, zuerst das Kaiserreich Deutschland, dann die Ententemächte England und Frankreich, zudem Japan und Polen, die alle das Selbstbestimmungsrecht der Russen mißachteten oder auf Seiten der Konterrevolution mißbrauchten, übertrugen die Gewaltlogik des Weltkrieges auf ihre Aggressionen gegen diesen Staat, der eine antikapitalistische Alternative werden wollte. Wenn daher Lenin mit allen seinen selbsternannten „Berufsrevolutio-

³⁶ Isaak Babel, Die Reiterarmee. Mit Dokumenten und Aufsätzen im Anhang, Leipzig 1968.

³⁷ Wolfgang Ruge, Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991, insbesondere: Sprungbrett Gewalt, S. 44 ff.

nären“, die sich zu Militärs und Staatsfunktionären mauserten, auch nicht primäre Schuld trugen – sie hatten das Risiko gewagt und die Mahnungen dreist in den Wind geschlagen. Einmal im Mahlstrom des Krieges befindlich, den Angriffen der Konterrevolution ausgesetzt, vermochten sie ihre eroberte Macht ohne Zwang und Terror nicht zu verteidigen. Und indem sie von dieser Notlage reichlich Gebrauch machten, wagten sie martialische Willkür, Mord und Totschlag gegen Teile des eigenen Volkes. Unter dem Zwang der Verhältnisse hüllten sie die ursprünglich humanen Ideale des Sozialismus aus.

Man könnte dies vielleicht eine moralisierende Kritik nennen, wenn auf der Waagschale der Revolutionsgeschichte nicht noch andere schwere Gewichte lägen. Sieht man einmal ab von den temporären Erfolgen einiger Guerillakriege der neueren Geschichte, so ist freilich ein großer Krieg ohne Konzentration der militärischen Kommandogewalten und ohne Zentralisation des Staatsapparats nicht zu gewinnen. Was in Lenins Parteikonzept schon früh an Zentralismus, Machtbehauptung und Disziplinierung angelegt war, realisierte sich in den äußerst bedrohlichen Situationen des bolschewistischen Staates. Das ermöglichte den schwer errungenen Sieg, der ohne die duldende und kämpferische Lebenskraft des russischen Volkes nie erreicht worden wäre. Aber ein durchaus negatives Kriegsergebnis wucherte im Prozeß der militärischen und staatlichen Zentralisierung – die Unterwerfung selbständiger Regungen des werktätigen Volkes, die hinfort bleibende Vernichtung der demokratischen Erregenschaften der Februarrevolution.

Nicht genug, daß die bürgerlichen Parteien abgeschafft, die staatliche Gewaltenteilung, die Pressefreiheit und jeglicher Parlamentarismus verworfen wurden. In den Verbotspraktiken gegen Volkssozialisten, Internationalisten, linke Sozialrevolutionäre und dem stetigen Argwohn gegen die Menschewiken offenbarte sich die Tendenz zum Ein-Partei-Regime, zur Liquidation aller Organisationsformen demokratischer Eigenständigkeit und Kritik. Den Schlußpunkt setzte die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands, der unter der Losung „Sowjets ohne Bolschewiki!“ erfolgte. Der Bürgerkrieg und somit die Revolution endete 1921 mit der politischen Entmündigung der lokalen und regionalen Sowjets, der Arbeiter- und Bauernkomitees, der Gewerkschaften, sogar der Opposition in den eigenen Reihen der bolschewistischen Partei. Der Staatstitel „Sowjet-Republik“ gebrauchte zwar den Namen der Basisdemokratie, die 1917 als „Revolution von unten“, als vielfältiger und organisierter Volkswille gegen Zarismus und bürgerliche Regierung gestritten hatte. Doch die basisdemokratischen Institutionen waren nun von den Bolschewiken selbst zurückgedrängt oder gar zerschlagen worden.

Abschließend sei an die soziale Charakterisierung des Februarumsturzes erinnert, die der Volkssozialist Mjakotin im Frühjahr 1917 gegeben hatte. Was war im ganzen Verlauf der Russischen Revolution aus den damals genannten Klassen und Schichten geworden? Die zaristische Aristokratie und die Gutsbesitzerkaste waren aus Staat und Gesellschaft verschwunden. Die an Zahl geringe Bourgeoisie entkam entweder ins Ausland oder verbarg sich unter Preis-

gabe ihres Klassencharakters als Angestellte und Spezialisten in den neuen Strukturen. Das von Mjakotin nicht erwähnte Kleinbürgertum der Handwerker, Händler und sonstigen Gewerbetreibenden, die in der bürgerlichen Gesellschaft schon immer zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen sozialem Auf- und Abstieg lebte, vegetierte nunmehr in den Abgründen des Schwarzhandels und des Ruins. Allein die Arbeiterklasse, die im Februar zuerst auf die Straße gegangen war, hatte Losung und Verheißung des Sozialismus in sich aufgenommen, hatte im Bürgerkrieg die Stoßtruppen der Roten Armee verkörpert, war aber durch Kämpfe und Hunger stark dezimiert. Die Intelligenz, soweit sie anfangs für die Erneuerung Rußlands begeistert war, fühlte sich seit dem Oktoberumsturz und dem Bürgerkrieg von Skrupeln geplagt, so daß viele, die sich nicht anpassen mochten, ebenfalls in die bürgerlich-demokratischen Länder des Westens emigrierten. Ein Beispiel ist Maxim Gorki, der die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution nicht erkennen konnte, daher die Machteroberung der Bolschewiken ablehnte. Was sie wagten, sei ein „grausames Experiment am lebenden Körper Rußlands“, wobei vor allem das noch junge Proletariat als Material für den Versuch einer Weltrevolution mißbraucht werde.³⁸ In der Petrograder Tageszeitung „Nowaja Shisn“ verfocht der Schriftsteller seine „Unzeitgemäßen Gedanken“ einer politischen Alternative: ein Bündnis der Intelligenz mit der organisierten Arbeiterschaft, um die Revolutionswirren zu beenden und sogar einsichtige Industrielle für den Wiederaufbau Rußlands zu gewinnen. Es waren Ideen, die im Jahre 1918 nichts anderes als Ablehnung und das Verbot der Zeitung zur Folge hatten.

Bleiben noch die vielen Millionen der Landbevölkerung. Die Massenlosung „Der Boden den Bauern!“, von den Bolschewiken selbst aufgegriffen und in Gesetze überführt, hatte die Lokalherrschaften der Gutsbesitzer hinweggefegt, aber nicht bewirkt, daß der Großgrundbesitz in genossenschaftliche Musterwirtschaften verwandelt wurde. Neben den weiteren Bedenklichkeiten in Rosa Luxemburgs berühmter Gefängnischrift hatte schon dieser Umstand (bei aller Sympathie für die Oktoberrevolutionäre) zur Kritik gereicht.³⁹ Doch da war auch noch die Differenzierung in grundbesitzende Bauern und Dorfarmut – und ebendiese eskalierte infolge der bolschewistischen Agrarpolitik im Sommer 1918 zum offenen Bürgerkrieg. Die reichen und mittleren Bauern, die bislang in den Dorfsowjets das Sagen hatten, sahen sich dem Angriff von mehr als hunderttausend „Komitees der Dorfarmut“ ausgesetzt, wobei sie 50 von 80 Millionen Hektar Land einbüßten. Diese erste „Entkulakisierung“ führte wiederum nicht zu Kollektivwirtschaften, sondern zu Kleinbauernstellen, zum Rückgang der Produktion und bewaffneten Widerstand der Enteigneten. Gorki

³⁸ Zit. nach Michael Wegner, Gorki versus Lenin: Kultur und Revolution, in: Die Russische Revolution 1917. Weltereignis – Widerstreit – Wirkungen (Kolloquium des Plenums der Leibniz-Sozietät), Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 19, Jg. 1997, H. 4, S. 168 f.

³⁹ Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 342 ff.

kritisierte: Das sei „ein russischer Aufstand ohne Sozialisten im eigentlichen Sinne und ohne sozialistische Geisteshaltung“.⁴⁰ Statt strategischer Agrarpolitik praktizierten die Bolschewiken in ihrer Notlage den „Kriegskommunismus“ und den „Roten Terror“ zwecks Sicherung eines nur spärlichen Lebensunterhalts. Es war ein Verfahren, das den Namen der Gesellschaftspolitik schwerlich verdiente und nach dem Sieg über die Interventen unmöglich fortgesetzt werden konnte. Vor dem Hintergrund des ausgebluteten Landes und der noch immer flammenden Bauernaufstände dekretierten die Bolschewiken auf Vorschlag Lenins im Frühjahr 1921 die staatskapitalistische NÖP. Sie wagten jedoch zur selben Zeit noch einmal einen Versuch in Richtung „Weltrevolution“, indem sie mit Hilfe der Kommunistischen Internationale die proletarischen Märzunruhen in Mitteldeutschland anheizten, die aber gänzlich mißlangen und die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands schwer schädigten.⁴¹

So bleiben am Schluß der historischen Tragödie zwei polemische Feststellungen. Erstens können die unmittelbaren Revolutionsresultate von 1917 bis 1921 den zweifelhaften Titel der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ keinesfalls rechtfertigen. Das Verhältnis zwischen der ideologischen Begriffsbildung und der weit komplizierteren Realität der Geschichte müßte im Traditionsverständnis heutiger Sozialisten und Kommunisten ernstlich geprüft und präzisiert werden. Zweitens aber sollte die historische Erfahrung unvergessen bleiben, daß ein Weltkrieg kapitalistischer Staaten die Krise Rußlands und damit die Revolution verursachte, daß ebendiese Staaten der antikapitalistischen Sowjetmacht den erbittertsten Widerstand entgegensetzten. Selbst vom Blut der Millionen Kriegstoter und Verwundeter besudelt, isolierten sie den jungen Staat durch diplomatische Invektiven, verteufelten sie ihn durch anti-kommunistische Hetze, und sie zwangen durch ihre Interventionen auch ihn zum blutigen Aderlaß.

⁴⁰ Siehe Anm. 39.

⁴¹ Paul Levi, Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin 1921; Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Republik, Berlin 1999, S. 36 ff.

Grenzübertretungen – Umgang mit dem Anderen

„Konferenz zu Rechtsextremismus, Migration, Geschlechterrollen in Polen, Tschechien und Deutschland“ – Tagung in Berlin
7.-9. September 2001

Die Tagung von Rosa Luxemburg-Stiftung, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Instituut voor Publiek en Politiek aus den Niederlanden vom 7. bis 9. September 2001 illustriert die Zufälligkeiten von Aufmerksamkeit und Aktualität, denen eine Konferenz unterliegen kann. So entdeckten vermutlich gelangweilte und unzureichend beachtete CDU-MdB's kurz vor der Tagung, dass erstmalig BpB und RLS gemeinsam als Veranstalter auftreten, und forderten Innenminister Schily zur Absage der Veranstaltung bzw. zum Rückzug der BpB auf. In der Folge konnte die RLS eine regere Presseaufmerksamkeit feststellen als ohne diese Intervention – die mit dem Anliegen und dem Verlauf der Konferenz freilich wenig zu tun hatte – zu erwarten gewesen wäre. Wenige Tage später aber verdrängten die Anschläge in den USA diese kleine politische Aufregung ebenso wie die behandelten Gegenstände der Tagung, die eigentlich durch die Wahlergebnisse in Polen und in Hamburg jeweils am 23. September, durch die Auswirkungen der Anschläge in den USA auf die halbherzige Migrationsdebatte in Deutschland oder auch den Gewerkschaftstag der IG BAU Anfang Oktober mit seinen Abschottungsforderungen gegenüber mittel- und osteuropäischen ArbeitnehmerInnen ihre Aktualität bestätigt bekommen haben.

Der Erfolg der Schill-Partei in Hamburg mit fast 20% der Stimmen und die Verschiebungen im rechten Teil des polnischen Parteienspektrums – Ausscheiden der bisher regierenden Post-Solidarnosc-Rechten und der Liberalen aus dem Parlament, Stimmenerfolge im Bereich von jeweils 8-10% für die drei diffusen, teilweise als rechtspopulistisch zu beschreibenden Parteien/Bewegungen SamoObrona, PiS und LPR – unterstreichen die Notwendigkeit des Tagungsanliegens, auf neue rechte Strömungen in Deutschland, der EU und den Erweiterungsländern verstärkt zu achten und dabei über die traditionellen Erklärungsmuster faschistischer Bewegungen hinaus zu gehen. Entsprechend versuchte die Tagung neben einem Überblick über „Die extreme Rechte in Polen, Tschechien und Deutschland“ auch Annäherungen an schwerer zu erfassende rechte Erscheinungen. Christoph Butterwegge (Uni Köln) stellte seine – nicht monokausale – These von Zusammenhängen zwischen Deregulierung und Neoliberalismus einerseits mit wachsendem Rassismus und Gewalt auf der anderen Seite vor. Als aktuell nicht zuletzt vor dem Hintergrund der „Jedwabne“-Debatte in Polen erwies sich auch die Diskussion um „Feindbilder – Geschichtsbilder“.

Ein von den TeilnehmerInnen besonders gewürdigtes Spezifikum dieser Tagung war der Themenblock „Geschlechterbilder und -rollen im Umgang mit dem Anderen“, der auch maßgeblich zur Vielfältigkeit der Publikumszusammensetzung beitrug. Das inhaltliche Spektrum reichte hier von Austausch und

Vernetzung antirassistischer und antisexistischer Gruppen aus Polen, Tschechien und Deutschland über einen Vortrag von Bozena Choluj (Uni Frankfurt/Oder und Warschau) über den Mythos der „Mutter Polin“ bis hin zur Frage nach der Beteiligung von Frauen an rechten Gruppen.

Historischer Antifaschismus und ein allgemein gehaltener Internationalismus in der Tradition der Arbeiterbewegung sichern keine ausreichende Immunisierung gegen Rassismus (so etwa der Juso-Bundesvorsitzende Niels Annen in einer internationalen Diskussionsrunde „Linke und Rassismus, Linke und Migration“). Gleichzeitig können Migrationsfragen nicht in enger Anlehnung an oder gar Ableitung aus dem Thema Rechtsextremismus behandelt werden, denn MigrantInnen sind auch Akteure und nicht bloß Opfer oder Betreuungsobjekte – auch nicht von linker Politik. Der Migrationsteil der Tagung verwies auch auf innerlinke Differenzen (vor allem in der Frage der Arbeitsmigration und der Haltung der Gewerkschaften zur Beschränkung der Freizügigkeit, die von der großen Mehrheit der Teilnehmenden abgelehnt wurde), machte zugleich aber eine breite Übereinstimmung in der Ablehnung der Schily-Pläne für ein Einwanderungsgesetz deutlich.

Die thematische Vielfalt der Tagung war gleichermaßen ihre Stärke wie Schwäche. Ein roter Faden, der sich durch alle Veranstaltungen zog, war oftmals nicht auszumachen. Methodisch wurde mit einigen in der politischen Bildung – nicht zuletzt für die in dieser Hinsicht eher konservative Linke – neueren Methoden gearbeitet, wenngleich das klassische Set überwog. Die Vielfalt der Themen und Angebote machte für VeranstalterInnen wie TeilnehmerInnen gleichermaßen auch den Reiz aus, denn an Einzelbetrachtungen in Veranstaltungen zu Rechtsextremismus, Migrations- oder Genderthemen mangelt es nicht. Verknüpfungen über Themen- und Ländergrenzen hinweg sind da schon seltener. Angesichts von Defiziten in der Linken in Deutschland gegenüber der EU-Erweiterung und einem ungenügenden Bemühen gegenüber potenziellen KooperationspartnerInnen in Mittel- und Osteuropa, deren Interesse an Kontakten weit ausgeprägter ist als das hier anzutreffende, hat die RLS einen Impuls zum Lernen und Kennen-Lernen geleistet. Dies umso mehr, als sie die Erwartungen der Herren Pflüger und von Klaeden enttäuschte und keineswegs nur PDS-PolitikerInnen und alte Kontakte aus den Tagen des Warschauer Vertrages bediente.

Nähere Informationen finden sich unter HYPERLINK „http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/moe_konferenz/moe_home.htm“
http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/moe_konferenz/moe_home.htm.
Die Veröffentlichung eines Tagungsbandes durch BpB und RLS ist in der Diskussion.

Bewegung für Politikwechsel

Tagung der Initiative für einen Politikwechsel, Frankfurt a.M.,
20.10.2001

Unzufriedenheit, Enttäuschung und eine diffuse Haltung gegenüber der rot-grünen Bundesregierung, zum Teil aber auch gegenüber den parlamentarischen Meinungsbildungsprozessen insgesamt, kennzeichnete die außerparlamentarische Bewegung in der Zeit nach der Bundestagswahl 1998. Viele erhofften sich, dass dem Regierungswechsel ein Politikwechsel folgen werde. Die ersten Monate der Regierungskoalition ließen diese Hoffnung auch nicht als völlig unbegründet erscheinen. Verunsicherung griff aber spätestens seit dem Rücktritt von Oskar Lafontaine massiv um sich. Der Regierungskurs der Politik der „neuen Mitte“ fand seinen Ausdruck ebenso in einer militarisierten Außenpolitik, wie in einer repressiven Innenpolitik. Wesentliche Grundmaximen des Neoliberalismus werden bis heute nicht ernsthaft in Frage gestellt.

Nun ist offensichtlich, dass dieser Regierungskurs nicht auf einer von der Gesellschaft abgekoppelten Entwicklung einzelner Parteien beruht. Vielmehr ist in weiten Teilen der Gesellschaften der kapitalistischen Metropolen neoliberalen Denken seit über einem Jahrzehnt hegemonial geworden. In der Debatte kam zum Ausdruck, dass in den sozialen Bewegungen – einschließlich der Gewerkschaften – die Kenntnisse über ökonomische Zusammenhänge und die Verteilungssituation immer unzureichender sind. Es wurde daher die Forderung nach einer „ökonomischen Alphabetisierungskampagne“ gestellt. Als Arbeitsmaterial eignet sich in diesem Zusammenhang hervorragend das von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen herausgegebene Arbeitsheft zur Verteilungspolitik „Reichtum und Arbeit ‚umfairteilen‘“ (Bezug: info@erwerbslos.de).

Die „Initiative für einen Politikwechsel“ richtet sich bereits deswegen nicht auf einzelne Parteien oder auch nur auf „die Parteien“ schlechthin, weil die neoliberale Hegemonie Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung und nicht primär der Entwicklung einzelner Parteien ist.

Das primäre Ziel besteht darin, eine Alternative zum neoliberalen Mainstream wieder denkbar zu machen. Eine Grundlage hierfür liegt in der Entwicklung alternativer Konzepte. Das „Memorandum für einen Politikwechsel“ versucht, hierzu einen Beitrag zu leisten.

Der zweite Schritt besteht darin, die gewonnenen Erkenntnisse stärker zu verbreiten und in den außerparlamentarischen Bewegungen zu diskutieren: Denn diese zeichnen sich notwendig durch Konzentration auf einen oder doch einzelne Punkte aus, ohne als Bewegung per se die gesamten Grundlagen neoliberaler Politik in Frage zu stellen. Hier zu einer stärkeren Vernetzung zu kommen, um mittelfristig die Verankerung eines Alternativkonzeptes zur bestehenden Politik in der Gesellschaft zu ermöglichen, ist das zweite Anliegen der Initiative. Auch hierzu versucht das Memorandum einen Beitrag zu leisten,

in dem es nicht nur eine Analyse der Umbrüche der kapitalistischen Gesellschaft und eine Bewertung der aktuellen Regierungspolitik vornimmt, sondern darüber hinausgehend Anforderungen an einen reformpolitischen Minimalkonsens definiert und sechs Projekte beschreibt, die Teil des Alternativkonzeptes sein müssen. Diese Projekte verstehen sich auch als Diskussionsangebot für die sozialen Bewegungen.

Das erste Projekt zielt auf die „Vollbeschäftigung neuen Typs“. Die Initiative setzt sich für ein „neues Normalarbeitsverhältnis“ ein. Dieses zeichnet sich durch Zugänglichkeit für beide Geschlechter, qualitativ hochwertige Aufgaben und existenzsichernde Entlohnung aus. Die entsprechenden beschäftigungspolitischen Forderungen reichen von der Arbeitszeitverkürzung bis zur Schaffung eines genossenschaftlich organisierten dritten Sektors.

Das zweite Projekt ist auf die Umverteilung von Einkommen und Vermögen gerichtet. Die Forderungen der Initiativen beinhalten eine bedarfsorientierte Mindestsicherung, die Steigerung der Lohnquote und progressive Besteuerung aller Einkommensquellen und nicht zuletzt eine ergiebige Vermögensbesteuerung.

Das dritte Projekt widmet sich dem ökologischen und solidarischen Umbau der Industriegesellschaft. Dieser reicht vom Atomausstieg und der Solarenergiewende, der Chemiewende, über die Einführung einer Kreislaufwirtschaft bis zum Umbau von Siedlungsstrukturen.

Das vierte Projekt fordert den Ausbau sozialer und demokratischer Teilhabe. Essentials sind hier die Verteidigung der bisherigen sozialstaatlichen Sicherungs- und Finanzierungsprinzipien und die Forderungen nach einer Wertschöpfungsabgabe und der Verbreiterung der bisherigen Sozialversicherung zu einem System der Volksversicherung.

Das vorletzte Projekt zielt auf die demokratische Kontrolle und Regulierung der Wirtschaft und den damit verbundenen Ausbau von Mitbestimmung und sonstigen Arbeitnehmerrechten.

Schlussendlich ist das letzte Projekt auf eine Friedenspolitik gerichtet, die diesen Namen auch tatsächlich verdient. Es geht um die Abkehr von militärischen Konfliktlösungen und die Stärkung ziviler Konfliktregulationen und Krisenprävention. Dabei ist die Achtung des bestehenden Völkerrechtes eine Selbstverständlichkeit. Es geht aber auch darum, insgesamt eine Abkehr von aggressiven, außenpolitischen Strategien durchzusetzen und im eigenen Lande abzurufen. Dieses muss mit Konversionsstrategien einhergehen. Der erste Schritt liegt im Einfrieren des Rüstungsetats. In der Folge bedarf es seiner schrittweisen Reduzierung.

Offensichtlich ist, dass allein durch die bisher skizzierte Plattform eine Änderung des bisherigen Politikmusters nicht erreichbar ist. Es bieten sich innerhalb der verschiedenen Parteien entweder wenig inhaltliche Anknüpfungspunkte zur Durchsetzung einer solchen Politik, oder aber die Kräfteverhältnisse sind so eindeutig, dass die Durchsetzung nicht möglich ist.

Insoweit geht die Initiative für einen Politikwechsel nicht davon aus, dass ihr eigentliches Anliegen kurzfristig, d.h. im Laufe dieser und der nächsten Legislaturperiode, zu realisieren ist. Es geht darum, Alternativen überhaupt denkbar und in der Öffentlichkeit diskutierbar zu machen.

Dabei ist die Initiative nicht auf sich selbst gestellt. Bei ihren Vertretern handelt es sich um Multiplikatoren, die in ihren jeweiligen Arbeitszusammenhängen wirken können. Darüber hinaus gibt es vielfältige Berührungspunkte zu anderen Initiativen, z.B. zu ATTAC. Während der Konferenz in Frankfurt hatte es parallel durch die ATTAC-Bewegung in Berlin einen Kongress gegeben, an dem über 3.000 Personen teilnahmen. Vertreter der Initiative und ATTAC haben jeweils wechselseitig ein Grußwort bei den Konferenzen gehalten. Man ist übereingekommen, die Zusammenarbeit zu vertiefen und ggf. gemeinsame Initiativen zu entwickeln. Diese Überlegung erscheint sehr erfolgversprechend. ATTAC wird in der öffentlichen Debatte fälschlicherweise vielfach als „Globalisierungsgegner“ bezeichnet. ATTAC zielt aber ebenso wie die „Initiative für einen Politikwechsel“ auf eine Regulierung der Weltwirtschaft und auf Umverteilungsprojekte, die Schluss machen mit der Umverteilung von unten nach oben und statt dessen eine gegenläufige Entwicklungsrichtung ermöglichen. In diesem Sinne hatte Hugo Braun, der Vertreter von ATTAC, seine weitgehende inhaltliche Übereinstimmung mit dem Memorandum dargelegt und gleichzeitig betont, dass es derzeit darum gehen müsse, zugespitzte Forderungen zu formulieren, um in die politische Debatte eingreifen zu können. Beispielhaft hatte er hier die „Tobin-Steuer“ genannt.

Wenngleich der bisherige Regierungskurs der neuen Mitte derzeit im wesentlichen ungefährdet erscheint, machen diese Entwicklungen der außerparlamentarischen Opposition doch Mut und zeigen, dass es sich auch heute noch lohnt, gegen den Neoliberalismus und die damit verbundene soziale Spaltung anzugehen.

Horst Schmitthenner

Demokratie – wo und wie?

Kongress in Hamburg, 26.-28. Oktober 2001

„Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert.“ Diese Aussage von Ralf Dahrendorf stand als warnendes Motto über dem Kongress „Demokratie – wo und wie?“, der vom 26. bis 28. Oktober mit rund 200 Teilnehmern in der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg stattfand. Veranstalter waren die überparteiliche Bürgerinitiative für Sozialismus, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Redaktionen der Zeitschriften „Ossietsy“ und „Sozialismus“ sowie die HWP-Professoren Werner Goldschmidt, Norman Paech und Herbert Schui.

Das Thema des Kongresses, die Krise der Demokratie, hatte durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre Folgen zusätzlich an Aktualität gewonnen, wie HWP-Präsidentin *Dorothee Bittscheidt* bereits in ihrem Grußwort feststellte. Sie setzte sich darin kritisch mit der Anti-Terror-Politik der Bundesregierung auseinander, erinnerte an die bleierne Zeit Ende der 1970er Jahre, und stellte unter Beifall fest, die aktuelle Gefährdung demokratischer Strukturen gehe von den Reaktionen des Staates auf die Terroranschläge aus.

Dieses Urteil wurde in den Kongress-Diskussionen vielfach bestätigt. *Rolf Gössner* (Bremen), *Martin Kutscha* (Berlin), *Ingo Müller* (Hamburg) und *Elke Steven* (Köln) lieferten in der Arbeitsgruppe zum Sicherheitsstaat vielfältige Belege für den demokratie-gefährdenden Ausbau des staatlichen Repressionsapparates. *Eckart Krippendorf* (Berlin) begründete in einem Vortrag im Plenum, warum Militär mit Demokratie und warum der Einsatz von Militär mit demokratischer Außenpolitik unvereinbar seien. Bereits die bloße Existenz von Militär lasse die Phantasie für nicht-militärische Konfliktlösungen verkümmern.

Die Veranstalter hatten in einem Thesenpapier zur Demokratiefrage erklärt: „Beim notwendigen Kampf gegen die Terroristen sind die USA und die NATO-Staaten dabei, jegliche Vernunft zu verlieren – nach außen wie nach innen.“ Nach außen, indem die Regierungen den Terror („Schrecken“) mit „dem maximal möglichen Schrecken überhaupt beantworten, mit Krieg“; und nach innen, indem sie „den Kampf gegen die Terroristen zu Angriffen auf Bürgerrechte und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit mißbrauchen.“ Durch neue Eingriffsbefugnisse für Geheimdienste, Polizei und Militär nehme „der Überwachungsstaat Gestalt an“. Stattdessen gelte es, „alle Kriegshandlungen sofort zu stoppen“ und „beim Kampf gegen den Terrorismus den Weg des Völkerrechts und der Bürgerrechte einzuhalten.“

Der Kongress versuchte, mit Vorträgen, in Arbeitsgruppen und Diskussionsrunden zu diagnostizieren, „wo es überall ein Noch-Nicht oder auch ein Nicht-Mehr an Demokratie gibt“. Diese Diagnose wurde nicht auf den staatlichen Bereich beschränkt. In ihrem Thesenpapier hatten die Veranstalter zur Demokratisierung aller Lebensbereiche aufgerufen und einen weit gefaßten Begriff von Demokratie zu Grunde gelegt: „Demokratie heißt Volksherrschaft. Sie ist mehr als nur eine Staatsform. Demokratie soll der Souveränität der freien und gleichen Bürger Form und Wirklichkeit geben. Sie ist eine radikale Absage an das Recht des Stärkeren, das letztlich Krieg bedeutet. Demokratie ist der Inbegriff aller Versuche, eine soziale Ordnung zu schaffen, in der die Beherrschung des Menschen durch den Menschen aufgehoben ist, eine Gesellschaft, die den Bedürfnissen aller soweit wie möglich gerecht wird, die Konflikte ohne Gewalt zu lösen imstande ist, die keine Verhältnisse hinnimmt, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen‘ (Karl Marx) ist.“

In diesem Sinne gelte es, „auch den Demokratieanspruch des Grundgesetzes einzulösen und weiter zu entwickeln und weltweit für demokratische Verhält-

nisse einzutreten.“ Dabei sei Demokratie „mehr als nur ein Regelsystem zur Auswahl politischer Repräsentanten“. Demokratie erfordere „vielmehr die Herstellung von Gleichheit und Freiheit in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen, die Wirtschaft eingeschlossen“. Anderenfalls werde „das Gegenüber von Milliardären und Arbeitslosen, von Überfluß und Hunger auf der Welt jede noch so beschränkte Demokratie irgendwann zerreißen.“

Wie beschränkt die Gestaltungsmacht von Parlamenten und Regierungen ist, machte *Wolf-Dieter Narr* (Berlin) im Eröffnungsvortrag unter dem Titel „Warum fast nichts mehr zur Wahl steht“ deutlich. Er skizzierte die Überforderung der Abgeordneten, attestierte Parteien, Parlamenten und Regierungen politische Auszehrung und Machtarmut und geißelte Regierungsapparate als Privilegien-Verteilungsorgane, die allenfalls die Macht der ohnehin Reichen und Mächtigen, der kapitalistischen Ökonomie zumal, bestätigten. Narr rief dazu auf, durch außerparlamentarische Opposition erst einmal die Bedingungen dafür zu schaffen, dass politisch wieder mehr als nur unterschiedliche Personen zur Wahl stünden.

Joachim Bischoff (Hamburg) diagnostizierte in seinem Vortrag über „autoritären Kapitalismus“, die Parteienverdrossenheit früherer Jahre habe sich zur Krise des ganzen Systems politischer Repräsentanz ausgeweitet. Er stellte diese Krise in den Zusammenhang mit der Herrschaft der Finanzmärkte, dem Spezifikum der sogenannten Globalisierung: Diese zeige sich in den kapitalistischen Metropolen in einem kontinuierlichen Sinken des Anteils der Arbeitseinkommen am verfügbaren Reichtum der Gesellschaft und einem entsprechenden Anstieg der Gewinn- und Vermögenseinkommen. Die ökonomische Basis der kapitalistischen Länder sei labiler geworden. Gleichzeitig habe sich der Strukturwandel beschleunigt. Daraus resultierten in weiten Teilen der Bevölkerung Verunsicherung, Fatalismus und Zukunftsangst. Gleichzeitig versuche die politische Klasse mit Sachzwang-Diskursen ihr Unvermögen zu kaschieren, den Strukturwandel politisch zu gestalten. Die Tendenz zu einem autoritären Kapitalismus begründe sich in der Zersetzung sozialer Sicherheit. Dabei verstehe die „modernisierte“ Sozialdemokratie, die „Sicherheit im Wandel“ verspreche, ihre zynische „Faulenzer-Debatte“ ausdrücklich als Beitrag, um „soziale Unsicherheit als Entwicklungsmotor“ einzusetzen, so Bischoff unter Verweis auf eine entsprechende Äußerung des früheren Kanzleramtsministers Bodo Hombach.

Der „Abschied der Bürger von der Politik“ beginne bereits in der Kommune, nahm *Dagmar Enkelmann* (Bernau) die Lokalpolitik in den Blick. Sie machte die Verlagerung politischer Kompetenzen auf nationale und supranationale Politikebenen ebenso als „Störfaktoren“ für die kommunale Demokratie aus wie „leere Rathauskassen“. Von den Demokratieerfahrungen der Ostdeutschen berichtete *Sabine Kebir* (Berlin). Sie widersprach dem Vorurteil, in der DDR hätten autoritätsgläubige Charaktere dominiert. Vielmehr sei der „Embryo des mündigen Menschen“, der freilich an seiner Entwicklung gehindert worden sei, in der DDR vorhanden gewesen. *Uwe-Jens Heuer* (Berlin) ergänzte, die

ausgeprägte Anti-Kriegshaltung der Ostdeutschen sei auch ein Ergebnis der DDR-Sozialisation.

Eckart Spoo (Berlin) kritisierte die Zerstörung politischer Öffentlichkeit, ohne die Demokratie nicht lebensfähig sei. In den monopolisierten und kommerzialisierten Massenmedien würden sich Kapital- und Staatsinteressen mit dem Ergebnis verbinden, dass ein fast einheitlicher Propagandaapparat entstanden sei. Dessen tagtägliche Leistung sei die Verschleierung realer Herrschaftsverhältnisse und die Mobilisierung der Menschen gegen ihre eigenen Interessen. Alternativen seien Mitbestimmung der Medienproduzenten, genossenschaftliche und öffentlich-rechtliche Medien.

Hans See (Frankfurt/M) verneinte in seinem Vortrag die ihm gestellte Frage, ob Demokratie vor dem Global-Kapital kapitulieren müsse. Mit dem Befreiungstheologen Leonardo Boff skizzierte er die westlichen politischen Systeme allerdings als „Demokratien der Reichen“, als „politische Speerspitzen“ des Global-Kapitals. Gleichzeitig plädierte er für „Wirtschaftsdemokratie“. Dies sei der „Schlüsselbegriff“ für politische Gegenstrategien. Ansatzpunkt für die Entwicklung von Kritik und Protest könne die Wirtschaftskriminalität sein. Für Wirtschaftsdemokratie plädierten auch *Horst Schmitthenner* (Frankfurt/M) und *Arno Klönne* (Paderborn.), wobei Schmitthenner von den Gewerkschaften die Wahrnehmung eines umfassenden politischen Mandats im Zusammenwirken mit Bürgerrechts-, Friedens-, Antiatom- und anderen Basisbewegungen forderte. Eine politische Plattform könne das jüngst vorgelegte Memorandum der „Initiative für eine andere Politik“ sein.

Als „eingeschränkte“ Demokratie stellte *Werner Biermann* (Paderborn) die USA vor. Deren politisches System gewinne für die Herrschenden in Europa auch dadurch an Attraktivität, dass es verfestigte soziale Ungleichheit mit der erfolgreichen Ausschaltung der Arbeiterbewegung und der Wegschleißung gesellschaftlichen „Störpotentials“ in den Gefängnissen verbinde.

Den demokratiefeindlichen Kern von Neoliberalismus und dessen „siamesischen Zwilling Standortnationalismus“ arbeiteten *Christoph Butterwegge* (Köln) und *Rolf Ptak* (Hamburg) heraus. Es sei falsch, wenn behauptet werde, das Zeitalter des Neoliberalismus sei vorbei, erklärte Ptak. Diese Ideologie trete nicht als Singular auf, sondern in verschiedenen Ausprägungen als Plural. Sie reduziere Politik auf eine „Anpassungsleistung an die Dynamik der Märkte“, behalte zwar die legitimatorische Funktion von Demokratie bei, betriebe aber deren Entleerung. Armut und soziale Ungleichheit seien „nicht der Kollateralschaden des neoliberalen Projektes“, betonte Butterwegge, „sondern dessen Kern“. Mit dem Abbau sozialer Sicherheit gehe deshalb der Aufbau des Repressionsapparats einher.

Die scharfe Parlamentarismuskritik wurde in einer Abendveranstaltung illustriert mit Erfahrungsberichten früherer Abgeordneter des Bundestages und der Hamburger Bürgerschaft. *Karl Heinz Hansen* (Ex-SPD), *Uwe-Jens Heuer* (PDS), *Heike Sudmann* (Ex-Grüne/Regenbogen HH) und *Leonhard Hajen* (SPD) gaben deprimierende Einblicke in den Parlamentsbetrieb. Berichte, die

auch Heiterkeit auslösten und die Hansen in dem Satz zusammenfaßte. Parlamentarismus sei „die Kasernierung politischer Prostitution.“ Heuer ergänzte sie um die für die PDS-Spitze schmerzhafteste Erkenntnis: „Regieren dürfen heute nur Parteien, die bereit sind, Krieg zu führen.“

Die Parteienkritik war offenbar so desillusionierend, dass sich für die geplante Arbeitsgruppe „Parteien: Instrumente der Willensbildung von unten nach oben oder umgekehrt?“ kein Interessent fand. Anregende Vorträge und Diskussionen gab es dagegen in den Arbeitsgruppen, die den Sicherheitsstaat, die Wirtschaft, das Bildungssystem, die Medien, die EU und die UNO auf den Prüfstand der Demokratie stellten. Auch diese Kongress-Beiträge werden Anfang 2002 vom Hamburger VSA-Verlag in dem Buch „Demokratie – wo und wie?“ veröffentlicht werden.

Rainer Butenschön

Der Kampf um die überlegene Arbeitsproduktivität

Lehren aus der Geschichte

Der Programmentwurf der PDS von Brie, Brie, Klein (nachfolgend „BBK“) wertet die Niederlage im Kampf um eine höhere Arbeitsproduktivität als Folge des Niedergangs des Staatssozialismus in den siebziger Jahren. Als Ursachen werden die Zentralverwaltungswirtschaft (Abschn. II/1) und die Zentralisierung und umfassende Verstaatlichung der Wirtschaft (Abschn. IV) angegeben, die den Übergang zu einer intensiven Entwicklung verhinderten. Diese Beurteilung legt die Schlußfolgerung nahe, ohne Zentralisierung und umfassende Verstaatlichung der Wirtschaft, aber bei ihrer angemessenen Vergesellschaftung sei der Kampf um die höhere Produktivität zu gewinnen und der Niedergang des Staatssozialismus vermeidbar gewesen. Ganz andere Schlußfolgerungen ergeben sich, wenn in der zurückgebliebenen Arbeitsproduktivität auch selbst eine wesentliche Ursache gesehen wird, die im Zusammenwirken mit anderen Ursachen und Bedingungen zunächst den Niedergang und dann das Scheitern der staatssozialistischen Länder hervorgerufen hat. Die Klärung dieser Frage setzt eine weitergehende Analyse des Geschichtsverlaufes voraus, als sie der Entwurf enthält.

Von größerer Bedeutung, als zunächst angenommen wurde, war insbesondere für die Entwicklung und schließlich das Ende der DDR, daß Ostdeutschland im Verhältnis zu Westdeutschland in Fragen der Arbeitsproduktivität von Anfang an eine schwächere Position einnahm: Es war weniger industrialisiert und hatte die Reparationen in stärkerem Maße unter Demontage noch gebrauchsfähiger Anlagen zu leisten. Es benötigte also vergleichsweise höhere Mittel für Forschung und Entwicklung sowie Erweiterungs-, Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen als Westdeutschland, wurde aber vom Marshall-Plan ausgeschlossen, der Westdeutschland half, die Kriegsfolgen zu überwinden. Um sich die benötigten Mittel zu beschaffen, erhöhte die DDR 1953 die Arbeitsnormen und Konsumgüterpreise. Alsbald regte sich (bei offenen Grenzen zum „Wirtschaftswunderland“) ein solcher Widerstand, daß sich das Scheitern dieses Weges abzeichnete. Er wurde mit dem Neuen Kurs am 11.6.1953 abgebrochen. Doch es war schon zu spät. Es folgte der 17. Juni.

Der Neue Kurs wurde nach dem 17. Juni 1953 fortgesetzt. Er entspannte das politische Klima und entschärfte die sozialen Widersprüche in der DDR nur zeitweilig. Die Rückstände in der Arbeitsproduktivität wurden nicht aufgeholt und die Diskrepanzen im Lebensstandard zu Westdeutschland vergrößerten sich. Nun drohte ein Zusammenbruch der DDR infolge der Abwanderung großer Teile der Bevölkerung. Dem wurde mit dem Mauerbau am 13.8.1961 ein Riegel vorgeschoben. Wieder entspannten sich die inneren politischen und sozialen Widersprüche in der DDR zeitweilig. Auch wurden bestimmte wirtschaftliche Fortschritte erzielt. W. Ulbricht wollte die Atempause für Wirtschaftsreformen nutzen, die bei Durchführung das Ende der Zentralverwaltungswirtschaft bedeutet hätten: Die zentrale staatliche Planung sollte auf

Hauptentwicklungsrichtungen und Grundproportionen der Volkswirtschaft beschränkt werden. Der Gewinn sollte zur Hauptkennziffer der eigenverantwortlichen Wirtschaftsführung und Leistungsbewertung sowie Stimulierung der Wirtschaftseinheiten entwickelt werden. Diese Reformvorhaben wurden intern als Revisionismus angegriffen. Auch unter Berufung auf diesen Vorwurf wurde W. Ulbricht unter Abbruch der Reformen noch vor ihrer Durchführung gestürzt. Der Durchführung standen aber auch die ständigen Versorgungsschwierigkeiten der DDR entgegen. Um sie bzw. ihre Auswirkungen möglichst gering zu halten, wurden in breitem Umfang Kontingente, Bilanzanteile und operative Weisungen eingesetzt. Damit wurden die vorgesehenen Reformen geradezu unterlaufen.

Zur wirtschaftspolitischen Linie E. Honeckers nach dem Sturz W. Ulbrichts gehörten Planreduzierungen, um die Wirtschaft zu entspannen, und großzügige Konsumgüterimporte aus dem kapitalistischen Ausland, um die Bevölkerung ruhig zu halten. Unter dem Trauma des 17. Juni 1953 wurde nicht versucht, mehr Mittel zu Lasten der Bevölkerung zu akkumulieren, wie das erforderlich gewesen wäre, die Volkswirtschaft zu stabilisieren und dazu vor allem die immer noch bestehenden Rückstände in der Arbeitsproduktivität aufzuholen. So erhöhte sich der Druck erheblich, die Außenhandels- und Zahlungsbilanzen der DDR durch Exporte auszugleichen. Dieser Druck hat, mit Schwankungen, bis zum Ende der DDR zugenommen. Da die Produktivitätsrückstände zu- und nicht abnahmen, konnte die DDR ihre Zahlungsfähigkeit nur durch Exporte sichern, die einem Ausverkauf zu Schleuderpreisen nahe kamen. Die Folgen traten in den Innenbeziehungen auf: Die Maschinen und Anlagen vieler Betriebe wurden wegen Verschleißes so reparaturanfällig, daß die Lieferverzögerungen einen Höchststand erreichten. Der Wohnungsneubau und die Baureparaturen blieben hinter dem Zerfall der Städte zurück. Der Lebensstandard der von Ausbeutung befreiten Werktätigen der DDR blieb immer weiter hinter dem der ausgebeuteten Lohnempfänger in der BRD zurück. Die Autorität der Parteiführung erreichte ihren Tiefststand. So ist die DDR an einem Komplex zusammenwirkender Ursachen und Bedingungen, darunter nicht zuletzt an den Folgen ihrer zurückgebliebenen Arbeitsproduktivität, zugrunde gegangen.

Japan, Südkorea, Taiwan und andere Staaten haben die Rückstände in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität gegenüber den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten aufgeholt. Sie haben dazu das Lebensniveau ihrer Bevölkerungen für viele Jahre radikal eingefroren und zwar auch mit Hilfe exzessiver Polizeigewalt gegen die Lohnforderungen und Streiks der Arbeitnehmer. So haben sie ihrer Bevölkerung die erforderlichen Mittel für Forschung und Entwicklung sowie Rationalisierungsinvestitionen, kurz für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, buchstäblich abgepreßt. Vor allem die japanische Wirtschaft konnte sich auch auf noch lebendige feudale Gefolgschaftstraditionen im Arbeitsleben stützen. Alle diese Länder grenzten nicht an Staaten mit einem höheren Lebensstandard. Keines unterlag im kalten Krieg wie die DDR einem lang anhaltenden Wirtschaftsembargo. Nur so wurde es ihnen im Unter-

schied zur DDR ermöglicht, die Produktivitätsrückstände aufzuholen. Insbesondere war der DDR (wie im Prinzip jedem anderen sozialistischen Land) die Möglichkeit abgeschnitten, ohne äußerste Gefährdung der eigenen Existenz in der Konkurrenz mit den hochentwickelten kapitalistischen Staaten der eigenen Bevölkerung unter längerfristiger Drosselung oder gar Reduzierung des Lebensniveaus die Mittel abzuverlangen, die erforderlich sind, Rückstände in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität aufzuholen. Dagegen war die DDR wie die anderen sozialistischen Staaten auf Handelsbeziehungen mit kapitalistischen Ländern einer höher entwickelten Produktivität angewiesen. In diesen Handelsbeziehungen folgten die Weltmarktpreise der gesetzmäßigen Tendenz, sich auf den global durchschnittlich notwendigen Aufwand für die Herstellung der Exportgüter einzupendeln. Volkswirtschaften mit zurückgebliebener Arbeitsproduktivität können also ihren nationalen tatsächlichen (höheren) Aufwand nicht mittels der Exportpreise und -erlöse ausgleichen. Sie exportieren mit Verlust und bluten ohne längere radikale Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerung bzw. ohne uneigennützig Hilfe anderer aus. Angesichts der dargelegten Probleme ist es eine nahezu leichtfertige Spekulation zu meinen, bei weniger Gängelei und größerem Vertrauen in die Schöpferkraft der Volksmassen, bei mehr Demokratie und Wahrung auch der politischen Menschenrechte einschließlich Reisefreiheit, hätte die Volkswirtschaft der DDR ihre Rückstände in der Arbeitsproduktivität trotz der beschleunigten Entwicklung in der BRD aufholen können. Nach dem Scheitern der staatssozialistischen Länder liegt die andere Schlußfolgerung viel näher, daß es unmöglich ist, den Übergang in eine demokratische, freiheitliche und humane sozialistische Gesellschaft in Konkurrenz mit höher entwickelten kapitalistischen Staaten unter Entfaltung der internationalen Solidarität zu realisieren. Diese Schlußfolgerung bestätigt Marx insofern, als er voraussetzte, daß die Länder mit der höchstentwickelten Produktivität den Weg in den Sozialismus mit Erfolg einschlagen werden und nicht Länder mit zurückgebliebener Produktivität in Konkurrenz mit ihnen. Post festum ist man klüger: Hätten diese Einsichten schon 1961 bestanden, hätte der Mauerbau notfalls selbst unter längerfristigem Verzicht auf schon Erreichtes unterbleiben müssen.

Kay Müller

Kapital braucht Kontrolle

Weed: *Kapital braucht Kontrolle. Die internationalen Finanzmärkte: Funktionsweise – Hintergründe – Alternativen*, 15,- DM (zzgl. Versandkosten)

Texte, die sich in allgemeinverständlicher Form mit der Funktionsweise von Finanzmärkten befassen, sind hierzulande äußerst selten. Eine der wenigen Ausnahmen stellt die Broschüre von weed: „Kapital braucht Kontrolle. Die internationalen Finanzmärkte: Funktionsweise – Hintergründe – Alternativen“ dar, die gemeinsam von Anja Osterhaus, Kai Mosebach, Peter Wahl und Peter Waldow konzipiert und erarbeitet wurde.

Mir fällt kaum eine andere Publikation ein, die als Einstieg in das komplexe Thema der internationalen Finanzmärkte besser geeignet wäre. So gelingt es den AutorInnen, selbst komplizierte Sachverhalte anschaulich und interessant darzustellen und auf alle wesentlichen Entwicklungen und Probleme, die mit der Dynamik moderner Finanzmärkte verknüpft sind, zumindest ansatzweise einzugehen. Gerade was die didaktische Vermittlung betrifft, haben sich die AutorInnen große Mühe gegeben: so wird der Text durch eine Vielzahl von nützlichen Abbildungen und Tabellen ergänzt; verschiedene Begriffe oder Institutionen (IWF, Monetarismus, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Kapitalverkehrskontrollen u.a.) werden in eigenen Kästen vertieft dargestellt, ein Glossar am Ende der Broschüre faßt die

zentralen Begriffe noch einmal zusammen.

Die Broschüre beinhaltet sieben einzelne Artikel. Der erste beschreibt die historische Entwicklung des internationalen Finanzsystems, der zweite beschäftigt sich mit der Funktionsweise der internationalen Finanzmärkte und stellt die wichtigsten Akteure auf diesen Märkten vor; der dritte widmet sich dem Thema Spekulation und Finanzkrisen. Die folgenden zwei Artikel handeln von den sozialen und politischen Folgen ungezügelter Finanzmacht. Hier wird die Krise des sozialstaatlichen Rentensystems ebenso thematisiert wie der Widerspruch zwischen globalisierten Finanzmärkten und demokratischen politischen Prozessen. Die letzten beiden Artikel beschäftigen sich mit der Reform des internationalen Finanzsystems, wobei ausgehend von einer Analyse und Kritik aktueller „Reformbemühungen“ Alternativen zum vorherrschenden Weltfinanzsystem entwickelt werden.

Die einzelnen Analysen sind in weiten Teilen zutreffend und gut nachvollziehbar. Ein wesentlicher Zusammenhang wird allerdings ausgeblendet bzw. „verkehrt“ dargestellt. Die Tatsache, dass „Geldbesitzer wie Unternehmen ihre Gewinne zunehmend in Finanzanlagen investieren, deren Einkommens- und Beschäftigungseffekt gering ist“ (37) läßt sich wohl weniger auf eine Politik der hohen Zinsen zurückführen, sondern vielmehr darauf, dass die Kapitalakkumulation seit Anfang der 70er Jahre in den westlichen Industrieländern erlahmt ist und immer weniger renta-

ble Investitionsmöglichkeiten real zur Verfügung stehen. Wie der Fall Japan beweisen dürfte, sollte man sich von niedrigen Zinsen also nicht unbedingt einen wirtschaftlichen Aufschwung erhoffen.

Des weiteren ließe sich kritisieren, dass bei der Suche nach Alternativen zu wenig auf die verbliebenen Handlungsspielräume der einzelnen Staaten eingegangen wird. So wird einerseits beklagt, dass „die Politik der Regierungen ... zu einer Geisel der Finanzmärkte geworden sei“ (44), an anderer Stelle hebt Anja Osterhaus zu Recht hervor, dass die Tatsache, „dass Staaten wie China, Indien, oder Chile von den letzten schweren Krisen nicht oder kaum getroffen wurden, ... nicht zuletzt darauf zurückgeführt werden (kann), dass sie ihre Kapitalverkehrs- und Devisenbeschränkungen nicht aufgehoben hatten.“ Es scheint also selbst für Schwellenländer noch möglich zu sein, Politikmaßnahmen gegen die Wünsche ausländischer Investoren durchzusetzen. Dass dies leider nur noch selten geschieht, hat möglicherweise weniger mit der „Allmacht der Finanzmärkte“ als mit dem militärischen Potential zu tun, welches von den reichen Nationen eingesetzt wird, um die Interessen heimischer Anleger – notfalls mit Gewalt – durchzusetzen. Dieser Gedanke, dass Finanzmärkte selbst wieder in ein Geflecht politisch-militärischer Machtverhältnisse eingebettet sind, müßte in der Broschüre vielleicht noch etwas stärker herausgearbeitet werden.

Lydia Krüger



Themenschwerpunkte 2001:

- ▶ (Anti-)Imperialismus
- ▶ Asien nach dem Kalten Krieg
- ▶ Globales Konfliktmanagement
- ▶ Rassismus & Integrationspolitik
- ▶ Öffentliche & private Räume
- ▶ Geopolitik & Rohstoffe
- ▶ Armut & Marginalisierung
- ▶ Ethnologische Projektionen

Einzelheft DM 8,- ▶ Abo DM 60,-
im linken Buchhandel, in
Dritte-Welt-Läden oder beim

iz3w ▶ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

☞

iz3w-Aboauftrag

- ich abonniere die iz3w
blätter des informationszentrums 3. welt
- jahresabo (8 Ausgaben) DM 60,-
- jahresabo ermäßigt DM 50,-
- förderabo für DM 100,-/Jahr
- ein kostenloses Probeexemplar

Name

PLZ/Ort

Straße

Unterschrift

Ich weiß, dass ich diese Bestellung innerhalb
einer Woche widerrufen kann.

Unterschrift, Datum

.....

▶ Die Zeitschrift zu Politik, Ökonomie
und Kultur zwischen Nord und Süd

Globalisierung und soziale Bewegungen. Hinweise auf einige Neuerscheinungen

(1) Ulrich Brand/ Achim Brunnengraber/ Lutz Schrader/ Christian Stock/ Peter Wahl, *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2000, 204 S., 29,89 DM.

(2) Ulrich Brand/ Alex Demirovic/ Christoph Görg/ Joachim Hirsch (Hg.), *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2001, 182 S., 40, 10 DM.

(3) Robert O'Brien/ Anne Marie Goetz/ Jan Aart Scholte/ Marc Williams, *Contesting global governance. Multilateral economic institutions and global social movements*, Cambridge Univ. Press, Cambridge 2000, 260 S., 45,24 DM.

(4) Margaret E. Keck/ Kathryn Sicking, *Activists beyond borders. Advocacy networks in international politics*, Cornell Univ. Press, Ithaca u. London 1998, 228 S., 48,53 DM.

(5) Barry K. Gills (Hg.), *Globalization and the politics of resistance*, Houndmills, MacMillan Press, Basingstoke u.a. 2000, 320 S., 170,08 DM

(6) José Seoane/ Emilio Taddei (Hg.), *Resistencias mundiales. De Seattle a Porto Alegre*, CLACSO, Buenos Aires, 2001, 207 S.

Rechtzeitig zur anlaufenden Diskussion über transnational wirksame Nichtregierungsorganisationen (NGO) und über „globale soziale Bewegungen“ bzw. soziale Bewegungen der Globalisierungskritiker sind einige

interessante Studien erschienen. Zunächst sind zwei Bände aus dem deutschsprachigen Bereich anzuzeigen, die aus einem Arbeitszusammenhang von Autoren in den Jahren zwischen 1996 bis 1999 resultieren. An dem von der deutschen NGO WEED (World Economy, Ecology and Development) und der den Grünen nahestehenden Heinrich Böll-Stiftung geförderten Projekt über „Global Governance“ waren Wissenschaftler und NGO-Aktivisten (gelegentlich in Personalunion) vor allem aus dem Umkreis des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, aber auch Berliner und Freiburger Autoren beteiligt.

1.

Während in den beiden ersten Kapiteln die Ursprünge des Global Governance-Diskurses sowie der gesellschaftliche Kontext, in dem er Verbreitung finden konnte (Übergang zu dem neoliberal geprägten Post-Fordismus) nachgezeichnet werden, beschäftigt sich das folgende Kapitel mit internationalen Organisationen der Regierungen, mit internationalen Regimes sowie der ambivalenten Rolle der NGO. Im fünften Kapitel schließlich unternehmen die Verfasser eine Kritik des Global Governance-Konzepts, welches ihrer Meinung nach zwar einige Defizite des neoliberalen Marktfundamentalismus aufzeigt, dennoch aber seinerseits von einer gewissen Macht-, Gender- und Demokratie-Blindheit gekennzeichnet sei; eine stark normative Schlagseite und analytische Leerstellen werden ebenfalls dem global governance-Konzept von ihnen zuge-

schrieben. Manche Rezensenten haben diese Kritik als allzu allgemein und abstrakt kritisiert (vgl. Wolf-Dieter Narr, in: *Entwicklung & Zusammenarbeit*, H. 6, 2001: 207). Die attackierten Vertreter des Global Governance-Konzepts aus dem sozialdemokratischen think-tank („Institut für Entwicklung und Frieden“) in Duisburg haben unter Hinweis auf ihre Politik- und „Anschlussfähigkeit“ gegenüber der bloß akademischen und im elfenbeinernen Turm der Theoriereinheit verbleibenden Kritiker sich heftig gewehrt (vgl. Franz Nuscheler, in: *Prokla*, 118, März 2000: 151ff.).

Im letzten Kapitel entwerfen die Verfasser „Ansätze emanzipatorischer Politik in Zeiten neoliberaler Globalisierung“, wobei sie einen neuen erweiterten Politik-Begriff (im Sinne Gramscis) fördern (was nun nach seit knapp 30 Jahren entsprechender Diskussion nicht mehr ganz originell wirkt) und sehen in auf sozialen Bewegungen und NGO beruhender Gegenmacht Ansätze zur Veränderung. Diese Analyse wird nur angedeutet.

2.

Hier setzt nun der zweite Band einer ähnlichen Gruppe von Autoren (zwei tauchen wieder auf, andere stoßen hinzu) ein, indem sie vor allem die Rolle der sehr unterschiedlichen NGO im Kontext von Globalisierung und Veränderungen des Nationalstaats diskutieren.

Im einleitenden Kapitel versucht J. Hirsch die jüngste, schnelle Verbreitung von NGO auf die neoliberale Globalisierung und die damit

gegebene Metamorphose des Nationalstaats zu beziehen. In dieser Perspektive können NGO als Ausdruck und gleichzeitig als Reaktion auf die Denationalisierung, Entstaatlichung/ Privatisierung und Internationalisierung von Staatlichkeit interpretiert werden. Die mit diesen Tendenzen verbundene Krise der Repräsentation und des politischen Systems eröffnet Vakua, die von NGO teilweise gefüllt werden. Da das Gewicht einzelstaatlicher Kompetenzen aber nach wie vor groß bleibt, hält Hirsch es für abwegig, die Summe von NGO als „Welt-Zivilgesellschaft“ oder „internationale Zivilgesellschaft“ zu bezeichnen (27ff.). NGO „mobilisieren Sachverstand und Wissen, über die bürokratisierte Staatsapparate nicht verfügen“ und „vertreten Interessen, die in den etablierten politischen Institutionen nicht zum Ausdruck kommen“ (30). Die entscheidende Frage, ob NGO gegenüber staatlichen Institutionen als eigenständige Alternative oder nur als Bestandteil eines „erweiterten Staates“ im Sinne Gramscis anzusehen sind und wie hoch ihre tatsächliche politische Bedeutung einzuschätzen ist, kann naturgemäß nicht eindeutig beantwortet werden. Auch Hirsch schwankt hier zwischen unterschiedlichen Gewichtungen, wenn er die NGO einerseits als „wesentlichen Faktor“ bei der internationalen Kompromiss- und Konsensfindung bezeichnet, andererseits vor ihrer Überschätzung warnt (31ff.). Auch bezüglich ihres Demokratisierungspotentials jenseits der liberalen Demokratie auf nationalstaatlicher Ebene äußert sich Hirsch

eher skeptisch (38f.), wobei eine positive Rolle in diesem Sinne umso eher seiner Meinung nach angenommen werden kann, je mehr sich NGO ihre materielle Unabhängigkeit und politische Autonomie bewahren können und zugleich von entsprechenden Basisbewegungen unterstützt werden. Ebenfalls spielen Form und Inhalt ihres Bezugs zu den Interessen, die sie zu vertreten vorgeben, eine gewichtige Rolle. In jeden Fall aber, meint Hirsch, sei es irreführend, die NGO als Ersatz für radikale politische Aktivität zu bezeichnen. „Radikale soziale Bewegung, die ihr Widerstands- und Protestpotential nicht institutionell einbinden lässt, bleibt eine grundlegende Voraussetzung für demokratische Entwicklungen. Daraus entsteht das Paradox, dass der demokratische Charakter des NGO-Systems nicht zuletzt dann wirksam wird, wenn es zu permanenten Konflikten mit radikaleren politischen Ansätzen und Bewegungen kommt.“ (42)

Möglicherweise hätten die Unklarheiten und Inkohärenzen in manchen Aussagen über die NGO vermieden werden können durch eine innere Differenzierung und Typologisierung ganz unterschiedlicher NGO, was Hirsch nur am Rande erwähnt.

Im zweiten Beitrag knüpft R. Roth hier an, indem er zunächst eine begriffliche und sachliche Differenzierung zwischen verschiedenen NGO vornimmt, um dann unter Einbeziehung historischer Vorläufer die Beziehungen von NGO zu sozialen Bewegungen zu thematisieren. Entsprechend dem Selbstverständnis und der

Art der NGO variieren diese erheblich: soziale Bewegungen als gesellschaftliche und politische Basis von NGO, Kooperation von sozialen Bewegungen und NGO auf gleicher Ebene und schließlich solche NGO, die eine erhebliche Distanz zu sozialen Bewegungen halten. Roth betont aber, dass die große Mehrheit der sozialen Bewegungen lokal oder höchstens national orientiert sind und transnationale soziale Bewegungen mit grenzüberschreitenden Aktivitäten sehr geringe Anteile aufweisen, auch wenn sich diese in der letzten Zeit etwas erhöht haben. Der starke Anstieg der transnationalen NGO in den letzten Jahren wird als direkter Ausdruck der neoliberalen Globalisierung und aller sie tragenden Elemente (Deregulierung, Liberalisierung der Verkehrsströme, neue Technologien etc.) begriffen, wobei die rasche Ausbreitung „internationaler Regime“ und die Bearbeitung neuer Probleme auf internationaler Ebene der gewichtigste Anlass für die Bildung dieser NGO gewesen ist. Trotz verschiedener Nomenklaturen für den Aufschwung der transnationalen NGO (globale Zivilgesellschaft, epistemische Gemeinschaften, transnationale Netzwerke etc.) resümiert Roth – ohne nähere Begründung –, „dass NGO in Sachen Reichums- und Machtverteilung überwiegend trendverstärkend wirken und weniger eine effektive Gegenmacht präsentieren.“ (61).

Die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit von ökologisch orientierten international operierenden NGO am Beispiel der Biodiversitätsproblema-

tik wird von Ch. Görg und U. Brand differenziert und kenntnisreich untersucht, wobei sie betonen, dass die NGO die Form ihrer Einbindung in staatliche Politiken zu reflektieren haben; denn bei aller Internationalisierung staatlicher Funktionen und transnationaler Netzwerksteuerung dürften die Herrschaftszusammenhänge, in die alle Regulierungsversuche auch auf diesem Felde eingebunden sind, nicht übersehen werden.

Die gegen die Existenz und das Wirken der NGO insbesondere von konservativer Seite immer wieder vorgebrachte Frage der mangelnden demokratischen Legitimation wird von Th. Gebauer diskutiert. Er stellt dieses Problem in den generellen Zusammenhang von Staat, Regierung und Parteien und hält dagegen: „Entscheidend für eine demokratisch legitimierte NGO-Politik ist ihr Bezug zu eigenständigen sozialen Projekten und Praxisformen von Menschen, die für alternative selbstbestimmte Lebens- und Reproduktionsformen eintreten, sowie die Unterstützung der internationalen Verbindung solcher Zusammenhänge.“ (117)

In dem Beitrag von P. Wahl („Sie küsst und sie schlugen sich“ – Zum Verhältnis von NGO und internationalen Regierungsorganisationen“) wird das Verhältnis von NGO zu internationalen Organisationen wie Weltbank, IWF etc. untersucht. Ausgehend von der Feststellung, dass NGO weder als Alternative oder Gegengewicht zu den herrschenden Machtstrukturen, noch bloß als Verlängerung des Staates zu sehen sind, beleuchtet er drei Phasen der Entwicklung der NGO seit

1990/92, wo sie mit der Rio-Konferenz einen ersten großen Aufschwung verzeichneten. Es folgte nach Wahl die Phase der Desillusionierung und des Endes der Machtblindheit, in welcher sich NGO zu machtpolitisch relevanten Institutionen/Organisationen hinbewegten und z.B. internationale umweltpolitische Institutionen, wie etwa die Kommission für Nachhaltigkeit als bloße „Spielwiese“ für Gedankenaustausch nicht mehr aufsuchten. Demgegenüber wurde der Kontakt zu Repräsentanten und Institutionen von „harten Themen“ wie Wirtschaft, Militär etc. gesucht. Doch waren hier die Erfolge eher gering, wie der Verfasser an der HIPC-Kampagne (Schuldenstreichung für die ärmsten Schuldnerländer) darlegt; zugleich waren gewisse Anpassungs- und Verselbständigungsprozesse bei vielen NGO-Repräsentanten nicht zu übersehen. Eine dritte Phase, die eine teilweise Radikalisierung in der NGO-Szene mit sich brachte, wird von Wahl in den Ereignissen seit der gescheiterten Welthandelskonferenz in Seattle (November 1999) gesehen. Dies und die Bedeutungssteigerung von Süd-NGO wird – unter Einflechtung interessanter Details aus den Kenntnissen eines Insiders – überzeugend dargestellt. Ob allerdings mit der „Renaissance von bewegungsorientierten Akteuren“ auch eine „generelle Tendenz zur Radikalisierung und Politisierung von NGO“ einhergeht, wie der Verfasser behauptet (136), muss sicherlich erst einmal abgewartet werden.

Im den Band abschließenden Beitrag von A. Demirovic wird die bisher vorherrschende Fragerichtung umgedreht und thematisiert „was der Blick

auf die NGO für die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen bedeutet“ (141). Dabei versucht er die Ergebnisse der NGO-Forschung in eine staats- und gesellschaftstheoretische Perspektive einzubauen. Im Anschluss an Poulantzas versteht er den bürgerlichen Staat als „strategisches Feld“ und als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“, was keineswegs impliziert, dass der so begriffene bürgerliche Staat nur Nationalstaat sein müsse. Im Kontext des sich internationalisierenden Staates sind an der international vernetzten, kooperativen Mehrebenenverwaltung und an zahlreichen administrativen Alltagssituationen auch Verbände und NGO beteiligt. Damit, so Demirovic, tragen NGO „inkrementalistisch zur Transformation der politischen Arenen und zur Konstitution supranational vernetzter staatlicher Apparate bei“ (164). Als solche wirken NGO einerseits an der Hegemoniebildung – unter veränderten Umständen – mit, können aber auch gleichzeitig demokratisierende Wirkungen entfalten.

In dem Band werden wichtige Hintergründe für die gegenwärtig stark beachteten Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung gut aufbereitet und theoretisch anspruchsvolle Interpretationen angeboten; gegenüber anderen vergleichbaren Publikationen muss die Verwendung eines kritischen Begriffs von „Zivilgesellschaft“ und das Insistieren auf ökonomischen Basisprozessen sowie auf nationalen und internationalen Herrschaftsverhältnissen positiv hervorgehoben werden. Wenig Auskunft

dagegen gibt der Band zu den Fragen nach der sozialen Zusammensetzung der neuen globalisierungskritischen Bewegung, den spezifischen Motiven der Anhänger und Träger dieser Bewegungen und den Gründen dafür, warum gerade jetzt diese in verschiedenen Ländern erstarkenden Bewegungen auf die Bühne treten und welche politischen Perspektiven von ihnen artikuliert werden. Dies sind Problembereiche, die weiteren Forschungen und Publikationen vorbehalten sind.

3.

Diese in der renommierten Reihe „Cambridge Studies in International Relations“ erschienene Studie geht auf ein im Jahre 1994 begonnenes Forschungsprojekt zurück. Ihr allgemeines Ziel bestand darin, die Entwicklungstendenzen multilateraler ökonomischer Institutionen (am Beispiel des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation) auf der einen Seite und von sogenannten „globalen sozialen Bewegungen“ andererseits (am Beispiel der Frauenbewegung, der Gewerkschaftsbewegung und der Umweltbewegung) in ihrer Auseinandersetzung und Konfrontation zu analysieren. Die Arbeit präsentiert eine reichhaltige komparative Analyse der verschiedenen institutionellen Antworten auf die jeweiligen Herausforderungen durch einen Typus von sozialer Bewegung, wobei die Veränderungen in den jeweiligen multilateralen ökonomischen Institutionen und ihr eventueller Politikwechsel ebenso wie die inhaltlichen Orientierungen, Motive und Taktiken der

untersuchten sozialen Bewegungen eingehend thematisiert werden. Diese immer wichtiger werdende Auseinandersetzungslinie um „Global Governance“ wird auf verschiedenen Ebenen (international, national, regional und lokal) und im Hinblick auf verschiedene soziale und politische Akteure verfolgt. Der theoretische Ansatz des Autorenteam ist der gramscianisch gewendeten „Internationalen Politischen Ökonomie“ von R. Cox, St. Gill u.a. verpflichtet, empirisch basiert es auf zahlreichen Interviews mit Vertretern der genannten Institutionen bzw. sozialen Bewegungen und auf einer detaillierten Auswertung der verschiedenen internationalen großen Konferenzen, d.h. der Kopenhagener Weltsozialkonferenz von 1995, der Weltfrauenkonferenz in Peking im selben Jahr und des Weltkongresses der Internationalen Gewerkschaften 1996 sowie der verschiedenen Jahrestreffen von IWF, Weltbank und WTO. Obwohl diese Studie eine erstrangige Quelle für den infragestehenden Themenkomplex bietet, ist sie bislang hierzulande noch kaum zur Kenntnis genommen worden. Gegenüber den beiden – oben angezeigten – deutschsprachigen Büchern zu verwandten Themen weist diese Studie den „südlichen“ oder peripheren sozialen Bewegungen ein wesentlich größeres Gewicht in der Analyse zu.

4.

Eine in der Akzentuierung und im Tenor ähnliche Studie hatten schon zwei Jahre zuvor die beiden Lateinamerika-Forscherinnen M. Keck (sie schrieb vor einigen Jahren eine her-

vorragende Monographie über die „Partei der Arbeiter“ (PT) in Brasilien) und K. Sikking (hervorgetreten durch wichtige Publikationen zu den Menschenrechten und der Entwicklungspolitik in Argentinien und Brasilien) vorgelegt. Bei ihnen geht es einerseits um die theoretische Explikation des Stellenwerts „transnationaler anwaltschaftlicher Netzwerke“, also vorrangig von NGO, die mehr oder minder intensiv mit sozialen Bewegungen kooperieren, zum anderen um die empirisch gesättigte Beantwortung der Fragen nach den Ursachen und Motiven der „Netzwerke“, nach ihren Funktionsweisen sowie nach den spezifischen Bedingungen, unter denen sie gegenüber viel mächtigeren internationalen und nationalen Institutionen „Erfolg“ haben können. Nach der theoretischen Einordnung der Problematik folgen die Autorinnen Spuren von eventuellen Vorläuferorganisationen (z.B. die Anti-Sklaven-Bewegung, die Bewegung für die Einführung des Frauenwahlrechts etc. u.a.). Es folgt ein sehr instruktives Kapitel, das den Menschenrechtsnetzwerken in Lateinamerika gewidmet ist. Die Umweltnetzwerke mit Beispielen aus Asien, Afrika und Lateinamerika sind Gegenstand eines weiteren Kapitels. Schließlich betrachten die Autorinnen Netzwerke gegen die Gewalt an Frauen, wobei sie auch in diesem Fall Konstellationen in der Peripherie, aber auch in Europa, z.B. Jugoslawien, heranziehen; freilich werden in diesem Kapitel auch die entsprechenden internationalen Konferenzen sorgfältig ausgewertet. In ihren Schluss-

folgerungen versuchen die Autorinnen die Determinanten der Wirksamkeit solcher Netzwerke herauszuarbeiten und diese in den Kontext eines sich wandelnden politischen Weltsystems zu stellen, in welchem zwar die Nationalstaaten nach wie vor dominant sind, diese aber immer mehr die transnationalen Netzwerke bzw. transnationale soziale Bewegungen in Rechnung stellen müssen. „States remain the major players internationally, but advocacy networks provide domestic actors with allies outside their own states. This approach suggests answers to some of the questions about how issues get on the international agenda, how they are framed as they are, and why certain kinds of international campaigns or pressures are effective in some cases but not in others.“ (217)

5.

Der von Barry K. Gills herausgegebene Band geht auf eine Konferenz der Zeitschrift „New Political Economy“ zurück, der weitere ähnliche Zusammenkünfte in England folgten. Im ersten Teil enthält er Analysen des neoliberalen Globalisierungsprozesses, wobei die einzelnen Beiträge neuralgische Punkte thematisieren: das Verhältnis von Politik und Wirtschaft, von Staat und Wirtschaft, die Beachtung oder Verletzung ökonomischer Menschenrechte sowie diverse Ansätze, die auf allgemeiner Ebene Widerstandspotentiale, die mit der Globalisierung einhergehen, zu konzeptualisieren trachten (z.B. die Analyse von Richard Falk: Resisting „globalization from above“ through „globalization-from-below“).

Im zweiten Teil werden Widerstandsstrategien unterschiedlicher Art und an unterschiedlichen Orten untersucht: von der internationalen Gewerkschaftspolitik, der Analyse von Oppositionsäußerungen gegenüber der us-amerikanischen Hegemonie im eigenen Land bis hin zu Arbeiten über Südostasien, Islam und Widerstand und die zapatistische Bewegung, die hier einer neo-gramscianischen Analyse unterzogen wird. Die Fallbeispiele aus Afrika sind den Auseinandersetzungen zwischen dem Öl-Multi Shell und den Ogoni in Nigeria gewidmet. Eine vergleichende Analyse der Herausbildung von zivilgesellschaftlichen Elementen im Zuge der Strukturangepassungspolitik in Bangladesh und Zimbabwe beschließt diesen sehr anregenden Band, der ebenfalls stärker bei uns Beachtung finden sollte.

6.

Der im März dieses Jahres erschienene Band „Resistencias mundiales“ enthält wichtige Referate (teilweise überarbeitet), die im Januar auf dem ersten „Weltsozialforum“ in Porto Alegre gehalten wurden. Neben ökonomischen Analysen von Samir Amin, Atilio Borón, Ellen Meiksins Wood u.a. ist vor allem die detaillierte Analyse der beiden Herausgeber über die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung lesenswert. Hier werden chronologisch und analytisch einzelne Widerstandsbewegungen und ihre wachsende Interdependenz minutiös dargestellt. Die Autoren sehen einen „neuen Internationalismus“, der durch Konvergenz und Differenz gleichzeitig

charakterisiert ist, was aber keineswegs – ihrer Ansicht nach – als Schwäche auszulegen sei.

Auch weitere Beiträge von Alexander Cockburn und Jeffrey St. Clair, von Esther Ceceña und Walden Bello, der gleich mit zwei Beiträgen (einer handelt von „Prag“) vertreten ist, diskutieren insbesondere die Perspektive des Protests aus der Sicht der Peripherie.¹

Dieter Boris

Globalisierung von unten

Iz3w, Sonderheft: Gegenverkehr. Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus, Aktion Dritte Welt e.V. – Informationszentrum 3. welt, Freiburg i. Br. 2001, 68 Seiten, 10,- DM.

Das im September erschienene Sonderheft des *iz3w* versucht eine erste Bilanz zu ziehen aus dem massenhaften Protest gegen den G-8-Gipfel in Genua. Bei aller Heterogenität und inneren Fraktionierung der beteiligten Gruppierungen stellt er, so die Herausgeber, einen „Höhepunkt und Kristallisationspunkt“ (3) der weltweiten Widerstandsbewegungen gegen kapitalistische Globalisierung dar und läßt in seiner Länder- und Kontinente übergreifenden Vernetzung Ansätze der Formierung einer ‚Globalisierung von unten‘ sichtbar werden.

¹ Siehe für weitere Literaturhinweise zu dem Thema den interessanten Überblicksartikel von Ray Kiely, Globalisation: from domination to resistance, in: *Third Quarterly*, Vol. 21, No. 6/2000, S. 1059-1070

Dennoch besteht zur Euphorie kein Anlaß. Denn um Kohärenz, Reichweite und innere Konsistenz dieses globalen ‚Gegenverkehrs‘ bestimmen zu können, bedarf es eines differenzierteren Blicks auf die Akteure, einer genaueren Erfassung der Organisationsformen des Widerstands und seiner Entstehungsbedingungen, „als es mit simplen Etikettierungen wie ‚neoliberal‘ oder ‚Raubtierkapitalismus‘ möglich ist“ (ebd.). So entstand die Idee zu diesem Sonderheft lange vor den Demonstrationen in Genua, wie überhaupt, so *Christian Stock* (Gegenverkehr. Fortschritte und Fallstricke sozialer Bewegungen, 4ff.), in den ‚Erklärungsversuchen‘ der Berichterstattung über Genua „unterschlagen (wird), daß die große Mehrheit der in Genua versammelten Bewegungsspektren schon seit Jahren gegen allerlei Mißstände aufbegehrt – sei es gegen die Verschuldung, gegen das Diktat der Finanzmärkte, gegen Freihandelspolitik oder gegen den Kapitalismus im allgemeinen“ (4).

Die Beiträge des Heftes sind in vier Teile gegliedert. Thema des ersten Teils (4ff.) sind die Herausforderungen kapitalistischer Globalisierung, mit denen soziale Bewegungen mit emanzipatorischem Anspruch konfrontiert sind: das „Verhältnis zum Staat und damit die ‚Machtfrage‘, die Entscheidung zwischen Reform oder grundlegendem Umsturz der Verhältnisse, die Rolle von ethnizistischer oder geschlechtlicher Identitätspolitik“. Der zweite Teil (11ff.) befaßt sich mit Fallbeispielen von Bewegungen in Ländern des Südens; der dritte (36ff.) mit internationalen

Vernetzungen von Bewegungen aus Süd und Nord; der abschließende Teil (55ff.) ist kritischen „Nachfragen“ an deren Programmatik und Praxis sowie der Diskussion von Perspektiven vorbehalten.

Insbesondere der Beitrag der *medico-Projektgruppe real life economics* (Real Life Economics. Globalisierung, Marginalisierung und internationale Solidarität) kann als Versuch einer Selbstverständigung über die veränderten historischen Voraussetzungen eines neuen Typs sozialer Bewegungen gelesen werden.

Real Life Economics sind die in Süd wie Nord an den Rändern der Gesellschaft entstandenen vielfältigen Aktivitäten im Bereich der informellen Sektoren der sogenannten Schattenwirtschaft, nachdem „im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung ... nahezu sämtliche Politiken ‚nachholender Entwicklung‘ gescheitert“ sind. Der Bankrott dieses Entwicklungsmodells hat „Millionen von Menschen so radikal marginalisiert, daß ihre (Wieder-)Eingliederung in einen industriellen Verwertungsprozeß nicht einmal mehr vorgesehen ist“ (7). Im Zuge des Globalisierungsprozesses tritt an die Stelle des ‚klassischen‘ Verhältnisses von Zentrum (Metropolen des Nordens) und Peripherie (Länder des Südens) eine mit weltweiter Migration, informализierten Arbeitsverhältnissen und mörderischer „Ethnisierung des Sozialen“ zunehmende ‚Peripherisierung‘ großer Bevölkerungsteile in den Metropolen selbst. So kehrt sich die Perspektive der Entwicklung um: „Bildete bisher der Norden das Modell der ‚nachho-

lenden Entwicklung‘ des Ostens und Südens, so gleichen sich die Verhältnisse in der Metropole jetzt tendenziell denen der Peripherie an. Wachsende Zonen der Verelendung umschließen vereinzelt Wohlstandinseln, die sich quer zur Spaltung von Metropole und Peripherie in allen Ländern finden“; es entsteht ein „archipelisiertes Weltsystem“ (8).

Daher ist Internationale Solidarität heute zum einen nicht mehr einseitig vom Norden auf den Süden zu richten, damit sich dieser an jenen angleichen kann, zum anderen „kann sie nicht mehr auf die vorgeblich emanzipativen Entwicklungspotentiale nationaler Staatlichkeit und sozial rechtlicher Lohnarbeitsverhältnisse setzen“. Vielmehr ist von einem „pluralen Antagonismus zum Bestehenden“ auszugehen, einem Antagonismus, „dessen Positionen einerseits selbst von Widersprüchen, Gegensätzen und Brüchen durchzogen und andererseits trotz allem Teil dieser Verhältnisse sind“ (ebd.).

Unter diesen Bedingungen haben soziale Bewegungen nicht vorweg einen emanzipatorischen Charakter: Die Politisierung „vielfältiger und mehrdeutiger Antagonismen“, mit der die *real life economics* zu Keimformen neuer sozialer Bewegungen in emanzipativer Tendenz werden, ist nur eines unter anderen „Entwicklungs“-Modellen fortschreitender Globalisierung“ (9f). Andere sind ein „neuer Ausgrenzungsimperialismus“ mit einer Perfektionierung der die Zonen des Reichtums von denen der Marginalität dauerhaft scheidenden Grenzregime oder die Barbarisierung der

real life economics zu einer „Ökonomie des Bürgerkriegs“ (in afrikanischen Ländern, aber auch Jugoslawien und Ländern des Nahen Ostens) ebenso wie Mischformen beider Modelle in großstädtischen „no-go-areas“.

Spielräume einer tendenziell emanzipatorischen Entwicklung sozialer Bewegungen finden sich oft dort, wo sich die „informellen Sektoren“ der Marginalisierung mit dem „Dritten Sektor“ der sozialen Arbeit (im Unterschied zum „Ersten Sektor“ der Privatwirtschaft und dem „Zweiten Sektor“ der staatsbürokratischen öffentlichen Dienste) überlappen“. Dem Dritten Sektor, der im weitesten Sinne Non Government Organisations (NGOs), Non-Profit-Unternehmen, kommunale Einrichtungen und Selbstorganisationen umfaßt, kommt dabei eine zentrale strategische Bedeutung zu: Er ist ein umkämpftes Terrain für „erweiterte Staatsapparate“ (Gramsci) des neoliberalen Regimes wie für Knotenpunkte organisierter gesellschaftlicher Gegenmacht (vgl. 10).

Als „erste politische Artikulationen“ dieses „auf die fragile Verbindung zwischen *real life economics*, der ‚gesellschaftlichen Linken‘ des Dritten Sektors und sozialen Massenprotesten“ gestützten „dritten ‚Entwicklungs‘-Modells“ werden von der Autorengruppe die Bauernbewegungen des indischen Subkontinents, die Bewegung der Landlosen in Brasilien, die grassroots-Organisationen südafrikanischer townships oder die nicht zufällig von Feministinnen bestimmten NGO-Zusammenschlüsse des postsandinistischen Nicaragua angeführt. Im Bündnis mit einzelnen

Gewerkschaften „praktizieren diese Bewegungen jenen neuartigen Typ eines lokal organisierten und zugleich global vernetzten sozialen Widerstands, der als *social movement unionism* bezeichnet wird“ (10).

In ihrem den zweiten Teil einleitenden Beitrag (Von der nationalen zur sozialen Befreiung? Bewegungen im Süden und ihre Transformationsprozesse) unterscheidet die Hamburger *gruppe demontage* drei Strömungen der Reaktionen nationaler Befreiungsbewegungen auf die veränderte Situation einer „Umwandlung der Nationalstaaten in postfordistische ‚nationale Wettbewerbsstaaten‘“, mit der die kapitalistischen Metropolen einen neuen ökonomischen Schub erlangten und nationale Befreiungsbewegungen spätestens nach der Selbstauflösung der Sowjetunion „im Falle ihres Sieges nicht mehr auf die Integration in den Gegen-Weltmarkt hoffen“ konnten (11f.): eine „völkisch-ethnische Tendenz, der Verzicht auf emanzipatorische Forderungen, „um möglichst viele Vorteile für das eigene ‚Volk‘ herauszuholen“; eine „zwischen nostalgischem Einfordern des fordistischen Wohlfahrtsstaats und der Akzeptanz der neuen (neoliberalen) Spielregeln unter Beibehaltung des Gleichheitsanspruchs“ schwankende „republikanische Tendenz“ und eine „sozialistische Strömung“, die „die sozialen Forderungen in den Vordergrund und den Nutzen der Eroberung der Staatsmacht in Frage“ stellt, eine Strömung, für die die Zapatistas in Chiapas „das wohl bekannteste Beispiel“ sind.

Nach einer Darstellung von Fallbeispielen für diese unterschiedlichen Strömungen, aber auch für durch diese ausgelöste Gegenkräfte innerhalb sozialer Bewegungen fordert die Autorengruppe einen „differenzierten Blick“ auf deren „Programmatik und Praxis“, der Voraussetzung für „kritische Solidarität“ und damit für einen „kosmopolitischen Kommunismus“ sei (vgl. 12ff.).

Für eine „differenzierende Auseinandersetzung mit dem Politikverständnis der verschiedenen Strömungen“ (36) plädiert auch Ulrich Brand (Il popolo di Genova. Eine Einschätzung der internationalen Protestbewegung) in seiner Beurteilung der Massenproteste in Genua und ihrer Vorgeschichte. Vor dem Hintergrund der „heute wirklich global“ agierenden Initiativen sind, so Brand, „drei ‚typische‘ Ansätze“ der „anti-neoliberalen Bewegung“ auszumachen (vgl. 36ff):

Erstens eine seit der ‚Battle of Seattle‘ durch ihre „anti-institutionalistische und konfrontative Haltung“ gekennzeichnete internationale Protestbewegung von Gruppen und Individuen, die sich auf Ereignisse wie WTO-Konferenzen, IWF/Weltbank-Tagungen oder Weltwirtschaftsgipfel konzentriert und deren wichtigste Organisationsform das Netzwerk ist.

Zweitens eine Strömung, die intellektuelle Kritik und soziale Bewegungen wieder stärker aufeinander zu beziehen versucht. Sie wird vor allem durch die Gruppe „Raisons d’agir“, eine von Pierre Bourdieu initiierte Sammlungsbewegung kritischer SozialwissenschaftlerInnen, repräsentiert,

die sich als „kollektive Intellektuelle“ verstehen und, um die Verbindung der entstehenden Bewegungen gegen den Neoliberalismus zu einer „kritischen Gegenmacht“ zu unterstützen, ein eigenes organisatorisches Netz entwickelt haben.

Eine *dritte* Strömung ist das vor allem auf Initiative von NGOs entstandene und daher wie diese heterogene Netzwerk der ATTAC – Association pour la Taxation de Transactions financières à l’Aide des Citoyennes et citoyens (Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger)¹, eine Initiative, die in kürzester Zeit zu Sektionsbildungen in fast 20 Ländern führte.

Trotz eines gemeinsamen Selbstverständnisses aller Strömungen als wie immer primär jenseits von ‚Realpolitik‘ operierender Bewegungen stellt die politische Heterogenität ihrer Zusammensetzung wie ihrer Organisations- und Aktionsformen die Gesamtbewegung vor „ein Dilemma“, das Brand so beschreibt: „Einerseits muß gemeinsame Handlungs- und Bündnisfähigkeit hergestellt werden. Gleichzeitig muß diese Handlungsfähigkeit permanent auf ihre Radikalität überprüft werden, die sich unter dem Bündnisdruck abzuschleifen droht.“ (38). Brand votiert hier für ein über die illusionäre Gleichsetzung von Politik und Staat und jeden Pragmatismus hinausgehendes „Politik- und Staatsverständnis“, zumal linke Poli-

¹ Vgl den Beitrag von Kai Mosebach in diesem Heft.

tik eben dies vom Neoliberalismus lernen könne: Eine Untersuchung neoliberaler Think Tanks habe gezeigt, „wie wichtig es für die Durchsetzung des Neoliberalismus war, daß er sich nicht der Selbstzensur des Pragmatismus unterworfen hat, sondern sein Projekt zunächst unabhängig vom Gedanken der Realisierbarkeit entwickelte“ (39).

Reinhard Schweicher

Der Kapitalismus als Weltreich

Michael Hardt/Antonio Negri, *Empire, Exil Editeurs, Paris 2000, 560 S., 160 FF*

Um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen: Das im vergangenen Jahr zuerst bei Harvard University Press in amerikanischem Englisch erschienene Buch sollten alle an der Erneuerung und Weiterentwicklung des Marxismus interessierten Menschen zur Kenntnis nehmen. Auch wenn es sich nicht – wie manche meinen – um ein kommunistisches Manifest für unsere Zeit handelt (es hat wahrlich nicht den Charakter eines Manifests), so gehört es doch nach Ansicht des Rezensenten zu den wichtigsten Arbeiten der letzten Jahre über kapitalistische Globalisierung. Da eine deutsche Ausgabe in Vorbereitung ist: Dieses Buch gehört auf den Weihnachtstisch all jener, die die Marx’sche Analyse des Kapitalismus für fruchtbar halten. Und selbst jene, die dies nicht (mehr) tun, können sich bei Hardt und Negri eines besseren belehren lassen!

Merkwürdigerweise legen die meisten der zahlreichen Besprechungen des Buches den Akzent auf die Beziehung zur aktuellen ‚Antiglobalisierungsbewegung‘ – obwohl die Analyse der politischen Handlungsebene nach Ansicht des Rezensenten eher der schwächere, am wenigsten ausgegorene Teil der Arbeit ist. Auch die Behauptung z.B. einer Besprechung der Frankfurter Rundschau, ein zentraler Begriff der Arbeit, jener der „multitude“ (unsinnigerweise mit „Vielfalt“) übersetzt, sei vage, trifft voll daneben. Denn die „multitude“ (am besten mit ‚Menge‘ zu übersetzen) ist eine schon bei Hobbes benutzte, in Abgrenzung zum Begriff des Volkes gesetzte Kategorie: Das Volk ist eine Einheit, ist mit einem einheitlichen Willen ausgestattet, während die multitude „ein Ensemble von Individualitäten, ein offenes Spiel von Beziehungen“ ist (140). Das Empire vollendet die Revolution der Aufklärung und befreit das autonome Individuum von der Herrschaft im Nationalstaat, um es einer neuartigen Souveränität zu unterwerfen. Die Autonomie des Individuums, d.h. die Entfaltung der menschlichen Kreativität, die Subsumtion aller seiner körperlichen, intellektuellen und emotionalen Potenzen unter den kapitalistischen Produktionsprozess, ist zentrales Moment der Produktivkräfte. Der Prozess der Ausbeutung auf dem erreichten Stand der Produktivkräfte (in deren Mitte der Kommunikationsprozess über die Sprache steht) kann nur funktionieren, wenn sich die Kreativität der Individuen frei entfalten kann. Das

Empire (ich schlage vor: das Weltreich) ist der Versuch, den Widerspruch zwischen den Anforderungen der Produktivkräfte – der vollen Entfaltung der Persönlichkeit – und den – nach wie vor kapitalistischen – Produktionsverhältnissen zu lösen.

Das Buch ist folgendermaßen organisiert: Der erste Teil (partie I) führt in die Fragestellung ein, der zweite Teil (partie II) beschreibt die historische Auflösung der Souveränität, d.h. im Kern des Nationalstaats als Ordnungsrahmen, der dritte Teil (partie III) verfolgt die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise (im Übergang vom Imperialismus), der vierte Teil (partie IV) skizziert einige Elemente der Herrschaftsform und der Widerstandsmöglichkeiten im Empire.

Die Autoren stellen dem Leser die Vorgehensweise bei der Auseinandersetzung mit ihrem Werk frei: Das Buch kann „auf verschiedene Weise gelesen werden“ (21). Der Rezensent empfiehlt dem marxistisch und leninistisch vorgebildeten Leser, mit Teil drei („Die Entwicklung der Produktionsweise“) zu beginnen, dann den vierten Teil, den zweiten und zuletzt den ersten Teil zu lesen: Er wird sich so zuerst mit den inneren Triebkräften, dann mit der Rolle der Produzenten, dann mit der Herrschaftsform und schließlich mit dem juristischen Überbau des Empire befassen.

Ausgangspunkt ist – nach Ansicht des Rezensenten – die Leninsche Analyse des Imperialismus als ‚höchstes Stadium des Kapitalismus‘: Ein Artikel von Negri über das Buch in ‚Le monde diplomatique‘ (Januar

2001) ist mit „Das ‚Empire‘, höchstes Stadium des Imperialismus“ überschrieben. Der Titel trifft nur teilweise, weil das Empire, das Weltreich, eben etwas gänzlich anderes ist als der Imperialismus: Das Empire ist nicht eine Form des Imperialismus sondern löst diesen ab, getrieben von der Entwicklung der Produktivkräfte (wozu die Klassenkämpfe gehören!), ist also ein neues Stadium des Kapitalismus. Dem Leninkenner kommt unwillkürlich Kautsky's Ultraimperialismus in den Sinn, gegen den Lenin so polemisiert hatte: Kautsky hatte eine Situation skizziert, in der die Aufteilung der Welt zwischen den kapitalistischen Mächten beendet ist. Lenin wandte dagegen ein, dass dies zwar die Entwicklungsrichtung des Kapitalismus angibt, dieser aber vorher an seinen inneren Widersprüchen und Konflikten zerbrechen müsse. Zweierlei Bedingungen hielt Lenin 1916 für nicht gegeben: Erstens sei die Welt noch lange nicht durchkapitalisiert, und zweitens würden die Nationalstaaten auch nach Aufteilung der Welt durch den kapitalistischen Zwang zur Expansion immer wieder zu einer Neuaufteilung getrieben.

Die Reminiszenz an Lenins Polemik gegen Kautsky scheint dem Rezensenten sinnvoll, weil die Kontroverse unmittelbar in den Kern der Argumentation zum Empire führt: Der Kapitalismus hat ein Stadium erreicht, in dem die Welt durchkapitalisiert ist, in dem eine weitere Expansion nicht mehr möglich ist – die Unterscheidung zwischen drinnen und draußen („l'intérieur et

l'extérieur“, 182) ist aufgehoben: „Es gibt kein Äußeres mehr“ (235). Das Empire hat Schluss gemacht mit der binären Weltsicht – was sich auch auf das Verhältnis zur ehemaligen Dritten Welt, zwischen den Rassen usw. bezieht. Auch ist der Nationalstaat, der bislang den Handlungs- und Herrschaftsrahmen des Kapitalismus gebildet hatte, aufgehoben: Der Weltmarkt hat dessen Funktion untergraben und damit zur Befreiung der multitude beigetragen, d.h. die von der durch die politische Herrschaft des Kapitals bestimmten Formierung als ‚Volk‘ oder ‚Nation‘ beseitigt. Insofern ist der Übergang des Kapitalismus ins Stadium des Empire in der Tat ein Befreiungsakt. Die Menschen können sich auf dem Planeten bewegen, Grenzen haben an Bedeutung verloren, Kriege zwischen den Nationen gehören der Vergangenheit an.

Trotzdem ist das Empire keine herrschaftsfreie Welt. Die Autoren grenzen sich explizit gegen zwei in der Debatte über Globalisierung vertretene Positionen ab: Das Empire bedeute nicht die Auflösung von politischer Herrschaft im Weltmarkt; und das Empire beinhalte nicht die Unterordnung nationalstaatlicher Souveränität unter einen dominierenden Nationalstaat, d.h. die USA: Obwohl die USA eine besondere Rolle spielen – so meinen die Autoren – seien sie nicht das neue Rom.

Wie sieht das politische Herrschaftssystem des Empire aus? Das ‚Weltreich‘ schafft keine supranationale Bürokratie oder Weltregierung sondern herrscht mittels eines dezen-

tralen Systems von punktuellen Interventionen. Die Autoren entwickeln unter Bezug auf Foucault die Begriffe der „Unterordnungsgesellschaft“ („société disciplinaire“) und der „Kontrollgesellschaft“ („société de contrôle“) (48 f.): Wurde in der Unterordnungsgesellschaft die Herrschaft durch dem Individuum äußerliche Institutionen (meist des Nationalstaats) gesichert, so ist in der Kontrollgesellschaft die Herrschaftsausübung internalisiert, wird zum Bestandteil des Individuums selbst, in dem dieses die Herrschaftsprinzipien verinnerlicht. Die Autoren bezeichnen dies – wiederum mit Foucault – als biopolitische Form der Herrschaft, weil sie die gesamte Persönlichkeit integriert: „Diese Theorien der Kontrollgesellschaft und der Biomacht beschreiben beide die grundlegenden Momente des Empire-Konzepts.“ (51). Das Konzept der Biomacht ist aus der Beschreibung der modernen Produktivkräfte als biopolitische abgeleitet: Die gesamte Persönlichkeit muss der kapitalistischen Produktionsweise subsumiert werden, um die Produktivkräfte nutzen zu können. Man könnte dies in gewissem Sinn als Prozess der Zurrücknahme der Entfremdung im Arbeitsprozess definieren – dieser beansprucht nicht mehr nur bestimmte Aspekte des Menschen und seiner Arbeitskraft (körperliche Kraft, Konzentrationsfähigkeit usw.), sondern fordert den ganzen Menschen – mit der Folge, dass der Entfremdungsprozess in der Produktion tendenziell aufgehoben wird. Damit geraten wir in den Kern des Verwertungsprozesses

ses: Die Arbeit wird ganzheitlich, wird zu einer „allgemeinen sozialen Betätigung“ (432). Sie ist damit auch nicht mehr messbar, sie wird „hors mesure“ (ebd). Selbst die Unterscheidung zwischen konstantem und variablem Kapital ist aufgehoben, da das Kapital sich im Hirn, im Körper und in den Beziehungen der Individuen materialisiert. Die Autoren arbeiten trotzdem mit dem Begriff der Ausbeutung – was Fragen bezüglich des Wertbegriffs aufwirft, die sie jedoch nicht untersuchen. Im Mittelpunkt des Empire, aber auch seiner Labilität, steht also die Veränderung des Arbeitsprozesses: „An einem bestimmten Moment der Entwicklung – den Marx erst in der Zukunft sah – wird die Potenz der Arbeit durchdrungen von den Potenzen der Wissenschaft, der Kommunikation und der Sprache. ... Aber was für Marx Zukunft war ist unsere Zeit. Die grundlegende Umwälzung der Arbeitskraft, die Einbeziehung von Wissenschaft, Kommunikation und Sprache in deren produktive Potenz, haben die Erscheinungsweise der Arbeit und den räumlichen Horizont der gesamten Produktion neu bestimmt.“ (439)

Daraus kann die Form abgeleitet werden, mit der das Empire seine politische Herrschaft, seine Souveränität über die „multitude“, also die autonomen Individuen, ausübt, ohne deren Autonomie, die ja eine wesentliche produktive Potenz ist, zu zerstören. Dies ist das Kernproblem des Kapitalismus in der Etappe des Empire: Die Ausbeutung durch politische Herrschaft zu sichern, ohne die

Kreativität der autonomen Individuen zu zerstören.

Dies erfolgt einmal durch die Auflösung der Bürokratien, die nicht etwa durch supranationale Regulierungsbehörden ersetzt werden: In Anlehnung an die Gewaltenteilung nennen die Autoren die Bombe, das Geld und die Kommunikation (418 f.) als Herrschaftsinstrumente. Diese Mächte haben keinen Ort – auch wenn sich die Autoren hier nicht ganz sicher zu sein scheinen, da sich diese Orte nennen lassen: Sie liegen in den USA! Die Form der Herrschaftsausübung ist interventionistisch und punktuell, nicht bürokratisch oder regulatorisch. Sie lässt der multitude ihre Freiheit und greift nur dann ein, wenn diese rebelliert. Da die (nationalstaatlichen) Vermittlungsinstanzen von Herrschaft verschwunden sind, schafft das Empire ein gefährliches revolutionäres Potential, weil es „die multitude direkt dem Empire“ gegenüberstellt (474). Jede Unbotmäßigkeit der multitude gefährdet also direkt das kapitalistische System selbst.

Dass die viel zitierten ‚Globalisierungsgegner‘ das revolutionäre Subjekt des Empire seien, wie viele Besprechungen des Buches unterstellen, ist dort nicht zu belegen. Diese Bewegungen sind Teil der neuen Militanz, aber die internationalen Institutionen, gegen die sich die Proteste richten, sind nicht die Zitadellen des Empire. Dieses braucht keine Zitadellen und keinen Ort. Negri betont in dem oben erwähnten Artikel, dass die soziale Bewegung des Jahres 1995 in Frankreich viele Ideen des

Buches inspiriert habe. Ausgangspunkt des Widerstands ist die Verweigerung: „Desertion und Abwanderung sind mächtige Formen des Klassenkampfes gegen die imperiale Postmodernität“ (267). Der Widerstand beginnt mit dem klassischen Satz, mit dem der kleine Angestellte Bartleby in Hermann Melvilles gleichnamiger Erzählung seinen Arbeitgeber zur Verzweiflung brachte: „Ich möchte lieber nicht.“ (254)

Das Buch lässt viele wichtige Fragen offen: Worin besteht die Ausbeutung, wenn die Arbeit kein Maß mehr hat, agieren die USA wirklich nur als Polizist des Empire und nicht im eigenen Interesse, wenn sie ihre Bomben fallen lassen, haben die Nationalstaaten wirklich keine Funktion mehr oder sind sie nicht vielmehr konstituierender Bestandteil des internationalen Herrschaftssystems, usw.? Von einem aber ist der Rezensent überzeugt: Hardt und Negri haben einen Erklärungsansatz zum Verständnis des heutigen Kapitalismus vorgelegt, an dem man sich in Zukunft abzuarbeiten hat.

Jörg Goldberg

Der Kolbenfresser der Kapitalmaschine und das revolutionäre Subjekt des 21. Jahrhunderts

Marx lesen: Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert. Herausgegeben und kommentiert von Robert Kurz, Eichborn, Frankfurt/M., 431 S., 49,80 DM

Robert Kurz, bekannt u.a. als konkret-Autor, trennt in seiner Marx-

Textsammlung den „exoterischen (nach außen gewandten, gut rezipierbaren)“, oder auch „Arbeiterbewegungsmarx“ vom „esoterischen (kategorisch denkenden, schwer zugänglichen)“ Marx (28). Die erste Vermutung des Rezensenten, hier handele sich um eine Wiederaufnahme der bekannten Debatten über den ‚frühen‘ versus ‚reifen‘ Marx, den Ökonomen gegen den Philosophen oder eine andere Variante der immerhin noch auf die Werkentwicklung bezogenen Versuche der ‚Zerfetscherung‘ des Marxschen Denkens (Iring Fetscher unterschied 1965 in seiner dreibändigen Quellensammlung zum Marxismus zwischen den „Teilstücken“ Philosophie, Sozialökonomie und Politik), trügt: Die Trennung in Exoterik und Esoterik ist eine original Kurz'sche Erfindung und genauso inhaltsleer wie sie klingt. Über acht Kapitel hinweg (Produktionsweise, Arbeitsgesellschaft, Staat, Barbarei des Kapitalismus, Krisen, Globalisierung, Kredit, Überwindung des Kapitalismus), die er jeweils mit kurzen Einleitungen versieht, präsentiert Kurz ausgewählte Abschnitte oder Absätze aus Marxtexten, überwiegend aus dem ersten Band des Kapitals. Die fehlenden bzw. unvollständigen Quellenangaben, die ersatzlose Streichung von Fußnoten und andere herausgeberische Gewalttaten machen das Werk als Anregung zum Weiterlesen und zur eigenen Auseinandersetzung mit Marx ungeeignet: Der Titel „Marx lesen“ ist schon von daher falsch gewählt.

Das was Kurz als den exoterischen

bzw. Arbeiterbewegungsmarx mit Hohn und Spott überzieht (eine Sprachfrucht gefällig? „Um Marx wirklich überwinden zu können, muß man auf seinen Schultern stehen können, statt ihm bloß den Buckel runterzurutschen.“ (10) - Kurz hält das wohl für eine flotte Schreibe) hat mit Marx nichts zu tun, sondern ist ein von ihm selbstgefertigter Pappkamerad. So behauptet er schon im Kommentar zum ersten Kapitel „Daß der Kapitalismus eine Klassengesellschaft sei, damit glauben die Marxisten – unter Berufung immer nur auf den exoterischen Marx – bereits das Entscheidende gesagt zu haben.“ (51). Wieso bitte soll die allgemeine Bestimmung verschiedener Gesellschaftsformationen gleichzeitig das Entscheidende einer bestimmten Gesellschaftsformation sein? Angeblich reduziere der exoterische Marx (und mit ihm sämtliche Varianten von Marxisten außer Kurz) den „Kapitalismusbegriff auf die Willensverhältnisse von sozialen Klassen“ (53) oder, noch leichter fasslich („exoterisch“), die Kritik am Kapitalismusgerate zu einer Kritik an den Kapitalisten. Eine solche Platttheit läßt sich jedenfalls nicht bei Marx, weder exoterisch noch esoterisch, nachweisen – allerdings bemerkenswerterweise bei Kurz selbst, nämlich im vierten Kapitel, wo so richtig moralisch auf den Putz gehauen wird: Denn der Kapitalismus „(gebiert) den schlechthin bösen Willen“, allerdings nicht nur beim Kapitalisten sondern auch beim Arbeiter (233). Der Kapitalismus als das Reich des Bösen – origineller kann man Reagan

und Bush kaum kontern. Kurz meint, dass das Verhältnis der Individuen zum Kapitalismus nichts mit deren jeweiliger Stellung in ihm zu tun habe – irgendwie muss es dann wohl mit dem mehr oder weniger bösen Willen der betreffenden Individuen zu tun haben: des „hässlichen Managers“ ebenso wie der „antisemitischen alleinerziehenden Mutter“. (233).

Die Substanz der Kurz'schen Argumentation findet sich auf wenigen Einleitungsseiten des fünften (Krisen) und des achten (Überwindung) Kapitels. Kurz zufolge läuft die krisentheoretische Argumentation des esoterischen Marx darauf hinaus, dass die kapitalistische Produktion irgendwann Kraft ihrer Widersprüchlichkeit einfach stillstehen wird: „Dieser unheimliche Stillstand aller Räder nicht durch den ‚starken Arm‘ der Arbeiterklasse, sondern gewissermaßen durch den Kolbenfresser der Kapitalmaschine selbst führt einen gesellschaftlichen Zustand herbei, der dem Fluch des Tantalus gleicht.“ (277) Die von Marx kategorial definierte absolute Schranke in der Entwicklung des Kapitalismus wird vom Esoteriker Kurz einfach als Zeitpunkt mit fester Datumsangabe verstanden – eher in der Tradition von Nostradamus als der von Marx. Die Endkrise des Kapitalismus kommt also bestimmt – nur wann? Kurz scheint mit Zusammenbruchprognosen inzwischen vorsichtiger geworden zu sein – noch 1991 hatte er in einer ähnlich ‚richtungsweisenden‘ Arbeit wie der vorliegenden (Der Kollaps der Modernisierung)

den Zusammenbruch des Sozialismus als unmittelbares Vorspiel der kapitalistischen Endkrise bezeichnet. Jetzt läßt er immerhin offen: „Sicherlich bedarf es der genaueren Überprüfung, ob die dritte industrielle Revolution der Mikroelektronik wirklich an die absolute innere Schranke des Kapitals geführt hat.“ (281) Leider unterläßt Kurz diese genauere Prüfung und so den Leser mit der Unsicherheit allein, ob es nicht vielleicht erst die vierte oder fünfte industrielle Revolution ist oder das Erkalten der Sonne, welche die „absolute innere Schranke“ darstellt.

Eigentlich ist diese Überlegung für die Kurz'schen politischen Schlussfolgerungen aber auch sekundär – denn seiner Ansicht nach hat sich das kapitalistische System ohnehin schon als eine für alle offensichtlich menschenfeindliche Produktionsweise geoutet. Da der Klassenkampf gegenstandslos geworden ist (und es eigentlich immer war), handelt es sich beim antikapitalistischen Kampf des 21. Jahrhunderts, „in der die fixierten sozialen Funktionskategorien real fließend geworden“ sind (398), nicht um den Konflikt von Arbeit und Kapital, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen einem „Zusammenschluß der kritischen Individuen (ungeachtet ihrer jeweiligen innerkapitalistischen Position)“ mit „jenem Teil der Gesellschaft ..., der es (ebenfalls ungeachtet seiner vorgegebenen Stellung) unbedingt erhalten will.“ (398). Wer nun sind diese kritischen Individuen und worin besteht ihre Erfolgchance, den Kapitalismus noch vor dem

„Kolbenfresser der Kapitalmaschine“ zu überwinden? Hier scheint Kurz skeptisch zu sein, da sämtliche existierenden Gruppen oder Bewegungen, die sich aktuell irgendwie an der Überwindung des Kapitalismus abarbeiten (oder, mit Kurz, dies bloß vorgeben), diesem in Wirklichkeit verhaftet seien und daher keine Gnade vor seinen Augen finden können. Daher: „In einer weltgesellschaftlichen Situation wie heute, in der einerseits der Kapitalismus überreif bis zum Platzen, andererseits aber keine soziale Aneignungsbewegung in Sicht ist, schon gar keine Weltbewegung, wird die Reformulierung kritischer Theorie selber zu einem bedingenden Moment künftiger Emanzipation.“ (403) Wer aber leistet gegenwärtig diese Arbeit, jenseits „der gängigen billigen Konzept- und Rezeptmacherei“ (403)? Da andere Theoretiker (er erwähnt immerhin Bourdieu und W. F. Haug) nur Flickschusterei zu betreiben scheinen, bleibt wohl nur Robert Kurz übrig.

Jörg Goldberg

Der russisch-sowjetische Sozialismus: Entwicklung und Scheitern

Jelena Charlamenko, Alexander Charlamenko: *Revolution und Konterrevolution in Rußland, Edition Marxistische Blätter, Neue Impulse Verlag, Essen 2001, 194 S., DM 24,80.*

Über die zeitliche Fixierung historischer Ereignisse kann man oft strei-

ten; das Ende der kennzeichnenden und tragenden Institutionen von Macht und Ordnung der Sowjetgesellschaft läßt sich begründbar auf das Jahr 1991 datieren und liegt mithin bereits zehn Jahre zurück. Wie die Frühphase der Revolution der Bolschewiki 1917 war die Endphase der UdSSR 1989/91 durch die Dynamik einer antagonistischen „Doppelherrschaft“ gekennzeichnet: Am Beginn war der Dualismus Provisorische Regierung – Sowjets wirksam, am Ende der des Präsidenten der UdSSR (Gorbatschow) versus den Präsidenten der Russischen Föderation (Jelzin). Schon seit 1987 stieg dessen Popularität in dem Maße, in dem die des Initiators der „Perestrojka“ sank. Jelzin machte sich einen stümperhaften, eher ad hoc und zögerlich inszenierten Versuch einiger Spitzenfunktionäre zunutze, den Zerfall der Sowjetunion durch Machtübernahme eines dubiosen „Notstandskomitees“ aufzuhalten. Es gelang ihm, sich zum Retter der legalen Ordnung aufzuschwingen und sich seines Rivalen zu entledigen, was infolge dessen unklarer Haltung zum Putsch ein leichtes war. Im Dezember 1991 putschte dann Jelzin im Verein mit dem ukrainischen Staats- und dem weißrussischen Parlamentspräsidenten mit Erfolg; ihre verfassungswidrige Erklärung der Auflösung der Union der Sowjetrepubliken stieß nur auf schwachen verbalen Widerspruch, vor allem aus den mittelasiatischen Republiken.

Das sich anschließende abrupte Ende des „realen Sozialismus“ sowjetischer Prägung, eine in der Dimension

des (so gut wie ganzen) „sozialistischen Lagers“ weitgehend unblutige politische und gesellschaftliche Umwälzung mit tiefgreifendsten Auswirkungen, wäre wohl in Ost und West noch wenige Jahre zuvor sowohl den Bürgern und Bürgerinnen wie den politischen und funktionalen Eliten unvorstellbar erschienen. Welche tieferen Ursachen diese Entwicklung ermöglichten, ist meines Wissens ungeachtet zahlreicher Publikationen noch nicht intensiv und umfassend untersucht worden. Die westlichen „Ostexperten“ widmeten sich rasch und eifrig praktisch oder theoretisch den Problemen der „Systemtransformation“. In Rußland wird offenbar in breitem Maße zeitgeschichtliche Forschung betrieben, die sich jedoch noch wenig auf die 70er und 80er Jahre erstreckt, in denen die Bedingungen des Scheiterns des großen Experiments einer nichtkapitalistischen Industriegesellschaft hervortraten.

Die hier angezeigte Arbeit des Autorenpaars Jelena und Alexander Charlamenko verspricht einiges Licht auf die Voraussetzungen der Implosion der Sowjetgesellschaft zu werfen. Der Titel „Revolution und Konterrevolution in Rußland“ weckt unbeschneidet Zweifel, ob der relativ geringe Umfang des Buches dem Geschehen der angedeuteten Zeitspanne gerecht zu werden vermag, zumal ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis zeigt, daß die Vorgeschichte der Revolution von 1917 bis zurück ins 19. Jahrhundert einbezogen wird. Befremdlich wirkt auch das Fehlen eines Quellen- und Literatur-

verzeichnisses, was sich im Laufe der Lektüre damit erklärt, daß nur höchst selten Quellen und andere Publikationen herangezogen werden. Der Text wurde offenbar¹ ziemlich rasch sozusagen „aus dem Ärmel“ heruntergeschrieben, was allerdings kein Manko sein muß.

Natürlich ist es nicht möglich, auf so beschränktem Raum Entwicklungen, Konstellationen, Probleme etc. der russischen Gesellschaft, der Arbeiterbewegung, der Partei der Bolschewiki, der Revolution und der Sowjetmacht zu rekapitulieren und zu diskutieren. Das beansprucht das Autorenpaar jedoch auch nicht. Die thematischen Abschnitte (die Hälfte des Umfangs nehmen die bis Mitte der achtziger Jahre ein) sind vielmehr so akzentuiert, daß ein spezifisches Verständnis der Verf. vom Verlauf der sowjetischen Geschichte hervortritt. Diese Sichtweise weicht von den im Westen überwiegenden Auffassungen deutlich ab. Gehen wir gegenüberstellend von der Rezeption des russisch-sowjetischen Kommunismus in der westlichen Linken aus, so wären zumindest drei Varianten – stark verkürzt – zu unterscheiden:

- Die reformistische, aber auch die libertäre Linke sah in der Politik der Bolschewiki von Beginn an einen inakzeptablen Irrweg.
- Dem entgegen stand eine vorbehaltlose oder doch überwiegende Af-

firmation der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen und Verhältnisse in der Sowjetunion, allenfalls mit einigen Vorbehalten gegen die Stalinära.

- Verbreitet war schließlich die Zustimmung zur Oktoberrevolution und zu den Ansätzen der Realisierung einer eigenständigen, nichtkapitalistischen ökonomischen und sozialen Konzeption in den 20er Jahren. Der Übergang von der zugleich autoritären und libertären Ordnung der „Neuen ökonomischen Politik“ (NEP) zur Stalinschen Diktatur und schließlich Terrorherrschaft der 30er Jahre wird dagegen als Umschlag in ein nicht legitimierbares gewalttätiges Regime verstanden. Die „Entstalinisierung“ ab 1956 wird begrüßt, das sich nunmehr herausbildende System eines eher gemäßigten Autoritarismus jedoch als bar jeder sozialistischen Normen und Institutionen weiterhin kritisiert.

Dagegen komprimiert das Verständnis des Autorenpaars: Die parasitäre Zarenherrschaft, die ungelöste Bauernfrage und die ökonomischen und sozialen Antinomien der verspäteten Industrialisierung Rußlands machten die Machtübernahme durch die Bolschewiki 1917 notwendig und möglich. Dem Lande fehlten jedoch alle Voraussetzungen zum Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft im Sinne von Marx. Zentrale Aufgabe war die Industrialisierung, die auf der Grundlage der NEP nicht möglich war. Die Kollektivierung der Landwirtschaft schuf dagegen die Bedingungen dafür. Die dreissiger

¹ Eine Notiz auf Seite 4 der *Marxistischen Blätter* Nr. 2-2001 teilt mit, daß die Autoren zunächst einen Beitrag für diese Zeitschrift zu verfassen gedachten, der dann Buchumfang annahm.

Jahre waren ein Jahrzehnt des Aufschwungs, der die Voraussetzungen für den Sieg im Großen vaterländischen Krieg legte. Die errichtete Ordnung war (entgegen der Stalinischen Deklaration) zwar keine sozialistische, konnte es unter den gegebenen Bedingungen aber auch nicht sein. Nach Überwindung der furchtbaren Kriegszerstörungen setzte sich der wirtschaftliche Aufschwung fort.

In der Nachfolge Stalins, unter Chruschtschow und Breschnew, traten jedoch verderbliche Tendenzen auf und verfestigten sich: Unmarxistische Thesen wurden in die Ideologie aufgenommen, wie die vom „Staat des ganzen Volkes“ und des bevorstehenden Übergangs zum Kommunismus (69/70). Zugleich machte sich zunehmende Indolenz im Bezug auf den Marxismus-Leninismus breit. Es wurde nichts unternommen, das ‚sozialistische Lager‘ unabhängiger vom Westen zu machen (ebd.). Die Partei verlor die Fähigkeit der Durchsetzung gefaßter Entscheidungen und Beschlüsse (66). Es setzte eine „bürokratische Entartung des Leitungsapparates“ ein sowie die Neigung zu populistischer Politik (z.B. voreilige Wohlstandsversprechen). Noch unter Stalin gefaßte Beschlüsse für gigantische infrastrukturelle Projekte wurden aufgegeben. Werden hier also für die Ära der Parteiführung Chruschtschows „liberale“ Tendenzen kritisiert, so zugleich auch orthodoxe, z.B. die Auflösung von Genossenschaften und das Verbot privater Kleinproduktion (68).

Im Verlauf der langen Breschnew-Ära verstärkten sich diese negativen

Erscheinungen. Es gelang nicht, die extensive Weise des Wirtschaftens zu überwinden und die ökonomischen Prozesse zu intensivieren. Die Wissenschaftsproduktion wurde nicht forciert, die Wirtschaftsleiter widmeten sich immer mehr der eigenen Bereicherung, und die Schattenwirtschaft schwoll an. Die Nomenklatura entwickelte sich zu einer abgehobenen, privilegierten Schicht. In der Jugend breitete sich infolge „ungenügende(r) Möglichkeiten der Selbstverwirklichung“ (83) Frustration aus. Rowdytum wurde mit unverhältnismäßiger Härte bestraft. Zugleich machte sich der Drang zur Verwestlichung bemerkbar. Die Führung trug dem Rechnung, indem sie unrealistischerweise den Eindruck weckte, mit dem Westen im Bereich des Massenkonsums konkurrieren zu können (Kap. 8).

Nicht wenige LeserInnen dürfte überraschen und befremden, daß, wie vorstehend angedeutet, das Autorenpaar Charlamenko die Stalinära *positiver* bewertet als die folgenden drei Jahrzehnte der Parteiführung unter Chruschtschow und Breschnew. Es liegt daher nicht fern, den Text als Apologie des Stalinismus zu lesen. Zum Teil trifft das zu, vor allem im Kapitel 3, wo die Autoren die kühne These vertreten, die Kollektivierung der Landwirtschaft ab 1929 sei auf freiwilliger Basis erfolgt² und habe

² Zunächst wurde obrigkeitlich tatsächlich Freiwilligkeit des Zusammenschlusses in Kollektivwirtschaften deklariert und auch praktiziert. Es fanden sich dafür aber ganz überwiegend nur landarme und landlose Bauern bereit und die so gebildeten Agrar-

die Zustimmung des größten Teils der Bauernschaft gefunden. Dieser unhaltbaren Aussage unterlegen sie die romantisierende Interpretation, es habe sich um eine Art Wiederherstellung der traditionellen russischen Dorfgemeinde (des Mir) gehandelt. Auch im (sehr knappen) Kapitel 5 wird unter dem Titel „Zur Frage des ‚Stalinismus‘“ auf die Massenrepression der dreissiger Jahre eher verharmlosend und im Bezug auf Stalin selbst entlastend (die Anordnungen seien von unteren Instanzen erfolgt) eingegangen. Die Verf. können dem Terror sogar Gutes abgewinnen: „Die Konsolidierung der Bürokratie als einer von der Gesellschaft entfremdeten Gruppe war zunächst abgebrochen...“ (54). Allerdings wird dann eingeräumt: „Das alles wurde jedoch mit einem hohen Preis bezahlt: de facto hatte die gesellschaftliche Avantgarde der proletarischen Diktatur, die es ihr ermöglicht hätte, allmählich die Voraussetzungen für eine sozialistische Demokratie zu schaffen, zu existieren aufgehört. Viele der potenziellen Führer einer wirklichen Avantgardepartei (...) sind umgekommen.“

Jedoch geht es dem Autorenpaar erkennbar nicht primär um eine Verteidigung der stalinschen Politik und Herrschaft; vielmehr erhält deren In-

betriebe waren trotz hoher Subventionierung unproduktiv. Man mußte also das Land der Groß- und Mittelbauern einbeziehen, was nur unter breiter und scharfer Repression möglich war. Vgl. dazu zuletzt: Hildermeier, M., Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, München 1998, Abschnitt V 2.

humanität im Kontext des *Verständnisses der Verf. von der Sowjetgeschichte* reduzierte Bedeutung. Diesem Verständnis liegt eine krude-deterministische Geschichts- und Gesellschaftsauffassung zugrunde. Sie wird nicht dargelegt, kommt aber im Sprachduktus unverkennbar zum Ausdruck. So z.B. in der häufigen Rede von (politischen und gesellschaftlichen) „Aufgaben“, die „gestellt“ sind; nicht etwa von einem personalen Subjekt, sondern offenbar von der Geschichte oder einer sozialen Konstellation. Diese verdinglichte, subjektlose Vorstellung gesellschaftlicher und politischer Prozesse drückt sich auch in der häufigen Verwendung des Adjektivs „objektiv“ aus, z.B. „objektive historische Situation“ (181) oder „objektive konterrevolutionäre Tendenz“ (182). Da die Notwendigkeit der Industrialisierung der ökonomisch rückständigen Sowjetunion für die Verf. eine „gesetzmäßige“ ist, erhält sie erste Priorität und Fragen der Methoden, Strategien, Kosten etc. sind nachrangig. Hier liegt für mich unverkennbar der Grund dafür, daß das Autorenpaar Charlamenko die stalinistische Massenrepression in erheblichem Maße exkulpiert und die tatsächlichen Fehlentwicklungen unter der wesentlich milderen Parteiherrschaft vor allem Breschnews, unter der die ökonomischen Probleme eskalierten, ungleich nachdrücklicher kritisiert.

War von der Hingabe, Disziplin, Verantwortlichkeit und Fähigkeit der Funktionäre der zwanziger und dreißiger Jahre schon in den sechziger und siebziger Jahren nicht mehr viel

übrig, so kamen mit Gorbatschow Karrieristen an die Macht, die bewußt und konsequent auf einen Systemwechsel hinwirkten. Diese Prozesse werden (in fünf Etappen) im Kapitel 10 eingehender dargestellt. Das Ende des sowjetischen „realen Sozialismus“ wird in den Kapiteln 11 und 12 skizziert. Diese Kapitel sollen hier nicht mehr referiert, sondern die hier gegebene Darstellung der Zerfallsprozesse nur noch charakterisiert werden.

Von einigen Ausnahmen abgesehen, skizzieren die Verf. auf der empirischen Oberfläche vor allem die politischen, weniger die gesellschaftlichen und ökonomischen Prozesse im Jahrzehnt 1985 bis etwa 1995 zutreffend. Dennoch halte ich ihre Wiedergabe der Ereignisse nicht für völlig überzeugend und gelungen, und zwar aus einem generellen und einem spezifischen Grund. Zunächst zum letzteren: Im Kapitel 10 wird die „Konterrevolution“ in fünf Etappen unterteilt und behandelt, die den Zeitraum von 1985 (Gorbatschows Übernahme des Amtes des Generalsekretärs der ZK der KPdSU) bis Herbst 1992 (Jelzins Gewaltstreich gegen die Duma, die er verfassungswidrig auflöst) umfaßt. Hier zwei Einwände. Der erste: Das nachfolgende 11. Kapitel hat den Titel „Am Scheideweg“. Meines Erachtens stand die UdSSR zumindest schon 1985 am Scheideweg, spätestens aber 1988/89, als das Scheitern der „Perestrojka“ evident war, aber eventuell noch eine Alternative zur dann eingetretenen Dynamik hin zum Ende der Sowjetordnung möglich war. Wie eingangs

festgestellt, wurde der ultimative Systembruch 1991/92 vollzogen. Danach gab es keine ordnungspolitische Alternative mehr. Der zweite Einwand: Die Darstellung hätte analytischer und damit erhellender ausfallen können, wenn die Autoren statt der chronologischen Etappen das Scheitern der Perestrojka an Sachbereichen dokumentiert hätten, wie: Verfehlung einer Wirtschaftsreform, Folgen von „glasnost“ (Pressefreiheit), Folgen des „Neuen Denkens“ (einseitige Aufgabe von Positionen in der internationalen Politik), Folgen des Umbaus des staatlich-politischen Systems (ab 1988), Scheitern des Ansatzes zur Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen (1988/89). Alle diese zumindest der Intention nach hochrelevanten Maßnahmen werden von den Autoren nicht nur nicht analysiert, sondern kaum der Erwähnung für wert erachtet.

Der Grund dafür liegt nicht zuletzt in einer Sicht der Verf., gegen die sich mein zweiter Einwand richtet: Für sie ist ausgemacht, daß Partei- und Wirtschaftsführer, an deren Spitze Gorbatschow im April 1985 trat, *bewußt* auf Destruktion der „realsozialistischen“ Ordnung hinarbeiteten. Die von mir genannten veränderungsgerichteten Maßnahmen unter der Losung der Perestrojka als „tiefgreifende Reform in allen Bereichen auf sozialistischer Grundlage“ (Gorbatschow) waren demnach von ihren Initiatoren als solche eines radikalen Systemwechsels inszeniert. Ich teile diese Einschätzung nicht. Für meine Zurückweisung fehlen mir zwar strikte Nachweise; von den Autoren

muß man jedoch solche erwarten, wird aber enttäuscht.³ Zu konstatieren bzw. rekapitulieren bleibt jedenfalls:

- Die Überfälligkeit tiefgreifender institutioneller und funktionaler wirtschaftlicher, politischer und sozialer Reformen der staatssozialistischen Ordnung stand längst vor Gorbatschows Amtsantritt außer Frage. Zumindest an einer Stelle (91) halten auch die Verf. (in der Breschnew-Ära) breiten Raum für die Entfaltung „wirkungsvoller Formen der sozialistischen Demokratie (...) dringend geboten.“
- Reformen wurden im wesentlichen nur im Bereich der Wirtschaft beabsichtigt, deklariert und beschlossen; unter Chruschtschow 1957/58 und 1961, unter Breschnew 1965, 1974 und 1979, unter Andropow 1983. Alle wurden nur zögerlich implementiert, verwässert und schließlich nicht weiter verfolgt.
- Gorbatschow startete seine Amtszeit an der Spitze der KPdSU 1985 mit einer vielversprechenden und intensiv propagierten Reformrhetorik. Relativ rasch wurde erkennbar, daß er für den prekärsten Bereich, die Wirtschaft, über keine sachlich fundierte, kohärente Konzeption verfügte⁴ (das 1987 verabschiedete Pro-

gramm war indiskutabel). Bald sah sich Gorbatschow mit dem Dilemma konfrontiert, daß seine Reform euphorie in der Gesellschaft nicht die erwartete Resonanz fand und, was die Verf. bestätigen, in der weiteren Parteiführung abgelehnt wurde. Sie ließ die Masse der Bevölkerung kalt, weil diese der bloßen Rhetorik, der nichts folgte, satt war.

- Den Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte gemäß war verständlich, daß Gorbatschow und seine Gefolgsleute die Realisierung tiefgreifender Reformen vor allem seitens mächtiger Protagonisten an der Spitze der Partei und des Staates bedroht sahen. „Glasnost“, das hieß praktisch: Meinungs- und Pressefreiheit, sollte Gegengewichte zur Obstruktion dieser Kreise erzeugen. Daß die *tatsächliche Wirkung*, eine relativ rasche Meinungsführerschaft der Systemgegner und „Westler“ *intendiert war*, halte ich nicht für wahrscheinlich (wenn auch nicht für unmöglich). Analoge Wirkungen erzeugten jedenfalls das „Neue Denken“ in der Außenpolitik und die Parlamentarisierung des staatlich-politischen Systems (1988). Traf die „Perestrojka“ in der Gesellschaft zunächst eher auf Gleichgültigkeit als auf Ablehnung, so trat eine massenhafte Delegitimierung der überkommenen sozialen und politischen Ordnung erst mit dem eskalierenden Warenmangel und entsprechenden Preiserhöhungen ab Ende 1988 ein.

- 1989-91 waren m.E. die Bestrebungen Gorbatschows als Staatspräsident der UdSSR noch darauf gerichtet, die Sowjetunion und die so-

³ Die Verf. verweisen darauf, daß Gorbatschow im nachhinein ihre Interpretation bestätigt habe, was mir bekannt ist. Ich halte das jedoch für eine Rationalisierung seines Scheiterns oder für Renommisterei.

⁴ Obgleich er bereits vor seiner Amtsübernahme einen Kreis prominenter sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler zu seiner Beratung versammelt hatte.

zialistischen Grundelemente der Gesellschaft zu bewahren, wozu ihm jedoch die Mittel, die Unterstützung, die Fähigkeit und die Entschlossenheit fehlten.

Komprimiert ist das mein Interpretationsrahmen der Phase der „Perestrojka“ 1985-1991, innerhalb dessen die Ereignisse abliefen, die J. und A. Charlamenko überwiegend zutreffend benennen, aber eben als von Gorbatschow und dessen Gefolgsleuten bewußt betrieben interpretieren („Konterrevolution“). Das Erstaunlichste an dieser Entwicklung war (und ist) für mich der Grad an Delegitimation der staatssozialistischen Ordnung, der ab 1986/87 in der russischen Intelligencija und in den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Funktionseliten, aber auch – wenn auch in geringerem Maße – in weiteren Schichten der Gesellschaft zutage trat. Die Kapitel des Buches, in denen die Verf. das Heranreifen der Bedingungen dafür in den Jahren 1955-1985 bezeichnen (wenn – umfangbedingt – auch nicht konkreter nachweisen und eingehender analysieren), halte ich für die besten. Mithin ein differenziertes Urteil, nicht jedoch das eines „großen Wurfes“, wie ihn die *Marxistischen Blätter* an der angegebenen Stelle reklamieren.

Hansgeorg Conert

Stalin auf dem Höhepunkt der Macht

Wladislaw Hedeler/Nadja Rosenblum, 1940 - *Stalins Glückliches Jahr*, BasisDruck Verlag, Berlin 2001, 236 S., 38,-DM.

Stalins glückliches Jahr? Stalin hinterließ keine Tagebücher, denen er seine Gefühle anvertraute. Es existieren auch kaum ihn betreffende persönliche Aufzeichnungen aus dem Kreise seiner unmittelbaren Verwandten. Die Autoren haben das Jahr 1940 zum glücklichen bestimmt. Ihre Begründung: Glück bedeutete für Stalin, zu herrschen. Seine „Verfügbarkeitsallmacht“ sei zu keinem historischen Zeitpunkt größer gewesen als im Jahre 1940. In den Jahren zuvor (bis einschließlich 1939) war er vollauf damit beschäftigt, sich seine tatsächlichen und eingebildeten Gegner vom Halse zu schaffen. Bereits im Folgejahr (1941) begann der Krieg, der mit der Existenz der Sowjetunion auch Stalins eigene bedrohte. Der Weltkrieg brachte nicht nur die Niederlage Hitlers, sondern auch das Wiedererstarken des Kapitalismus, der Stalins Herrschaft mit seinem Atomwaffenmonopol und mit dem Kalten Krieg bedrohte. Aber Stalin war auch im Innern seines erweiterten Herrschaftsgebietes nicht mehr die alle überragende Gestalt. „Vielmehr entwickelten sich gerade durch die Ausbreitung des Sozialismus nach Mitteleuropa und Asien in anderen Kulturen neue kommunistische Persönlichkeiten mit einer eigenen Aura wie Ho Chi Minh, Josip Broz Tito, Mao Tse Tung.“ (21)

Stalins glückliches Jahr untersuchen die Autoren in zwölf, den einzelnen Monaten gewidmeten Kapiteln. In jedem Kapitel werden Ereignisse von höchster politischer Wichtigkeit behandelt, aber auch Geschehnisse aus dem sowjetischen Kulturleben sowie Vorkommnisse und Verhältnisse aus dem sowjetischen Alltag. „Katyn“ ist ein Kapitel überschrieben, „Münzenberg“ ein anderes, „Bronstein“ ein drittes. Der Leser erfährt aber auch vom polnisch-jüdischen Jazztrompeter Eddie Rosner, der seine Kunst im Gulag fortsetzen durfte, von Sergej Eisensteins Inszenierung von Wagners Walküre im Moskauer Bolschoi Theater, gedacht als „Aufmerksamkeit“ für den neuen Partner Hitlerdeutschland, von Scholochows Versuch, bei Stalin gegen das Wüten des NKWD in den Kosakengebieten zu protestieren. Er erfährt vom amtlichen Vorgehen gegen Warteschlangen vor den Geschäften (durch Verhängung von Geldstrafen), vom vergeblichen Bemühen um die Aufdeckung rätselhafter Ernteverluste, von Betriebsdirektoren, die nicht imstande waren, eine straffe Arbeitsdisziplin durchzusetzen. Reproduktionen von zeitgenössischen Karikaturen aus der satirischen Zeitschrift „Krokodil“ und „Vorzeige-Fotos“ der Illustrierten „Ogonjok“ unterstreichen den Anspruch der Autoren, ein breites Spektrum sowjetischen Lebens vorzustellen.

Es ist ein Kaleidoskop der Zeit, das dem Leser geboten wird – scheinbar ungeordnet. Erst wenn man längere Passagen gelesen hat, wozu der flüchtige, oft auch literarische Stil, in dem

die Autoren ihre Informationen darbieten, verlockt, ordnen sich die einzelnen Ereignisse der verschiedenen Ebenen zu einer Gesamtschau von Stalins Sowjetunion, in der nicht nur, aber doch ganz ausgeprägt Terror und Verfolgung zu den Alltäglichkeiten des sowjetischen Lebens gehören, auch und gerade noch in „Stalins glücklichem Jahr 1940.“

Für jeden, der sich mit dem „alltäglichen Stalinismus“ vertraut machen will, ist dieses Buch eine Empfehlung. Eine Chronik des Jahres 1940 sowie ein kommentiertes Personenregister erleichtern dem Leser den Einstieg in die Zeit vor 60 Jahren.

Jörg Roesler

Der virtuelle Treffpunkt der
Gewerkschafts- und Betriebslinken



LabourNet
Germany

Fördermitglieder gesucht! Mail an

david.hollis@labournet.de /
mag.wompe@labournet.de

<http://www.labournet.de>

Die Gauck-Behörde aus Insidersicht

Matthias Wagner, *Das Stasi-Syndrom. Über den Umgang mit den Akten des MfS in den 90er Jahren, Das Neue Berlin, Berlin 2001, 191 S., 24,90 DM*

„Zur Abwicklung der DDR wurden zwei Riesenbehörden gebildet. Die Treuhandanstalt hatte die Aufgabe, die Industrie abzuwickeln. ... Die anderen Einrichtung war und ist die ‚Gauck-Behörde‘. Ihr Aufgabe war und ist es Menschen abzuwickeln.“ (175) Über die Treuhandanstalt ist von Beginn ihrer Existenz an geschrieben worden – überwiegend Kritisches. Über Zustandekommen und Funktionsweise der dem Bundesinnenministerium unterstellten Behörde „Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“, so der offiziellen Name der Gauck-Behörde, wissen wir bisher vergleichsweise wenig. In diesem Buch geht es um die Vorgeschichte dieser Anstalt, um den Grund ihrer Existenz, die Stasi-Akten, um die Geschichte des Umgangs mit ihnen in der Wende, zwischen Januar und Oktober 1990.

Der darüber schreibt, ist ein Insider, Matthias Wagner, ein Archivar des Staatlichen Archivdienstes der DDR, den sein Ruf als selbständig denkender und kritischer Mitarbeiter zu DDR-Zeiten und die Zufälle der Wende in die Lage brachten, die zentrale Sammlung und Bewahrung der Akten des Staatssicherheitsdienstes im Jahre 1990 verantwortlich zu leiten. Noch während

Wagner mit großem Einsatz versuchte, die Grundsätze professioneller Archivarbeit auch für die Stasi-Akten durchzusetzen, gerieten diese ins Zentrum des politischen Interesses: Wer Zugang zu ihnen erlangte, wer sich ihrer bediente, konnte Macht ausüben: Ostdeutsche Wendepolitiker gegenüber ihrer Konkurrenz genauso wie westdeutsche Regierungsinstitutionen, die zögernde Ostdeutsche in Parlament und Regierung, die sich dem Anschluss widersetzen, mit dem Vorwurf, inoffizieller Mitarbeiter (IM) des Staatssicherheitsdienstes gewesen zu sein, aus dem öffentlichen Leben drängen konnten. Abgesehen von der „großen Politik“ verhielt die Mitarbeit an der Zusammenführung und Auswertung der Akten auch eine Arbeitsstelle – zunehmend begehrt in dem seit Sommer 1990 von Massenarbeitslosigkeit geplagten Ostdeutschland. „Arbeitsbeschaffer“ war die Gauck-Behörde für einige tausend Menschen. Zehntausende aber verloren auf Grund der in der Behörde befindlichen Akten ihre Arbeitsstelle. IM-Verdacht führte in der Regel zur außerordentlichen Kündigung. „Zunächst wurden IM gekündigt, weil sie IM waren. Dann wurden sie gekündigt, weil sie auf dem Fragebogen das Kreuz an der falschen Stelle gemacht haben – nicht mehr, weil sie IM gewesen waren. Hätten sie das Kreuz an der richtigen Stelle gemacht, also eine MfS-Mitarbeit bejaht, wären sie einige Jahre früher geflogen.“ (177). Mit dem Vorgehen gegen die IM – ob man gegen einen vorgeht oder nicht, entschieden die mit Zugang zu den Akten Betrauten – glaubte man die Schuldigen für die DDR-Misere der 80er Jahre bestraft zu

haben. Die eigentlichen Verantwortungsträger traf man jedoch auf diese Weise nur zufällig. Wagner macht das an zwei Beispielen klar. In der zweiten Augushälfte 1990 stießen seine Mitarbeiter auf eine Liste von etwa 500.000 Personen, deren Unterlagen im Herbst/Winter 1989/90 vernichtet worden waren. Er kommentiert diesen Fund: „Eines war also klar: Die ‚dicken Fische‘ waren sicher, ihre Akten beseitigt. Es fanden sich nur noch Akten von Menschen, die für das MfS nicht so bedeutend waren und folglich nicht so fürsorglich mit der Vernichtung ihrer Akten behandelt wurden. Sie würden im Regen stehen, nicht die ‚dicken Fische‘“ (150).

Ein zweites Beispiel: Die Abgeordneten der am 18. März 1990 demokratisch gewählten Volkskammer wurden auf IM-Mitarbeit überprüft. Es stellt sich heraus: Der Anteil der IM war größer als bei der alten nach DDR-Ritus gewählten Volkskammer. Des Rätsels Lösung: Höhere Funktionäre, „die Nomenklaturkader des ZK der SED, bestätigt vom Politbüro, waren ... ‚stasi-rein‘, sie durften nicht vom MfS bearbeitet, geschweige denn für eine inoffizielle Tätigkeit erworben werden. So wurde der hauptamtliche Parteiapparat der SED zur größten, absolut sichereren ‚Nicht-Täter-Gruppe‘“ (122, 188).

Warum die IM-Hatz trotzdem weiterging? Das Stasisyndrom war zu gut zu instrumentalisieren. Nicht zuletzt und noch für einige Jahre war es einsetzbar zur Ablösung der ostdeutschen Elite durch die Westdeutschen. „Die meisten ehemaligen (ostdeutschen) Leitungskader, die in der ver-

einten Bundesrepublik eine Chance bekamen, waren Anfang der 90er Jahre jenseits der 50 und verzehren inzwischen ihre Rente. Neue Ostdeutsche rückten nicht nach.“ (182)

Das Buch ist mit großen Engagement geschrieben. Wagner, so der Eindruck, hat sich freigeschrieben von den Erlebnissen, die der im Anschluss an seine „Stasiaktenzeit“ wieder ins staatliche Archivwesen (nunmehr der Bundesrepublik) zurückgekehrte Archivar mit sich herumgetragen hat. Persönliches Erleben und sachliche Analysen (die als „Einschübe“ gekennzeichneten Kapitel) stehen nicht nur nebeneinander, sondern vermischen sich teilweise. Das tut dem Informationsgehalt des Buches genauso wenig Abbruch wie eine hier und da flüchtiger Umgang mit Namen. Was wir mit Wagners Buch besitzen, ist der erste kritische Insiderbericht über die Genesis einer bis heute noch das politische Leben in Deutschland beeinflussenden Sonderbehörde.

Jörg Roesler

NEUES HEFT
MIT
TOP THEMA

**STICHWORT
BAYER**

**LIPOBAY - Tödliche
Pillen für goldene Bilanzen.**

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

**KOSTENLOSES PROBEHEFT
BESTELLEN, JETZT...**

Notwendig, auch hinreichend?

Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden: Gesellschaft von Rom bis Ffm. Ungleichheitsverhältnisse in West-Europa und die iberischen Eigenwege. Mit einer Diskussion von Frigga Haug, Lars Lambrecht, Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden über Anfänge gesellschaftlicher Ungleichheit. Verlag Winfried Jenior, Kassel 2001, 464 Seiten, 43,99 DM

Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden wenden in diesem Band das Konzept, das sie in dieser Zeitschrift seit den neunziger Jahren vorgestellt und – zusammen mit Lars Lambrecht – in ihrem Buch „Gesellschaft von Olduvai bis Uruk“ an einem prähistorischen Gegenstand demonstriert haben, auf die römische Antike, den Feudalismus im (ost)fränkisch/mittelalterlichen Reich und den – vor allem deutschen – Kapitalismus und die „iberischen Eigenwege“ an.

Wiederum – wie in den vorgenannten Schriften – gehen sie davon aus, daß Gesellschaft nicht allein durch Arbeit konstituiert wird, sondern gleichermaßen durch das Zusammenwirken der Menschen bei der Gewinnung der Mittel für den Unterhalt (die mehr ist als nur Produktion), bei der Sorge für die Nachkommen sowie der Pflege von Alten und Hilfsbedürftigen und der Sicherung von Lebensraum. Die drei Praxisbereiche, welche sich so ergeben, sind: Subsistenz/Ökonomie, Familie und Politik. Geschichte entfaltet sich aus der wechselseitigen Bedingung dieser Felder.

Es gelingt der Autorin und dem Autor, die Evidenz ihres Konzepts für die römische Antike und den Feudalismus einleuchtend darzulegen. Unorthodox – gemessen an der vorgängigen marxistischen Tradition – wirkt ihre Beweisführung u.a. dadurch, daß sie offenbar keine Hierarchie der drei Praxen akzeptieren. Für Rom z.B. kann von einer Vorrangigkeit der – defensiv verstandenen, aber offensiv verfahrenen – Territorialsicherung ausgegangen werden, welche Familien- und Eigentumsformen bestimmt, sozusagen ein früher „Primat der Politik“. Für den Feudalismus liegt die enge Verbindung von Familienstruktur, Produktion und Eigentumsordnung offen zutage. Am Beispiel der iberischen Halbinsel von der römischen Zeit bis 1492 können Tjaden-Steinhauer/Tjaden zeigen, daß die drei Konstitutionsbedingungen von Gesellschaft nicht in irgendeiner Weise kausal auseinander hervorgehen.

Erstaunlicherweise wirkt die Argumentation des Buches dort weniger zwingend, wo es sich dem Kapitalismus zuwendet. Vordergründig könnte dies den Materialmassen geschuldet sein, in denen manchmal das theoretische Gerüst fast einzusinken droht: zu viele Einzelaspekte wollen auch hier eingeordnet werden.

Für dieses in der zweiten Hälfte des Buches bemerkliche Mißverhältnis zwischen Breite der Darstellung einerseits, Präzision des theoretischen Rahmens andererseits können aber vor allem zwei Ursachen vermutet werden.

Die erste ergibt sich aus einem Verfahren, das Lambrecht/Tjaden-Steinhauer/Tjaden im Anhang bei der Verteidigung ihres Buches „Gesellschaft von Olduvai bis Uruk“ gegenüber einer Kritik von Frigga Haug geltend machen. Zutreffend weisen sie darauf hin, daß ihr eigenes Fach, die Soziologie (selbstverständlich darf die sogenannte Politikwissenschaft da gleich mitgenannt werden), bislang – und gerade neuerdings – zur Erkenntnis ihres Gegenstands, nämlich der Gesellschaft, erstaunlich wenig beigetragen hat, so daß man gut daran tut, sich Zugang zu den Ergebnissen von anderen Disziplinen zu verschaffen. Tatsächlich wurden Lambrecht/Tjaden-Steinhauer/Tjaden für „Gesellschaft von Olduvai bis Uruk“ von der Archäologie und der Vorgeschichtsforschung, Tjaden-Steinhauer/Tjaden für das Antike- und das Mittelalterkapitel und die Ausführungen über den iberischen Sonderweg im hier zu besprechenden Buch von den einschlägigen historischen Untersuchungen sehr gut bedient. Diese Disziplinen werden nämlich häufig – unabhängig von der meist idealistischen Konfession ihrer Fachvertreter – durchaus materialistisch betrieben. Man bestreitet da gar nicht, daß eine basale Wahrnehmung der Eigentums- und Familienverhältnisse im alten Rom unabdingbar für das Verständnis dieser Gesellschaft ist. Der Feudalismus samt seiner Wehrverfassung wird auch von den konservativsten Fachvertretern nicht aus der Theologie erklärt, sondern aus der Art der Verteilung und Bearbeitung von Land nach Maßgabe der geschlechtlichen Arbeitsteilung und familialen Abhängigkeit der produzierenden

und aneignenden Menschen voneinander und ihres Generationenverbundes.

Für den Kapitalismus fehlt es weithin an solchen Vorarbeiten. Seiner Darstellung dient zwar die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, aber in dieser bilden sich allenfalls – gerade wo sie sich etwas darauf zugutehält, „interdisziplinär“ zu sein – die von den verschiedenen Schulen der Gesellschaftswissenschaften bereitgehaltenen Lehrmeinungen ab, teilweise auch einmal die Eigentumsverhältnisse, kaum die Geschlechter- und Generationsbeziehungen (und wenn, dann in einer Art Bereichs-Geschichte), während die Sicherung des Lebensraums wieder anderen Schubfächern zugewiesen ist: der Geschichte von Nationen, internationalen Beziehungen und Krieg. Soll aber die Ökonomie Aufschluß über die Moderne geben, beschränkt sie sich auf Produktion und Verteilung und liefert – sei es (neo)klassische, sei es keynesianische oder auch marxistische – Muster, unter denen die breite Dreifaltigkeit des von Tjaden-Steinhauer/Tjaden verlangten Ansatzes völlig verschwindet. Das heißt: Die Autorin und der Autor hätten hier die historische Grundlagenarbeit, deren Ergebnisse sie in den besseren Arbeiten der Archäologie, Alten Geschichte und Mediävistik abrufen konnten, erst selbst erbringen müssen. Ihre Bemühung darum mag zu der nicht immer bündigen Breite der Kapitalismus-Kapitel beigetragen haben.

Zweitens ist zu fragen, ob die gesellschaftliche Entwicklung die Bedeutung von Subsistenz, Familie und

Politik für die Konstitution von Gesellschaft unverändert gelassen hat. Tjaden-Steinhauer/Tjaden sind ganz offenbar dieser Ansicht. Es sollte aber überlegt werden, ob Subsistenz, Familie, Politik für die Konstitution aller uns bekannten Gesellschaften zwar notwendige Bedingungen sind, daß sie zur Erklärung der älteren Gesellschaften auch hinreichen, nicht aber mehr für den Kapitalismus, insbesondere für dessen neuere Phasen. Unversehens verschiebt sich in diesem Buch nämlich das Thema. In den Kapiteln über Rom, den Feudalismus und Iberien (sowie im Vorgängerband „Gesellschaft von Olduvai bis Uruk“) wird gezeigt, wie Gesellschaft durch Subsistenz, Familie und Politik konstituiert ist. Dagegen wird für den Kapitalismus untersucht, wie diese drei Faktoren durch Gesellschaft modifiziert werden.

Es versteht sich, daß, wer an solche Grenzen stößt, weit gegangen sein muß. Um sie zu überwinden, sind wahrscheinlich Untersuchungen über neue technische Bedingungen für Subsistenz, Familie und Politik und deren Interaktion nötig. In den bisherigen Arbeiten von Lambrecht, Tjaden-Steinhauer, Tjaden und in diesem Buch bietet die stetige Einbeziehung von Gesellschaft in die Biosphäre und die Reflexion über die ökologischen Bedingungen sowie Auswirkungen der jeweiligen Reproduktionsformen einen – auch hier wieder: notwendigen, aber wohl nicht völlig hinreichenden – Ansatz. Das Problem des Bewußtseins unter besonderer Berücksichtigung der Gewaltsamkeit, die über die vergesellschaftungs- und gebietssi-

chernde Gewalt hinausgeht, bedarf sicher ebenfalls noch der Bearbeitung.

All dies bedeutet aber auch, daß die Grenzen dieses Buchs nur durch Vorwärtsschreiten auf dem eingeschlagenen Weg überwunden werden können, nicht durch ein Zurück zu den Anfängen bei Marx und Engels oder gar zu den teils politizistischen, teils geisteswissenschaftlichen Aberrationen, von denen ihre Theorie im 20. Jahrhundert gepiesackt gewesen ist.

Georg Fülberth

Rechtsextremismus als Produkt der Gesellschaft

Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, Opladen 2000 (Leske & Budrich), 304 Seiten, 29,80 DM.

Am 16. August 2000 meldete die Frankfurter Allgemeine (Zeitung für Deutschland), dass laut einer Umfrage des Allensbacher Instituts 71 Prozent der Deutschen zu diesem Zeitpunkt mit einer kälter und egoistischer werdenden Gesellschaft rechnen; über 50 Prozent befürchten, dass sich in Zukunft nur noch die Starken durchsetzen können; gerade mal 6 Prozent der Befragten rechnen mit mehr Solidarität. Rosige Zeiten also für Sozialdarwinismus und Standortnationalismus, die sich auf der Grundlage des (deutschen) neoliberalen und triadisierten High-Tech-Kapitalismus entwickelt haben und weiterhin entwickeln.

Genau diese ideologische und gesellschaftspolitische Konstellation ist es,

die in der veröffentlichten Debatte zum Rechtsextremismus so gut wie ausgeblendet wird. Umso größerer Anlass, sich der gesellschaftskritischen Rechtsextremismusforschung zu widmen.

Der von dem Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge und dem Magdeburger Philosophen Georg Lohmann herausgegebene Sammelband konstatiert, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt nicht nur ein Problem der Jugend seien, auch wenn das Phänomen vor allem bei jungen Männern besonders spektakulär in Erscheinung tritt und sich die öffentliche Aufmerksamkeit seit geraumer Zeit sehr stark darauf konzentriert. Aus diesem Grund hätte der Band sicherlich auch einen Beitrag über rechtsextreme (junge) Frauen verdient, bzw. über die spezifische Problematik des Rechtsextremismus hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses. Leider findet sich dazu in dem Buch nichts.

Davon abgesehen handelt es sich bei dieser Publikation um ein sorgfältiges und – beinahe – umfassendes sowie praxisorientiertes Handbuch. Es ist gegliedert in vier Abschnitte. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit „gesellschaftlichen Hintergründen und sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätzen“. Hier macht der Mitherausgeber Butterwegge deutlich, inwiefern der Rechtsextremismus vor allem ein Problem der (selbsternannten) politischen und gesellschaftlichen Mitte ist. Er weist sowohl Totalitarismus- und Extremismusansätze als auch die beliebten Desintegrations- und Individualisie-

rungsparadigmen als vielmehr entschuldigend und vernebelnd denn erklärend zurück. Rechtsextreme Täter und Protagonisten sehen sich als Exekutoren des „Volkswillens“ und der in der Mitte der Gesellschaft formulierten Forderungen. Sie kommen vorwiegend aus „ganz normalen“ und keineswegs überwiegend zerrütteten Familien. Ihre Handlungen sind kein Protest gegen die (68er-)Eltern oder die Gesellschaft, sondern meist nur die bis zur letzten Konsequenz betriebene Realisation herrschender (familiärer Ansichten und) Normen bezüglich alltäglichem Rassismus, Sozialdarwinismus sowie autoritären Leistungs- und Konkurrenzprinzipien.

Der Magdeburger Politikwissenschaftler K. Peter Fritzsche untersucht in seinem Beitrag kontroverse Ansätze der Sozialwissenschaften zur Erklärung unterschiedlicher Gewaltformen und stellt anschließend verschiedene, bedenkenswerte pädagogische Prinzipien einer Toleranzerziehung vor.

Weiterhin erklären Dietmar Fricke (Magdeburg) und Hajo Funke (Berlin), auf welche Weise Politik und Öffentlichkeit dafür verantwortlich seien, dass rechtsextreme Positionen wieder salonfähig geworden sind. Bei zunehmender Internationalisierung und ökonomischer Globalisierung stellt Fricke gleichzeitig einen Bedeutungsgewinn von nationalen Orientierungsmustern als innergesellschaftlicher Integrationsideologie fest. Zudem seien die wohlstandschauvinistischen Elitendiskurse in der „Asyl-“ und „Standortdebatte“

der 90er-Jahre maßgeblich verantwortlich für das Aufleben rechtsextremer Tendenzen.

Im Abschnitt über „Rechtsextremismus als Herausforderung für Staat und Gesellschaft“ zeigen Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges (Köln) am Beispiel des sogenannten Bremer Kurdenskandals auf, wie in der Bundesrepublik Asylsuchende kriminalisiert werden. Durch eine einseitige Berichterstattung („Negativsyndrom“ – Nur böse Ausländer sind eine Nachricht wert) würden Flüchtlinge und Migrant(inn)en als „Betrüger“, „Sozialschmarotzer“ und „Störenfriede“ abgestempelt. Dadurch tragen Massenmedien im Rahmen der Ethnisierung und Kulturalisierung von Gesellschaft und Politik dazu bei, soziale Konflikte zu entpolitisieren.

Der ehemalige rechtsextreme Funktionär Jörg Fischer berichtet, wie er bereits als Dreizehnjähriger von neofaschistischen Gruppierungen rekrutiert worden ist. Beeindruckend an seiner Schilderung sind nicht nur die transparent gemachten psychosozialen Mechanismen, die in den sektenähnlichen Neonazi-Gemeinschaften wirksam werden, sondern auch die Selbstverständlichkeit, mit der staatliche Beamte als rechtsextreme Funktionäre tätig waren und sind. Seit seinem Ausstieg aus der rechtsextremen Szene schildert Fischer präzise und detailgenau die Entwicklungen im rechtsextremen Milieu und warnt vor deren politischen Gefahren. Er kommt zu dem Ergebnis: „Besonders jugendliche Rechtsextremisten werden in ihren ideologi-

schen Überzeugungen durch Vorurteile und Meinungen bestärkt, die in der Gesellschaft weit verbreitet, teilweise sogar mehrheitsfähig sind.“ (S. 106)

In den weiteren Beiträgen wird v.a. die schulische und außerschulische Aufgabe von politischer Bildung gegen Rechts umrissen. Susanne Ulvolden (Magdeburg) macht dabei auf folgendes Dilemma aufmerksam: „Wie soll man fremdenfeindliche Einstellungen und Verhaltensweisen im pädagogischen Bereich noch problematisieren, wenn sie einen so hohen Normalisierungsgrad in Politik und Bevölkerung haben?“ (S. 116)

Die folgenden Kapitel behandeln Modelle, Methoden und Medien in der Schule sowie Maßnahmen der Prävention und Intervention in Jugendarbeit und Weiterbildung. Auch hier beeindruckt die Verbindung von kritisch-analytischen Erkenntnissen mit ganz konkreten Ratschlägen und Handlungshinweisen. Gleichzeitig wird (fast) immer deutlich gemacht, dass es sich bei der Thematik um ein gesellschaftspolitisches Problem handelt, welches nicht „pädagogisiert“ und individualisiert werden darf. Trotzdem enthält der Band reichlich praktisches Material, konkrete Arbeitsmethoden und Hilfestellungen für Unterricht, Schulen und politische Weiterbildung.

Es lässt sich also feststellen, dass dieses Buch als Korrektiv zur heuchlerischen öffentlichen Debatte über die extreme Rechte (im Spätsommer 2000) dienen kann, indem es über die gesellschaftlichen Hinter-

gründe des Rechtsextremismus/ Neofaschismus aufklärt und Konsequenzen für die pädagogische und politische Praxis aufzeigt.

Michael Klundt

„Arbeiten ohne Ende“

Klaus Pickshaus/Horst Schmitthener/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): *Arbeiten ohne Ende. Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik. Hamburg 2001, VSA-Verlag, 254 S., 34,80 Mark (einschließlich einer von der IG Metall herausgegebenen CD-ROM „Arbeitsschutz“).*

Neunzehn Autorinnen und Autoren, vorwiegend Arbeitssoziologen und -psychologen, Gesundheitswissenschaftler und Gewerkschaftsfunktionäre, beleuchten die vielfältigen Facetten der im Gefolge der Globalisierung veränderten Arbeitsrealitäten in der Bundesrepublik. Im Mittelpunkt stehen die gesundheitlichen Auswirkungen der neuen Flexibilität in der Arbeitswelt.

Ausgangspunkt dieser Entwicklungen, die im vorliegenden Band nicht zum ersten Mal beschrieben, aber sehr konsequent auf ihre gesundheitlichen sowie sozial- und gewerkschaftspolitischen Konsequenzen hin zugespitzt werden, bilden die seit einigen Jahren zu beobachtenden Tendenzen zur Globalisierung und „Vermarktlichung“ unternehmerischen Handelns in der Bundesrepublik.

Unter Verweis auf die Verschärfung der internationalen Wettbewerbsver-

hältnisse gewinnen Unternehmenskonzeptionen an Bedeutung, die auf indirekte Steuerung setzen. Zielsetzung betrieblicher Reorganisationsprozesse wird es zunehmend, anstelle von „Hierarchie und Kommando“ Elemente der „Selbststeuerung“ einzuführen, also die „Vermarktlichung“ auch innerbetrieblicher Strukturen und Beziehungen. Im Endeffekt soll, wie dies Klaus Pickshaus von der Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall formuliert, „jeder einzelne Beschäftigte im internen Wettbewerb letztlich als eigener Unternehmer agieren“. Die inzwischen zum geflügelten Wort gewordene unternehmerische Formel „Macht, was ihr wollt, aber seid profitabel!“ beschreibt zugespitzt diese neue Unternehmenspolitik.

Gleichwohl handelt es sich bei der proklamierten „neuen Freiheit“ für Betriebe, Betriebsteile, Abteilungen, Arbeits- und Projektgruppen sowie die einzelnen Arbeitnehmer nicht darum, die Gestaltung von Betriebsabläufen einem chaotischen Laissez-faire-Prinzip zu überlassen, sondern gleichzeitig werden von den Unternehmensleitungen – etwa von den Interessen der „Shareholder“ bestimmte – teilweise recht genau definierte Umsatz- und Gewinnvorgaben für die „autonomen“ betrieblichen Subsysteme und Akteure formuliert.

Mit Blick auf die Entwicklung der Arbeitsbedingungen und insbesondere der Arbeitszeitgestaltung resultiert hieraus zumindest zweierlei:

Zum einen sind – nach Branchen unterschiedlich – seit längerer Zeit

im Gefolge der Aufspaltung von Unternehmen und Ausgliederung von Betrieben und Betriebsteilen Tendenzen des Übergangs bisheriger abhängiger „Normalarbeitsverhältnisse“ in die „neue Selbständigkeit“ erkennbar. Dies geschieht zwar in der Regel im Ergebnis eines an die Beschäftigten weitergegebenen „Vermarktlichungs“-Drucks, aber es geschieht nicht immer (nur allein) zum Leidwesen der betroffenen Beschäftigten. Denn die „neue Selbständigkeit“ verheißt auch neue individuelle Freiheiten: der Steuerung der Modalitäten der Einkommenserzielung, der konkreten Ausgestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen, der Selbststeuerung der Arbeitsintensität und der Arbeitszeiten. Allerdings sieht die Arbeitsrealität der „neuen Selbständigen“, wie Michael Ertel und Gunter Haake in ihrem Beitrag am Beispiel der „Freelancer“ in der Medienwirtschaft zeigen, dann doch nüchterner aus.

Zum anderen fördern die neuen Formen der Unternehmensorganisation innerbetrieblich sowohl das Gefühl der existentiellen Unsicherheit bei den Beschäftigten, das sich u.a. in einem verschlechterten Arbeits- und Leistungsklima niederschlagen kann, als auch eine regelrechte „Arbeitssekstase“, die sich aus dem Veränderungsdruck und einem (nicht ohne Absicht geförderten) „Arbeitsstolz“ herleiten kann. Es ist also, wie etwa die Beiträge von Angela Schmidt, Wilfried Glibmann und – stärker theoretisch fundiert – Uwe Lenhardt (Wissenschaftszentrum Berlin) illustrieren, weder nur die „blanke

Angst“ allein, die sich mit den skizzierten Veränderungen der Arbeitsverhältnisse einstellt, sondern innerhalb von Betriebsbelegschaften existiert durchaus auch ein auch ein durch neue Managementkonzepte gefördertes neues Verständnis von Arbeitsautonomie und „Arbeitsstolz“, das nicht nur einfach leistungssteigernd wirkt, sondern es den betroffenen Beschäftigten auch erlaubt, die gesteigerte Arbeitskraftverausgabung als individuellen „Gewinn“ zu erleben.

Ob diese Rechnung im Sinne dauerhafter Produktivitätssteigerungen aufgeht – und zwar aus Sicht des Unternehmens wie der Beschäftigten – hängt nicht unwesentlich davon ab, ob und wie es gelingt, den Intensivierungsdruck zu dosieren, konkret: die prinzipiell auf (kurzfristige) Maßlosigkeit und Entgrenzung der Arbeits- und Leistungsverausgabung tendierenden unternehmerischen Bestrebungen mit den individuellen Arbeits-, Einkommens-, Freizeit- und Gesundheitsbedürfnissen der Beschäftigten kompatibel zu machen.

Im Grunde handelt es sich hierbei um den alten – und die Arbeits-, Gesundheitsschutz- und Sozialgesetzgebung im Deutschland des 19. Jahrhunderts begründenden – Konflikt zwischen kurz- und langfristigen Gewinninteressen –, und zwar auf beiden Seiten. Historisch gesehen ließen sich in den entwickelten Industrieländern die Arbeitsbedingungen immer nur staatlich reguliert (d.h. gesetzlich geregelt) und gewerkschaftlich durchgesetzt und kontrolliert gegen eine „naturwüchsige“ Tendenz

zur „Grenzenlosigkeit“ einigermaßen im Zaum halten.

Wenn aber der politische Wille zur Regulierung der Arbeitsverhältnisse unter dem Druck der „Vermarktlichung“ schwächer wird und die Gewerkschaften als Schutz- und Gestaltungsinstitutionen auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen – nicht nur in der „New economy“ – Land verlieren oder überhaupt kaum gewinnen können, gerät die – in ökonomischer wie gesundheitlicher Hinsicht langfristig notwendige – Interessenbalance kurz- und mittelfristig außer Kontrolle.

Die Entwicklung der Arbeitszeiten in Deutschland ist ein gutes Beispiel hierfür; der augenblickliche Trend zur Entgrenzung und Auflösung von sicher geglaubten Arbeitszeitstandards zeigt dies ebenso wie etwa die unlängst vom IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel ausgegebene Parole, die bisherige Politik der Wochenarbeitszeitverkürzung vorerst nicht mehr weiterführen zu wollen.

Die Auflösung traditioneller Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeitstandards, die in dem vorliegenden Band in mehreren Beiträgen ausführlich beschrieben wird, kulminiert mit Blick auf die gesundheitlichen Verhältnisse in einer Bedeutungszunahme der psychischen Belastungen und von Stress in der Arbeitswelt. Dies bedeutet nicht, dass die physischen Belastungen und traditionellen, eher industriell geprägten Arbeitsanforderungen vollständig an Bedeutung verloren hätten; sie halten sich teilweise noch – wie in dem Beitrag von

Jürgen Reusch gezeigt wird – auf bemerkenswert hohem Niveau und entstehen sogar immer wieder neu.

Aber viele der gegenwärtig das Krankheitsspektrum und die betrieblichen Krankenstände, das Invalidisierungsgeschehen und die Frühsterblichkeit bestimmenden Krankheitsbilder lassen sich indessen nicht mehr nur allein auf die Auswirkungen vorwiegend körperlicher Belastungen in der Arbeitswelt zurückführen, sondern müssen die psychomentalen und geistig-nervlichen Komponenten der Arbeitsverausgabung einbeziehen. Und es spricht einiges dafür, dass diese Ursachenbündel – alltagssprachlich verkürzt als „Stress“ bei der Arbeit wahrgenommen – durch die neuen Arbeitsformen noch verstärkt werden.

Demzufolge könnte es strategisch richtig sein, Stressphänomene zum Ausgangspunkt einer (erneuerten) betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeits- und Gesundheits(schutz)-politik zu machen. Das Arbeitsschutzgesetz bietet hierfür hinreichend Möglichkeiten, wenn es gelingt, das vage begrenzte Feld der psychischen Belastungen genauer zu fassen. Die Beiträge von Alfred Oppolzer, Christiane Färber, Gabriele Richter und Bert Römer zeigen diese Möglichkeiten auf und liefern verlässliche Instrumente z.B. zur Erfassung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz.

Zweifellos sind Bemühungen zur Erhebung und Eindämmung psychischer Belastungen auf der Ebene des Betriebs wichtige Voraussetzungen

für eine sachgerechte „Bearbeitung“ des Themas in der betrieblichen Alltagspraxis. Ob diese – bei allen Bemühungen etwa der IG Metall im Rahmen ihrer Aktion „Tatort Betrieb“, in dem Band beschrieben von Max Geray – letztlich erst vereinzelt Aktivitäten in der Lage sind, das Problem flächendeckend anzugehen, hängt nicht unwesentlich davon ab, ob es gelingt, über das Stress-Thema den Gesamtkomplex der „Entgrenzung“ der Leistungsbedingungen zum Bestandteil der Sozial- und Gesundheitspolitik sowie der gewerkschaftlichen Tarifpolitik zu machen.

Insofern sind die den Band beschließenden Beiträge von Karl Kuhn (Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin), der unter dem Titel „Gemeinsam gegen Stress“ eine „Initiative für eine neue Qualität der Arbeit“ umreißt, Horst Schmitthener (Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall), der mit dem Stress-Thema „neue Chancen im Arbeits- und Gesundheitsschutz“ nutzen will, und Hans-Jürgen Urban (Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall), der – für manchen eher „traditionalistisch“-gewerkschaftlich orientierten Sozialpolitiker vielleicht erstaunlich – Notwendigkeit und Umriss einer (gewerkschaftlich inspirierten) „Sozialpolitik für Arbeitskraftunternehmer“ fordert, nützliche Anregungen zur Entwicklung einer gegentendenziellen Politik, die der Praxis des „Arbeitens ohne Ende“ mit der Zielsetzung entgegentritt, „der Arbeit wieder ein Maß“ zu geben.

Klaus Priester

Mißachtung der in der Weiterbildung Beschäftigten

Ekkehard Nuissl/Klaus Pehl, Porträt Weiterbildung Deutschland, hrsg. v. Deutschen Institut für Erwachsenenbildung, Bertelsmann, Bielefeld 2000, 64 S., 14,90 DM (zitiert: NP).

Wolfgang Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung. Eine Einführung, hrsg. v. Deutschen Institut für Erwachsenenbildung, Bertelsmann, Bielefeld 2000, 170 S., 29,50 DM (zitiert: WS).

Das inzwischen über 40 Jahre bestehende Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE)¹ in Frankfurt/Main, eine gemeinsame Forschungseinrichtung von Bund und Ländern und Mitglied der „Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL), erhebt den Anspruch, zwischen Forschung und Praxis der Erwachsenenbildung zu vermitteln, die Grundlagen für eine praxisorientierte Forschung zu liefern und innovative Konzepte zu entwickeln.²

Mit den beiden hier vorgestellten Schriften wollen die Autoren – Nuissl und Pehl aus der Leitung des DIE und der Frankfurter Erzie-

¹ Das DIE wird von einem dreiköpfigen Vorstand mit Prof. Dr. Ekkehard Nuissl an dessen Spitze geleitet, hat etwa achtzig Beschäftigte und ist – neben der Abteilung Zentrale Dienste – in drei Abteilungen gegliedert: Fortbildung und Beratung, Planung und Entwicklung, Information und Publikation.

² So jedenfalls formuliert es das DIE in seinem Internetauftritt selbst; siehe: www.die-frankfurt.de.

lungswissenschaftler Seitter – die Weiterbildung³ historisch beleuchten und im europäischen Kontext porträtieren. Obwohl beide Schriften dabei unterschiedlichen Zugängen folgen, ist ihnen doch eins gemeinsam: Das Weiterbildungspersonal und ihre Arbeitsbedingungen kommen kaum oder nur am Rand vor.

Dafür stellen vor allem Nuissl und Pehl die staatliche „Verantwortung und Verbindlichkeit“ (NP, 14) in den Vordergrund und wollen erst mit dem Jahr 1993 einen Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für die Weiterbildung feststellen und damit den Beginn einer „Politik, die Verantwortung für Weiterbildung materiell und politisch zu ‚privatisieren‘“ (ebd.). Obwohl die beiden Autoren einerseits behaupten, die Weiterbildung sei „durch eine Vielzahl ineinander verschränkter Gesetze und Verordnungen geregelt“ (NP, 17), gestehen sie an anderer Stelle ein, dass die Weiterbildung „in vielen Bereichen ... nur mittelbar von staatlichen Regeln oder Zuschüssen betroffen“ (NP, 16) ist.

Wenn Nuissl und Pehl dann doch einmal vom Personal sprechen, verweisen sie völlig zu Recht darauf, dass vor allem an Volkshochschulen „die eigentlich lehrende Tätigkeit dort in der Regel von neben- oder freiberuflichen pädagogische Mitar-

beitenden geleistet wird“ (NP, 38). In anderen Bereichen der Weiterbildung (bei kommerziellen Einrichtungen oder an Hochschulen) sehe es dagegen nicht so schlimm aus. Die Lehrbeauftragten der Universitäten, die einen zunehmenden Teil des universitären Pflichtlehreangebots abdecken, können da ebenso ein anderes Lied singen wie die Tausenden von Honorarkäften bei den kommerziellen Trägern. Insgesamt geben Nuissl und Pehl in Übereinstimmung mit den Zahlen, die auch sonst durch die Weiterbildungslandschaft geistern, „etwa 80.000 Personen hauptberuflich“ (NP, 39) und „das bis zu Zehnfache“ (ebd.) von „frei- und nebenberuflich“ (ebd.) Beschäftigten an.⁴

Die „unzureichende soziale Absicherung vor allem der nebenberuflichen Pädagoginnen und Pädagogen, die ihren Lebensunterhalt durch Addition nebenberuflicher Lehrtätigkeiten verdienen“ (NP, 39f.) wird immerhin in drei Zeilen auch als einer von mehreren wichtigen Diskussionspunkten benannt. Damit hat es sich dann aber auch. Bei den für die Zukunft anstehenden Problemen kommen diese Personen schon nicht mehr vor (NP, 48), da ist lediglich von Fragen der Qualitätssicherung, der Fortbildung der Lehrenden, von Zugangsmöglichkeiten und dem Preis-Leistungs-

³ Nuissl und Pehl verwenden die Begriffe Erwachsenenbildung und Weiterbildung trotz unterschiedlicher Konnotationen synonym (siehe NP S. 16). In der Literatur wird ansonsten vorrangig der Terminus Weiterbildung benutzt.

⁴ Die Bundesanstalt gibt in ihrer Berufsstatistik die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Weiterbildung dagegen für das Jahr 1999 lediglich mit 47.817 an, wobei diese Zahl auch z.B. auch Fahrtschullehrer, Fluglehrer, Freizeitpädagogen und Lehrlingsausbilder sowie Personaltrainer enthält.

Verhältnis in der Weiterbildung die Rede.⁵

Gerade weil Nuisl und Pehl als Adressaten ihrer Schrift das europäische Ausland im Auge haben, um diesem einen ersten Einblick zu geben, fällt das völlige Ausblenden der Prekarisierung eines großen Teils der Beschäftigten in der Weiterbildung auf. Warum wird nicht thematisiert, dass Weiterbildung im Moment in der Bundesrepublik massenweise unterwertige, ungesicherte, prekäre Beschäftigung zu ihrer konstitutiven Grundlage hat und so zum Modell neoliberaler Modernisierer geworden ist? Oder ist es peinlich, dies den europäischen Nachbarn eingestehen zu müssen?

Rudolf Tippelt, Hochschullehrer aus München, beschreibt in seinen Vorbemerkungen zu Seitters Schrift dessen Anspruch so: „Wolfgang Seitter will nicht nur für die vergangene Geschichte der Erwachsenenbildung sensibilisieren, sondern durch seine problemorientierten Perspektiven historisches Wissen auch für das Verständnis der gegenwärtigen und sich künftig abzeichnenden Entwicklungen fruchtbar werden lassen.“ (WS, 8)

Im Gegensatz zu epochenorientierten Überblicksdarstellungen der bisher eher kargen Weiterbildungshistoriographie bevorzugt Seitter also eine

problemorientierte und perspektivische Einführung. Mit anderen Worten: Er bemüht sich „um die Herausarbeitung und Zuspitzung von zentralen Problemstellungen, die mit je einer bestimmten Perspektive verbunden sind“ (WS, 11). Seitter versucht sich also weniger an der „Wahrheit über Geschichte“⁶ im Sinne Eric Hobsbawms als daran, dass er „plurale und vielgestaltige Formen der Gegenstandserarbeitung und –beschreibung“ (WS, 12) zu seiner Methode macht. Seine Schrift gewinnt durch dieses Beharren auf „Pluralität, Offenheit, Unsicherheit und Chaos“ (WS, 11) und darauf, dass es *die* Geschichte der Weiterbildung nicht gebe, „sondern nur unterschiedliche Sichtweisen und Perspektiven“ (WS, 12) nicht unbedingt an Lesbarkeit, Verständlichkeit und Übersichtlichkeit.

In acht Perspektiven nähert sich Seitter seinem Thema: Institutionalisierung, Professionalisierung, Didaktisierung, Verzielgruppung (!), Biographisierung, Internationalisierung, Verwissenschaftlichung und Temporalisierung – in diese Begrifflichkeiten und in drei episodenhaft beleuchtete Phasen (die Zeitenwenden vom 18. zum 19. sowie vom 19. zum 20. Jahrhundert und schließlich in die Bildungsreform-Diskussion der 1960er und 1970er Jahre) zwängt er Weiterbildung ein.

Seine ‚Perspektiven‘ und Thesen relativiert Seitter jedoch im Schlusska-

⁵ Darüber hinaus enthält die Schrift von Nuisl und Pehl auch sachliche Fehler. So wird z.B. die Schulpflicht mit neun Jahren (NP, S. 9) angegeben. Ein Blick in die Schulgesetze der Länder zeigt jedoch, dass es zehn Jahre sind.

⁶ Eric Hobsbawm: *Wieviel Geschichte braucht die Zukunft*, Frankfurt/M. und Wien, 1998, S. 8.

pitel wieder, indem er z.B. die jeweilige Gegenbewegung (De-Institutionalisierung, De-Professionalisierung usw. mitgedacht haben will und letztlich in unverbindlicher Beliebigkeit endet, wenn er schreibt: „Die Gewichtung dieser beiden Bewegungen, die ein implizit mitgedachtes Spannungsgeflecht bilden, ist immer auch eine Frage des Beobachtungsstandpunktes“ (WS, S. 144).

Ergänzt werden die einzelnen Abschnitte durch – zumeist faksimilierte – historische Dokumente, die den Bedeutungswandel der Erwachsenen- bzw. Weiterbildung gut dokumentieren. Allerdings ist das aktuellste Dokument ein Auszug aus dem ‚Strukturplan für das Bildungswesen‘ aus dem Jahr 1970. Dass dies alles selektiv und abkürzend sein könnte scheint der Autor zu ahnen.

Zu Recht verweist Seitter auf den Zusammenhang von Weiterbildung und dem jeweiligen gesellschaftlichen „Lernbedarf“ (WS, 19). Ebenso wichtig scheint mir sein Hinweis darauf, dass der Staat sich die Schulbildung erst in dem Maße zu seinem Anliegen machte, als Schulen „nicht nur zur zentralen Vermittlungsinstanz elementarer Kulturtechniken, sondern ... gleichzeitig auch ein bevorzugtes Instrument sprachlich-territorialer Integration und staatspolitischer Indoktrination“ (WS, 20) erforderlich wurden. Dass der Staat offensichtlich in der Weiterbildung dieses Bedürfnis nach von ihm kontrollierter sozialer Integration nicht formuliert und durchsetzt, macht den Zustand des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaft im Gegensatz

zum preußischen Obrigkeitsstaat des ausgehenden 19. Jahrhunderts deutlich. Wo der Markt zum primären Regulierungsmechanismus wird, glaubt der Staat seine Aufgaben vernachlässigen zu können!

Auch Seitter meint noch in der jüngeren Vergangenheit die Weiterbildung als „Teilsystem des öffentlichen Bildungswesens“ (WS, 24) ausmachen zu können. Im Zug der Bildungsreform-Debatte der 60er und 70er Jahre spricht er sogar von gesetzlich verankerten Bildungsansprüchen. Das Sozialgesetzbuch III (SGB III), das diesen Anspruch negiert und nur von der Möglichkeit der Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen spricht, also explizit keinen Rechtsanspruch auf Weiterbildung begründet, wird lediglich in einer Fußnote erwähnt.

Erst in der Gegenwart macht er „Reprivatisierungstendenzen und Verteilungskämpfe um Marktanteile und Finanzierungsressourcen“ (WS, 26) aus. Relativ zusammenhanglos – wie es der Methodik Seitters entspricht – kommt er unter der ‚Perspektive‘ Professionalisierung auch auf das Personal in der Weiterbildung zu sprechen. Dessen Arbeitsbedingungen sind ihm jedoch nicht eine einzige Silbe wert. In völliger Verkenning der tatsächlichen Situation spricht er von einer „Entwicklung von der Dominanz nebenberuflicher Tätigkeit hin zur Konzeption und Durchsetzung hauptamtlich disponierenden Personals“ (WS, 30).

Andererseits gesteht er aber durchaus ein, dass es eine „Dominanz ehrenamtlich oder nebenberuflich arbei-

tender Dozenten" (WS, 35). Die „Hauptberuflichenquote (sei) in der Erwachsenenbildung nach wie vor gering" (ebd.). Zu den disponierenden Aufgaben des hauptamtlichen Personals gehöre zudem vorrangig – so Seitter – „die Gewinnung und Fortbildung von geeigneten nebenberuflichen Kursleitern" (WS, 39). Lothar Arabin hatte seinerzeit in einer der wenigen empirischen Untersuchungen am Beispiel der hessischen Volkshochschulen 1996 nachgewiesen, dass es sich bei den Honorarkräften an Volkshochschulen (wie auch an anderen Weiterbildungseinrichtungen) längst nicht mehr vorwiegend um neben- oder ehrenamtlich Arbeitende handelt, sondern um eine neue Form von erzwungener Scheinselbständigkeit.⁷

Die Bedeutung der Weiterbildung bzw. die „Formel ‚lebenslanges Lernen'" (WS, 145) wird von Nuisll und Pehl wie auch von Seitter mehrfach hervorgehoben. Seitter spricht sogar von der „Unaufmerksamkeit der Erwachsenenbildung in der Moderne" (WS, 144). Die Beschäftigten in der Weiterbildung, ihre Interessen, ihre soziale Lage und ihre Arbeitsbedingungen indessen müssen diese wohl stärker als bisher artikulieren, damit sie auch von der einschlägigen Wissenschaft thematisiert werden. In beiden Schriften, die sicher zu den

bedeutenderen Neuerscheinungen der letzten Jahre für den Bereich der Weiterbildungsforschung zu rechnen sind, ist das Personal der Weiterbildung und deren Arbeitsbedingungen, jedenfalls ebenso wenig ein Thema wie der fast vollständige staatliche Attentismus bei der Regelung von Rahmenbedingungen für die Weiterbildung.

So verweigert die Bundesbildungsministerin Bulmahn bisher immer noch jede Initiative für ein Bundesrahmengesetz für die Weiterbildung. Und was noch gravierender ist: Es gibt weder einen Arbeitgeberverband noch erkennbare Initiativen der dort organisierenden Gewerkschaften für einen Branchentarifvertrag. Das scheinen aber die wichtigsten Voraussetzungen zu sein, damit sich die Weiterbildung auch als Branche im Sinne der Beschäftigten konstituieren kann. Von all dem findet sich indes in beiden Schriften kein Wort. Hier wäre ein Blick in das inzwischen zum Standardwerk gewordene Buch von Hajo Dröll sinnvoll gewesen.⁸

Friedrich Sendelbeck

⁷ Lothar Arabin: Unterrichtende an hessischen Volkshochschulen. Historische und empirische Analyse zur Arbeitssituation, zur Motivation und zu Fortbildungsproblemen, Sonderband der Hessischen Blätter für Volksbildung, Frankfurt/M. 1996.

⁸ Hajo Dröll: Weiterbildung als Ware. Ein lokaler Weiterbildungsmarkt – das Beispiel Frankfurt. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 1999.

Autorinnen und Autoren

Dr. Matin Baraki – Marburg, Sozialwissenschaftler, Übersetzer, Dolmetscher

Prof. Dr. Helmut Bock – Berlin, Historiker

Rainer Butenschön – Hannover, Journalist

Prof. Dr. Dieter Boris – Marburg, Hochschullehrer, Soziologe, Z-Beirat

Prof. Dr. Hansgeorg Conert – Syke, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, em. Hochschullehrer

Klaus Dräger – Straßburg/Brüssel, wiss. Mitarbeiter der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne im Europäischen Parlament

Dr. Christian Fuchs – Wien, Sozialwissenschaftler

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg, Hochschullehrer, Politikwissenschaftler

Prof. Dr. Stephen Gill – Toronto, Professor der Politikwissenschaft an der Universität Toronto

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt a.M., Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Erich Hahn – Berlin, Philosoph

Markus Helfen – Trier, Ökonom

Prof. Dr. Wolfgang Hofkirchner – Wien, Hochschullehrer, Sozialwissenschaftler

Jörg Huffschnid – Bremen, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer, Z-Beirat

Michael Klundt – Köln, Politikwissenschaftler

Lydia Krüger – Trier, Politikwissenschaftlerin und Ökonomin, wiss. Assistentin an der Universität Trier

Ulla Lötzer – Berlin, MdB

Ingo Malcher – Buenos Aires, Journalist

Prof. Dr. Kay Müller – Boiensdorf, em. Hochschullehrer

Kai Mosebach – Hannover, Politikwissenschaftler

Prof. Dr. Jörg Rösler – Berlin, Wirtschaftshistoriker, Hochschullehrer

Horst Schmitthenner – Frankfurt a.M., Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands der IG Metall, Leiter der Abteilung Sozialpolitik

Dr. Reinhard Schweicher – Frankfurt a.M., Philosoph, Z-Redakteur

Mark Seibert – Frankfurt a.M., Mitglied des PDS-Landesvorstands Hessen

Dr. Friedrich Sendelbeck – Nürnberg, Historiker, Gewerkschaftssekretär

Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden – Kassel, Hochschullehrer, Sozialwissenschaftler

Dr. Florian Weis – Hamburg, Historiker, Mitarbeiter der Rosa Luxemburg-Stiftung

LINKSNET  DE

FÜR LINKE POLITIK UND WISSENSCHAFT

Das Portal LinksNet ist ein Kooperationsprojekt linker Zeitschriften und Netzwerke für Politik und Wissenschaft. Wir stellen aktuelle Artikel, Informationen, Termine und Links bereit und halten sie in einem umfangreichen Archiv vor.

WWW.LINKSNET.DE

DER LINKE KLICK INS INTERNET



KOOPERIERENDE ZEITSCHRIFTEN:

1999 · Andere Zeiten · Das Argument
Das Blättchen · Initial
Forum Wissenschaft / BdWi
Memo-Forum · Ossietzky
Prokla · Sozialismus · SPW
Utopie Kreativ · Wissenschaft & Frieden
Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung

MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG DER ROBA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Gefahr des Wortes ist die Lust des Gedankens

Karl Kraus



**Achtung!
Gefahrenzone!**

**Jetzt 14 Tage Probeabo anfordern,
kostenlos und unverbindlich!**

Abo-Service (030) 293 90-800, Fax -630

Neues Deutschland, Vertrieb, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin

Eberhard Czichon

Deutsche Bank Macht – Politik



Faschismus, Krieg
und Bundesrepublik

PapyRossa

ISBN 3-89438-219-8, Br., 323 S., DM 36,20

**Deutsche Bank und NS-Verbrechen: Fakten,
die nicht mehr zu bestreiten sind**

Rolf Surmann (Hg.)

Das Finkelstein- Alibi

»Holocaust-Industrie«
und Tätergesellschaft

PapyRossa

ISBN 3-89438-217-1, Br., 173 S., DM 28,00

**Finanzieller Mißbrauch durch die Opfer?
Warum an diesem Vorwurf nichts dran ist**

Ulrich Schneider (Hg.)



PapyRossa

3-89438-213-9, 215 S., DM 26,00

**Was tun gegen Rechts?
Analysen und Strategien**

Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM 2001

Modernisierung
durch Investitions- und
Beschäftigungsoffensive

PapyRossa

3-89438-221-X, 290 S., DM 29,80

**Alternativen für eine soziale
Politik**

Küdiger Göbel, Joachim Gulliard
Michael Schiffmann (Hg.)

Der Irak Ein belegtes Land



PapyRossa

3-89438-223-6, 243 S., DM 28,00

**Hintergründe und Folgen des
Embargos**

PapyRossa Verlag

Tel.: 0221/448545 – Fax: 0221/444305 – mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de



Ja, ich abonniere die Tageszeitung *junge Welt*

Name/Vorname Ich kann die Bestellung innerhalb von sieben Tagen
(Poststempel) schriftlich bei junge Welt, Karl-
Liebknecht-Str. 32, 10178 Berlin, widerrufen.

Straße/Nr Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr
und verlängert sich um den vorm angekreuzten
Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor
Ablauf bei Ihnen kündige (Poststempel).

PLZ/Ort

Telefon

Ich möchte die Abogebühren gerne
 monatlich (nur mit Einzugsermächtigung)
 vierteljährlich
 halbjährlich
 jährlich zahlen.

Ich zahle den
 Solidaritätspreis (mtl. 62,00 Mark/31,70 Euro)
 Normalpreis (mtl. 47,92 Mark/24,50 Euro)
 Sozialpreis (mtl. 33,44 Mark/17,10 Euro).

Künftig bezahle ich mein Abo
per Bankeinzugsermächtigung.

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von
meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

..... (Die oben genannten Preise beziehen sich auf einen Inlands-
bezug [BRD]. Auslandspreise: Europa für 69,82 Mark/
35,70 Euro. Alle sonstigen Länder auf Anfrage)

Die Tageszeitung
jungeWelt

**Den Coupon bitte einsenden oder faxen an: Verlag 8. Mai GmbH,
Karl-Liebknecht-Straße 32, 10178 Berlin, Fax: 030/53 63 55 44.**

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift

Z wurde im Herbst '89 gegründet. Z versteht sich als eine Stimme der marxistischen Linken, als pluralistisches marxistisches Diskussions- und Publikationsorgan. Z wird vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. und dem IMSF e.V., Frankfurt/M. herausgegeben.

Z von 1990 bis 2000

Z 1-20 je Heft DM 7,- • Z 21-36 je Heft DM 12,-
ab Heft 37 regulärer Preis DM 18,-

1990

- Z 1: Sozialismus, DDR (vergriffen)
- Z 2: Marxismus und linke Politik (vergriffen)
- Z 3: Reformalternative? (vergriffen)
- Z 4: Deutschland, die neue Hegemonialmacht?

1991

- Z 5: Marxismus-Diskussion
- Z 6: Postsozialistischer Kapitalismus — Analyse und Kritik
- Z 7: Zivilgesellschaft
- Z 8: Neue Weltordnung — globale Probleme

1992

- Z 9: Marxismus international
- Z 10: Das 500jährige Reich
- Z 11: Terrainvermessung: Gewerkschaftspolitik
- Z 12: Realsozialismus, Zusammenbruch

1993

- Z 13: Gewerkschaften: Orientierungen / Realsozialismus (II)
- Z 14: Realsozialismus, Zusammenbruch (III) / Nationalismus und Linke
- Z 15: Macht, Herrschaft, Metropolenkapitalismus / Nationalismus und Linke (II)
- Z 16: Sozialismus — Neuansätze nach dem Crash (I)

1994

- Z 17: Sozialismus - Utopien, Theorie, Perspektiven (II)
- Z 18: Anthropologische Lücke? Menschenbild im Marxismus (vergriffen)
- Z 19: Gewerkschaften in der Krise?
- Z 20: Geschichte und Restaurationsperiode

1995

- Z 21: Demokratie - Herrschaft und Grenzen der Emanzipation
- Z 22: Historischer Materialismus / Engels
- Z 23: Kapitalismus und Medien
- Z 24: Klassen u. Klassentheorie heute (I)

1996

- Z 25: Klassen u. Klassentheorie heute (II)
- Z 26: Asozialer Kapitalismus
- Z 27: Dialektik des Ganzen
- Z 28: Ökologie-Aspekte

1997

- Z 29: Der rechte Rechtsstaat
- Z 30: Marxismus - Bilanz und Perspektive
- Z 31: Kapitalismus - Ökonomie
- Z 32: EU und die Linke

1998

- Z 33: Kommunistisches Manifest
- Z 34: Staatsverschuldung
- Z 35: Jugend ohne Perspektive?
- Z 36: Globalisierung und Peripherie

1999

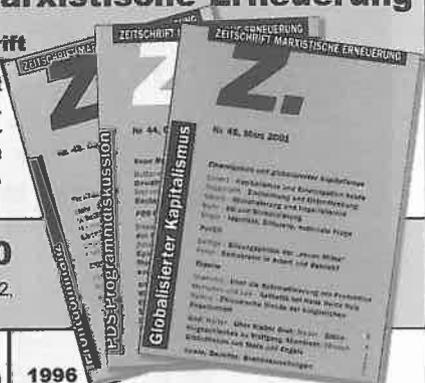
- Z 37: Arbeit und Politik
- Z 38: Deutsche Normalität
- Z 39: Konzentration / Monopolisierung
- Z 40: Gerechtigkeit

2000

- Z 41: Umbrüche: Arbeit, Lebensweise, subjektive Verarbeitung
- Z 42: Rußlands Transformation
- Z 43: Profitdominanz u. Reformdiskussion
- Z 44: Neue Rechte / PDS-Programmdiskussion

Jedes Heft enthält neben Beiträgen zum Schwerpunktthema Aufsätze zu theoretischen Problemen der Linken, sowie Tagungsberichte, Diskussion / Kritik / Zuschriften und einen ausführlichen Rezensionsteil. — Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo 60,- DM, Auslandsabo 70,- DM (4 Hefte / Jahr incl. Versand), Bezug über Buchhandel ISSN 0940-0648, oder direkt:

Z: Postfach 500 936 • 60397 Frankfurt a.M. • Tel./Fax 069 / 53 05 44 06



ISW sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen fakten & argumente

isw-report

erscheint vierteljährlich
(Jahresabo: 30,- DM, Ausl. 36,- DM)

Neu bei isw!

Abschwung oder Absturz?

Krisenpotentiale und Krisenkosten
in der Weltwirtschaft
(Nr. 46, März 2001), 6,- DM + Versand

Nach dem Goldrausch

Der Absturz des HighTech-Sektors
und die Folgen für die Gesellschaft
(Nr. 47, April 2001), 5,- DM + Versand

Gesundheit – ein Mordsgeschäft

Dokumentation des 9. isw-forums
(Nr. 48, Sept. 2001), 5,- DM + Versand
Mitherausgeber: ver.di Landesbezirk Bayern

9. isw-forum

Gesundheit – ein Mordsgeschäft



ISW REPORT NR. 48
Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

isw-spezial

Krieg aus dem All?

Die Raketenabwehrpläne der USA –
Hintergründe und Folgen
(Nr. 14, Juni 2001), DM 5,- + Versand
In Zusammenarbeit mit IMI e.V.

isw-wirtschaftsinfo

Bilanz 2000 – Ausblick 2001

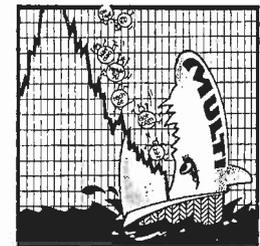
Fakten und Daten zur wirtschaftlichen
Entwicklung
(Nr. 32, Mai 2001, DM 5,- + Versand)

Prospekte anfordern, bestellen, abonnieren, fördern

isw – institut für sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15
email: isw_muenchen@t-online.de
<http://www.isw-muenchen.de>

Nach dem Goldrausch

Der Absturz des HighTech-Sektors
und die Folgen für die Gesellschaft



ISW REPORT NR. 47
Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.